

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner
Klaus Harpprecht
Johannes Rau
Carola Stern
Hans-Jochen Vogel

Frankfurter Hefte

Redaktion

Peter Glotz
(Chefredakteur)
Norbert Seitz
(verantwortlich)
Linda Pieper
(Volontariat)
Christian Jürgens
(Kritik)

Redaktionskreis

Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Eve-Marie Kallen
Christine Pries
Burkhard Reichert
Hans-Joachim Schabedoth
Uli Schöler
Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Frank Benseler
Jürgen Burckhardt
Gottfried Erb
Iring Fetscher
Horst von Gizycki
Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reinut Jochimsen
Tomas Kosta
Ferdinand W. Menne
Thomas Meyer
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Richard Schröder
Wolfgang Thierse
Christoph Zöpel

8 1997
44. Jahrgang

Inhalt

675 Editorial

Aktuelles

- 677 GERNOT ERLER
Alles NATO?
Die Falle der Osterweiterung
- 679 KLAUS JÜRGEN SCHERER
Anmerkungen zur neuesten
Shell-Jugendstudie
- 683 ULI SCHÖLER
Demoskopie und Wahlkampf-
strategie – eine frühe Warnung
- 684 WOLFGANG SCHROEDER/
PETER SCHERRER
Ein Blick hinter die Vollbeschäfti-
gungsgesellschaft in den USA

Thema:

Zwanzig Jahre Deutscher Herbst

- 692 JÜRGEN BUSCHE
Die Undankbarkeit der Geschichte
- 695 RENATE FAERBER-HUSEMANN
Als Korrespondentin in
Stammheim
- 702 GESPRÄCH MIT
HANS-JOCHEN VOGEL
»In Kernfragen würde ich genauso
entscheiden wie damals«
- 708 HERIBERT PRANTL
Vom Kontaktsperregesetz zur
Kronzeugenregelung
- 712 GESPRÄCH MIT
ANTJE VOLLMER
Was Versöhnung heißen kann
- 718 RUTHARD STÄBLEIN
Sartre, Genet und die RAF
- 722 KLAUS HARPPRECHT
In Deutschland ist immer Herbst

Kontrovers

- 724 HELMUT MÖRCHEN
Über den Stellenwert deutscher
Gegenwartsliteratur
- 726 JUTTA BERGMANN-GRIES
Überzeugungskraft statt Vorlieben
- 728 MARKUS SCHWERTEL
Schnellschüsse aus der Trickkiste

730 SUSANNE ABECK
Rassenhygiene und
Sozialdemokratie

Kultur

- 733 CHRISTIAN MEIER
Das Problem eines Berliner
Denkmals
- 744 DETLEF HORSTER
Exodus und Demokratie.
Vor zwanzig Jahren starb
Ernst Bloch
- 748 KAROLINE HILLE
Retrospektive Robert Mapplethorpe
in Stuttgart

Kritik

- 751 PATRICK HORST
Auch berühmte Paare verstehen
sich nicht
- 754 JOSEF-THOMAS GÖLLER
Das Leben der Heiligen Evita
- 755 MARGARITA MATHIOPOULOS
Ulrich Heyders Plädoyer für eine
Gesellschaftsreform
- RICARDA MLETZKO/
DANYEL REICHE
Elmar Altvater und Birgit
Mahnkopf über die Weltwirtschaft
- 756 CLAUDIA BENTHIEH
Ein Handbuch Historischer
Anthropologie
- 757 FRANZ-JOSEF ALBERSMEIER
Harro Segebergs Studie zur
Frühgeschichte des Kinos
- 758 ANKE MARTINY
Zwei Bücher zur
Gründungsgeschichte Tel Avivs
- 760 DIETMAR SCHILLER
Richard Matthias Müllers
revisionistische »Vergangenheits-
bewältigung«
- 761 INGEBOURG HECHT
Neue Bücher:
Erinnerungen an die NS-Greuel
- 768 Zu den Autorinnen und Autoren
- 768 Impressum
- Titel: Bundesregierung trauert um Hanns-Martin
Schleyer und Jürgen Schumann Foto: dpa

Was mag der Grund sein für die Erbitterung, mit der in Deutschland über Denkmäler gestritten wird? Offenbar auch starre Rechthaberei, feiges Lavieren von Staatsfunktionären, ungeschicktes Auftrumpfen von gereizten Persönlichkeiten der Zeitgeschichte. Der Münchner Historiker Christian Meier zeichnet in diesem Augustheft ein schonungsloses Bild der offenbar quälenden dreitägigen Debatte über das Berliner Holocaust-Denkmal. Aber es geht nicht nur um Empfindlichkeiten und ungeschickte Dominanz. In Deutschland müssen, nach unseren Verbrechen in der Hitlerzeit Denkmäler Schandmäler sein. Sie müssen schmerzen, wenn sie Sinn machen sollen. Nur, wenn wir immer wieder aufgeschreckt werden, entgehen wir der Gefahr, erneut in den Sog des Verbrechens gezogen zu werden. Wie schnell das gehen kann, zeigt der bosnische Kriegsschauplatz. Holocaust-Denkmäler sind Schandmäler zur Vorsorge. Daher die aufgewühlte Emotionalität der Berliner Debatte.

Es ist gut, daß der falsche Friede der sechziger Jahre nicht wiederkehren will. Die »Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft« kann man nicht gemeinsam betrauern. Meier hat recht: Das Kriegsoffer Roland Freisler und die von ihm Verurteilten müssen auseinandergehalten werden. Wie verquer die Berliner Debatte abgelaufen sein mag, man kann aus ihr lernen. Im Sinne von Peter Conradi: »Die öffentliche Diskussion ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Projekts.«

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit dieses Heftes steht die Erinnerung an den »Deutschen Herbst«. Schon wieder Erinnerung. Heinrich Breloers Film über die Ermordung Schleyers zeigt den Haß, der die deutsche Gesellschaft damals auseinanderriß. Wie unterschiedlich man unsere – wie heißt es doch? – »Trauerarbeit« noch immer bewerten kann, zeigen unsere Interviews mit Hans-Jochen Vogel, damals Justizminister in der Regierung Schmidt, und Antje Vollmer, in den siebziger Jahren eine Aktivistin des gesellschaftskritischen Protestantismus. Beide sind längst aus

den Schützengräben ausgestiegen. Aber Vogels verantwortungsethische Argumentation über Kontaktsperregesetz, Doppelverteidigung und Hochsicherheitstrakte ist immer noch grundverschieden von der psychologischen, fast psychoanalytischen Analyse Antje Vollmers. Besonders ihrer Frage, warum »linke Szenen« gelegentlich Heldenopfer brauchen, lohnt sich nachzugehen. Die Analysen von Heribert Prantl, Jürgen Busche und Renate Faerber-Husemann werden nicht jedermann gefallen; dazu sind sie aber auch nicht da. In diesem Blatt wird Klartext geredet.

Übrigens: Von dem im KZ Buchenwald umgebrachten jüdischen Soziologen Maurice Halbwachs gibt es eine grandiose Studie über das »kollektive Gedächtnis«. Wer sie wiederentdeckte, würde Geschichtspolitik, Erinnerungsmanie und »Vergangenheitsbewältigung« der Deutschen besser verstehen, als uns das heute noch gelingt.

Im aktuellen Teil analysiert Gernot Erler kritisch ein paar Aspekte der NATO-Osterweiterung. Der Mann ist zum weißen Raben geworden. Seine Partei hat die fragwürdige Osterweiterung der NATO inzwischen mannhaft akzeptiert. Nun kann man natürlich sagen: Was hülfte es, wenn die Deutschen über verschüttete Milch greiften? Die Sache scheint entschieden. Bedenklich bleibt, daß die Amerikaner eine kompetente Debatte über dieses Thema führen, während die Deutschen sich in staatsertaltendem Phrasendrusch ergehen. Wo sind bei uns Leute wie George F. Kennan, Paul Nitze oder Thomas L. Friedman? Selbst Joschka Fischer, inzwischen ein kompetenter Außenpolitiker, denkt nur an die Frage, wie seine Partei den Anschein der »Regierungsfähigkeit« erreichen könnte. Die Deutschen werden erst aufwachen, wenn sie zur Kasse gebeten werden. Aber noch könnten sie ja hoffen. Es ist unsicher, ob der amerikanische Senat dieser Osterweiterung zustimmt. Man muß nur fürchten, daß die der Außenpolitik entwöhnten Deutschen nicht mal insgeheim hoffen. Sie wollen mit ihren Illusionen glücklich werden. *Peter Glotz*



Deutscher Herbst 1977

Foto: dpa

Aktuelles

GERNOT ERLER

Alles NATO?

Die Falle der Osterweiterung

Die Fernsehteams haben Madrid verlassen, die Sektgläser stehen schon wieder gespült im Schrank, und die NATO freut sich darüber, mit ihrer Einladung an drei neue Mitglieder Geschichte geschrieben zu haben. Das ist der richtige Zeitpunkt, eine kritische Bilanz zu ziehen und zu fragen, wie es eigentlich weitergehen soll.

Wenn man der NATO die Hand schütteln könnte, müßte man es jetzt tun, verbunden mit dem Glückwunsch für einen glücklich zum Abschluß gebrachten Überlebenskampf. Als der Warschauer Pakt 1991 von der Weltbühne abtrat, schienen auch die Stunden für das westliche Verteidigungsbündnis gezählt. Vorübergehend stand die NATO da wie ein Überbleibsel aus dem Kalten Krieg, für ihr Produkt »Verteidigung gegen den Osten« gab es keine Nachfrage mehr. Die Allianz hat diese Krise überlebt, indem sie neue Produkte auf den Markt brachte. In Bosnien drängte sie die Vereinten Nationen mit ihren glücklosen Blauhelmen beiseite und etablierte sich als handlungsfähiger Anbieter militärisch geführter Friedensmissionen, gerne auch im Auftrag von UNO und OSZE. Das alleine hätte zum Überleben aber nicht gereicht: Seit Somalia ist das Risiko solcher Aufträge bekannt, und auch in Bosnien weicht längst der Respekt für die objektiven Leistungen von IFOR/SFOR der wachsenden Sorge um den Erfolg des politischen Teils von Dayton.

Die Erlösung aus der drohenden Überflüssigkeit erwuchs für die NATO erst aus den Inkonsistenzen des gesamteuropäischen Integrationsprozesses. Voller Hoffnung schauten die Reformstaaten Ost- und Südosteuropas nach der Auflösung der Blockstruktur auf die Europäische Union und pochten an die Tür dieses Clubs der besseren und wohlhabenderen europäischen Staaten. Aber die Pforten der EU blieben erst einmal verschlossen, während durch das geöffnete Fenster zwar Assoziationsverträge, »Weißbücher« mit genauen Anleitungen zum Erwerb der Mitgliedschaft und bürokratische Fragebögen gereicht wurden, nie aber verbindliche Zusagen und Zeitpläne. Kein Wunder, daß sich die frustrierten Bewerber schließlich fragend nach dem anderen Club der etablierten Weststaaten, nämlich der NATO, umschaute.

Diese Chance hat das Bündnis konsequent genutzt. Es gelang, die Osterweiterung zu »entmilitarisieren« und ihr den Sinn zu geben, erfolgreiche Reformländer Osteuropas zu belohnen und zu stabilisieren (*Promote Stability-Konzept*), ja schließlich selber als reale Alternative zur EU aufzuschließen und die NATO zur zweiten großen europäischen Integrationsinstitution aufzuwerten. Als Präsident Jelzin dann am 27. Mai 1997 in Paris auch noch die »Grundakte NATO-Rußland« unterzeichnete, war der politische Schlußstein gesetzt: Von da an mußte das Madrider Erweiterungsangebot nicht mehr mit einer Fortsetzung des Moskauer Sperrfeuers rechnen, das vorher so lange die Welt irritiert hatte.

In einer steil nach oben gezogenen Kurve hat sich die NATO von 1993, als das Thema Osterweiterung zuerst aufkam, bis heute aus der eigenen Legitimationskrise befreit und sich zunehmend erfolgreich in die Headlines der politischen Berichterstattung zurückgemeldet. Die Nachrufe erwiesen sich als verfrüht, die Osterweiterung steht für eine Revitalisierung und Renaissance der nun auf den Osten ausgreifenden westlichen Allianz.

Der unwürdige Wettlauf

Die Sache hat aber seinen Preis. Die letzten Monate vor Madrid gerieten zu einem nicht immer würdigen Schaulaufen. Es gab 12 Kandidaten, schließlich ließen fünf Favoriten den teils resignierenden, teils aufbegehrenden Rest zurück, am Ende erreichten drei Glückliche das Ziel – nicht etwa, weil sie besser als alle anderen waren, sondern durch eine Art »Urteil des Paris«. Der »Paris« der Osterweiterung hieß freilich Bill Clinton, und für die Art, wie er für das ganze Bündnis die Sieger feststellte, fiel auch das böse Wort vom »Diktat«.

Die Begleitumstände der NATO-Erweiterung haben der gesamteuropäischen Integration und auch dem inneren Zusammenhalt des Bündnisses selbst geschadet. Man staunt über den Mangel an Verantwortungsbewußtsein bei vielen der Beteiligten. Schon seit 1994 gehörte es zu den Lieblingsbeschäftigungen westlicher Politiker, sich in den Hauptstädten der Transformationsstaaten dafür feiern zu lassen, daß sie sich



Polens Präsident Kwasniewski zu Besuch in Bonn
Foto: dpa

vor Ort voller Verve für die Aufnahme ihres Gastlandes in die EU und in die NATO aussprechen. Später regierten dann Taktik und Egoismus. Präsident Chirac entdeckte plötzlich, daß Rumänien das frankophone Element innerhalb des Bündnisses auf das Vorteilhafteste stärken könnte und gewann für diese Idee immerhin neun von 16 Bündnispartnern. Die amerikanischen Republikaner hatten mehr das US-Engagement in Bosnien im Sinn, als sie die Aufnahme Sloweniens als künftigen strategischen Brückenkopf des Westens auf dem Balkan vorschlugen. Vergleichlich appellierten die später gestarteten Bulgaren an die traditionelle deutsch-bulgarische Freundschaft: Bundeskanzler Kohl hatte schon frühzeitig zu erkennen gegeben, daß es ihm vor allem um das geostrategische Ziel gehe, die unbequeme deutsche Lage an der Bündnis-Ostgrenze loszuwerden (wofür die Aufnahme von Prag und Warschau reichte), und Verteidigungsminister Rühe bevorzugte die Dreierlösung, um die zweite Erweiterungsrunde plausibel zu halten. An die fahrlässig geweckten Erwartungen in Estland, Lettland und Litauen wollte schon gar keiner mehr erinnert werden, weil ein Verzicht auf die baltischen Staaten längst zur unausgesprochenen Voraussetzung für die Grundakten-Verständigung mit Moskau gehörte.

Zu diesem Gezerre kam dann noch die Hysterie im Osten. Die politische Klasse Rußlands, in ihrer Ablehnung der Osterweiterung wie selten geeint, wollte mit dem Westen über kein anderes Thema mehr sprechen als die NATO-Pläne. In der Staatsduma besteht noch heute ein fraktionsübergreifender »Anti-NATO-Block«, dem mehr als die Hälfte aller russischen Abgeordneten angehört. Auch in der VERCHOVNA RADA in Kiew meldete sich ein Parlamentarierzusammenschluß namens »Ukraine ohne NATO« zu Wort. Aus den Hauptstädten der 12 Antragsteller überfluteten diplomatische Werbekolonnen in atemlosen Eifer die westlichen Regierungen und Parlamente, während daheim die Frage des Einlasses in die NATO schon gelegentlich zur Existenzfrage der jungen Demokratien stilisiert wurde.

Der nichtadäquate Entscheidungsprozeß

Das Machtwort des amerikanischen Präsidenten – seinerseits übrigens von der Angst geprägt, mehr als drei neue NATO-Partner könnte zu teuer kommen und dadurch die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit des US-Senats infragestellen – hat lediglich einen vorläufigen, nichtadäquaten Schlußstrich hinter einen nichtadäquaten Prozeß gesetzt. Dieses Machtwort, offensichtlich gewichtiger als das Votum von neun europäischen Allianzpartnern, bestätigt ungewollt jene Kritiker, die in der NATO bis heute in erster Linie ein Macht- und Einflußinstrument Washingtons auf europäischem Boden sehen und die sogenannte »Stärkung des europäischen Pfeilers« innerhalb des westlichen Bündnisses für blanke Illusion halten. Welche Lehre werden wohl die erfolgreichen und nicht erfolgreichen Beitrittsaspiranten aus dem Osten aus dieser Lektion ziehen? Sie wissen jetzt, was das Wohlwollen europäischer Regierungen wert ist und wo tatsächlich die Musik spielt. Und sie werden sich künftig darauf einrichten.

Als inadäquat erscheint der Entscheidungsprozeß vor und in Madrid aber auch deshalb, weil er die Frage völlig offen läßt, wie denn die NATO ihre neue Rolle als europäische Integrationsinstitution fortsetzen will. Niemand glaubt ja im Ernst, daß die vor der Tür Gelassenen den neuzuschaffenden »Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat« als dauerhaften Bündnisersatz akzeptieren werden. Und die Verheißung des »offenen Prozesses« der NATO-Erweiterung mit den vielbeschworenen zweiten Runden bleibt solange fragwürdig, wie folgende Fragen nicht beantwortet werden: Wie soll die Zustimmung Rußlands zu weiteren Beitrittsrunden erreicht werden, oder will man notfalls das jetzt

mühsam erarbeitete Agreement mit Moskau über die Grundakte für eine nächste Erweiterungsrunde aufs Spiel setzen? Wie läßt sich vermeiden, daß jede weitere Mitgliederaufnahme das Ausgrenzungsproblem verschärft, indem dann immer weniger europäische Länder außerhalb der NATO bleiben, bis schließlich allein ein komplett isoliertes Rußland übrigbleibt? Und wie soll die Allianz, die heute 16 Staaten umfaßt, entscheidungsfähig bleiben, wenn ihr dann eines Tages 28 oder noch deutlich mehr Mitglieder angehören?

Die Tatsache, daß trotz des jahrelangen Vorlaufs der Madrider Entscheidung auf diese drei Fragen bis heute keine Antwort vorliegt, beweist, daß die NATO-Osterweiterung schlecht vorbereitet und in ihren Folgen und Auswirkungen nicht zude gedacht wurde. *On s'engage et païs on voit* – so könnte man das angewandte Verfahren benennen. Leider spricht alles dafür, daß die Würstelei weitergeht. Warum sollten die neun nichteingeladenen Reformländer des europäischen Ostens und Südostens davon ablassen, ihr Drängen in das westliche Bündnis sofort nach Madrid fortzusetzen? Warum sollten sie diesen Druck nicht sogar verstärken, da doch der Amsterdamer EU-Gipfel deutlich gemacht hat, daß bei der EU-Erweiterung weitere Verzögerungen ins Haus stehen und ein verbindlicher Zeitplan für den Eintritt in diesen Club auch weiterhin nicht zu erwarten ist?

Die europäische Politik in der Falle

Der »offene Prozeß« orientiert alle Beitrittswilligen auf ein neues Wettrennen um die NATO-Mitgliedschaft. Bist Du für uns oder gegen uns, legst Du für uns ein Wort in Washington ein oder nicht, gehören wir in Deinen Augen zu Europa oder nicht? Diese in den letzten Monaten schon so oft gehörten Fragen an die westlichen Nachbarn werden weitergehen. Sie belegen eine kaum hinhnehmbare Reduktion des notwendigen Dialogs über den weiteren Weg der europäischen Integration und der gesamteuropäischen Sicherheit.

Der Prozeß der NATO-Osterweiterung hat der Allianz neues Leben eingehaucht, er hat die europäische Politik aber auch in eine Falle geführt. Jetzt sind Ausbruchsversuche angesagt. Es bieten sich mehrere Pfade an, von der entschlossenen inneren Reform der NATO bis zur konsequenten Umsetzung der zahlreichen guten Absichten, die in der NATO-Rußland-Akte bekundet wurden. Diese verschiedenen Wege können hier nicht im Detail erörtert werden. Aber eines steht fest: Das unwürdige Wettrennen der zu Bittstellern degradierten östlichen Reform-

staaten muß aufhören. Und Sicherheitspolitik muß sich endlich wieder mit Sicherheitsfragen statt mit Beitrittsfragen beschäftigen. Allein in Europa und im Bündnisgebiet (von anderen Weltregionen ganz zu schweigen) haben sich bereits genügend Probleme aufgetürmt: Der erschreckende Stillstand im bosnischen Friedensprozeß, das Chaos in Albanien, die politischen Wirren in der Türkei, das auf Entschärfung wartende Pulverfaß Zypern. Keine dieser Herausforderungen löst sich durch die Veränderung der Zahl der NATO-Mitglieder. Eher erschrecken wir über das Versagen der Krisen-Prävention, über den Mangel an Autorität, um einmal beschlossene Friedenspläne auch durchzusetzen, und über die Gefahren, die aus dem Verhalten einiger Bündnismitglieder resultieren.

Hier ist ein Handlungsbedarf entstanden, an dem Europa nicht vorbeigehen kann. Hier warten dringliche Aufgaben für die EU, für die NATO und für die OSZE. Das Bündnis wird seine Existenzberechtigung verspielen, wenn es seine Hauptressourcen weiterhin für die endlose Fortsetzungsgeschichte Osterweiterung verausgabt. Gemeinsam mit der EU muß die NATO so rasch wie möglich einen verlässlichen und berechenbaren Fahrplan für den gesamteuropäischen Integrationsprozeß vorlegen und parallel dazu gemeinsam mit den anderen europäischen Institutionen Antworten und Lösungen entwickeln für die aktuellen europäischen Krisensituationen. Andernfalls besteht keine Aussicht darauf, daß die Allianz ihr selbstgestecktes Ziel bei der Osterweiterung auch tatsächlich erreicht, nämlich mehr Sicherheit und Stabilität für ganz Europa zu schaffen.

KLAUS-JÜRGEN SCHERER

Passive Zuschauerdemokraten mit Computerfreizeit?

Anmerkungen zur neuesten Shell-Jugendstudie

Das öffentliche Interesse an der jungen Generation folgt konjunkturellen Wellen. Entweder ein Teil der Jugend meldet sich – von der Studentenbewegung bis zur *Love Parade* – unüberhörbar selbst zu Wort, oder ein neues Produkt der empirischen Jugendforschung macht Schlagzeilen. Hierzulande ist besonders die je-

des Jahrzehnt zweimal erscheinende Shell-Jugendstudie zu einer Art festem Bestandteil der Politischen Kultur geworden. Sie vermittelt einer breiteren Öffentlichkeit jeweils die Sichtweisen und das Lebensgefühl von Jugendlichen und läßt ihre Art zu leben, ihre Urteile über Gesellschaft, Alltag und Zukunft zu Wort kommen. Darüber hinaus inspirieren derartige Studien grundsätzlicher über Zukunftsszenarien nachzudenken, indem die jeweilige Jugend gewissermaßen als Seismograph für kommende Entwicklungen genommen wird.

Arbeitswelt statt Identitätsfindung

Wo einst die legendäre Studie von 1981 ein Generationenporträt aus postmaterialistischem Wertewandel, Jugendkulturen und Neuen Sozialen Bewegungen präsentierte, wird jetzt in der im Dezember 1996 abgeschlossenen Befragung von 2100 12- bis 24-jährigen die Arbeitslosigkeit zur prägenden Generationserfahrung. Die Krise der Erwerbsarbeit hat die Jugend derart erreicht, daß sie die Probleme der Arbeitswelt stärker beschäftigt als die klassischen Lehrbuchprobleme der Identitätsfindung, Parteinwahl und Selbständigkeit. Die Jugend muß damit zurechtkommen, daß sie die erste Generation in Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist, der es wahrscheinlich schlechter gehen wird als ihren Eltern. Fast alle halten steigende Arbeitslosenzahlen für ein großes und sehr großes Problem für unsere Gesellschaft (92 %), fast alle rechnen damit, daß die Arbeitslosigkeit ihre persönliche Zukunft beeinträchtigen wird (88 %). Am Ende der Ära Kohl, in der diese Jugend heranwuchs, prägt einmal mehr das Sein das Bewußtsein. Angesichts fehlender Ausbildungs- und Arbeitsplätze erscheinen die Jugendlichen im Grunde als illusionslos und realitätsorientiert.

Weitere Ergebnisse stützen diesen Eindruck: Die Jungen sind heute mit Katastrophen-Szenarios vorsichtiger – in der Shell-Studie von 1981 hatte jeder zweite die Erde vor dem atomaren Holocaust gesehen und 1985 hatten drei von vier Jugendlichen den baldigen Kollaps der Umwelt erwartet. Auf die berühmte Frage nach der Zukunft der Gesellschaft sind die Zuversichtlichen (53 %) heute sogar etwas stärker vertreten als die Düsternen (47 %). Die persönliche Zukunft wird allerdings zunehmend mit »gemischten Gefühlen« betrachtet. Daneben ist die Jugend keineswegs nur eindimensional von der Sorge vor steigender Arbeitslosigkeit beherrscht. Wohlstandschauvinistische, fremdenfeindliche, umweltzerstörerische Scheinlösungen haben bei ihnen keine Chance. Eher ist die Grundstimmung nach wie

vor ökologisch und sozial. Die Umweltverschmutzung steht an zweiter Stelle der großen und sehr großen Probleme und wird kaum als weniger belastend empfunden als der Arbeitsplatzmangel für Gesellschaft und das eigene Leben. An dritter Stelle der Problemliste folgen Sozialstaatsthemen wie die Armut von immer mehr Menschen und die Unsicherheit der Renten.

Insgesamt muß die junge Generation, wie dies allerdings bei jedem gesellschaftlichen Unbruch der Fall war, den gestiegenen Problemen der Erwachsenengesellschaft jetzt eher ins Auge sehen. Bis hierher ist die Reaktion der Jugend wenig aufregend, denn nicht die Flucht vor der Wirklichkeit, sondern ein die Zukunftsgefahren realistisch wahrnehmender Behauptungswillen dominiert.

Keine Partei

Eine diesem Befund geradezu entgegengesetzte, dramatische Interpretation ergibt sich allerdings beim Verhältnis und Verständnis von Jugend und Politik, einer Frage, die im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses der Studie *Jugend '97* stand. Was in den vergangenen Jahren vielerorts als Parteiendistanz und Politikverdrossenheit beschrieben wurde und vom Jugendparteitag der SPD bis hin zur Debatte um das Wahlrecht ab 16 Jahren bereits zu ersten Konsequenzen geführt hat, wird uns noch einmal umfassend empirisch vorgeführt. In der jungen Generation hat sich offenbar ein anderer Bezug zum Politischen durchgesetzt: Politik gilt den meisten als langweilig, abstrakt, unüberschaubar, von großer Beliebigkeit. So sank das politische Interesse – außer bei den Studierenden (78 %) – deutlich von 1991 57 % auf jetzt nur noch 47 %. Politiker und politische Parteien werden wenig differenziert wahrgenommen und mit Distanz und Skepsis betrachtet. Beispielsweise trifft für 81 % zu: »Die Bevölkerung wird sehr oft von den Politikern belogen« oder 78 % stimmen dem Satz zu: »Die Parteien sollen sich nicht wundern, wenn sie keiner mehr wählt«. Dementsprechend erreicht bei der Frage nach der Parteienaffinität die Antwort »keine Partei« den mit Abstand höchsten Wert (36 %) gegenüber BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN (21 %), der SPD (18 %) und der CDU (15 %). An sich wird die Demokratie als Staatsform akzeptiert; gleichzeitig jedoch bleibt das vorherrschende Gesellschaftsbild dualistisch: »Die da oben«, wobei Politiker und Parteien als Erfüllungsgehilfen von Wirtschaft und Industrie in einen Topf geworfen werden, stehen »Uns hier unten«, denen angeblich nur Ohnmacht und Einflußlosigkeit bleibt, unvermittelt gegenüber. So stimmen 65 % der Aussage zu: »Der politische Apparat

verhindert, daß sich neue Ideen der Bürger durchsetzen« und 60 % sagen: »Es gibt keine Partei, die die Interessen der Jugendlichen vertritt«. Während die politischen Parteien den schlechtesten Vertrauensbonus bekommen, ist das Vertrauen gegenüber zivilgesellschaftlichen Gruppen im Bereich Umweltschutz und Menschenrechten relativ hoch. Entsprechend meinen 75 % im Westen und 85 % in Ostdeutschland, direkte Bürgerentscheide gehören zum Wesen der Demokratie.

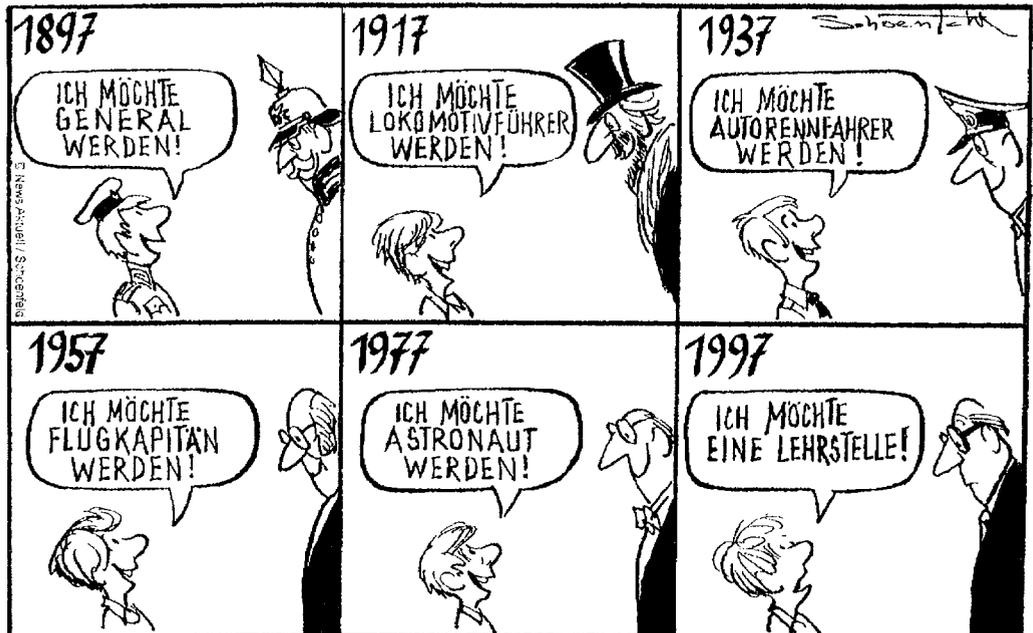
Zwar gibt eine Mehrheit der Jugendlichen an, zu gesellschaftlichem Engagement bereit zu sein, wenn die Themen den sozialen Nahraum betreffen und es um konkreten Nutzen und klare Ziele geht. Die Realität aber ist anders, denn die hauptsächlichen Motive: »es muß Spaß machen«, »ich muß jederzeit wieder aussteigen können« und »ich muß mitbestimmen können, was ich genau tue« werden im Rahmen der Strukturen und Akteure des politischen Systems frustriert. Die Engagementbereitschaft bleibt bei eindeutiger Absage an längerfristige Verbindlichkeiten und an formelle Mitgliedschaften sowie angesichts des Mißtrauens gegenüber klassischen gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen »vagabundierend«. In Wirklichkeit engagieren sich tatsächlich nur noch 3 % in irgendeiner Form politisch. Bevorzugt werden Gruppenstile Gleichaltriger, in denen Spaß, Zerstreuung und Unterhaltung dominieren.

Die Shell-Jugendstudie erhebt den Anspruch, die Jugend als aktive, ihre Umwelt und Biographie gestaltende Menschen wahrzunehmen. Es ist daher ihr Anliegen, für den andersartigen Zugang der Jugendlichen zum Politischen Verständnis zu wecken: Der Zusammenhang zwischen Wissen, Wertorientierungen und Einstellungen auf der einen Seite und tatsächlichen politischen Verhaltensmustern auf der anderen Seite habe sich aufgelöst. Gegensatzpaare, wie politisch/unpolitisch, Engagement/Rückzug, seien der komplexen Realität der Jugend nicht mehr angemessen. Das »gut Bescheid wissen« korreliere oft mit der Haltung »ändern kannst Du doch nichts«. Die Klage von der Politikverdrossenheit der Jugend wird vom Kopf auf die Füße gestellt. Nicht die Jugendlichen seien an Politik desinteressiert, sondern Jugend erlebe im Gegenteil, daß sie der Politik egal sei. »Das erlebte Desinteresse der Politik an Jugend, verbunden mit dem Gefühl, daß die Erwachsenengeneration und besonders die Politiker die Bedürfnisse der Jugendlichen übergehen, führt zu politischer Entfremdung«, so das Resumée der aktuellen Studie.

Natürlich spricht einiges für diesen Zusammenhang von früher Problemerkfahrung und Abkehr von institutioneller Politik. Tatsächlich führen uns die Medien täglich das Versagen der Erwachsenenwelt vor, der es nicht gelingt,

Jugendträume

Karikatur: Schoenfeld/News Aktuell



Kriege zu verhindern, Entscheidendes gegen Armut und Elend zu tun und die Umweltvernichtung zu stoppen. Tatsächlich halten viele Jugendliche, von der Arbeitslosigkeit und Bildungsmisere bis hin zu den ihnen aufgebürdeten Staatsschulden und den langfristig nicht gesicherten Renten, ihre Zukunft für verbaut.

Dennoch klingen die Empfehlungen der Jugendforscher gegen Ende der 90er Jahre alles andere als neu: Die Politik müsse sich ändern, wieder auf die jüngere Generation zugehen und vor allem die Problemlösungskompetenz bei den Zukunftsfragen wiedergewinnen. Offene Netzwerkstrukturen und Erfolgserlebnisse »kleiner Schritte« seien zu fördern. Die Möglichkeiten politischer Partizipation sollen erweitert werden. Projektorientierte Politikformen müssten verstärkt das jugendliche Lebensgefühl aufgreifen und einen *Fun*-Effekt mitliefern usw.

Unbestritten bleibt, daß sich die Parteien und die Politik für Jugendliche wieder interessanter machen müssen. Doch sollte zu denken geben, daß es an vielen Stellen bereits neue Angebote zum Mitmachen – beispielsweise in der SPD im letzten Jahr eine aufwendige Jugendkampagne und ein eigener Jugendparteitag – gab. Immer wieder wird von der Erfahrung berichtet, daß auch wachsende Beteiligungsmöglichkeiten keinen prinzipiellen Trendwechsel auslösten und wesentlich mehr Jugendliche an die institutionelle Politik heranführten. Die Frage liegt nahe, ob hier wirklich nur das »Jugendverdrossene« der Politik unser Problem ist, oder ob nicht auch Haltungen der Jugend selbst zum Problem für die Demokratie geworden sind. In letzterem Fall wäre die jahrelange Selbstkritik der Politischen Klasse zu ergänzen durch verstärkte Anstrengungen der politischen Bildung.

Wenig Differenzierung

Die Shell-Studie jedenfalls differenziert nicht mehr zwischen berechtigten, verständlichen und abwegigen Einstellungen der Jugend. Im politischen Diskurs reicht das »nach dem Munde reden« jedoch nicht aus. Soziale Innovation bedarf auch des Austausches von Generationenerfahrung, etwa zwischen der Jugendgeneration politischer Desillusionierung bzw. eines bloß *Ich*-bezogenen Politikbegriffs auf der einen und der links politisierten Jugend der 70er Jahre auf der anderen Seite.

Aus dieser Perspektive seien hier vier Einwände angedeutet:

- Es ist eigentlich unverantwortlich, wenn aus dem Wissen und einer grundsätzlichen Werte-

orientierung keine Schlußfolgerungen mehr für die gesellschaftliche und lebensweltliche Praxis gezogen werden. Würden Einstellungen und Verhalten dauerhaft auseinanderfallen, wäre es um ein linkes, aufklärerisches Projekt schlecht bestellt.

- Zur politischen Gestaltung gehören auch die Mühen der Informationsbeschaffung, Kompromißfähigkeit, Beharrlichkeit, Pflichtgefühl, strategisches Denken und Solidarität – mit übertriebenem *Ich*-Bezug und unmittelbarem »Spaß haben« wird man nicht viel bewegen.

- Es entspricht zwar einer modischen Betrachtungsweise, den Gegensatz zwischen politisch und unpolitisch für überholt zu erklären, dies geht aber an der Realität alternativer Entscheidungsmöglichkeiten in der politischen Demokratie vorbei. Es macht sehr wohl einen Unterschied, ob ich wählen gehe, an Demonstrationen teilnehme, mich in eine Partei einbringe – oder ob eben nicht. Das Gefühl von Ohnmacht wird gerade dann zur *selffulfilling prophecy*, wenn man die Prägung der Zukunft den anderen, etwa nur den kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Interessen, überläßt.

- Das Verhalten der heutigen Jugend beschleunigt den Trend weg vom Ziel der Selbstbestimmung und Demokratisierung aller Lebensbereiche hin zur passiven Zuschauerdemokratie. Das Ideal des selbstreflexiven Aktivbürgers wird durch den unterhaltungsorientierten Fernsehkonsumismus bedroht. Die häufige Nennung unsinniger und unqualifizierter Vorwürfe (»Uns stehen Eure detaillierten Gesetzestexte bis hier«, »Die Parteien sind eh nie einer Meinung«) macht ein teilweise erschreckendes Maß an Parteien- und Demokratieverdrossenheit deutlich.

Aber vielleicht sind derartige Einwände selbst generationenspezifisch verengt, denn für manche »Post 68er« war das Primat des Politischen, sich kritisches Bewußtsein zu erarbeiten und dieses in politisches Handeln umzusetzen, prägend. Möglicherweise verweist ein bisher nicht beachtetes Detail aus der Shell-Studie darauf, daß die Jugend morgen jenseits der Fernsehgeneration bereits wieder ganz anders drauf sein wird: Seit 1991 ist der Anteil derjenigen Jugendlichen, die ihre Freizeit vorwiegend am Computer verbringen, von 19 % auf 49 % gestiegen. Die Informationsgesellschaft setzt sich gerade generationenspezifisch durch. Vielleicht wird uns die nächste Shell-Studie, etwa im Jahr 2003, vorführen, daß die Internet-Kids an die Stelle der passiven Konsumentenhaltung der politischen Kommunikation und demokratischen Beteiligung eine neue Perspektive eröffnet haben.

Demoskopie und Wahlkampfstrategie – eine frühe Warnung

In Deutschland herrscht Wahlkampf. Zwar wird erst im September nächsten Jahres gewählt, aber offenbar steht bereits jetzt die Wahlkampfstrategie zur Debatte.

»Von ökologischen Ansätzen wird abgeraten«, titelte die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG am 2. Juli 1997. Noch deutlicher formulierte die Unterzeile: »Eine Langzeitstudie empfiehlt der SPD eine Wahlkampfstrategie, die Gerhard Schröders Konzept entspricht«. Wer wollte bestreiten, daß es der SPD gut täte, ihre Strategie auf einer sorgfältig und breit angelegten Langzeitstudie aufzubauen? Doch bedauerlicherweise fußte die sz-Meldung gleich auf mehreren Irrtümern und Fehlinformationen:

Erstens handelt es sich nicht um ein »internes Papier«, vielmehr wurden die zentralen Ergebnisse der POLIS-Studie von Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering im Juli als Broschüre veröffentlicht. *Zweitens* muß man schon einen merkwürdigen Zeitbegriff haben, um aus einer Vergleichsstudie für zwei Befragungen in den Jahren 1996 und 1997 eine »Langzeitstudie« zu machen. Und *drittens* zieht der Autor des sz-Artikels Schlußfolgerungen, die in dieser Studie weder ausdrücklich angeboten werden, noch besonders naheliegend wären.

Also viel Lärm um nichts? Nicht ganz. Denn die Botschaften und ihre Zielrichtung liegen auf einer ähnlichen Linie wie die strategischen Empfehlungen, die das Institut bereits im Wahljahr 1994 der SPD mit auf den Weg gegeben hatte. Damals hieß es, zugespitzt formuliert: Kampf um die CDU/CSU-Abwanderer in der gesellschaftlichen »Mitte« durch einen auf »Sicherheit« und Konsolidierung angelegten Wahlkampf, der Polarisierungen vermeiden sollte. Diese im Frühjahr 1994 gewährte Orientierungshilfe erlebte bereits bei der Europawahl im Juni ihr schlimmes Desaster.

Insofern lohnt es sich, die neuen Befunde auf ihren analytischen Gehalt und ihre Strategiefähigkeit hin abzuklopfen. Das »Neue« ist die Wiederbefragung in einem (überwiegend) identischen Personenkreis. Für die Auswerter des Instituts hatten sich dabei »höchst überraschende« Ergebnisse gezeigt, zum Beispiel daß »viel Bewegung in der Wählerschaft stattfindet und Parteibindungen anscheinend immer unverbindlicher werden«.

Mit Verlaub: So überraschend neu sind solche Erkenntnisse gewiß nicht. Denn dasselbe Institut glaubte im Frühjahr 1994 – zumindest

für die CDU/CSU – durchaus ähnliche Phänomene feststellen zu können. Auf allen Ebenen wurde damals eine Abnahme der Bindungsintensität konstatiert und eine – für die Union – besorgniserregende Zunahme der Distanzen. Die »Langfristigkeit solcher Prozesse« würde es der Union unmöglich machen, solche »Abkoppelungen« bis zur Bundestagswahl wieder rückgängig zu machen.

Es ist höchst bedauerlich, ja unter Aspekten des Forschungs- wie des politischen Interesses sogar unerklärlich, daß derartigen Trends nicht ernsthaft über einen längeren Zeitraum hinweg nachgespürt wird. Mit großer Wahrscheinlichkeit würde man über die verschiedenen Legislaturperioden hinweg einen sich strukturell wiederholenden (also einen ähnlichen, keinen identischen!) Kurvenverlauf zeichnen können: Nach einem Wahltermin verschlechtern sich allmählich die Umfragewerte für regierende Parteien, weil (zu) hohe Erwartungen von Wählergruppen enttäuscht, die ersten sogenannten »Grausamkeiten« beschlossen werden. Unmut und Unzufriedenheit kommen den Oppositionsparteien zugute. Je näher der Wahltermin heranrückt, bekommen drei Faktoren eine zentrale Bedeutung:

Die Regierung verteilt gezielt Wohltaten an wichtige Wählergruppen. Mit Unterstützung von Wirtschaftsinstituten und Medien wird der Beginn eines »Aufschwungs« suggeriert, der sich als Stimmungswandel nur an den Börsen positiv bemerkbar macht. Am wichtigsten jedoch: Zum Wahltermin hin nimmt die Bedeutung von Stimmungen ab und die der langfristigen Parteibindung der jeweiligen Personen und -gruppen wieder zu.

Wer keine Datenevaluierung über einen längeren Zeitraum unternimmt, droht in die Falle anderer Periodisierungen zu laufen. Mittlerweile beginnt jeder Wahlkampf mit einem/r neuen Bundesgeschäftsführer/in. Die Zwischenhochs der Demoskopie scheinen die eigene gute Arbeit zu bestätigen. Nunmehr – so lautet der verführerische Ratschlag (im April 1994 von POLIS direkt, im Juli 1997 vermittelt über die sz) – gilt es nur noch, die erreichte Anhängerschaft bei der Stange zu halten und die Unentschlossenen in der »Mitte« durch einen Annäherungskurs »abzuholen«. So werden Nullsummenspiele produziert. Denn diejenigen, die über eine klare praktische wie programmatische Konturierung der eigenen Politik gewonnen wurden,

werden durch eine konturenlose Mitte-Orientierung, mit der die Differenzen zur anderen großen Volkspartei bis zur Unkenntlichkeit verwischt werden, wieder abgestoßen. Die Wählerwanderungen bei der Europawahl 1994 hin zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS sind hierfür ein warnendes Beispiel.

Wo aber liegt die Alternative jenseits des Nullsummenspiels? Eine Partei kann aus der Opposition heraus nur gewinnen, wenn im gesellschaftlichen Bewußtsein mehrheitlich verankert ist, daß die derzeitige Regierung am Ende ist, und wenn sie glaubwürdig ihre Politik vermitteln kann. Der erste Teil, das zeigen auch die POLIS-Zahlen, ist längst erfüllt. Albrecht Müller, Organisator der so erfolgreichen »Willy-Wahl« 1972, hat zudem mit seinem gerade vorgestellten Buch den Nachweis angetreten, daß man »Siege machen kann«, wenn man den Wahlkampf offensiv anlegt: »Kantig und aktuell, mit einem zukunftsweisenden und inhaltlich klaren Profil«.

Die SPD muß also an einem Klima des Wechsels arbeiten. Nur wenn ihr das gelingt, werden sie die schon gebundenen Anhänger unterstützen und die Unentschlossenen trotz aller Vorbehalte und älterer Parteibindungen diesmal auf Wechsel setzen. Anders als es in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG steht, spricht dies gerade nicht für eine Strategie der »ökologischen Zurückhaltung«. Vielmehr sollte die festgestellte öffentliche Unterbewertung der »ökologischen Steuerreform« Anlaß genug sein, stärker an deren Akzeptanz zu arbeiten. Die Argumente liefert wiederum die Studie selbst: Die Bindungen der zur Zeit unsicheren Wählerinnen und Wähler an die SPD »werden erst dann stabil, wenn die Partei eine Politik mit Zukunftsperspektive bietet«. Zudem steht – im Westen wie im Osten – die »Erhaltung einer lebenswerten Welt für unsere Kinder« (was mehr ist als bloße »Umweltpolitik«!) nach dem Abbau der Arbeitslosigkeit ganz oben auf der Wichtigkeitsskala.

Gerade die große Gruppe der Unsicheren erwartet von der SPD einen sozial gerechten Umbau des Sozialstaats. Und der gelingt auf »moderne« Weise nur mit einer ökologischen Komponente. Die Zeiten, da die Perspektive zum Abbau der Arbeitslosigkeit nur »mehr Wachstum« hieß, sind angesichts weniger arbeitsintensiver Produktionsweisen und wegen des internationalen Globalisierungsdrucks vorbei. Die öffentlichen Kassen sind bis zur Belastungsgrenze geschröpft. Eine Sicherung der sozialen Sicherungssysteme wird also perspektivisch ohne eine Ausweitung der Belastung von Ressourcen- und Energieeinsatz zugunsten der Entlastung des Faktors »Lebendige Arbeit«

nicht mehr auskommen können. Nur in dieser Perspektive kann eine moderne Antwort der SPD liegen, will sie nicht den Weg der Privatisierung jedweder sozialer Risiken à la FDP oder Biedenkopf gehen.

Demoskopische Forschungsarbeit kann die Entscheidungsgrundlagen für politische Strategien verbessern helfen, sie kann und darf diese nicht ersetzen. Ob eine Partei entsprechender eigener Forschungszuarbeit bedarf, ist mit Blick auf die schon existierende, breit gefächerte Institutslandschaft mit guten Gründen zu bezweifeln – vor allem dann, wenn der Kostendruck auf die eigene operationelle Arbeit zunimmt. Fatal wird es, wenn sich eine Partei aufgrund vermeintlich gesicherter sozialwissenschaftlicher Daten auf falsche strategische Fahrten schieben läßt. Die Erfahrung des Jahres 1994 sollte Warnung genug sein. Franz Müntefering hat die neue Studie zutreffend knapp kommentiert: »Viele Wählerinnen und Wähler sind noch nicht festgelegt. Sie bilden sich noch ihre Meinung. Das birgt Risiken und Chancen. Wenn wir uns Fehler leisten, können wir noch viel verlieren. Wenn wir aber gut sind, können wir auch noch viel dazu gewinnen!« So ist es, ganz gleich ob der Spitzenkandidat Lafontaine oder Schröder heißt!

WOLFGANG SCHROEDER/
PETER SCHERRER

Ein Blick hinter die Vollbeschäftigungsgesellschaft in den USA

Sich für Amerika zu interessieren, ist wieder *Schic*. Für Wissenschaftler, Journalisten und Politiker, die ernst genommen werden wollen, gehört es zum Pflichtprogramm, mindestens einmal in einer Untersuchung, einem Bericht oder einer Rede ein Beispiel aus den USA anzuführen. Nachdem in den 80er Jahren die USA als Verlierer dastanden, von den Japanern selbst im eigenen Land in ihre Grenzen gewiesen, sind die Vereinigten Staaten in den 90er Jahren wieder zum Trendsetter aufgestiegen. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts ist Amerika, wie schon häufig zuvor, wieder eine politisch relevante Projektionsfläche für deutsche Hoffnungen und Ängste. Das Interesse an den USA gilt dem sogenannten amerikanischen Beschäftigungs-

wunder, denn das knappste Gut der meisten OECD-Länder scheint in den USA reichlicher als irgendwo sonst vorhanden zu sein.

Eine Zeit lang sah es so aus, als würde sich die deutsche Debatte in jene spalten, die in den USA einmal mehr das gelobte Land sehen, und in jene, die dort die Vorstufe zur Hölle vermuten. Mittlerweile wird auch in Deutschland stärker differenziert und genauer hingeschaut. Es wird eher auf einzelne Aspekte, und weniger häufig auf das gesamte politisch-wirtschaftliche System Bezug genommen. Selbstredend ist dies nicht wertfrei, denn die Auswahl der Beispiele verrät häufig weniger über die Realität in den USA als über politische Ambitionen und Wertpräferenzen der deutschen Betrachter.

In diesem Sinne ist der folgende Bericht eine Mischung aus analytischen Grundeinschätzungen und persönlichen Erfahrungen. Zustandekommen sind diese Einsichten durch eine Einladung der amerikanischen Botschaft, vier Wochen durch die Vereinigten Staaten zu reisen, um mit Experten der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik über das Verhältnis von Wettbewerbsfähigkeit, Arbeit und Nichtarbeit zu sprechen. Um ein möglichst kontrastreiches Bild der sozialen und politischen Situation zu erhalten, wurden so gegensätzliche Städte wie Washington, Pittsburgh, Salt Lake City, Raleigh, San Diego, Milwaukee und New York besucht.

Dienstleistungen: KuK – Bürokratie und ein bißchen »wie im Sozialismus«

In Deutschland ist die Vorstellung verbreitet, daß die USA das Mekka einer enorm entwickelten Dienstleistungsökonomie sind, deren Qualität ihresgleichen auf der Welt sucht. Wir assoziieren mit dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten lange Ladenöffnungszeiten, wenig Bürokratie, geringe Regelungsdichte, große Kundennähe, flache Hierarchien und nicht zuletzt das schnelle, flexible und kreative Klären und Lösen von Problemen.

Die erste Begegnung mit der amerikanischen Dienstleistungsgesellschaft findet bereits statt, bevor man das gelobte Land erreicht hat. Im Flugzeug, beim Ausfüllen des Visums muß man viele Fragen beantworten, um die Neue Welt betreten zu dürfen. Eine wichtige Erfahrung war zum Beispiel, daß die im Flugzeug und an der Grenze ausgeteilten Papierschnipsel eine reale Funktion haben. Als wir nämlich von Mexiko aus wieder in die USA einreisen wollten, bereitete das Fehlen dieses kleinen weißen Zettels im Paß derartigen Psychostreß, daß man sich an frühere Verhältnisse in der Berliner Friedrichstraße erinnert fühlte.

Auch im Hotel kann der Reisende viele bürokratische Erfahrungen mit personal- und technologieintensiver Umständlichkeit machen, diesseits und jenseits des Tresens an der Rezeption. Die zuweilen schlechten Durchschnittsqualifikationen der Bediensteten sind offensichtlich, auch wenn es sicher unzählige positive Gegenbeispiele gibt. Job-Training gibt es eben nur für die Schlüsselausgabe, für den Türsteher, das Zimmermädchen usw. Das Berufsbild des/der Hotelfachmannes/Hotelfachfrau bedarf in den USA der weiteren Verbreitung.

Seit vielen Jahren werden die frappierenden Qualifikationsdefizite der Masse der Beschäftigten, verursacht durch fehlende bzw. schlechte schulische und berufliche Ausbildungsstrukturen, als zentrale Herausforderung bezeichnet. Robert Reich, der gleich nach seinem Amtsantritt als Arbeitsminister 1991 eine Orientierung am deutschen Modell der dualen Berufsausbildung favorisierte, ist kläglich gescheitert. Wie das im einzelnen passierte, kann man in seinen gerade veröffentlichten Aufzeichnungen nachlesen. Übriggeblieben ist ein schwächtiges und unverbindliches Programm: »school to work«. Letztlich erschöpft sich diese Initiative darin, den Kontakt zwischen Schule und Arbeitswelt durch Praktika und andere kleine Stege zu verbessern. Keinesfalls ist darin der Beginn einer systematischen Verbesserung der Ausbildungsstrukturen zu sehen. Entsprechend skeptisch sind auch die Vertreter des nationalen »school to work office«. Aus Jobs werden so schnell keine Berufe. Daß auch das Prinzip der persönlichen Verantwortung eine Reformblockade sein kann, lernt man in den USA schnell. Die Idee der persönlichen Verantwortung ist bei unvorsichtigem Gebrauch dazu angetan, eine bessere Praxis für mehr Menschen zu verhindern. Die Grundlagen für strukturelle Vorgaben, mit denen die Unternehmen in die Pflicht genommen werden könnten, existieren nicht. Daran ändern auch die Schwierigkeiten ausländischer Investoren bei der Rekrutierung von Facharbeitern wenig. Auch sie müssen diese Probleme amerikanisch lösen: Durch Eigeninitiative, wie bei Siemens oder zusätzlich mit spezifischer Unterstützung des Staates, wie im Fall Mercedes Benz. Daraus entstehen aber keine Impulse für eine allgemeinere Regelung, eher wird der Pfad einzelbetrieblicher Nachqualifizierung um weitere Beispiele bereichert.

Die Defizite des US-amerikanischen Ausbildungssystems werden mit amerikanischen Mitteln bekämpft: erstens freiwillig, zweitens exemplarisch und drittens firmenbezogen. Dem deutschen Besucher wird in der Auseinander-

setzung mit dem amerikanischen »training on the job« ins Gedächtnis gerufen, daß ein flächendeckendes Ausbildungssystem auf institutionellen und kulturellen Grundlagen basiert, die sich nicht einfach aus dem Hut zaubern lassen. Das amerikanische Verständnis von Job hat nur sehr bedingt etwas mit dem deutschen Berufsverständnis zu tun. Weder existiert eine spezifische, auch öffentliche Wertschätzung gegenüber der nicht-akademischen Arbeit, die erlernt wurde, die Teil der Identität sein kann, noch besteht eine ähnlich hohe Identifikation mit Arbeit und Firma, wie in Deutschland. Während der deutsche Arbeitnehmer durchschnittlich 10,4 Jahre in einem Betrieb arbeitet, liegt der vergleichbare Wert in den USA bei 6,7 Jahren. Hinzu kommt, daß in den USA für die Unternehmen kein dem Flächentarifvertrag vergleichbares Anreizsystem existiert, daß die Verbesserung der Ausbildung als eine Angelegenheit erscheinen ließe, die kollektiv besser zu optimieren ist als durch den einzelnen Unternehmer oder Beschäftigten.

Die Arbeitsmarktentwicklung

Die amerikanische »Erfolgsstory« übt Druck auf andere aus. Von allen OECD-Arbeitsmärkten kreierte der US-amerikanische Arbeitsmarkt in den letzten Jahren absolut und prozentual die weitaus meisten Jobs. Zwischen 1983 und 1994 stieg in den USA die Zahl der Erwerbstätigen um ca. 24 Millionen. Die Bevölkerung nahm um 29 Millionen zu. Das entspricht einem Beschäftigungswachstum von knapp 24% (im gleichen Zeitraum Japan +16,5%, Deutschland +6,2%). Die Beschäftigtenquote stieg von 58% auf 63%. Im Frühjahr 1997 erreichte die Arbeitslosenquote mit 5,2% einen historischen Tiefstand, der auch innerhalb der OECD-Länder als beispielhaft gehandelt wird. Auch wenn es schwierig ist, die US-Arbeitsmarktdaten mit jenen der Bundesrepublik zu vergleichen, so läßt sich gleichfalls nicht wegdiskutieren, daß in den USA seit einigen Jahren mehr Beschäftigung als auf anderen Arbeitsmärkten ermöglicht wird. Aus mindestens zwei Gründen ist dies nicht selbstverständlich, sondern eher überraschend: Zum einen lag die US-Arbeitslosenquote bis in die 80er Jahre hinein weit über dem Niveau der meisten OECD-Länder, insbesondere über dem der Bundesrepublik, die erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre von den USA unterschritten wurde. Noch Anfang der 80er Jahre lag die US-Arbeitslosenquote bei fast 10 Prozent. Zum anderen haben die amerikanischen Großbetriebe in den letzten Jahren in außerordentlich hohem Maße Arbeitsplätze abgebaut.

Wo gibt es sie denn nun, die neuen Jobs? Konsens ist: Die Mehrheit der neuen Arbeitsplätze setzt eine relativ geringe Qualifikation voraus, wird vergleichsweise schlecht bezahlt und bietet wenig bis gar keine soziale Sicherheit. So wundert es auch nicht, daß ein größerer Teil des Beschäftigungswachstums zwischen 1983 und 1993 sich auf schlecht bezahlte Jobs im Einzelhandel und Dienstleistungsbereich konzentriert. Wie die Jobs geschaffen werden, kann eine Reisegruppe, die naturgemäß eine breite Palette von Dienstleistungen (Hotels, Busse und Flugzeuge, Metros und Taxis, Restaurants und solche, die behaupten eins zu sein,...) in Anspruch nehmen muß, will sie kreuz und quer durch die Staaten dösen, sehr praktisch im unerschrockenen Selbsttest erfahren. Schon beim pulstreibenden Kofferraten, (ist meiner dabei?) gleich nach dem Ausstieg aus dem Flugzeug bekamen wir einen ersten Eindruck vom Jobwunder. Nachdem die Koffer aus dem Flugzeug aufs und übers Band transportiert waren, reichte nicht der simple Zugriff des Fluggastes, um den Koffer in Empfang zu nehmen. Zwischengejobbt war ein Arbeiter, der dafür Sorge trug, daß die Koffer ihre Runde auf dem Band in aufrechter (!) Form drehen konnten, bevor sie der Fluggast in Empfang nimmt. Es gibt aber durchaus auch sehr gebrauchsbewusste und schöpferische Jobcreations, mit denen der Reisende konfrontiert wird. So wurde die Gruppe beim »walking from one meeting to the other« von kräftigen (in Amerika ist alles größer!) Regenschauern überrascht. Die amerikanische Variante der Marktwirtschaft reagiert blitzschnell auf dieses Angebot. Überall dort, wo sich größere Menschenmassen zusammenfinden, boten die Schirmverkäufer ihre so begehrten Produkte bereits nach wenigen Tropfen feil (billig, denn *made in China*). Das ist noch keine ökologisch-orientierte Marktwirtschaft, aber eine gewisse Naturnähe ist nicht zu leugnen.

Es wäre falsch, den Beschäftigungsanstieg auf Billigjobs zu reduzieren, denn zugleich sind auch Arbeitsplätze geschaffen worden, die höhere Löhne erbringen und mehr Qualifikation verlangen, wie bspw. im Bereich industrienahe Dienstleistungen, im Gesundheitswesen, im Bildungssektor oder in den Rechtsberufen. Auch zukünftig sei in diesem Segment ein weiterer Beschäftigungsaufbau zu erwarten. Dies wird von einigen Prognosen nahegelegt, die sogar davon ausgehen, daß in den höheren Stufen beruflicher Qualifikation zukünftig mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten zu rechnen sei (vgl. IAB-Bericht von Heinz Werner).

Bis in die 60er Jahre war die US-Industrie stolz auf die international höchsten Löhne und geringe Arbeitszeiten. Es wurde als Ausdruck US-amerikanischer Überlegenheit verstanden. Heute prägen längere Arbeitszeiten (die durchschnittliche Gesamtstundenzahl stagniert seit Jahren bei etwa 1950 Stunden pro anno; dagegen Deutschland etwa 1600 Stunden), unzureichende soziale Leistungen (über 40 Millionen Amerikaner verfügen über keine Krankenversicherung) und die Beinahe-Stagnation der Durchschnittslöhne bei einer historisch beispiellosen Einkommenspolarisierung die soziale Konstellation der USA. In den letzten 15 Jahren haben sowohl die Abstände zwischen den oberen und mittleren Einkommensgruppen, wie auch jene zu den unteren Einkommensgruppen enorm zugenommen. Fast der gesamte Einkommenszuwachs der 80er Jahre ist den höheren Einkommensgruppen zugute gekommen (20% der Erwerbstätigen), davon wurden wiederum 64% – so Lester Thurow – den Konten der 1% Spitzenverdiener gutgeschrieben. Der renommierte US-amerikanische Politikberater Howard Rosen (U.S. *Competitiveness Policy Council*) vertritt die These, daß der Erfolg des Amerikanischen Modells auf den »Schultern der Arbeiter« zustande kommt.

Der Arbeitsmarkt: ein Markt wie jeder andere?

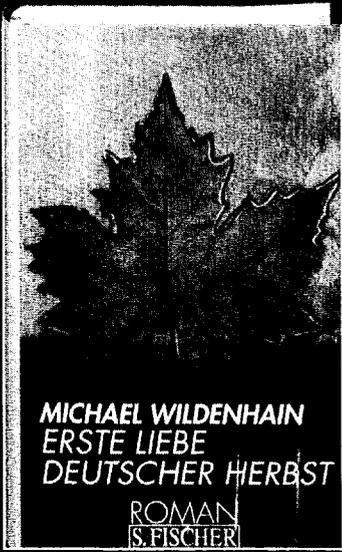
In den niedrigen Lohnbereichen gibt es vor allem deshalb eine Beschäftigungszunahme, weil die mangelnde Produktivitätssteigerung durch »bezahlbare« Mehreinstellungen ausgeglichen wird. In den gehobenen Jobsegmenten sind Industriepolitik, Risikokapital und schöpferische Kreativität die wichtigsten Faktoren. Das US-amerikanische Beschäftigungswachstum hat also viele Väter und Mütter. Je nach Branche, Region, Jobqualität tragen sie andere Namen. Der wichtigste Bruch mit dem »goldenen Zeitalter des Kapitalismus« besteht darin, daß die Großunternehmen nicht mehr die Motoren des Beschäftigungswachstums sind. Allein bei General Motors will die Unternehmensleitung bei den derzeit 220 000 im gewerblichen Bereich Beschäftigten, die Belegschaft um 50 000 bis 70 000 reduzieren. Die einzigen, die netto neue Arbeitsplätze schaffen, sind klein- und mittelständische Unternehmen. Sie haben besonders davon profitiert, daß es vergleichsweise einfach ist, an Risikokapital heranzukommen, was sich auch in einer großen Zahl von Existenzgründungen niedergeschlägt. Sie haben auch am stärksten davon profitiert, daß das Lohnniveau in den unteren Bereichen stagniert

oder sogar gefallen ist. Hierfür ist neben dem Fehlen von Gewerkschaften auch der Staat verantwortlich.

Zwar hat die Regierung durch eine geringfügige Heraufsetzung des Mindeststundenlohnes auf 4,50 \$ bzw. 5,15 \$ (ab 1.9.97) zu einer leichten, aber keinesfalls hinreichenden Verbesserung der Entlohnung beigetragen. Entscheidender aber ist, daß sich durch die »Sozialhilfereform« vom Sommer 1996 der Druck auf die Löhne in den unteren Gruppen eher erhöht hat. Das neu installierte Programm »welfare to work« sieht vor, daß Transfergelder im Programm »Hilfe für Familien mit abhängigen Kindern« (AFCD), vergleichbar der Sozialhilfe, in fast allen Bundesstaaten nach fünf Jahren eingestellt werden. Auch wenn es sich dabei bisher nur um ein Programm handelt, und die Auswirkungen noch nicht abzusehen sind, so erhöht dies schon heute den Zufluß auf den Arbeitsmarkt und der Preis für abhängige Kinder wird gering gehalten. Daran ändert auch die Meldung des Weißen Hauses wenig, daß die Zahl der Sozialhilfeempfänger in den letzten vier Jahren um 20% zurückgegangen sei. Die Zahl der »working poor« wird weiter zunehmen. Diese Entwicklung ist nicht zufällig, son-

Anzeige

240 Seiten, gebunden. DM 38.



MICHAEL WILDENHAIN
ERSTE LIEBE
DEUTSCHER HERBST
 ROMAN
 S. FISCHER

**Ausgezeichnet mit dem
 Alfred-Döblin-Preis 1997**

S. FISCHER

dem hängt auch mit der äußerst hohen Organisationskraft und Durchsetzungsfähigkeit der klein- und mittelständischen Verbände und Kammern zusammen. Nach den Rentnerorganisationen zählen die Interessenverbände der Kleinbetriebe vermutlich zu den erfolgreichsten Lobbyisten in der Washingtoner Arena und der Bundesstaaten. Sie machen Politik, damit sich Washington aus der Politik heraushält. Die Direktorin des Institutes der *National Association of Manufactures*, dem größten Industrieverband der USA, Frau Phyllis Eisen, spitzte dies mit stählernder Härte auf den Satz: »Die Beendigung des Wohlfahrtsstaates ist die größte und wichtigste Bewegung des 20. Jahrhunderts« zu. Diesem Anspruch hat sich nicht nur die Mehrheit der Industrie, sondern auch ein Teil der Republikanischen Partei verschrieben. Ein republikanischer Politikberater im Kongress pointierte die antisozialstaatliche Option seiner Partei in folgendem Ton: »Unsere Aufgabe besteht in Washington darin, zu verhindern, daß die Bundesregierung Politik macht«.

In den gehobenen Jobsegmenten liegt vermutlich einer der deutlichsten Unterschiede zum Niedriglohnbereich darin, daß die Bundesstaaten bei der Ansiedlung und Vernetzung von Firmen einen sehr aktiven Part einnehmen, indem sie Industriepolitik betreiben. Im Unterschied zu industriepolitischen Konzepten in Europa haben die Gewerkschaften bei diesen Arrangements in der Regel keine Karten im Spiel. Interessant ist auch, daß unsere Washingtoner Gesprächspartner Industriepolitik in die Nähe »kommunistischer Umtriebe« rückten, während die Bundesstaaten in einem industriepolitischen Überbietungswettbewerb stehen, bei dem insbesondere die südlichen Staaten, aber auch z. B. Utah, zur Zeit sehr erfolgreich sind. Ein prominentes Beispiel ist der Wettlauf zwischen Alabama und North-Carolina um die Ansiedlung von Daimler-Benz. In North-Carolina ist man sechs Monate lang davon ausgegangen, so erzählte uns jedenfalls der zuständige Referent im dortigen Wirtschaftsministerium, das Rennen gemacht zu haben. Gescheitert ist dieser Deal wohl daran, daß Alabama mehr geboten hat: Für eine Investition von 1,1 Mrd. Dollar erhält Daimler Zuschüsse und Steuererleichterungen in Höhe von 300 Millionen Dollar, billiges Land, Gemeinde und Landkreis finanzieren die Erschließung des Fabrikgeländes. Hinzu kommt, daß Alabama die Ausbildung der Beschäftigten finanziert und sich verpflichtet hat, über 20 Jahre lang jährlich 5 Millionen Dollar in die neue Mercedes-Lehrwerkstatt in Tuscaloosa zu stecken.

Ohne die politische Kultur der Vereinigten Staaten zu berücksichtigen, läßt sich der enorme Beschäftigungszuwachs der letzten Jahre nur schwerlich verstehen. Wir gehen von der These aus, daß die Art und Weise, wie die Erwerbsarbeit zum zentralen Faktor für gesellschaftliche Kohäsion stilisiert wird, unmittelbaren Einfluß auf die politische Auseinandersetzung um die Gestaltung des Arbeitsmarktes hat. Auch wenn man es nicht glauben will, es gibt keine politischen Zwangsläufigkeiten, die sich unmittelbar aus ökonomischen oder anderen materiellen Veränderungen ergeben. Jedenfalls hat die für die USA historisch beispiellose Zunahme sozialer Ungleichheit weder die Gewerkschaften noch eine Bewegung für mehr Sozialstaatlichkeit gestärkt. Im Gegenteil. Es ist zu einer von den Mittelschichten getragenen Bewegung gegen den Sozialstaat alter Prägung gekommen, in dessen Zentrum die Eigenverantwortung steht. Es geht um Steuerersenkungen, um den Abbau staatlicher Verantwortung und Leistungen, um eine moralisierende Individualisierung der Folgen fehlender Chancengleichheit. In der christlich-fundamentalistischen Bewegung haben die Sozialstaatskritiker ihren aggressivsten Sprecher. Hinzu kommen alle jene Gegner traditioneller Sozialstaatlichkeit, die sich an der These berauschen, daß der Sozialstaat die Probleme, die er zu bekämpfen vorgibt, selbst erzeuge. Der Sozialstaat schaffe Armut und Abhängigkeit nicht ab; er verschärfe sie. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Nur die ganz »unfortunate people«, die nicht arbeiten können, sollen ein Recht auf sozialstaatliche Ansprüche haben. Die wohlfahrtsstaatliche Wende besteht darin, daß der einzelne wieder mehr Risiken tragen müsse. Für den Arbeitsmarkt heißt dies, daß er wieder zu einem Markt wie jeder andere werden solle. Der ins Metaphysische überhöhlte Grundsatz, daß jeder Erwachsene seinen eigenen Lebensunterhalt verdienen sollte, was einem Gebot der Würde entspreche, ist als zentrale Ideenbasis des Beschäftigungswachstums und für den Abbau sozialer Transferleistungen zu betrachten.

Wichtige Säulen des amerikanischen Sozialstaates, der im Gegensatz zu Deutschland keine um die »normale« Erwerbsarbeit gruppierten Pflichtversicherungen kennt, sind die non-profit Organisationen und ihre vielen freiwilligen Helfer (*volunteers*). Bei einem Besuch in der Suppenküche »The Gathering« in Milwaukee, unterhalten von drei protestantischen Kirchengemeinden (St. James, St. John's und St. Andrew's), konnten wir uns einen Eindruck von der Arbeit einer kirchlichen Hilfsorganisation



Blick in die Fertigungshallen des deutschen Automobilherstellers Mercedes-Benz in Tuscaloosa/Alabama

Foto: dpa

machen. Küche und Essensraum befinden sich im Keller des Kirchengebäudes. Der Eingang führt durch eine schmale Treppe nach unten. Der Essensraum ist etwa 60 qm groß. Dort arbeiten bereits einige Stunden vor Beginn der mittäglichen Armenspeisung die Helfer. Darunter freiwillige aller Altersstufen. Eine Frau hat ihren vierjährigen Jungen mitgebracht, der voll stolz mit weißer Kochmütze und Schürze hinter seiner Mutter herwackelt. Im Raum läuft ein kleiner Mann unentwegt mit einem schweren Tablett umher; vermutlich ist er weit über 70 Jahre alt, sein krummer Buckel läßt auf ein hartes Leben schließen. Eine Gruppe von Schülern ist heute das erste Mal dabei. In einer Ecke steht ein jüngerer gut gekleideter Mann: Er steht etwas abseits, so als würde er das Ganze nur beobachten. Im Gespräch gibt er sich als Architekt und Mitglied der Kirchengemeinde zu erkennen: alle zwei Wochen Samstags sei er hier, um aufzupassen, daß nichts passiert. Manchmal komme es zu Schlägereien, meistens sei es friedlich. Sie alle werden angeleitet und delegiert von einer energischen Endfünfzigerin, die auch uns auf die Plätze weist. Jeder erhält ein Namensschild und eine Schürze, um als Teil des Ganzen

zu erscheinen, und um niemanden ohne Funktion zu lassen, werden auch wir mit kleinen Aufgaben betraut. Man fühlt sich in einem mittelständischen Unternehmen, das in der Hand eines sozialen Patriarchen liegt: Eine energische Dame mit der Bibel in der Hand führt das Kommando. 170 000 Essen werden jedes Jahr ausgegeben, hinzu kommen kleinere Dienstleistungen für Arme sowie pädagogische Betreuungsangebote für Kinder; 10 000 Volunteers beteiligen sich an diesen Arbeiten. Um dies alles zu finanzieren, müssen jährlich etwa 4 bis 6 Millionen Dollar an Spenden und Zuschüssen eingeworben werden.

Langsam kommen die ersten Hungrigen und wollen ihre Mägen füllen. Sie stellen sich in eine Schlange. Solange es nur wenige sind, kommt es nicht nur zu einem freundlichen Gruß, sondern manchmal werden auch ein paar Sätze mit den Helfern ausgetauscht. Umfragen belegen, daß die Hilfsbedürftigen die Angebote der privaten, vor allem der kirchlichen Initiativen, jenen des Staates vorziehen. Der privaten Hilfe wird mehr Wärme, also Persönlichkeitsbezug zugesprochen. Es sind vor allem Afro-Amerikaner, die hierherkommen. Sie setzen

sich an den Tisch, verschlingen ihr Essen in Windeseile, manche stellen sich gleich wieder an und holen sich noch eine Mahlzeit. Wer sich noch etwas mitnehmen möchte, findet einen Tisch mit Brotlaibern, die in Plastik eingepackt sind. Draußen vor der Tür hat sich mittlerweile eine etwa 30 Meter lange Schlange gebildet, die bis zur Straße reicht. Für den ersten Hunger werden Chipstüten verteilt. Ein in der Reihe Stehender erzählt uns: wer zwei Füße hat und gehen kann, der braucht hier nicht zu hungern, der kann sich beim Gang durch die Armenspeisungen kugelrund essen. Wir sitzen neben einem jüngeren Mann. Wir kommen ins Gespräch. Er interessiert sich dafür, warum wir uns an diesen Ort begeben. Vor einigen Jahren war er bei der Army, stationiert in Deutschland, jetzt ist er arbeitslos. Ungefragt schildert er seine Lebenssituation. Es ist ihm wichtig zu erklären, daß seine Schwierigkeiten nicht auf die herrschenden politischen und ökonomischen Verhältnisse zurückführen seien, sondern auf sein Versagen: »Nicht Clinton, Newt Gingrich oder General Motors sind für meine Situation verantwortlich, nur ich«.

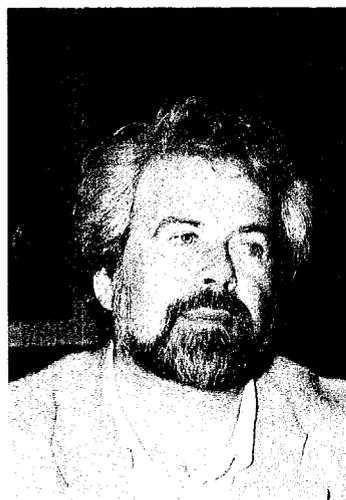
Viele Politiker vertrauen darauf, daß private Hilfsorganisationen jene Lücken füllen können, die der sozialstaatliche Rückzug aufgerissen hat. Sowohl Politiker wie auch Hilfsorganisationen wissen, daß dies nicht möglich ist, weil die finanziellen und personellen Probleme in der freiwilligen Hilfe zu groß sind. Ende April fand in Philadelphia ein mehrere Tage dauernder »Volunteer-Gipfel« statt, der unter der Schirmherrschaft von Bill Clinton, George Bush und Jimmy Carter stand. Die Politiker wollten mit dieser Show für mehr freiwilliges Engagement in der Bevölkerung werben. Tatsächlich ist die Zahl der ehrenamtlichen Helfer in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. So waren es 1997 fünf Millionen weniger als sieben Jahre zuvor. Prozentual sind es heute weniger als 1960. Ursächlich für diese Entwicklung sei nicht der Rückgang von Mitmenschlichkeit, sondern die veränderte Arbeitsmarktsituation. Die potentiellen Helfer, die mehrheitlich zum besser gestellten Teil der amerikanischen Gesellschaft zählen, sind häufig überarbeitet, gestreßt und fänden deshalb nur noch selten genügend Zeit für ehrenamtliche Arbeit. Die Krise des Ehrenamtes hat auch in den USA etwas mit der Situation der Frauen zu tun, die heute doppelt so häufig erwerbstätig sind wie vor 35 Jahren. Ruft man sich die zentrale Stellung privater Hilfsorganisationen, deren Basis die ehrenamtliche Hilfe ist, für den amerikanischen »Welfare State« in Erinnerung, so kann man sich vorstellen, daß

eine weitere Erosion dieses Bereiches eine noch nicht auszumalende Gefährdung darstellt. Die medienwirksamen Bemühungen der politischen Elite werden wohl kaum dazu beitragen, daß die Löcher, die in das soziale Netz der USA gerissen werden, durch freiwillige Hilfsorganisationen gestopft werden können.

Der deutsche Sozialstaat ist eine Errungenschaft

Widersprüchliche Entwicklungen gehören zu den Vereinigten Staaten wie das wechselnde Wetter zum April. Mit Blick auf den Arbeitsmarkt heißt dies: Genauso wie es eine Zunahme an gut bezahlten Jobs gibt, nehmen auch solche Erwerbsmöglichkeiten zu, die zu wenig zum Leben bieten und zu viel zum Sterben. Daß es in diesem Land fast für jede Perspektive Anschauungsmaterial gibt, macht die USA so reizvoll. Bedeutend sind die Verschiebungen von der Groß- zur Kleinindustrie, zwischen dem Ideal möglichst guter Jobs und der Vorstellung – Hauptsache Erwerbsarbeit. Das Motto »sozial ist, was Beschäftigung schafft«, ist auch unter etablierten Vertretern bundesdeutscher Sozialstaatlichkeit auf dem Vormarsch, wie die Debatte auf dem Magdeburger Kongreß der CDU-Sozialausschüsse im Mai dieses Jahres gezeigt hat. Doch demokratische Gesellschaften legitimieren sich nicht nur dadurch, daß sie Beschäftigung fördern, sie müssen auch dafür Sorge tragen, daß der Arbeitsmarkt kein Markt wie jeder andere ist, daß es soziale Chancengleichheit und gesellschaftlich akzeptierte Wahlmöglichkeiten gibt. Und dafür bedarf es eines reformierten Sozialstaates, der in der Lage ist, die Warenförmigkeit der menschlichen Arbeitskraft zu relativieren.

In der us-amerikanischen Debatte stoßen sozialstaatlich-regulierte Modelle zur Zeit auf kein großes Interesse. Ein Teil der amerikanischen Journalisten nutzt die Berichte über Deutschland als Negativfolie, um den wohlfahrtsstaatlichen Charakter der us-amerikanischen Vollbeschäftigungsökonomie zu würdigen und den durchlöchernten sozialstaatlichen Unterbau sowie die historisch beispiellose Einkommens- und Chancenpolarisierung als unvermeidlichen Preis, den es zu zahlen gilt, hinzustellen. Die Aufmerksamkeit gilt dem Druck aus dem fernen Osten, wobei es diesmal neben Japan auch um China geht. Und was die Deutschen von den Amerikanern lernen können? Es wäre viel gewonnen, wenn es gelänge, die historische Errungenschaft des deutschen Sozialstaates zu würdigen, ohne zu vergessen, ihn auf die Höhe der Zeit zu bringen.



Jochen Hörisch, Literaturwissenschaftler aus Mannheim



Sol Lyfond, Aktionskünstler aus Köln

Anlässlich der
Präsentation des
Aprilheftes
veranstaltete
DIE NEUE
GESELLSCHAFT/
FRANKFURTER
HEFTE in
Zusammenarbeit
mit
S2/SÜDWESTFUNK
eine Podiums-
diskussion zum
Thema *Geld*.

In der Bonner
Kunst- und
Ausstellungshalle
debattierten:



Clemens Fuest, Ökonom an der
Universität München



Moderator Christian Jürgens

Thema: Zwanzig Jahre Deutscher Herbst

JÜRGEN BUSCHE

Die Undankbarkeit der Geschichte

Der »Deutsche Herbst« war ein Erfolgsfall für den Staat

Kaum dürfte es ein anderes Ereignis in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geben, das zu seiner Zeit so viele in Bann zog und schon kurze Zeit später nur noch wenigen etwas bedeutete. Bekannt wurde das Ganze unter dem düsteren Titel »Deutscher Herbst«, doch als zwanzig Jahre später ein zweiteiliger Fernsehfilm aus der Ermordung des entführten Arbeitgeberpräsidenten Schleyer, der Kaperung einer Lufthansa-Maschine, der Ermordung ihres Piloten und dem Tod dreier inhaftierter Terroristen in ihren Zellen in Stuttgart-Stammheim ein Medien-Ereignis machte, galt das meiste Erstaunen der wieder einmal bewährten Kunst des Regisseurs Heinrich Breloer. Die Erinnerung an das Geschehen jener Wochen und den kritischen Impetus der Hauptbeteiligten an den Ereignissen fiel dagegen merkwürdig blaß aus. Der Film hatte nachdrücklich auf seine eigenen Möglichkeiten verwiesen, er weckte ein wenig Aufmerksamkeit für die Opfer der Terroristen – was sicherlich auch ein Stück Wiedergutmachung war, denkt man an die Akzente in den Diskussionen von damals – aber das Gefühl der tiefen Unsicherheit, das über Jahre hin bis zu jenem Oktober 1977 Akteure und Beobachter gefangen gehalten hatte, wurde dem Zuschauer 1997 nicht vermittelt. Es war längst aus dem Bewußtsein der Lebenden verschwunden, und es gab nirgendwo den Wunsch, es wiederzubeleben.

Was war damals geschehen? Die kurze Geschichte des etwas kindischen Versuchs, in Deutschland eine Stadtguerilla nach südamerikanischem Vorbild und mit dem Ziel zu etablieren, den Amerikanern die Kriegsführung in Vietnam zu erschweren (»Schafft zwei, drei, viele Vietnams!«) war kläglich zu Ende gegangen. Die Leitfiguren für die Anhängerschaft der Versprengten aus leninistisch-maoistischen

Lernprozessen im Anschluß an die Studentenbewegung, längst abgeglitten in ein universitätsnahes Lumpenproletariat, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Horst Mahler, Andreas Baader und andere saßen in Gefängnissen. Die noch draußen waren, mußten sehen, daß sie nicht gefaßt wurden.

An diesem für eine gewaltbereite Linke – und die war nicht klein in jenen Jahren – trostlosen Bild änderte auch der spektakuläre Anschlag auf den Wirtschaftsfunktionär Hanns-Martin Schleyer nichts. Im Gegenteil. Bei der Entführung Schleyers wurden sein Fahrer und drei Polizeibeamte ermordet. Mochten die Terroristen und ihr Anhang sich auch über die ungeheuerliche Brutalität ihrer Tat beruhigen (»Die Männer des Begleitschutzes wußten, was sie taten und kannten ihr Risiko«), so mußte ihnen doch auch in ihrer kruden Logik klar sein, daß ein Verhandeln mit Politikern und Beamten über eine Freilassung des Arbeitgeberpräsidenten über vier auf offener Straße liegende Leichen hinweg wenig Aussicht auf Erfolg bot. Was im Fall des von der »Bewegung 2. Juni« entführten Berliner CDU-Politikers Lorenz hatte möglich sein können, der Austausch des Entführten gegen eine gewisse Anzahl inhaftierter Terroristen, konnte hier schwerlich gelingen. Die Verhandlungsführer im Bonner Krisenstab, an der Spitze Bundeskanzler Helmut Schmidt, hätten dann den Tod von Schleyers Begleitern gleichsam als Bauernopfer akzeptiert.

Während Schleyer noch in dem Versteck der Terroristen gefangen gehalten wurde, entführten andere, hier palästinensische Verbündete der »Roten Armee Fraktion« (RAF) die Lufthansa-Maschine »Landshut«. In Dubai wurde noch verhandelt, in Aden wurde der Flugkapitän ermordet, in Mogadischu stürmten Grenzschutzbeamte die Maschine und be-

freiten die Geiseln. Kurz darauf wurde Schleyer ermordet. Der Zusammenhang der Ereignisse war evident. Drei der in Stammheim inhaftierten Terroristen gaben sich selbst den Tod, eine vierte wurde mit Stichwunden in der Brust gefunden, sie behauptet bis heute, die anderen seien in ihren Zellen ermordet worden.

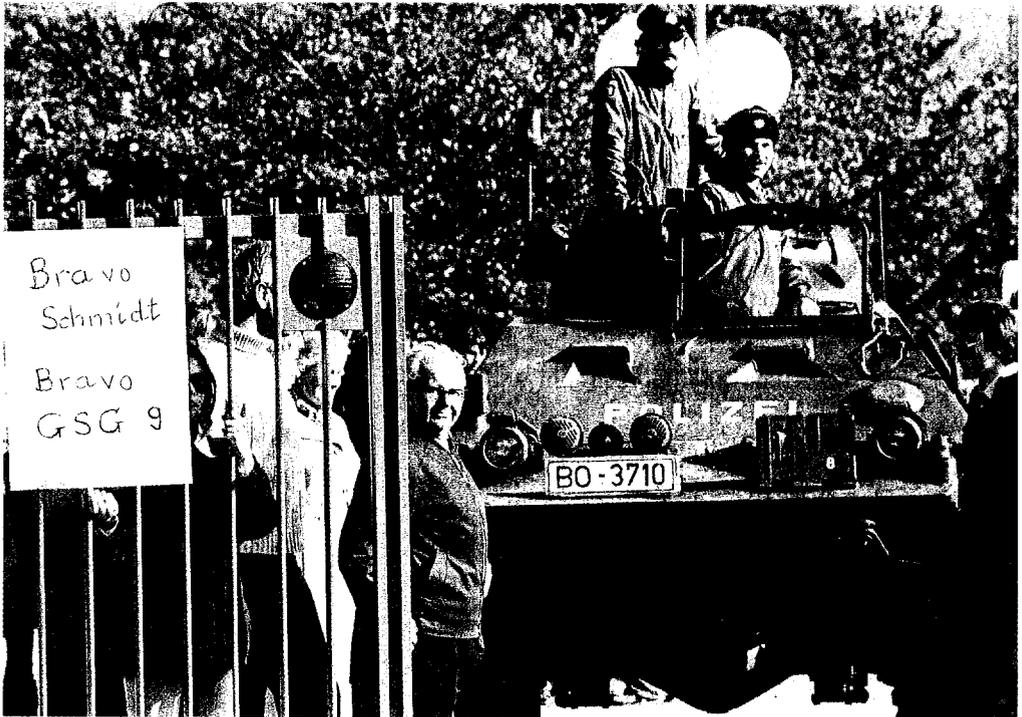
Mit diesem Ende der schrecklichen Tage war der zwar blutige doch auch hilflose Terrorismus, den Heinrich Böll einmal als Kampf von 6 gegen 60 Millionen romantisiert hatte, wieder dort gelandet, wo er in den letzten Jahren zuvor in der Hauptsache stattgefunden hatte, in den Räumen von Justiz und Strafvollzug. In dem Bemühen, den Kampf gegen die Terroristen der RAF erfolgreich und mit rechtsstaatlichen Mitteln zu führen, waren Polizei, Gerichte und Gefängnisse auf einen Prüfstand geraten, auf dem sie nicht nur von der linken Öffentlichkeit mit Argusaugen beobachtet wurden. Das war die Zeit, in der heiß darüber gestritten wurde, ob man Baader-Meinhof-Bande oder Baader-Meinhof-Gruppe sagen

müsse oder dürfe. Die Haftbedingungen der Gefangenen waren ein Dauerthema der Publizistik, die Vorwürfe reichten von »Isolationsfolter« bis »Privilegiengewährung«. Tatsächlich war Ulrike Meinhof in Köln-Ossendorf zeitweilig Haftbedingungen ausgesetzt, die auch unbefangene Beobachter befremden mußten. Umgekehrt lebte Andreas Baader in seiner Zelle im hessischen Schwalmstadt zwischen zahlreichen Büchern und Broschüren wie in einer Studentenbude. Und während im Gefängnis in Wittlich Holger Meins in einem Hungerstreik starb, den die RAF in der Haft ausgerufen hatte und dessen Disziplin sie mit Hilfe einiger ihrer hin und her reisenden Rechtsanwälte scharf kontrollierte, ließ sich Baader von seinem Verteidiger bei den Anwaltsbesuchen mit Hähnchenfleisch versorgen.

Alles das war bekannt, aber es wurde nicht gern zur Kenntnis genommen. Es wurde immer wieder verdrängt durch Berichte über rechtsstaatlich fragwürdige Praktiken derer, die von staatswegen mit den Terroristen zu tun hatten. Hier glaub-

Nach der Geiselnbefreiung

Foto: dpa



te auch mancher Beobachter in Konkurrenz zu ausländischen Medien zu stehen, die ein auffälliges Interesse an deutschen Verhältnissen bekundeten und deren wirkliche oder vermeintliche Maßstäbe ernst genommen wurden.

Da sprachen Leute mit weltläufigem Auftreten von der Gelassenheit der Engländer. Aber diese Leute waren nie in der Nähe eines Gefängnisses für inhaftierte IRA-Terroristen gewesen. Da kam Jean Paul Sartre nach Stammheim – mit Daniel Cohn-Bendit als Dolmetscher, mit Klein als Chauffeur, jenem in der Szene »Klein-Klein« genannten Jungen, der später mit Carlos den OPEC-Überfall in Wien durchführte und dabei schwer verwundet wurde –, um mit Baader über seine Ziele und die Haftbedingungen zu sprechen. Aber Sartre kam nie in die Nähe der Zelle eines Gefangenen aus der RAF. Da empörte sich ein italienischer Journalist in dem Verhandlungsgebäude für RAF-Prozesse, das an das Stammheimer Gefängnis angebaut worden war, über die menschenunwürdige Behandlung der Angeklagten und sagte, als er auf einen damals laufenden Prozeß in Turin hingewiesen wurde, in dem die Beschuldigten in einer Art Tigerkäfig den anderen Prozeßbeteiligten präsentiert wurden: »Aber Deutschland hat die faschistische Vergangenheit.«

Das klang nur aus dem Mund eines Italieners komisch. Tatsächlich war das der entscheidende Punkt. Niemand, der bei Sinnen war, rückte Polizeibeamte, Staatsanwälte, Richter oder Justizvollzugsbeamte in die Nähe der nationalsozialistischen Büttel von ehemals. Aber Fehler, die das rechtsstaatliche Verfahren Zweifeln aussetzten, sollten, durften sie auf keinen Fall machen. Und sie machten zu viele Fehler.

Die Medien konnten nicht anders. Sie mußten darüber berichten, mußten die Fehler kritisieren. Zeitungen, die das nicht taten, hatten keinen Vorteil davon. Nicht nur die meisten Journalisten wollten sich nicht dabei erwischen lassen, daß sie mit der Kritik an staatlichen Stellen, wo diese geboten schien zurückhielten, auch die Öffentlichkeit wollte sich unterrichten lassen, ohne daß dies eine Tendenz zur Meinungsbildung angedeutet hätte.

Man sah dies damals gelegentlich als einen Erfolg der Terroristen: eine Scheindiskussion, die, ob sich der Rechtsstaat bewähre – verdränge, worüber eigentlich im Interesse des Landes zu reden sei, die Gefahr, die von den Terroristen ausgehe. Tatsächlich war beides zu jedem Zeitpunkt dieser Geschichte ungleichrangig. Die Fehler, auch die Bosheiten des einen oder anderen Verantwortlichen stehen in keinem Verhältnis zu den Verbrechen der Terroristen.

Doch eine solche Entgegensetzung der beiden Seiten ist skandalös. Auch wenn viele Kritiker der Politiker und Beamten nicht immer den richtigen Ton fanden, das richtige Maß wählten, auch wenn einige von ihnen sich gern bei dem einen oder anderen vergriffen, hier ist so zu verfahren, wie es Adenauer einmal in der Nachkriegszeit gegenüber einem seiner Gesprächspartner bei den Alliierten tat. Als dem Ruhrgebiet eine Hungerkatastrophe drohte und er auf die Pflicht der Befehlshaber hinwies, die Bevölkerung zu ernähren, antworteten diese mit einem Hinweis auf das, was die Holländer im Zweiten Weltkrieg von Deutschen erfahren hatten. »Sind Sie Nazis?«, wagte daraufhin Adenauer zu fragen.

Es ist eben ein weltweiter Unterschied zwischen dem, was Verbrecher tun und was ein auf seine Gesittung, seine Verfassung, seine Gesetze verpflichteter Staat durch seine Mandatsträger und Beamte tut. Daß Terroristen morden, ist nicht anders zu erwarten. Und daß die RAF-Terroristen mit keiner anderen Erwartung bei anderen rechneten, geht ja auch daraus hervor, daß sie vermeinten, nach der Ermordung von Hanns-Martin Schleyers Begleitern mit dem Dienstherrn von drei der Ermordeten, den drei Polizisten, erfolgreich verhandeln zu können. Vom Staat und von den im Auftrag des Staates Tätigen erwartet man dagegen, daß sie jederzeit rechtlich und korrekt handeln. In normalen Zeiten zieht das nicht viel Aufmerksamkeit auf sich. Doch je größer die Herausforderung ist, der sich der Staat gegenüber sieht, umso sorgfältiger müssen Verfahrensbeteiligte und Öffentlichkeit darauf achten, daß

Als Korrespondentin in Stammheim

korrekt, rechtsförmig und maßvoll gehandelt wird. Daß die Terroristen der siebziger Jahre und ihre Anhänger dies hernach erkannten und ausnützten, um so oft wie möglich – und manchmal noch öfter – von ihren Verbrechen abzulenken und Haftbedingungen oder Prozeßvorfälle, Fahndungspraktiken und Abstimmungsmanipulation in den Mittelpunkt öffentlicher Wahrnehmung und intellektueller Kritik zu stellen, ändert nichts an der Pflicht, diesen Unterschied zwischen privatem und staatlichem Tun zu beachten. Das war liberalem und bürgerlichem Denken im rechtlichen Obrigkeitsstaat eine Selbstverständlichkeit. Es mußte auch im demokratischen Rechtsstaat eine Selbstverständlichkeit sein.

Es ist viel von der allgemeinen Hysterie in jenen Jahren die Rede gewesen. Vielleicht waren Erscheinungen solcher Art unvermeidbar. Auch da ist viel übertrieben worden in der Darstellung. Wo aber hysterische Züge peinlich wurden, gab es Vorstöße dagegen: Bölls Bemerkung von den 6 gegen 60 Millionen ist ein Beispiel dafür. Und dagegen gab es dann wieder Vorstöße. Das gehört zum öffentlichen Streit, und der kann mitunter häßliche Züge annehmen. Davon gäbe es unendlich viel zu erzählen.

Doch das nahezu völlige Verschwinden dieses Spannungsgefühls aus den immer noch spannend genug zu inszenierenden Berichten von der terroristischen Herausforderung damals und der Antwort darauf zeigt – und das ist, wenn man so sagen darf, die Undankbarkeit der Geschichte –, daß die Bundesrepublik und ihre Einrichtungen, seien sie staatlicher, seien sie privater Natur, diese Herausforderung bestanden hat. Das Mißtrauen, das man aufgrund der deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gegen den Staat in dieser Situation gehabt hatte, war vorher berechtigt gewesen. Nachher war es kein Thema mehr. Der Titel, den Breloer für seinen Film gewählt hat, *Todesspiel*, zeigt, daß die Erinnerung mehr zur Fiktion tendiert als zu einer un abgeschlossenen Wirklichkeit, die mahnt. So verwandelt Geschichte im Erfolgsfall ihre Daten.

Es war wohl der deprimierendste Strafprozeß in der Geschichte der Bundesrepublik: noch bevor die Urteile – lebenslänglich für Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe – rechtskräftig wurden, waren die Angeklagten tot. Der Vorsitzende Richter Theodor Prinzling, bis zum Prozeß ein angesehener Jurist, war den Strapazen nicht gewachsen, machte massive Fehler und wurde während des Verfahrens ausgetauscht. Wenige Tage vor Prozeßbeginn wurden Wahlverteidiger entpflichtet, einige später auch verhaftet und selbst vor Gericht gestellt. Andere warfen im Prozeß das Handtuch, Rupert von Plottnitz, heute Landesjustizminister in Hessen, wurde wegen ungebührlichen Benehmens das Mandat entzogen. In das laufende Verfahren hinein wurde die Strafprozeßordnung geändert. Für zwölf Millionen Mark hatte die baden-württembergische Landesregierung neben dem – wie sie sich rühmte – »sichersten Gefängnis der Welt« einen eigenen Gerichtsaal gebaut. Bis heute halten sich Gerüchte, der Tod der drei Terroristen sei vom Staat befohlener Mord gewesen.

Geisterprozeß

Ich habe damals als Korrespondentin der FRANKFURTER RUNDSCHAU über diesen Prozeß geschrieben. Noch zwanzig Jahre später, beim Blättern in vergilbten alten Unterlagen, steigt die alte Bedrückung wieder in mir auf. Mit wachsendem Widerwillen bin ich damals in den ländlich-kleinbürgerlichen Vorort Stammheim gefahren, zu einem Geisterprozeß mit körperlich, seelisch und geistig kaputten Angeklagten – und bald auch ohne sie. Mitgefühl wollte sich dennoch nicht einstellen mit Gudrun Ensslin und Andreas Baader, die abwechselnd das Gericht, die Bundesanwaltschaft, die Zuhörer und ihre Verteidiger anpöbelten, mit Ulrike

Meinhof, die meist still und verzweifelt auf ihrem Platz saß und Mühe hatte, sich zu konzentrieren, mit Jan-Carl Raspe, der versuchte, unbeteiligt zu wirken und in Beschimpfungen nur ausbrach, wenn Andreas Baader das Kommando dazu gab. Es war eine durch und durch voyeuristische Atmosphäre in diesem Saal aus nacktem grauen Beton, in dem die 200 gelben Stühle der einzige Farbfleck waren. Weder die Heizungs- und Belüftungsröhre waren verkleidet noch die Stahlkonstruktion des Daches. Innenhof und Dach des turnhallenhohen Baus waren mit einem Netz überspannt, Vorbeugung gegen Sprengkörper aus der Luft. Zum Eingang gelangte man durch einen Laufgang ähnlich dem für Raubkatzen im Zirkus. Vor der Schleuse stauten sich die Menschen. Die Stimmung zwischen Polizisten und Besuchern war oft gereizt, weil alles quälend lange dauerte, vor allem das unangenehme Abtasten in den Durchsuchungskabinen. Uhren, Kugelschreiber, Portemonnaies, alles mußten Besucher und Journalisten abgeben. Nur mit Bleistift und Block bewaffnet durften wir in den Saal. Schreibmaschinen wurden gestellt, an den spannenderen Verhandlungstagen raufte man sich um die wenigen Telefone. Oft schienen mehr Sicherheitsbeamte als normale Zuhörer im Saal zu sein. Wir erkannten sie an ihren Armbanduhr. Die Stimmung in diesem Gerichtsbunker war immer nervös, meistens aggressiv, unterbrochen von Phasen lähmender Langeweile.

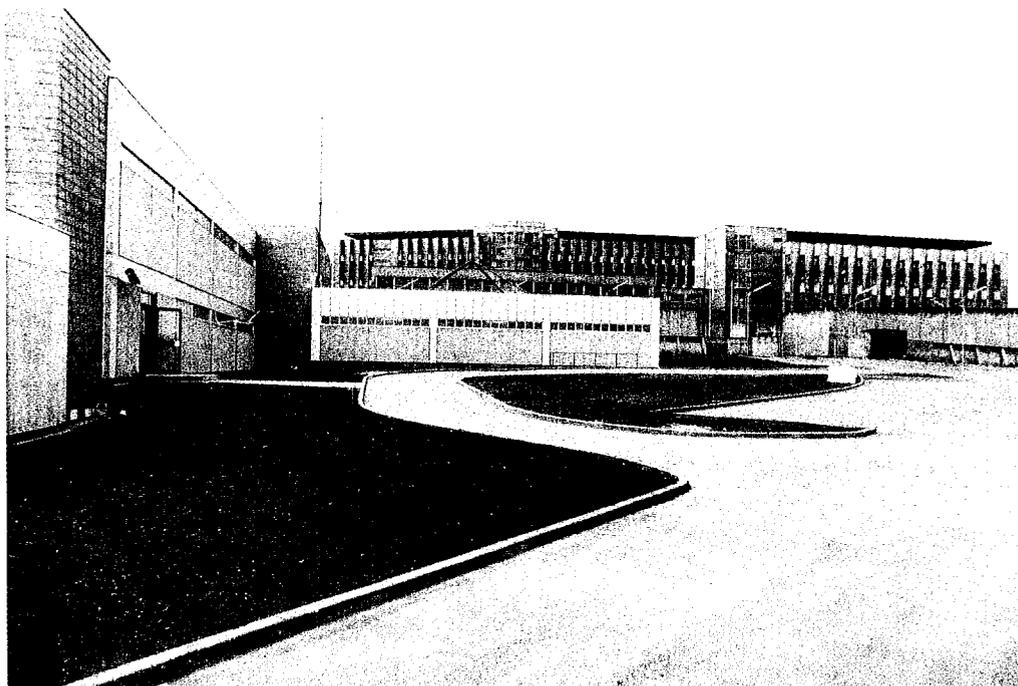
Fast drei Monate nach Prozeßbeginn war man immer noch nicht bei den Vernehmungen zur Person angelangt. Es drehte sich ein ödes Karussell aus Anträgen der Verteidiger, Beratungen, Vertagungen und schließlich stets der Ablehnung der Anträge. Andreas Baader stand wenige Tage vor der Eröffnung ohne seine Anwälte Groenewold und Croissant da, die ausgeschlossen worden waren. Fassungslos nahm der angesehene Anwalt Hans-Heinz Heldmann, der einsprang, aber erst Tage nach Prozeßeröffnung zum Verteidiger-Team stieß, zur Kenntnis, daß der Vorsitzende Richter Theodor Prinzing ihm die erbetene

zehntägige Einarbeitungszeit abschlug. Rupert von Plottnitz prägte damals den Satz vom »selbstgeschöpften Stammheimer Landrecht«, der ebenso oft zitiert wurde wie der Spott aus dem Stuttgarter Oberlandesgericht: »Paragraph 1 der Stammheimer Prozeßordnung: Anträge der Verteidigung sind abzulehnen«.

Nichts war normal in diesem Prozeß, in dem Verteidigerakten beschlagnahmt wurden, in dem Gespräche zwischen Anwälten und ihren Mandanten abgehört wurden, in dem gegenseitige Beschuldigungen und Beschimpfungen zum Alltag gehörten, in dem ein überforderter Vorsitzender Richter Macht demonstrieren wollte und doch nur seine Ohnmacht zeigte, zuließ, daß der Prozeß zu einer beklemmenden Farce verkam.

Ein Verhandlungstag, es war der 26., wie es viele vergleichbare gab: Turbulente Szenen hatten den Nachmittag eingeleitet. Es ging wieder einmal um die Verhandlungsfähigkeit der durch Hungerstreiks geschwächten Angeklagten. Zwei ärztliche Gutachter sollten entscheiden, ob und für wie viele Stunden am Tag der harte Kern der RAF der Verhandlung folgen könne. Ohne die für den folgenden Tag erwartete Entscheidung der Ärzte abzuwarten, bestanden Gericht und Bundesanwaltschaft auf der Verlesung der Anklageschrift. Die fünf Wahlverteidiger verließen unter Protest den Saal, zurück blieb die Riege der schweigenden, vom Gericht bestellten Pflichtverteidiger, »Zwangverteidiger«, wie sie genannt wurden.

Nun ließ Prinzing die Häftlinge einzeln vorführen, »notfalls mit Gewalt«, hatte er die Wachleute angewiesen. Ulrike Meinhof, abgemagert, schmal, mit wachsweißem Gesicht, wurde von zwei Polizisten in den Saal geschleift, nach ihr die anderen. Andreas Baader fragte: »Wollen Sie zuerst Beschimpfungen provozieren? Das ist doch ein dreieckiges Manöver!« Erst nachdem ein Angeklagter nach dem anderen den Vorsitzenden des Zweiten Strafsenats beleidigt hatte, ihn als »faschistisches Arschloch« und »alte Sau« beschimpft hatte, war der Strafprozeßordnung Genüge getan, und die Häftlinge wurden wieder abgeführt.



Hochsicherheitstrakt

Foto: dpa

Was lange erwartet worden war, das war nun eingetreten. Es begann der Geisterprozeß ohne Angeklagte, ohne Vernehmung zur Person, ohne die »Anwälte des Vertrauens« mit der Verlesung der Anklageschrift.

Beim Blick zurück mit der Distanz von zwanzig Jahren ist noch unbegreiflicher als damals, was in jenen Monaten in Stammheim abließ. Formal hatte das seine Ordnung, denn der neu in die Strafprozeßordnung eingefügte Paragraph 231a (Lex Baader-Meinhof) legte fest, daß Angeklagte, die ihre Verhandlungsunfähigkeit vorsätzlich herbeiführen, um dadurch eine geordnete Hauptverhandlung unmöglich zu machen, vom Verfahren ausgeschlossen werden können.

Obwohl zwei nicht etwa von den Verteidigern sondern vom Gericht bestellte ärztliche Gutachter zu dem Schluß kamen, der Gesundheitszustand aller vier Angeklagten erlaube nur eine Verhandlung von drei bis vier Stunden am Tag, obwohl die Mediziner die Haftbedingungen, also die strenge Isolation im siebten Stock des Stammheimer Gefängnis, ver-

antwortlich machten für den schlechten Gesundheitszustand, setzte Prinzing sich darüber hinweg. Als sei er Arzt und nicht Jurist, hielt er den Hungerstreik für den Auslöser. Damit war für ihn die Verhandlungsunfähigkeit vorsätzlich herbeigeführt, und es konnte ohne die ständig störenden, anstrengenden Häftlinge weiterverhandelt werden. »Jetzt haben Sie den Rechtsstaat ruiniert«, rief Otto Schily den nach diesem Beschluß zum Ausgang strebenden Richtern hinterher.

Theodor Prinzing und seine Kollegen waren keine »furchtbaren Richter«, Ankläger und Verteidiger waren Juristen von Ruf, und dennoch verkam der Prozeß von Tag zu Tag mehr. Es ist im nachhinein nur schwer zu begreifen, wie wenig über diese eisige Atmosphäre geschrieben wurde, in der jeder Funken Menschlichkeit erstickte. Um innere Distanz bemüht, beobachteten die meisten von uns, als sei's ein Theaterstück auf der Bühne, wie der Vorsitzende Richter verhöhnt und systematisch fertiggemacht wurde – und wie er sich dabei im Laufe der Monate veränderte, schließlich wirklich zu einer Jammerfigur wurde,

eine unverständliche Entscheidung nach der anderen produzierte. Ein ungeheurer Druck lastete auch auf den Verteidigern, überwiegend Radikaldemokraten aus bürgerlichem Milieu, die von der öffentlichen Meinung (und nicht nur an den Stammischen) in einen Topf geworfen wurden mit ihren Mandanten und sich von diesen während der Verhandlung übel beschimpfen lassen mußten. Und schon gar nicht zerbrach man sich die Köpfe über die Angeklagten, die – wenn sie denn anwesend waren – störten und pöbelten und ihren Haß auf eine Gesellschaft hinausbrüllten, mit der sie sich im Krieg fühlten.

Es lag wohl am allgemeinen Klima von Angst und Hysterie, das damals im Lande herrschte. Während dem harten Kern in Stammheim der Prozeß gemacht wurde, ging draußen das Morden weiter. Wer es wagte, offen zu protestieren gegen die Einschränkung von Verteidigerrechten, gegen Rasterfahndung, gegen neue zweifelhafte Gesetze, gegen endlose Polizeikontrollen, der wurde abgestempelt zum »Sympathisanten«.

Die Atmosphäre im Gerichtsbunker und im streng kontrollierten, bäuerlichen Stammheim trug nicht zu Gelassenheit bei. Ab Einbruch der Dunkelheit lagen alle Gebäude im grellen Scheinwerferlicht. Sie wurden Tag und Nacht bewacht von berittener Polizei, von Fußpatrouillen mit Maschinenpistolen und scharfen Hunden. Der ganze Aufwand galt nicht den 750 in Stammheim einsitzenden Untersuchungs- und Strafgefangenen, sondern den vier RAF-Mitgliedern im siebten Stock. Da wurde eine Gefährlichkeit suggeriert, die zum Augenschein nicht passen wollte, nämlich zu vier abgemagerten, nervösen Gefangenen, kaputten Menschen, die Mühe hatten, sich zu konzentrieren, die manchmal nicht in der Lage schienen, einen begonnenen Satz logisch zu Ende zu bringen oder auf dem Papier vorliegende Erklärungen verständlich abzulesen. Auch untereinander war ihr Ton rüde. Ulrike Meinhof wirkte isoliert, wurde vor allem von Gudrun Ensslin mit Verachtung behandelt. Andreas Baader markierte den Boß, eine Rolle, die in Wahrheit nach Einschätzung des Gefängnis-

psychiaters, Dr. Helmut Henck, Gudrun Ensslin innehatte. Jan-Carl Raspe war, so der Mediziner, der die Gruppe wohl nach jahrelanger Betreuung besser als jeder andere einschätzen konnte, »der Hausbursche«, der Baader bewunderte, aber nur eine Randrolle spielte.

Kein geordnetes Verfahren

In der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1976 erhängte sich Ulrike Meinhof in ihrer Zelle. Viele waren schockiert, nur wenige überrascht. Die baden-württembergischen Behörden erklärten eilends, es habe keinerlei Indizien für einen Selbstmord gegeben. Dabei waren die grausamen Auseinandersetzungen innerhalb der isolierten Kleingruppe Dauerthema am Rande des Prozesses.

Nichts zeigt die Kälte von Stammheim besser als jener 109. Prozeßtag, der erste ohne Ulrike Meinhof. Richter Prinzing eröffnete mit dem Satz: »Das Verfahren gegen Frau Meinhof ist durch ihren Tod beendet«. Dann fuhr er fort mit einer scharfen Rüge an einige Besucher, die sich beim Einzug des Gerichts nicht von ihren Plätzen erhoben hatten. Die von den Verteidigern beantragte Prozeßpause bis nach der Beisetzung wurde natürlich abgelehnt. Angeklagte und Verteidiger zogen wieder einmal aus dem Saal aus.

Im Januar 1977, das Verfahren schleppte sich seinem Ende entgegen, hatte der 85. Befangenheitsantrag gegen Theodor Prinzing Erfolg. Es war durchgesickert, daß er Kontakte zu einem Pflichtverteidiger von Gudrun Ensslin pflegte.

Am vorletzten Prozeßtag, dem 21. April 1977, plädierten nur noch die sogenannten Zwangsanwälte. Weder die Anwälte des Vertrauens noch die Angeklagten waren erschienen. Am 28. April wurden die Urteile gesprochen, lebenslänglich wegen gemeinsam begangener Morde, versuchter Morde, Sprengstoffanschlägen, Bildung einer kriminellen Vereinigung. Nur drei der einst fünf Mitglieder des harten Kerns waren noch am Leben. Holger Meins hatte sich schon vor Prozeßbeginn zu Tode gehungert, Ulrike Meinhof hatte sich in ihrer Zelle umgebracht.

Kaum einer der Prozeßbeteiligten und Beobachter blieb unbeschädigt, bei allen lagen die Nerven bloß. Das Vertrauen in den Rechtsstaat war gestört: Dem Gericht gelang es nicht – konnte es nicht gelingen –, gegen die Baader-Meinhof-Gruppe ein geordnetes Verfahren zu erzwingen. Bundesanwaltschaft und Verteidiger saßen sich nicht wie Prozeßgegner gegenüber, sondern wie unversöhnliche Feinde. Verwandte Zellen, die Durchsuchung von Anwaltskanzleien, abgehörte Gespräche zwischen Verteidigern und Angeklagten, Hunger- und Durststreiks, der sichtbare physische und psychische Verfall der Gefangenen, die bedrückende Atmosphäre im Gerichtsbunker, das alles hatte dazu geführt, daß nur noch das Ende des Prozesses herbeigesehnt wurde. Dabei war das, was die Journalisten mitbekamen in diesen zwei Jahren, nur die Spitze des Eisbergs gewesen, wie sich Monate später zeigte.

Am Morgen nach der Befreiung der Geiseln in Mogadischu, es war der 18. Oktober 1977, schoben die Vollzugsbeamten wie alle Tage die schalldämmenden Matratzen vor den Zellentüren beiseite und schlossen auf für's Frühstück. Sie fanden Andreas Baader, erschossen mit einem aufgesetzten Nackenschuß, Gudrun Ensslin, erhängt, Jan-Carl Raspe, sterbend nach einem Kopfschuß, und Irmgard Möller, schwer verletzt durch Stichwunden in die Brust. Noch am selben Tag entstand der Mythos von den Stammheimer Morden. Niemandem mochte einleuchten, daß im sichersten Gefängnis der Welt, wo selbst Verteidiger vor dem Besuch bei ihren Mandanten die Hosen runterlassen mußten, die Gefangenen über Pistolen, Messer – und wie sich bald herausstellte – auch über Sprengstoff verfügten.

Es war wirklich schwer zu glauben, denn schließlich waren die bis an den Rand des Lächerlichen gehenden Kontrollen Dauerthema aller Besucher von Stammheim. Millionen-Summen waren verbaut worden für die Sicherheit, der Personalaufwand rund um das Gefängnis und das Gerichtsgebäude war einzigartig. Unbeobachtet waren die Häftlinge nur, wenn sie alleine in ihren Zellen einge-

schlossen waren, die angeblich täglich durchsucht wurden, ganz besonders sorgfältig nach der Entführung von Hanns Martin Schleyer. In Bonn war sogar innerhalb von Tagen das rechtsstaatlich bedenkliche Kontaktsperregesetz durchgepaukt worden, das die »legale« Möglichkeit bot, Verteidigerbesuche zu verbieten – und das in Stammheim rigoros angewendet wurde.

Gigantisches Ausmaß an Schlamperei

Bis heute geistert die Mord-Theorie durch viele Köpfe. Nur den unabhängigen in- und ausländischen Gerichtsmedizinern war zu verdanken, daß ihr weitgehend der reale Boden entzogen wurde. Sie widerlegten in ihren Obduktionsberichten und später bei ihren Auftritten vor dem Untersuchungsausschuß des baden-württembergischen Landtags die Mord-These schlüssig und einleuchtend. Und dennoch bleiben Zweifel ohne Ende: Man weiß, daß die Zellen im siebten Stock abgehört wurden, die Wanzen wurden mit Amtshilfe durch den BND gepflanzt, der sich dazu das Okay im Kanzleramt geholt hatte. Die Abhöranlagen wurden laut Innenministerium von Baden-Württemberg »vor dem 5. 4. 1977« abgebaut, wann genau, wußte niemand zu sagen. Es fällt schwer, dies angesichts der Massenpsychose, die damals im Lande herrschte, zu glauben. Ausgerechnet in den dramatischsten Wochen zwischen der Schleyer-Entführung mit dem Ziel, die RAF-Häftlinge freizupressen, und den Selbstmorden soll es weder Abhörmaßnahmen noch nächtliche Zellenkontrollen gegeben haben? Obwohl alle beteiligten Behörden wußten, daß Andreas Baader und Gudrun Ensslin immer wieder mit kollektivem Selbstmord gedroht hatten?

Wer bereit ist, den Staat von jeder Mitverantwortung an den Selbstmorden freizusprechen, dem bleibt nur eine Alternative. Gegenüber den Vorgängen im Hochsicherheitstrakt von Stammheim herrschte eine Gleichgültigkeit, die einen noch zwanzig Jahre später den Atem verschlägt. Dazu kam ein solch gigantisches Ausmaß an Schlamperei ans Licht, daß es

eigentlich die gesamte Landesregierung unter Hans Filbinger hätte hinwegfegen müssen:

Dem Anwalt Arndt Müller soll es gelungen sein, zwischen Ende 1976 und Frühjahr 1977 in präparierten Aktenordnern zwei Pistolen und einen Revolver, eine Kamera, 5 Stangen Sprengstoff, Kopfhörer, Radios, Glühbirnen, Kabel, eine Kochplatte und anderes an die Häftlinge zu übergeben, die auf dem Weg vom Gerichtssaal zurück in die Zellen nicht mehr durchsucht wurden! Dabei beteuerten fast vierzig Beamte, sie hätten die Verteidigerakten stets selbst in die Hand genommen und auch flüchtig durchgeblättert!

Schwer zu glauben war auch, was während des Untersuchungsausschusses über die Zellendurchsuchungen bekannt wurde. Die Verantwortung dafür lag bei den Vollzugsbeamten, die meist nur wenige Minuten Zeit hatten, sich in den verdrehten Zellen voller schmutziger Wä-

sche, überquellenden Aschenbechern, Geschirr, einem Stilleben an Büchern, Schallplatten, Kabeln auf dem Boden umzusehen. Dabei sollten sie Gegenstände entdecken, die dort nichts zu suchen hatten! Doch es gab daneben auch gründliche Durchsuchungen, für die Profis verantwortlich waren. Dennoch wurden weder die Verstecke hinter den Fußleisten, noch das 90 Zentimeter lange Sprengstoffversteck hinter einem Bücherregal gefunden! Auch schien sich niemand ernsthaft Gedanken darüber zu machen, wieso die Häftlinge über Informationen verfügten, die sie angesichts der angeblich totalen Kontaktsperre gar nicht haben konnten!

Es kamen schlimme Dinge ans Licht bei den Befragungen im Stuttgarter Landtag. So ließ der für die Briefzensur zuständige Strafsenat unter Theodor Prinzing auch Briefe mit Morddrohungen passieren. Den Häftlingen wurden selbst »Kälberstricke« (so ein Vollzugsbeamter)

Wahlverteidiger in Stammheim: Marie Luise Becker, Helmut Riedel, Rupert von Plotnitz, Otto Schily, Hans Heinz Heldmann und der vom Verfahren ausgeschlossene Klaus Croissant. Foto: dpa



ausgehändigt, zusammen mit haßerfüllten Briefen, in denen es hieß, die Terroristen sollten sich damit erhängen. Es kam heraus, wie intensiv und vergeblich der Gefängnispsychiater Dr. Helmut Henck, ein in Fachkreisen hochangesehener Mediziner, vor den drohenden Selbstmorden gewarnt hatte. Er schlug leitenden Ministerialbeamten im Justizministerium sogar vor, die Gefangenen in verschiedene Anstalten zu verlegen, um einen kollektiven Selbstmord zu verhindern. Ihm sei nicht einmal zugehört worden, berichtete er vor dem Untersuchungsausschuß. Während er von drohenden Selbstmorden sprach, redete sein Gesprächspartner von einer Streichung des zusätzlichen Obsteinkaufs. Ein anderer Ministerialer habe ihm empfohlen, die drei einfach in Beruhigungszellen zu stecken, denn dort könne ja nichts passieren.

Verantwortlich für Stammheim war bis zum Sommer 1977 Kurt Rebmann, doch der – danach Generalbundesanwalt – wusch vor dem Untersuchungsausschuß seine Hände in Unschuld. Er sei eigentlich in der entscheidenden Zeit schon mehr mit künftigen Karlsruher Geschäften befaßt gewesen, erklärte er den Politikern im Ausschuß, und die nickten verständnisvoll mit den Köpfen. Zurückgetreten war nur einer, der Justizminister Traugott Bender, ein redlicher Mann, der sich aus Stammheim bewußt herausgehalten, mit der Verantwortung seinen Ministerialdirektor Rebmann betraut hatte.

Den kleinen Beamten im siebten Stock ließ sich keine Schuld an dem Desaster ankleben, obwohl genau das versucht wurde. Sie waren arme Würstchen, im Stich gelassen von ihrem Arbeitgeber Staat. Sie berichteten vor dem Untersuchungsausschuß von ihren Problemen mit der Familie, Freunden, Nachbarn, von der Isolation durch die Arbeit. Sie erzählten, wie sie alle – bis hin zum Anstaltsleiter – ständig Beruhigungspillen geschluckt hätten. Ein Beamter, der den Dauerstreß nicht ertrug, erlitt einen Nervenzusammenbruch.

Jahrelange Überstunden waren selbstverständlich, einen Ausgleich in Geld oder Freizeit gab es nicht. Wehren gegen

die versteckten Drohungen, die ständigen Beschimpfungen und Beleidigungen konnten sich die Beamten nicht. Möglichkeiten, Hausstrafen zu verhängen, gab es kaum. Entweder scheiterten solche Versuche an den Ärzten oder die Beamten hatten Angst, sich mit den beschwerdefreudigen Häftlingen anzulegen. Der gefeuerte Anstaltsleiter Nusser fragte achselzuckend den Ausschuß: »Was sollten wir denn tun, wenn Andreas Baader in öffentlicher Sitzung den Gerichtsvorsitzenden beschimpfen und beleidigen durfte?«

Rommels Stimme der Vernunft

Ein Nachspiel der Stammheimer Selbstmorde hat sich mir ins Gedächtnis gebrannt, als sei es gestern gewesen und nicht vor zwanzig Jahren. Es zeigt die Massenpsychose, von der damals eine ganze Stadt sich beherrschen ließ.

Pfarrer Ensslin und Frau Baader hatten den Wunsch geäußert, alle drei Toten gemeinsam auf dem Stuttgarter Waldfriedhof zu beerdigen. Da kochte die Volksseele, weil drei Terroristen in der Nähe von Robert Bosch, Theodor Heuss und Arnulf Klett begraben werden sollten. In – tatsächlich veröffentlichten – Leserbriefen wurde gefordert, die Toten ins Klärwerk oder wenigstens in den Neckar zu schmeißen. Eine lokale Zeitung empfahl dem Oberbürgermeister Manfred Rommel, sich weniger an Paragraphen und dafür mehr an die Gefühle seiner Bürger zu halten. Rommel blieb hart: »Ich weigere mich zu sagen, daß es Friedhöfe erster und zweiter Klasse gibt. Nach dem Tod hat alle Feindschaft aufzuhören.« Und seinen Stuttgartern schrieb er ins Stammbuch: »Die haben die Möglichkeit, mich nicht wiederzuwählen. Die Möglichkeit, diese Entscheidung aufzuheben, haben sie nicht.« Es war die einzige Stimme der Vernunft in jenen Tagen. Die gefürchtete Gedenkstätte, zu der sich – so die Befürchtungen – ein steter linker Pilgerzug bewegen würde, entstand nicht auf dem Waldfriedhof. Die toten Terroristen in ihren Gräbern wurden rasch vergessen.

»In Kernfragen würde ich genauso entscheiden wie damals«

NG/FH: Jochen Vogel, Sie waren von 1974 bis zu Ihrem Wechsel nach Berlin Bundesjustizminister. In Ihren im letzten Jahr erschienenen Erinnerungen *Nachsichten* haben Sie den »Deutschen Herbst« bzw. das Terroristenjahr 1977 als »die angespannteste und verantwortungsschwerste Phase« in Ihrem langen politischen Leben bezeichnet...

Hans-Jochen Vogel: ...Ja, es war, wenn man das so sagen darf, der existentiellste Teil meines Lebens, in dem ich nicht nur mittelbar und indirekt, sondern sehr unmittelbar für Tod und Leben von Menschen verantwortlich gewesen bin. Darunter waren Menschen, die ich persönlich gut kannte, etwa den Generalbundesanwalt, aber auch die beiden, die mit ihm ums Leben kamen: Herr Göbel und Herr Wurster, der Fahrer und der Leiter der Fahrbereitschaft.

Es war übrigens auch – daraus mache ich kein Hehl – ein Zeitabschnitt meines Lebens, in dem ich erkannte, wie wichtig es ist, daß ein Mensch einen archimedischen Punkt außerhalb des täglichen und diesseitigen Daseins hat. Ich bin mir damals endgültig darüber klar geworden, daß der Mensch nicht die letzte Instanz ist, daß es eine höhere Instanz gibt. Ich habe das den »archimedischen Punkt« oder – anschaulicher ausgedrückt – den Gottesbezug genannt. Das ist mir in diesen Wochen sehr wichtig gewesen.

NG/FH: Sie gehören zu den wenigen Politikern, die sich offen zu Ihren persönlich-politischen Lernprozessen bekannt haben – sei es in München, Bonn oder Berlin. Hat es denn während des »Deutschen Herbstes« Dinge gegeben, die Sie heute selbstkritisch im Grundsätzlichen oder in Nuancen anders bewerten würden als damals?

H.-J.V.: Sicherlich habe ich dazugelernt, insbesondere in meiner Berliner Zeit 1981/82. Ich habe danach Zusammenhänge besser verstanden. Was meine innerparteilichen Münchner Konflikte der Jah-

re 1970/71 angeht, so würde ich heute in der Tonart und Lautstärke wahrscheinlich leiser reagieren. Ich würde auch nicht alles wörtlich nehmen, was meine damaligen Opponenten gesagt haben. Aber in den Kernfragen – zum Beispiel die Haltung zum Godesberger Programm, zum imperativen Mandat oder zur Einführung eines allgemeinen Nulltarifes – wäre meine Position heute um kein Haar anders als damals.

Zum »Deutschen Herbst«: In der Kernabwägung und auch – von einer Ausnahme abgesehen was die gesetzlichen Regelungen angeht – würde ich, wenn das alles noch einmal zu tun wäre, dieselben Ratschläge geben und dieselben Positionen vertreten. Die Ausnahme ist, daß beim § 129 a, der terroristische Vereinigungen betrifft, der Tatbestand des Werbens zu weit ausgedehnt worden ist. Es ist auch eine 1976 eingeführte Bestimmung, die die verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten sehr umfassend unter Strafe stellte (§ 88 a StGB), noch während der sozialliberalen Zeit wieder aufgehoben worden. Es hat natürlich auch in der Erregung der damaligen Zeit – ich sage nicht von Helmut Schmidt und von denen, die Verantwortung trugen, aber doch von anderen – gelegentlich Übersteigerungen in der Artikulation gegeben, die zu erklären sind, die aber nicht gut waren.

Nur in der eigentlichen Kernfrage – der Forderung: *Nachgeben oder nicht nachgeben?* – würde ich genauso wie damals entscheiden. Ich sehe mich auch durch die weitere Entwicklung in meiner Position – es war auch die Helmut Schmidts – bestätigt und nicht widerlegt.

NG/FH: Würden Sie dem Urteil von Friedrich Zimmermann (CSU), dem späteren Bundesinnenminister, zustimmen, daß »die moralischen Grundlagen des Staates erschüttert worden wären«, wenn man wie im Fall Lorenz gehandelt, d. h. die Gefangenen im Austausch mit Hanns-Martin Schleyer freigelassen hätte?



Bundesjustizminister Vogel und Axel Wernitz, Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses Foto: dpa

H.-J.V.: Das ist nicht meine Ausdrucksweise, wenn ich vielleicht auch zum gleichen Ergebnis komme. Der Kern der Abwägung war: Dürfen wir, um einen zu retten, den mit Sicherheit vor auszusehenden Tod von sieben, neun, elf, fünfzehn anderen noch nicht namentlich zu benennenden Menschen in Kauf nehmen? Denn seit dem Fall Lorenz 1975 wußten wir, daß die Entlassenen sich nicht etwa in den Ruhestand begeben, sondern weitere Morde begehen. Die fünf damals Entlassenen haben danach mindestens vier weitere Menschen ermordet und einen Mordversuch begangen. Wenn man elf entlassen hätte, wäre die Zahl mit großer Wahrscheinlichkeit höher gewesen. Das war der entscheidende Gesichtspunkt. Wir haben Schleyer nicht preisgegeben. Es ist alles unternommen worden – der Film von Heinrich Breloer hat das ja auch deutlich gezeigt –, um ihn zu finden und ihn zu befreien. Es gab eine schreckliche Panne im Kölner Bereich, von der man erst hinter-

her erfahren hat. Aber ein Nachgeben hätte bedeutet, daß der Staat eine größere Anzahl namentlich noch nicht feststehender Personen dem Tode preisgibt. Das konnte und durfte nicht sein.

Außerdem: Es wird üblicherweise immer nur von Schleyer geredet. Von den vieren, die bei seiner Geiselnahme ihr Leben verloren haben, ist hingegen nur selten die Rede. Bei dem Anschlag auf Buback ist es ähnlich; auch von Göbel und Wurster ist wenig die Rede. Ich nenne deshalb hier ganz bewußt auch die Polizeibeamten Ulmer, Brändle und Pieler und den Fahrer Marcisz mit ihren Namen. Das waren Morde, bei denen diese Menschen weggeräumt wurden, als wenn sie ein Stück Holz oder irgend etwas Lebloses wären. Das mußte man auch in Betracht ziehen. Wie wirkt das auf die Angehörigen dieser Familien?

Ein letzter Punkt: Wie kann man eigentlich von einem Polizeibeamten verlangen, daß er unter Einsatz seines Le-

bens Mordverdächtige festnimmt, wenn er erlebt, daß bei entsprechender Konstellation diese wieder in die Freiheit entlassen werden und ihre Tätigkeit fortsetzen können? Das waren die Kernüberlegungen, die Abwägungen von damals. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Position nicht verworfen, sondern gesagt, daß sie im Rahmen der Entscheidungsverantwortung der Regierung liegt.

NG/FH: Kommen wir noch einmal auf die Kritik an den damaligen staatlichen Maßnahmen im einzelnen zu sprechen. Erstes Beispiel: das *Kontaktsperregesetz*. Hier wurde moniert, daß der verfassungsbedenkliche Aufwand in keinem Verhältnis zum Sicherheitsertrag gestanden habe.

H.-J.V.: Ich bagatellisiere den Eingriff nicht. Er fand zunächst statt unter Berufung auf den Paragraphen 34 des Strafgesetzbuches, der *Straffreiheit* für bestimmte Straftaten vorsieht, wenn sie im übergesetzlichen Notstand begangen werden. Ich habe damals als Justizminister gesagt, das sei eine Bestimmung, die etwas über Straffreiheit sagt, aber sie gibt dem Staat keine zusätzliche Eingriffsermächtigung. Darum war mein Vorschlag, für die Kontaktsperre eine klare gesetzliche Grundlage zu schaffen. Das ist rasch geschehen, sie ist angewendet worden. Und dieses Gesetz – weil hier von Verfassungsbedenken die Rede ist! – hat sowohl der Prüfung durch den Bundesgerichtshof als auch durch das Bundesverfassungsgericht standgehalten. Durch das Gesetz wurde ja auch erst der Bundesgerichtshof eingeschaltet, um die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahme zu prüfen. Die Sperre war auch notwendig. Denn es gab Indizien z. B. daß vor der Entführung Schleyers und vor der Entführung der *Landshut* allemal, aber auch während der laufenden Entführung es aus den Vollzugsanstalten von Gefangenen nicht nur Kontakte, sondern auch Aufträge und – von Baader her – wohl auch Befehle gab, was zu tun und zu lassen sei. Alle rechtstaatlichen Gewährleistungen wurden dabei beachtet. So sind zum Beispiel laufende Fristen verlängert worden.

NG/FH: Wurde das *Kontaktsperregesetz* im Kabinett einstimmig beschlossen?

H.-J.V.: Im Kabinett war es meiner Erinnerung nach ein einstimmiger Beschluß. Es gab dann eine intensive Diskussion in der eigenen Fraktion, insbesondere mit den Rechtspolitikern. Diese Diskussion ist mir auch deshalb in Erinnerung, weil ihre Ernsthaftigkeit dazu führte, daß sich an ihr Beteiligte, die sich zuvor eher skeptisch und kritisch gegenüberstanden, mit wachsendem Respekt begegneten. Herta Däubler-Gmelin und Peter Conradi gehörten zu den Kritikern.

NG/FH: Ein weiterer umstrittener Punkt war das *Verbot der Doppelverteidigung*. Hier wurde kritisiert, daß man in das laufende Stammheimer Verfahren die Strafprozeßordnung verändert habe.

H.-J.V.: Wenn man die Strafprozeßordnung ändert, dann betrifft das in der Regel auch bereits anhängige Verfahren. Das ist nichts Ungewöhnliches. Die Sachdiskussion über die Zulässigkeit der Mehrfachverteidigung ist nicht erst durch die Anschläge in Gang gekommen, von denen wir jetzt reden. Sie ist schon lange vorher – etwa in der Zeit von Gerhard Jahn, meinem Amtsvorgänger – in Gang gewesen. Es gab auch in der Anwaltschaft starke Meinungen, daß ein Interessenkonflikt dann, wenn jemand mehrere Mandanten verteidigt, nie mit letzter Sicherheit auszuschließen ist. Die Verteidigung muß ja notfalls auch dazu bereit sein, einen Mitangeklagten zu belasten, um den eigenen Mandanten zu entlasten.

Diese lange Diskussion ist dann allerdings durch Beobachtungen, die im Zusammenhang mit Verfahren gegen die RAF-Angehörigen gemacht wurden, zusätzlich belebt worden. Rechtsstaatliche Bedenken dagegen, daß jeder Angeklagte einen eigenen Verteidiger haben muß, kann ich nicht erkennen. Ich habe eher Bedenken dagegen, daß jemand keinen eigenen Verteidiger hat, sondern mitverteidigt wird.

NG/FH: Der Zeitpunkt wurde aber doch als ein wenig peinlich empfunden, weil man für die gesetzgeberische Bonner Nacharbeit den Prozeß in Stammheim für vier Wochen unterbrochen hat.

H.-J.V.: Dazu kann ich aus meiner Erinnerung nichts sagen. Vielleicht waren in

diesem Verfahren die Indizien für einen Mißbrauch besonders stark.

NG/FH: Ein weiterer Punkt: die *Swizide* der Stammheimer Gefangenen nach der geglückten Befreiungsaktion in Mogadischu. Viele sagten damals: Es wurde das Kontaktsperregesetz verabschiedet, die Gefangenen sind streng überwacht worden, die Anwälte mußten, wie Renate Faerber-Husemann in ihrem Beitrag in diesem Heft sagt, »die Hosen zur Kontrolle runterlassen« und trotzdem besaßen die Inhaftierten Schußwaffen in ihren Zellen. Wie konnte in einem sogenannten Hochsicherheitstrakt derartiges passieren?

H.-J.V.: Da für die Gefängnisse nicht der Bund, sondern die Länder zuständig sind, kann ich dazu nur das sagen, was mir aus dem Bericht des Untersuchungsausschusses im Gedächtnis geblieben ist, den der baden-württembergische Landtag seinerzeit eingesetzt hat. Danach war es wohl so, daß diese Waffen nicht *während* der Kontaktsperre, sondern bereits zuvor dort hineingekommen sind. Heinrich Breloer, der sich sehr intensiv mit allen Details beschäftigt hat, meint, daß die Waffen in einem Fernsehapparat verborgen waren, der sich in der Zelle von Baader befand. Wie sie eingeschmuggelt wurden, hat sich wohl nicht mit letzter Sicherheit feststellen lassen. Möglicherweise wurden sie als Aktenstück getarnt im Verhandlungssaal übergeben.

Was mich gerade in diesem Zusammenhang bedrückt, ist die Leichtigkeit, mit der Leute über Justizvollzugsbeamte urteilen, die keine Vorstellung davon haben, unter welchen Bedingungen diese Beamten arbeiten. Das klingt manchmal so, als wenn sie Maschinen seien, die wie Computer arbeiten müssen. Menschen kann aber selbst bei der größten Sorgfalt ein Versehen unterlaufen. Außerdem: Wer in der Haft zum Selbstmord entschlossen ist, der bringt sich auch ohne Waffe zu Tode – etwa indem er sich erhängt.

NG/FH: Nächstes Stichwort: *Isolationshaft*...

H.-J.V.: ...ich muß noch einmal betonen, daß der Bundesjustizminister für Vollzugsanstalten keine Zuständigkeit hat. Infolgedessen kann ich nicht jede einzelne

Behauptung beurteilen, die in dieser Hinsicht aufgestellt worden ist. Insgesamt ist mein Eindruck, daß die Sicherheitsmaßnahmen getroffen wurden, die bei wegen Mordes Verurteilten, die zudem erklärten, daß sie den »bewaffneten Kampf« fortsetzen wollen, unerlässlich sind. Ob es dabei in einzelnen Fällen Übertreibungen gegeben hat, weiß ich nicht. Immerhin gibt es auch Bekundungen, daß diese Gefangenen mehr Besuche und mehr Korrespondenzen und Kontakte gehabt hätten als andere Gefangene. Ich kann es nicht nachprüfen. Aber insgesamt war der Begriff *Isolationshaft* oder gar *Isolationstolter* wohl einer, den man in die Gruppe der Kampfbegriffe einreihen muß.

NG/FH: Kommen wir auf die Rolle der Medien und die Reaktion in der Bevölkerung zu sprechen. Wie bewerten Sie im nachhinein das, was man als »Massenhysterie«, »Sicherheitshysterie« bezeichnet hat? Hier in Bonn wurden beispielsweise Panzer postiert und Stacheldrahtzäune montiert. Der emigrierte Soziologe Norbert Elias kam damals 80jährig aus England zurück nach Deutschland und fragte sich besorgt: ›Warum reagieren die Deutschen so wenig gelassen auf den Terror einzelner?‹ In Großbritannien würde sich kaum jemand wegen der Verbrechen der IRA von seiner demokratischen Überzeugung abbringen lassen.

H.-J.V.: Ob die Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen damals nicht übertrieben waren, darüber kann man sicher streiten. Aber man darf nicht vergessen, daß damals 15 Menschen innerhalb kurzer Zeit ermordet worden sind. Und daß der Bereich derer, die für solche Mordaktionen als Opfer in Frage kamen, einigermaßen überschaubar war. Daß der Staat da eine Schutzverpflichtung hat, das kann man doch wohl beim besten Willen nicht bestreiten. Daß dann manches im Eifer und auch in der Bestürzung und auch deswegen, weil es ja eine völlig neue Erfahrung war, zu weit gegangen ist, das mag durchaus sein. Personenschutz für Gefährdete rund um die Uhr war jedenfalls notwendig. Hingegen sind die Stacheldrahtzäune schon damals von Helmut Schmidt kritisiert worden.

Richtig ist, daß die meisten Medien und auch ein großer Teil unseres Volkes in einer Art und Weise reagiert haben, die man sich heute gar nicht mehr so recht vorstellen kann. In Großbritannien hatte man schon lange Erfahrungen mit dem Nordirlandkonflikt, die fehlten in der Bundesrepublik. Übrigens gab es auch Ansätze, das Geschehen zu instrumentalisieren und gegen die Bundesregierung und gegen die Koalition zu wenden. Denken Sie zum Beispiel an die Äußerungen von Franz Josef Strauß, hier gehe »die Saat der Linken« auf. Das hat zusätzlich emotionalisiert.

NG/FH: Es gab damals ein Denunziationsklima im Lande. Erinnert sei nur an das ständige Gerede von den »Sympathisanten«. Sie selber haben ja ein sehr prominentes Beispiel in Ihrem Buch, nämlich Heinrich Böll, erwähnt ...

H.-J.V.: ...Böll würde vielleicht heute

auch nicht mehr alles so artikulieren wie damals. Sein Ansatz war, daß für die Entwicklung einzelner RAF-Angehöriger in der Anfangsphase auch die Gesellschaft die eine oder andere Ursache gesetzt hat. Das zu fragen, muß einem Schriftsteller erlaubt sein, auch wenn man die Frage nicht so beantwortet wie er. De Gaulle hat bekanntlich einmal gesagt, einen Sartre verhaftet man nicht. Abgewandelt könnte man sagen: einen Böll beschimpft man nicht, weil er eine solche Frage aufwirft.

NG/FH: Wie beurteilen Sie das große Engagement der Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer und anderer für eine *Ver-söhnung*? Sie gehen ja in Ihren Erinnerungen von einem sehr individuellen Ver-söhnungsbegriff aus, bei dem der Staat als handelndes Subjekt nicht mehr auftaucht.

H.-J.V.: Ich habe die Aktivitäten von Frau Vollmer von Anfang an respektiert. Es

Krisenstab im Kanzleramt. Vorne: Jochen Vogel, Manfred Schüller, Helmut Schmidt und Werner Maihofer; dahinter: Oppositionschef Kohl, Werner Dollinger (CDU), Wolfgang Mischnick und Hans-Dietrich Genscher

Foto: dpa



war für das Gemeinwesen gut, daß solche Anstrengungen von ihr und von anderen unternommen wurden. Ich bin nicht mit allem, was dabei gesagt und vorgebracht wurde, einverstanden. Aber daß eine solche Stimme laut wurde, das hat auch heute noch meinen hohen Respekt. Schwierigkeiten habe ich mit dem Gedanken, daß man sich mit einem Staat versöhnt. Wenn jemand schwere Schuld auf sich geladen hat, dann gehört für mich der Begriff der Versöhnung ebenso wie der des Vergebens und des Bereuens zur Beziehung des Täters zu denen, an denen er schuldig geworden ist. Auf einem anderen Blatt steht, daß diese Verurteilten genauso behandelt werden wie andere Verurteilte auch – nicht schlechter, aber auch nicht besser. Und das gilt sowohl für die vorzeitige Entlassung durch Gerichtsbeschluß als auch für die Begnadigung. Wenn die Voraussetzungen gegeben sind, daß man in einem vergleichbaren Fall vorzeitig entlassen oder begnadigen würde, dann muß man das auch hier tun.

NG/FH: Was halten Sie von der Kronzeugenregelung?

H.-J.V.: Die Kronzeugenregelung kam erst nach meiner Amtszeit als Bundesjustizminister zustande. Sie war und ist sehr umstritten. In anderen Rechtsordnungen, so in den angelsächsischen Ländern oder in Italien, gibt es sie mit der Folge, daß der Zusammenhalt terroristischer oder mafïöser Vereinigungen aufgebrochen und weitere Morde bisher verhindert werden konnten. Bei uns sind die Ergebnisse bisher eher gering. Rechtspolitisch wiegen die Bedenken nicht leicht.

NG/FH: Sie erwähnten Italien, wo Antiterrorgesetze auf Zeit beschlossen, d. h. nach fünf Jahren nochmals auf ihre Tauglichkeit überprüft werden. Halten Sie das auch für einen gangbaren Weg in der Bundesrepublik?

H.-J.V.: Ich habe schon seinerzeit gesagt, laßt uns das, was jetzt in Kraft gesetzt worden ist, in einem gewissen zeitlichen Abstand, ich dachte an fünf bis zehn Jahre, auf seine Notwendigkeit überprüfen. Das muß man nicht unbedingt ins Gesetz hineinschreiben. Aber man sollte die Rechtsordnung immer wieder darauf an-

sehen, ob Bestimmungen noch notwendig sind oder ob sie korrekturbedürftig erscheinen.

NG/FH: Wie beurteilen Sie den historischen Stellenwert des »Deutschen Herbstes« für die SPD-Geschichte insgesamt? Sie wissen, daß von linken Kritikern mitunter eine Linie gezogen wird von der Bewilligung der Kriegskredite 1914 über die Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 bis hin zum »Deutschen Herbst« 1977. Kritisiert wird ein hohes Maß sozialdemokratischer »Überangepaßtheit«, um vor den bürgerlichen Gegnern nicht als »vaterlandslose Gesellen« dazustehen.

H.-J.V.: Ich kenne diese Argumentation. Dabei darf man aber nicht nur in eine Richtung sehen. Schon seinerzeit habe ich warnend gesagt: Glaubt ja nicht, daß es Mordanschläge dieser Art nur von einer Seite des Spektrums geben kann, wobei ich nicht bereit war, was die RAF für sich in Anspruch nahm, als links zu bezeichnen. Es ist nicht auszuschließen – sagte ich vor 20 Jahren –, daß eines Tages Neonazis sich genau dieser Mittel bedienen. Inzwischen haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß es Mordanschläge – nicht nur gegen Ausländer – auch von dieser Seite gibt. Ich habe nicht gehört, daß es von »Überangepaßtheit« zeuge, wenn man vom Staat verlangt, seine rechtsstaatlichen Machtmittel hier genauso entschlossen einzusetzen wie das 1977 geschehen ist.

Die deutsche Sozialdemokratie hat ihre für lange Zeit prägenden Erfahrungen mit dem Staat in den Jahren von ihrer Gründung bis 1918 gemacht. Sie hat 12 Jahre unter Ausnahmerecht gestanden. Der damalige Staat hat die Sozialdemokratie, wenn auch nach Ländern unterschiedlich – in Bayern war das milder als in Preußen –, bis in den Ersten Weltkrieg hinein als gegnerisch, als unzuverlässig, ja als »vaterlandslos« behandelt. Das hat fortgewirkt. Auch in der Weimarer Republik war das Verhältnis zum Staat ambivalent, wobei nie in Frage stand, daß die Republik und die Demokratie unter allen Umständen verteidigt werden mußten. In der Zeit, von der wir reden, hat der Staat unter so-

zialdemokratischer Verantwortung sein Gewaltmonopol und seine Schutzfähigkeit verteidigt, ohne das Rechtsstaatsprinzip zu verletzen. Das mag auf längere Sicht zur stärkeren Identifizierung mit dem Staat auch bei eher kritischen Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen beigetragen haben. Vielleicht hat das sogar noch bei der Notstandsgesetzgebung eine gewisse Rolle gespielt.

NG/FH: Hat es nicht gerade in dieser schwierigen innenpolitischen Situation massiven Bewährungsdruck von seiten des konservativen Lagers auf die sozialdemokratisch geführte Regierung gegeben?

H.-J.V.: Nein. Es ging nicht darum, daß wir uns vor der Opposition bewähren wollten. Es ging darum, daß wir unseren Staat als Träger des Gewaltmonopols und als schutzfähig für unser Volk erfahrbar machen wollten. Und eben das hat sich in der Person von Helmut Schmidt verkörpert.

NG/FH: Hat die Erfahrung des »Deutschen Herbstes« Einfluß gehabt auf den umstrittenen Satz, den Willy Brandt ins Berliner Programm schreiben wollte: *Die Bundesrepublik ist unser Staat*. Sie wissen, daß das von Parteilinken immer kritisiert worden ist.

H.-J.V.: Das kann ich so aus eigenem Wissen nicht sagen und lasse es deshalb auf sich beruhen. Jedenfalls hat in der Folgezeit niemand mehr behaupten können, Sozialdemokraten seien gut für soziale Reformen, aber nicht in Krisensituationen, in denen es darum geht, besonnen, aber entschlossen, die staatlichen Funktionen zu wahren.

NG/FH: Abschließende Frage: Wie beurteilen Sie den Breloer-Film »Das Todespiel« in der ARD?

H.-J.V.: Mit der Darstellung mir wohl vertrauter Personen durch Schauspieler habe ich Probleme. Aber der Film kommt der Wahrheit dort, wo ich das beurteilen kann, sehr nahe. Deshalb – und weil er das Geschehen noch einmal ins allgemeine Bewußtsein gehoben hat – beurteile ich ihn insgesamt positiv.

Das Gespräch führte Norbert Seitz.

HERIBERT PRANTL

Wie sich das deutsche Strafrecht seit dem Deutschen Herbst verändert hat

Vom Kontaktsperregesetz zur Kronzeugenregelung

Setzer und Metteure der Bonner Bundesregierung werden an diesem Donnerstagnachmittag ein nicht alltägliches Erlebnis haben: Sie müssen den Text eines Gesetzes in Druck geben, das zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht endgültig beschlossen ist und sogar eine Unterschrift daruntersetzen »gez. Scheel, Bundespräsident«, die erst am Freitag geleistet wird. Dieser erstaunliche Vorgang, der in anderen Fällen als zu riskant befunden würde, weil er den Gesetzgebungsorganen vorgeht, gehört zu einem minutiös festgelegten Plan. Nur wenn er exakt eingehalten wird, kann das Gesetz, das für eingesperrte Terroristen in bestimmten Fällen totale Kontaktsperre vorsieht, schon am Samstag, 1. Oktober 1977, in Kraft treten.«

So berichtete der Journalist Helmut Löhhöfel am 28. September 1977 in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG. Der Inhalt des Bundesgesetzblattes Nummer 66/1977 war knapp. Unter dem nichtssagenden Titel »Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz« wurden sieben Paragraphen veröffentlicht, die für den Laien schwer verständlich, für Juristen und Politiker aber von hoher Brisanz waren. Ihre Entstehungsgeschichte ist für den Parlamentarismus in der Bundesrepublik ohne Beispiel. Noch nie zuvor und nie mehr wieder wurde ein so wichtiger Gesetzentwurf in solcher Geschwindigkeit durch die parlamentarischen Instanzen gepeitscht. Es war ein Blitzgesetz, generalstabsmäßig ausgearbeitet von Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel (SPD).

Es war die Reaktion auf die Entführung des Arbeitgeber-Präsidenten Hanns-Martin Schleyer durch die RAF am 5. September 1977. Man sprach von einem Ausnahmegesetz in einem nicht erklärten Ausnahmezustand, einem ersten Höhepunkt

einer Kaskade von Gesetzen zur Bekämpfung des Terrorismus – Verteidigerausschluß, Verhandlung in Abwesenheit des Angeklagten, Erweiterung der Haftgründe, Überwachung des schriftlichen Verkehrs zwischen dem Verteidiger und dem Beschuldigten. Das Kontaktsperregesetz war und ist ein Isolationsgesetz: Als Kontaktsperre bezeichnet man die Unterbrechung jedweder Verbindung von Gefangenen untereinander und mit der Außenwelt einschließlich des schriftlichen und mündlichen Verkehrs mit den Verteidigern. So steht es bis heute im Paragraphen 31 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz. Eine Woche nach Inkrafttreten des Gesetzes galt sie für neunzig Häftlinge. Mit einem Bündel gesetzgeberischer Maßnahmen wurde die Verteidigung der RAF-Angeklagten zerschlagen.

Ein Jahr später, im nächsten Anti-Terrorgesetz, wurden die Trennscheiben im Gespräch zwischen Verteidiger und Beschuldigten eingeführt, der Verteidigerausschluß erweitert, die Durchsuchung von Wohnungen erleichtert, Kontrollstellen zur Personenidentifizierung eingerichtet, ein weiteres Jahr darauf die Beweisverfahren im Strafprozeß vereinfacht. Die Zwangsmittel der Strafverfolgungsbehörden wurden hektisch ausgebaut, und zwar so, daß sie mehr und mehr auch völlig Unschuldige mit einbezogen. Der Zugriff auf Unbeteiligte wurde im Zuge dieser Ermittlungsmaßnahmen (Telephonüberwachung, Raster- und Schleppnetzführung, Observation) die Regel. Was als Quasi-Notstandsrecht zur Bekämpfung der RAF begann, wurde nie mehr gründlich evaluiert, wurde bald strafrechtlicher Standard.

Kriminalpolizei und Bundesanwaltschaft sind davon überzeugt, daß die völlige Isolierung der Häftlinge aus der Terroristen-Szene die Strafverfolgung erleichtern und neue Verbrechen verhindern könne. So stand es am 7. Oktober 1977 in der SÜD-DEUTSCHEN ZEITUNG. Das war ein folgenreicher Irrtum. Das Kontaktsperregesetz beeinflusste und verschärfte den gesamten Strafvollzug nicht nur gegen RAF-Häftlinge: Die Terroristen hinter Gittern wurden eingemauert, isoliert, sozusagen schockge-

froren. Das Interesse an bombensicherer und reibungsloser Aufbewahrung der RAF-Häftlinge hat lange Zeit jeden Gedanken an ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft verjagt. Tragischerweise nährte aber genau diese staatliche Reaktion das RAF-Sympathisantentum: Die verbrecherische Aktivität der RAF lebte stets vom Schicksal der gefangenen Genossen und suchte darin seine Rechtfertigung. Sämtliche Bekenner schreiben, sämtliche Pamphlete kreisten immer wieder um dieses eine zentrale Thema: die Haftsituation. Die Morde wurden Signal an die inhaftierten Terroristen: *Wir kämpfen für euch!* Im Kampf gegen die Haftbedingungen fand die RAF Kontinuität und Sympathisanten. Das ist die historische Tragik des Kontaktsperregesetzes, das war der Fluch von Notparagrafen, die in höchster Not geschrieben wurden aber dann auf Dauer Gesetz blieben.

Im staatlichen Kampf gegen die RAF blieb gleichzeitig eine der größten und mutigsten Reformen, die diese Republik versucht hat, auf der Strecke – die Resozialisierung als generelles Ziel des Strafvollzugsgesetzes, wie es das neue Strafvollzugsgesetz vorschrieb. Es wollte den Straftäter nicht mehr für die durch Urteil vorbestimmte Zeit zwischenlagern und dann, unge bessert, in die Freiheit entlassen. Es wollte ihm zwar auch kein angenehmes Leben hinter Gittern ermöglichen, ihm aber die Chance geben, das kriminelle Leben abzubrechen. Anfang 1977 trat es in Kraft, und großartige, vielleicht utopische Sätze stehen darin: »Das Leben im Vollzug soll den allgemeinen Lebensbedingungen soweit als möglich angepaßt werden«. Oder: »Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.« Doch im Zeichen des RAF-Terrorismus wurden alsbald staatliches Geld und politische Ideen nur noch für mehr Sicherheit investiert. Reform – das hieß von nun an: *Verschärfung*. Verschärfung des Strafrechts, Verschärfung des Strafprozeßrechts, Verschärfung der Haftbedingungen, Resozialisierung? Nichts da. Das Ziel der Gesetzesinitiativen ging und geht seit Ende der



»Sicherheitshysterie«? Gepanzerte Fahrzeuge sichern in Bonn die Wohnungen von Innenminister Maihofer und des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Foto: dpa

siebziger Jahre dahin, der Sühne, der Sicherheit und der Abschreckung Gewicht einzuräumen. Statt der Tauglichkeit für ein Leben in Freiheit soll die Vollzugstauglichkeit von Menschen in Gefangenschaft gefördert werden.

Harald Preusker, er war lange Jahre Leiter der Justizvollzugsanstalt Bruchsal und ist heute verantwortlich für den Justizvollzug im Sächsischen Justizministerium, zieht zum zwanzigjährigen Jubiläum des Strafvollzugsgesetzes in der Zeitschrift *NEUE KRIMINALPOLITIK* (Mai 1997, S. 35) folgende bittere Bilanz: »Die zügige Umsetzung des Strafvollzugsgesetzes wurde durch den Terrorismus der RAF, der den Staat und die Gesellschaft in einer seit Kriegsende einmaligen Weise erschüttert hat, stark behindert. Die Inhaftierung der ersten Terroristen Ende der 70er Jahre hat zunächst die betroffenen Justizvollzugsanstalten, im Laufe der folgenden Jahre aber den gesamten Justizvollzug belastet.

Das Hauptaugenmerk galt der Sicherheit, hinter der alles andere zurückzustehen hatte. Dieses zum Teil maßlos überzogene und äußerst kostenspielige Sicherheitsdenken prägt auch heute noch, lange nach dem Ende der RAF, den Justizvollzug.« Das also ist von der RAF geblieben. Und das wird noch ziemlich lange bleiben. Wie schreibt nämlich Harald Preusker im Fazit seines Aufsatzes: »Die Hoffnung, daß die Reform wieder neuen Auftrieb bekommt, ist gegenwärtig nicht realistisch. Vielmehr müssen alle Kräfte gebündelt werden, um die positiven Veränderungen zu sichern und die schlimmsten Fehlentscheidungen zu korrigieren.«

Fehlentwicklungen – nicht nur im Strafvollzug: Die *Kronzeugenregelung* ist ein anderes Exempel. An ihrem Beispiel läßt sich trefflich studieren, wie ein manischer Gesetzgeber im Zeichen einer angeblichen, einer echten oder auch einer übertriebenen Bedrohung Eingriffe in die Sub-

stanz des Strafrechts vornimmt, diese Eingriffe aber später nie mehr überprüft, sondern sie im Gegenteil perpetuiert und ausweitet. Die Kronzeugenregelung ist auch Beispiel dafür, wie ein Gesetzgeber allmählich weich wird, wie er ein Gesetz, das er erst für untragbar hält, im Lauf der Zeit annimmt, wie sich Bedenken abschleifen: Dreimal – 1975, 1977 und 1986 – war der Kronzeuge von der einhelligen Kritik der Fachöffentlichkeit gestellt, als personifizierte Ungerechtigkeit entlarvt und schließlich in der rechtspolitischen Requisitenkammer/Abteilung unbrauchbare Instrumentarien gegen den Terrorismus abgestellt worden – eingewickelt in vierhundert Seiten Protokoll des Rechtsausschusses des Bundestages, verpackt in die Protestnoten der Richter und Staatsanwälte, verschnürt mit dem fünfachen Nein von über neunzig Strafrechtsprofessoren.

1988/89 holte der konservative Gesetzgeber den Kronzeugen dort wieder heraus – und das gelang ihm mit einem Trick: Er führte gleichzeitig ein strafbewehrtes Vermummungsverbot gegen Demonstranten ein, auf das sich die öffentliche Kritik konzentrierte. Die Aufmerksamkeit, die dieses umstrittene Vermummungsverbot auf sich zog, machte blind für das fatale Rechtsinstitut des Kronzeugen. Auf ähnlich heimliche Weise war es dem Kronzeugen schon 1981 erstmal geglückt, in ein deutsches Gesetz (außerhalb des Strafgesetzbuches) zu schlüpfen – in das damals neue Betäubungsmittelgesetz. Die gesetzgeberischen Instanzen, damals vollauf beschäftigt mit der Auseinandersetzung um Therapie und Strafe, hatten seinerzeit, genauso wie die kritische Öffentlichkeit, den Kronzeugen passieren lassen. So steht er also seitdem im Paragraph 31 des Strafgesetzbuches und bleibt straflos, wenn er frühere Tatgenossen belastet. 1989 wurde der Kronzeuge dann, zur Bekämpfung des Terrorismus, ins Terroristenstrafrecht und damit ins Strafgesetzbuch gehievt – und es stand zu befürchten, daß sich der Kronzeuge über kurz oder lang zu einer allgemeinen Einrichtung des Strafrechts aufplustern würde. Genau dies ist eingetreten. Die Kronzeugenregelung wurde verlängert und auf neue Delikte ausgeweitet. Ein als Not-In-

Deutschland Deutschland unter anderm

Ulrike Marie Meinhof

Die Würde des Menschen ist antastbar

»Ulrike Meinhofs Gesellschaftsanalysen haben auch heute nichts von ihrer Aktualität verloren.«

Guy Kempfert, TAGES-ANZEIGER

WAT 202. 192 Seiten

Deutschland Deutschland unter anderem

Ulrike Meinhofs Kommentare offenbaren jene zermürbende Opposition in der ebenso verlogenen wie reüssierenden Nachkriegsgesellschaft. Die Reizthemen der sechziger Jahre verdeutlichen die Glaubwürdigkeitsdefizite der damaligen Politik, vor allem im Umgang mit der jüngsten Vergangenheit. Und am Ende konstatiert sie kühn einen langsam sich formierenden Widerstand im Lande.« Norbert Seitz, FR

WAT 259. 160 Seiten

Peter Brückner

Ulrike Marie Meinhof und die deutschen Verhältnisse

Die Geschichte der Bundesrepublik als die Geschichte einer Enttäuschung: Peter Brückner beschreibt die deutschen Verhältnisse, die zum Tod von Ulrike Meinhof führten – die immer größer werdende Kluft zwischen den demokratischen Hoffnungen der unmittelbaren Nachkriegszeit und der dann folgenden fortwährenden Einschränkung des Grundgesetzes.

WAT 245. 208 Seiten

Erich Fried und Vietnam und

41 Gedichte

Die Neuausgabe eines Buches, dessen Titel Martin Walser »die Zeile des Jahrhunderts« nannte und dessen Gedichte politische wie literarische Geschichte gemacht haben.

Neuausgabe, mit einem Nachwort von Klaus Wagenbach und einer Chronik. WAT 270. 80 Seiten

Wagenbach

strument gegen den Terrorismus eingeführtes Instrument wurde zur Standardausrüstung des Strafrechts.

Man muß sich daran erinnern, mit welchen Vorgängen die Kronzeugenregelung eingeführt wurde: Als der Bundestag den Kronzeugen gegen den einhelligen Einspruch der Fachwelt ins Strafgesetzbuch hob, beruhigte er sein offenbar schlechtes Gewissen damit, daß er die Regelung bis Ende 1992 befristete und hoch und heilig versicherte, daß eine Verlängerung allenfalls bei großem Erfolg in Betracht käme. Von Erfolg konnte freilich in den folgenden Jahren keine Rede sein. Also mußte flugs der Mißerfolg herhalten, um die Kronzeugenregelung aufrecht zu erhalten: Es könnte ja, so wurde argumentiert, sein, daß die Kronzeugenregelung irgendwann einen Mord verhindern helfe. ...Und als der Linksterrorismus dann gar nicht mehr zum Argumentieren taugte, wurde der Rechtsextremismus herangezogen. Die Karriere des Kronzeugen ist offenbar ein Erfolg der Erfolglosigkeit dieser Figur. Der Gesetzgeber handelt nach dem Motto: Irgendwann wird sie schon passen. Mit dieser lächerlichen Begründung also hat man sich über die elementaren Grundsätze des Strafansatzes hinweggesetzt und ein Denunziantenprivileg geschaffen, das dem Legalitätsprinzip des deutschen Strafrechts entgegensteht.

Diese Leichtfertigkeit, den schnellen Griff zum Strafrecht und zum Strafprozeßrecht hat sich die Politik in den RAF-Zeiten angewöhnt und sie nicht mehr abgelegt. Das Strafrecht wurde von der *ultima ratio* zur vermeintlichen *prima ratio*.

GESPRÄCH MIT ANTJE VOLLMER

Was Versöhnung heißen kann

Über die Heilungschancen eines fatalen Bruches

NG/FH: Frau Vollmer, welche persönliche Einstellung muß man zur RAF und ihren Idealen, ihrem Unbehagen an der bundesdeutschen Gesellschaft der 50er und 60er Jahre haben, um sich heute für Versöhnung einzusetzen?

Antje Vollmer: Ich glaube, man darf nicht zu dicht dran gewesen sein. Ich habe immer wieder festgestellt, daß Menschen, die in ihrem unmittelbaren Verwandtschafts- oder Bekanntenkreis Mitglieder der RAF gehabt haben, nicht die notwendige Distanz und auch eine Härte, die aus dem Abstand kommt, haben können, um eine Lösung zu finden.

Gleichzeitig muß man so dicht an der Zeit und ihren Leidenschaften gewesen sein, in der die RAF entstanden ist, um überhaupt zu begreifen, warum ihre Mitglieder diese Biographien haben konnten, und was den Sprung in die Illegalität begründet hat.

NG/FH: Das Verstehen solcher Biographien ist ein Aspekt, der wesentlich vom Willen zur Verständigung beider Seiten abhängt. Die Vita der Menschen in den staatlichen Institutionen, im Krisenstab, in der Bundesanwaltschaft oder der Polizei müssen bei der Interpretation der Epoche ebenso berücksichtigt werden.

A.V.: Das stimmt. Als ich angefangen habe, 1984/85 den ersten Versuch zu einer Dialoginitiative zu starten, fiel es mir noch wesentlich schwerer, mich in die staatliche Seite hineinzusetzen und ihr Handeln zu begreifen. Doch ich hatte eine Regel im Kopf: Man müßte, um die Lösung zu finden, die Situation des »Deutschen Herbstes« mental fast kopieren können. Man müßte sehr dicht rankommen an das, was in den Köpfen der Politiker im Krisenstab damals vorging, was sie motiviert hat, aber auch was sie befürchtet haben. Was ihr moralisches Ethos war und was ihre Ängste.



Baumstarke Aussichten **LEBENDIGER WALD**

brauchen unsere Wälder.
Als Holzsacker mißbraucht sind sie anfälliger für Krankheiten und weniger vital.
Der NABU kämpft für lebendige Wälder — in Deutschland und weltweit.



Fördern Sie für DM 5,- in Briefmarken unsere Infobroschüre »Lebendiger Wald« an:
NABU, Postfach 30 10 54, 53190 Bonn

Umgekehrt gilt das genauso: Es war wichtig, sich vorstellen zu können, wie die Hauptstrategen der RAF dachten, um die Situation als ganzes zu begreifen. Ich habe damals gedacht, wenn man da rein kommt, kann man auch den Weg wieder hinaus finden. Nämlich in einer so zuge-spitzten Situation, in der sich eigentlich beide Seiten völlig in einer Handlungsfalle befanden, zu schauen, wo gibt es da noch einen Ausweg.

NG/FH: Dieser Begriff der »Aussöhnung«, der »Versöhnung« hat in Ihrem Entwurf ja eine sehr politische Dimension, die in der öffentlichen Diskussion kritisiert wurde. Zum Beispiel hat Hans-Jochen Vogel, der zu jener Zeit Justizminister war, in seiner Autobiographie geschrieben, daß »Versöhnung« sehr sehr individuell gefaßt werden müsse. Er meint, dies sei ein Bereich »für den allein die Opfer und ihre Hinterbliebenen maßgebend sein könnten«. Wie verstehen Sie in diesem Zusammenhang den Begriff »Versöhnung«?

A.V.: Im engeren, theologischen Sinn hat Hans-Jochen Vogel sicher recht, gerade in einem protestantisch geprägten Land wie der Bundesrepublik. Aber in einem weiteren Sinn ist der Begriff »Versöhnung«, nicht nur in diesem Fall, immer benutzt worden, um historische Epochen zu beenden, die besonders viel dramatische Gewalt und Konfliktpotential, besonders viele Mythen erzeugt haben. Wenn man die nicht alle Stück für Stück einzeln abarbeiten will, sondern denkt, es mache politisch durchaus einen Sinn, eine generelle Befriedung zu versuchen, weil diese Epoche längst vorbei ist. Für die Methode, zu dieser Befriedung zu kommen, die ja immer ein bißchen mehr ist als eine normale Fahndungslösung oder eine normale justitiable Lösung, ist der Begriff der Versöhnung ganz gut und ganz richtig.

Länder mit »katholischer Tradition« neigen eher zu solchem Umgang mit großen gesellschaftlichen Problemen. Sie haben es wesentlich leichter. Sie kennen bessere rituelle Formen, um Versöhnung auszudrücken, ja, zu zelebrieren. Da geht dann am Ende wie in Italien



»Versöhnung ist in Deutschland aufgrund unserer Tradition nur schwer möglich.«

die Tochter des ermordeten Aldo Moro mit einem der Attentäter ihres Vaters zur Messe. Das ganze Land ist gerührt, verarbeitet aber gleichzeitig das Geschehen. Da steht also dieses Ritual für das, was man mit den normalen rechtsstaatlichen Mitteln nicht regeln kann: die Heilung eines fatalen Bruches, zum Beispiel zwischen Generationen oder zwischen sozialen Milieus. Ähnlich ist es in Lateinamerika gewesen, als die berühmten Commandantes mit wehenden Mänteln aus den Bergen kamen und als Kinder großer Familien, die sie ja meist gewesen sind, wieder von der bürgerlichen Gesellschaft und ihrem christdemokratischen Präsidenten empfangen wurden und auch wieder die Plätze im Parlament und in der Universität einnahmen. Das sind faktisch große, inszenierte politische Dramen mit einer Lösung, an der alle Staatsbürger als Zuschauer fast wie in einem wundersamen Theater beteiligt

sind. Dies ist in Deutschland aufgrund unserer Tradition wahrscheinlich nur schwer möglich.

NG/FH: Welche Perspektiven sehen Sie in diesem schwierigen Aussöhnungsprozeß für die Zukunft, wenn uns die »katholischen Rituale« fehlen? Sind die großzügigere Anwendung des Gnadenrechts, die Aussteigerprogramme und Kronzeugenregelungen, die alle auf dem Widerruf der Terroristen, den Unterwerfungsritualen und dem Verrat an nahestehenden Menschen basieren, der richtige Weg zur Befriedung?

A.V.: Für mich gibt es da zwei Antworten. Bis 1989 habe ich vor allen Dingen eine Lösung gesucht, die den Mythos der RAF auflöst. Das stand hinter unserer Dialoginitiative oder später, 1991, der *Kinkel-Initiative*. Dazu gehört auch eine Verständigung über die gegenseitigen falschen Bilder. Wenn man einmal genau untersucht, was die Politiker im Krisenstab gedacht haben, welches Wirklichkeitsbild oder welche Gefahreinschätzung sie hatten, dann haben sie damals wirklich befürchtet, mit der RAF entstehe so etwas wie eine faschistoide Bande mit tausenden von Mitgliedern, abgesichert in einer Gesellschaft, die immer noch nicht so stabil für die Demokratie schien. Da herrschte also ein enormer Druck in der Krisenstabsgruppe; daher das Reden von der Staatsräson, daher dies Gefühl, das sie fast historisch zu einem bestimmten Vorgehen gezwungen seien.

Heute weiß man, daß es ihnen schlichtweg an Interpreten gefehlt hat, die ihnen zum Beispiel die Biographien von Mitgliedern der RAF und ihrem Umfeld hätten erklären konnten. Es fehlte aber ebenso eine bürgerlich-demokratische Öffentlichkeit, die gesagt hat: »Wir würden es tragen, wenn ihr in dem einen oder anderen Fall anders entscheiden würdet als immer nach der härtesten Haltung«.

Auf der anderen Seite haben auch die RAF-Leute sich immer stärker hineinphantasiert in eine Situation, die es analog nur im Dritten Reich gegeben hat. Mit dem Wunsch, die immer noch vorhandenen faschistischen Elemente im deutschen Staat oder seinen Repräsentanten

hervorzulocken, haben sie sich selbst ja hineinphantasiert in die Rolle von vermeintlichen KZ-Opfern, die einen legitimen Widerstand gegen eine drohende Diktatur angeführt haben, von der nur die anderen noch nicht wissen, das sie eine solche ist. Da war es notwendig zu sagen: das sind keine wirklichkeitsgerechten Analysen, sondern das sind Vampire, die sich nur aus alten Bildern am Leben erhalten.

Ich habe oft als Mangel empfunden, daß es im Umkreis insbesondere der Gefangenen nicht genügend verantwortliche Leute gegeben hat. Damit meine ich die Angehörigengruppen, die Knastbesucher, auch einen Teil der Anwälte, einen Teil, nicht alle. Sie haben den Gefangenen die Brücken zu solchen anderen Formen des Handelns nie gebaut, sondern in ihren praktischen Wirkungen die Gefängnismauern immer dichter gemacht, indem sie unnötige Hürden aufgebaut haben. Jede ganz normale Untersuchung und sei es das für jeden Gefangenen damals obligatorische Gespräch mit einem Psychologen, wurde immer wieder hochdramatisiert, so daß die Gefangenen das alles nicht cool passieren konnten. Alles bewegte sich immer dicht am Verrat. Letztlich wurde vieles einfach notorisch übertrieben.

Was das für ein Bedürfnis war, unwandelbare und geschichtslose Helden zu schaffen, ist eine Frage, die mich immer noch beschäftigt. Was ist das für eine Bewunderung, die den Revolutionär ewig unwandelbar festhalten will? Darüber muß auch dieser Teil des Milieus und der Szene einmal nachdenken. Nach außen hin haben sie ja immer für die Befreiung der Gefangenen gekämpft. In der Wirkung haben sie die möglichen Wege nach draußen, in die Freiheit äußerst erschwert. Auf diese Gruppen habe ich nachträglich immer noch einen Zorn. Ich glaube, daß sie mit eine entscheidende Rolle gespielt haben, daß es '89, als man um Haaresbreite vor einer politischen Lösung stand und auch die staatliche Bereitschaft am größten war, nach solch einer politischen Lösung für alle Gefangenen zu suchen, nicht dazu gekommen ist. Ich

kann mir nicht erklären, was es ist, daß die linken Szenen diese Art von Heldenopfern brauchen.

NG/FH: Auf die Kritik von Ronald Fritsch und Ralf Reinders (*ehemalige Mitglieder der »Bewegung 2. Juni«*) an Ihrem Gesprächsangebot haben Sie 1988 geantwortet, »daß nach 15 Jahren Wahnsinn immer noch Lösungen möglich sind, über die zu reden sich lohnt«. Sehen Sie das heute noch genauso?

A.V.: Das alles, dieser gesellschaftliche Dialog und die Analysen, sind Handlungsmöglichkeiten, die so nur bis 1989 bestanden haben. Nach 1989 muß man schlicht feststellen, daß der Fall der Mauer auch das Seine beigetragen hat, um den Mythos der RAF zu zerstören. Durch die dann ja sichtbaren, eher kleinbürgerlichen Alltagsbiographien der Aussteiger löste sich plötzlich die große »Maschine RAF« auf in verständliche und auch nun gar nicht mehr so furchtbar beeindruckende, aber auch nicht mehr so total erschreckende Einzelbiographien von einzelnen Menschen. Und man begriff, daß es eben nicht

eine durchorganisierte Terrormaschine war, sondern daß einzelne zu der Gruppe hinzugekommen, aber auch einige aus der Gruppe ausgestiegen waren. Das hat einiges dazu beigetragen, dem Staat klarzumachen, so dämonisch und von so vollkommen anderer Qualität sind auch diese Menschen nicht. Umgekehrt hat es natürlich auch bei der ja immer vorhandenen großen Bewunderung für das Revolutionäre an sich, die es in den linken Szenen gegeben hat, ernüchternde Wirkungen gehabt.

So hat diese Entwicklung auf unterschiedliche Weise den Mythos RAF und seine überwältigende Bedrohung entkräftet. Heute denke ich, daß es nur noch Einzellösungen, nicht mehr die große gesellschaftliche Debatte geben wird, die den Mythos auflöst und ihn am Ende mit etwas Rituellen, Dramatischem beschließt. Stattdessen werden historische Studien und Einzelbiographien erscheinen. Man wird sehen, daß viele einzelne aus je individuellen Gründen hineingekommen sind in den Terroris-

Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer im Gespräch mit Linda Pieper

Fotos: Kornelia Danetzki



mus und das viele einzelne aus je individuellen Gründen auch wieder herauskommen werden. Das ist für Liebhaber großer gesellschaftlicher Dramen vielleicht nicht so befriedigend, aber wirkungsvoll ist es auch.

NG/FH: Nach dem Zusammenbruch der DDR sind auf der Grundlage von Erkenntnissen aus den Stasi-Archiven Anfang der 90er Jahre neue Prozesse gegen RAF-Mitglieder eröffnet worden, zum Beispiel gegen Monika Haas und Birgit Hogefeld. Prozeßbeobachter sprachen gerade bei dem Verfahren gegen Hogefeld vor dem Oberlandesgericht Frankfurt von einem Rückfall in die »Kampfphase« der 70er und 80er Jahre. Dort war von der Einsicht der staatlichen Institutionen nichts zu spüren, daß die RAF und ihre Verbrechen nicht – wie bisher immer suggeriert – außerhalb herkömmlicher rechtsstaatlicher Normen steht.

A.V.: Das will ich nicht bestreiten. Ich bin selbst auch mal beim Prozeß gegen Birgit Hogefeld gewesen. Und da sind die alten Bataillone noch teilweise mit der alten Sprache aufgetreten. Im Zuschauerraum wie auf der Seite der Bundesanwälte konnte man die alten Reaktionsmuster finden. So eine grundlegende Wandlung braucht sehr viel Zeit. Wenn eine Institution wie die Bundesanwaltschaft in der Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit, aber auch in ihrer eigenen Verteidigungshaltung gegenüber öffentlicher Kritik, so stark von einem Verhaltensmuster geprägt ist, dann dauern Veränderungen mitunter unglaublich lange. Teilweise müssen einfach Generationen abgelöst werden, damit andere in die entscheidenden Positionen kommen können, die die Probleme etwas pragmatischer sehen.

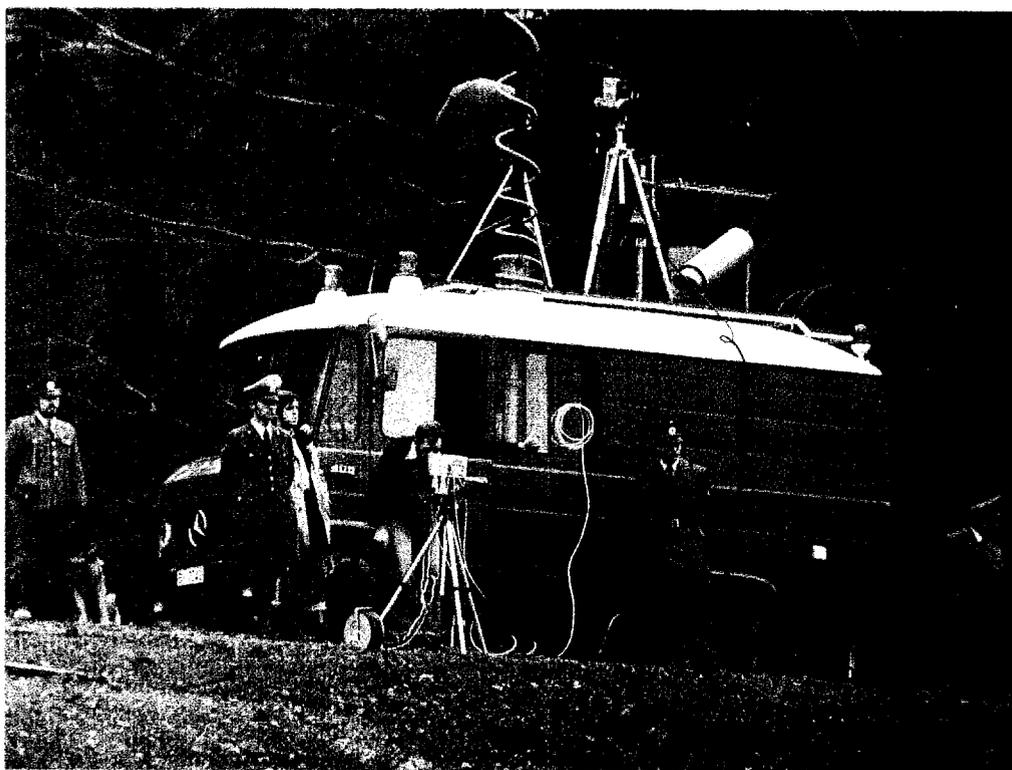
Persönlich glaube ich, daß vor allem ein paar konkrete Aufgaben noch zu erledigen sind, zum Beispiel die Beseitigung der strafrechtlichen Regelungen, die damals erlassen wurden. Das ist der Wunsch, der bei mir noch übrig bleibt, außer dem nach unkomplizierten individuellen Begnadigungen. Die Sonderbestimmungen des Strafgesetzbuches haben weder in dem Fall, für den sie ge-

schaffen wurden, geholfen noch passen sie zu unserem Strafrecht. Sie haben schlichtweg demokratische Einbußen bedeutet wie der § 129 a StGB (*Bildung einer terroristischen Vereinigung*), die Kronzeugenregelung, die Beschränkungen für die Anwälte und die Sonderbedingungen, die damit verbunden sind. Dies gilt insbesondere für den unsinnigen Kollektivvorwurf, der die Strafprozesse und die Verteidigungsstrategie so unheimlich schwierig machte, weil die Ankläger keine individuellen Taten nachweisen mußten. Dieser Schritt gehört von Seiten der Gesellschaft zu dem, was getan werden muß, um das Ende der Epoche auch gesetzgeberisch zu vollziehen.

NG/FH: Gegen die Forderung nach »Abrüstung des Staates«, nach Aufhebung der »Sonderstrafatbestände« und »Sonderbehandlungen« wird eingewandt, daß diese Mittel heute zum Beispiel gegen das organisierte Verbrechen verwendet werden, gegen die russische Mafia, Drogen- und Menschenhandel und so weiter. Ist es möglich, solche, an eine bestimmte Entstehungsgeschichte gebundenen Instrumente auf andere Kontexte zu übertragen?

A.V.: Das ist hochproblematisch. Zumal man in diesem Fall ja sagen muß, daß die Sonderregeln für die Epoche, für die sie gedacht und erfunden waren, nur Falsches oder gar nichts produziert haben. Und dann über ein Instrument zu sagen, das Instrument ist gut, wir wenden es jetzt nur für das passendere Objekt an, ist unter den Gesichtspunkten des Strafrechts in einer Demokratie überhaupt kein erlaubtes Argument. Diese Argumentation spricht eher dafür, daß Institutionen, die sich auf solche Aufgaben spezialisiert haben wieder einen Kollektivauftrag wollen, wie der Verfassungsschutz, die Bundesanwaltschaft oder die Juristen, die sich mit dieser Art von Gesetzgebung ein Ruhmesblatt wirklich nicht geschaffen haben.

Interessant ist im Rückblick dabei die Phase, in der es diesen großen Umschwung gegeben hat, '89 und kurz nach '89. Warum ist es mit der Dialoginitiative



Polizei erfaßt die Teilnehmer der Beisetzung von Ensslin, Baader und Raspe auf dem Stuttgarter Dornhaldenfriedhof

Foto: dpa

und der Kinkel-Initiative nicht zu einer Lösung gekommen? Damals, '89, habe ich die Hauptschuld – 80 Prozent der Schuld am Scheitern dieses Versuchs – den staatlichen Stellen zugeordnet, weil ich gedacht habe, die sind einfach nicht fähig und willens, auch vergangenes staatliches Handeln kritisch zu überprüfen. Nach den vielen Jahren weiß ich besser, was seit 1985, zu der Zeit also, in der die Dialoginitiative begann, auf den anderen Seiten passiert ist. Ich weiß heute, daß das genau der Zeitraum war, in dem die Aussteiger in der DDR Unterschlupf gesucht haben; die Zeit, in der es im Bundeskriminalamt Debatten gegeben hat, ob es richtig war, Leute wie Christoph Zeitler und Barbara Meier auf Fahndungsplakate zu setzen, die zwar untergetaucht waren, bei denen es aber keinerlei Tathinweise gab, daß sie wirklich bei der RAF landen wollten oder auch gelandet sind. Auch hat es damals im Ju-

stizministerium Leute gegeben, die sich gefragt haben, ob man nicht tatsächlich einmal über einen anderen, einen politischen Weg diskutieren müsse. Jene Gruppen waren immer nicht stark genug, aber wichtig daran ist, daß es auch in diesen Institutionen andere Stimmen gegeben hat. Sie alle waren nach außen nie sichtbar und hatten nicht den Mut, sich in einer demokratischen Öffentlichkeit im Rahmen einer offenen Debatte zu Wort zu melden. Das finde ich interessant, und das ist für mich eine der Lehren aus dieser Epoche. Man muß immer eine öffentliche Plattform in der Gesellschaft bilden, damit politische Institutionen anders handeln können als üblich, denn ihre Angst und ihr Drang, in den bestehenden Mustern zu bleiben, ist sehr groß.

Das Gespräch mit Antje Vollmer führte Linda Pieper.

Der Tempel der Gewalt

Sartre, Genet und die RAF

Im übrigen gibt es noch viele Fragen, über die ich gerne mit Ihnen diskutieren möchte, zum Beispiel die Frage der Gewalt.« – Dieses »ceterum censeo« äußerte Jean-Paul Sartre noch kurz vor seinem Tod gegenüber Jean Daniel, dem Herausgeber des *Nowel obs*. Es ging um die Veröffentlichung von Gesprächen des Philosophen mit seinem jungen Freund, Sekretär und Bewunderer Benny Lévy. Der Sartre-Clan wollte unter der Anführung der eifersüchtigen Simone de Beauvoir die Publikation dieser Dialoge verhindern. »Castor« witterte Verrat am Sartrianismus, während sich der erblindete Sartre im eigenen Gehäuse eingesperrt fühlte und im Gespräch mit dem jüdischen Jungphilosophen Lévy erstmals mündlich Bausteine einer Moral formulierte, die in seinem existentialistischen wie marxistischen System immer nur angekündigt wurden. Trotz der Einschüchterung durch den Clan, des Hinweises auf das »Absinken« des Greises, der nach jahrzehntelangem Mißbrauch von Aufputschmitteln und Whiskey in den letzten Jahren keinen Schritt mehr allein vor die Türe setzen konnte, beim Essen sabberte, zum Erschrecken der Gäste des Coupole-Cafés, trotz des Schreis nach Verrat, setzte sich Sartre durch und Jean Daniel publizierte: *L'espoir maintenant*. Die deutsche Übersetzung resümierte besser die Stoßrichtung der Gespräche: »Brüderlichkeit und Gewalt«.

Denn hoffnungsfroh und messianisch gestimmt war in diesem Dialog des blinden Sokrates mit seinem Schüler allein Benny Lévy. Der buchstabierte jüdisches Philosophieren vor, das er gerade bei Emmanuel Lévinas studiert hatte. Sartre überließ den religiösen Part seinem Neophyten, horchte aber bei den ethischen Einsprengseln auf.

Lévinas mißt alle Bedeutung des Menschen seiner Begegnung mit dem anderen zu: Im Antlitz des Fremden erkennst du

dich selbst: könnte über seinem Werk stehen. Sartre nimmt den Gedanken auf: »Wesentlich ist die Moral der Beziehung zum anderen«, und formuliert ihn marxistisch weiter: »Die tiefste Beziehung des Menschen liegt in dem, was sie jenseits der Produktionsverhältnisse vereint.« Und Sartre überträgt die Ideen in sein Koordinatensystem, in dem die Französische Revolution den Nullpunkt bildet. Lévinas' »Im Angesicht des anderen« heißt dann bei Sartre »Brüderlichkeit«. Das war die einzige Tangente in dieser philosophischen Parabel. Denn Sartre begründete die »Brüderlichkeit« in der Selbstinthronisierung des Bruderbundes bei der revolutionären Aktion. Allein die Gewalt kann den Nullpunkt setzen, allein die Gewalt schafft und legitimiert den Zusammenhalt der Gruppe. Eine gewagte Rechtfertigung von Brüderlichkeit durch Gewalt und Verschwörung, die im revolutionsverliebten Frankreich kaum bemerkt wurde, obwohl Sartre in einer seiner beliebten Überbietungsgesten auch noch den »terreur« von 1793 verteidigte.

Diesseits und jenseits des Rheins aufgefallen ist dagegen der Auftritt des Philosophen in Stuttgart-Stammheim. Da war er zwar auch schon erblindet, wollte aber dennoch die »weiße Zelle« seines damaligen Gesprächspartners Andreas Baader erkannt haben. Sartre wurde am 4. Dezember 1974 von Benny Lévy, der sich damals noch Pierre Victor nannte, und einem Journalisten von LIBÉRATION zu Andreas Baader geführt. Das Gespräch soll 25 Minuten gedauert haben. Es fand nicht in der Zelle von Baader sondern in einem Besucherraum statt. Es war ein Dialog eines Taubstummen mit einem Blinden.

Baader wollte nicht hören, was Sartre ihm vorhielt: die Gewalt muß von den Massen ausgehen, die Stadtguerilla taugt nicht als Modell für Europa, einzelne Gewalttäter können es höchstens zu Puttschisten bringen.

Sartre konnte nicht sehen, was er später auf der Pressekonferenz insinuierte: »mörderische Haftbedingungen«, Isolationshaft. »Gehirnwäsche«, psychische Folter, usw.

Die deutsche Presse schäumte über: Der »Philosoph vor dem Propaganda-Karren«. Sartre sei nur mehr eine »Bedeutungsruine«, ein »abgelegtes Fossil« und »grimassierender Clown« (STUTTGARTER ZEITUNG). von »Frühsenilität« (WELT) geprägt.

Die deutschen Kritiker schlugen in die gleiche Kerbe wie sechs Jahre später die beleidigte Diva aus Paris, sprachen von »Alter und Zerfall«, was ja dem Augenschein nach auch stimmte. Aber die Argumente hatte Sartre schon entwickelt, da konnte er noch sehen.

Bereits im Vorwort zu Frantz Fanons *Verdammte dieser Erde*, also 1962, glorifizierte Sartre den revolutionären Mord: »In der ersten Zeit des Aufstands muß getötet werden: Einen Europäer erschlagen, heißt zwei Fliegen auf einmal treffen, nämlich einen Unterdrücker und einen Unterdrückten aus der Welt zu schaffen. Was übrig bleibt ist ein toter und ein freier Mensch.«

Andere Sätze, die länger in der Entwicklung von Sartre zurückliegen, können ebenfalls die Beweihräucherung der Gewalt im Tempel der Vernunft belegen:

»Die Freiheit, das ist der Terror«, sagt schon der Held und Widerstandskämpfer Mathieu in dem Roman *Der Pfahl im Fleische* und verteidigt damit seine Schüsse auf Rivalen.

Und in seiner existentialistischen Summa *Das Sein und das Nichts* beschwor Sartre bereits 1943 den »Mut zur Todesangst«. IM SPIEGEL, Gespräch vom 12.2.1973, in dem er sein Interesse an einem Meinungsaustausch mit der »Baader-Meinhof-Gruppe« bekundete, nebenbei den Terror der Palästinenser verteidigte, im dialektischen Gegenzug auch noch die Position Israels, sich gegen diesen Terror zu wehren, kündigte er schon seine spätere moralische und existentialistische Begründung der Gewalt an: »Wenn ich über mein Leben entscheide, oder wenn die Gruppe, der ich angehöre, über ihr Leben entscheidet, dann haben wir die Freiheit.«

Eine »Ethik der Gewalt« (*Benny Lévy*) durchzieht das Werk von Sartre. Nur hat sie Sartre im Fall der RAF eben nicht legitimiert, sondern in Frage gestellt: »Die Politik, die ich für richtig halte, benötigt keine Baaders« (zit. n. FAZ v. 6.12.74), sagte er klipp und klar direkt nach dem Besuch in Stammheim. Aber daß man das Phänomen der Gewalt überhaupt ansprechen konnte, erregte schon die Empörung der deutschen Presse. Die überzogene Reaktion auf den Besuch des Philosophen im Gefängnis erinnert heute an die Karikatur von Daumier, der einen Bürger in einem Abteil der Eisenbahn zeigt, dem der Schrecken in die Glieder fährt, nur weil er ein Haltesignal sieht, das rot zeigt.

Einzig Alfred Grosser wagte es damals in der ZEIT auf Zwischentöne hinzuweisen, zu relativieren: »Ce sont nos fils« – es sind unsere Söhne, sagten viele im Frankreich von 1968, um das schuldbewußte Sympathiegefühl zu erklären, das sie den Rebellen gegenüber empfanden. Warum ist dieses Empfinden in der Bundesrepublik so selten? Nichtverstehen-Wollen ist ein Zeichen entweder des Fanatismus oder der inneren Unsicherheit. Das war allerdings vor den Morden an Ponto und Schleyer.

Genet: Für die RAF
und gegen Deutschland

Drei Tage vor der Entführung von Martin Schleyer stand auf der ersten Seite der MONDE ein anderer Zwischenruf aus Frankreich: Jean Genet, der im Gegensatz zu Sartre kein »engagierter« Intellektueller sein wollte, seit über zwanzig Jahren kein Werk mehr publiziert hatte, aus der Öffentlichkeit fast verschwunden war und damit zum Mythos wurde, einzig zur Solidarität mit den Palästinensern und den Schwarzen Amerikas, bei denen er lebte, aufrief. Jean Genet schrieb Anfang September 1977 »A propos de la Rote Armee Fraktion« einen Brandbrief für die RAF und gegen Deutschland:

»Wir verdanken es Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Holger Meins und der RAF im allgemeinen, uns klargemacht zu haben – nicht nur durch Worte, sondern

durch ihre Aktionen außerhalb oder innerhalb des Gefängnisses –, daß nur die Gewalt die Brutalität der Menschen brechen kann.«

Jean Genet verstand unter »Brutalität« die strukturelle Gewalt des Systems und war wohl wie Sartre dem Propagandaslogan des RAF-Anwaltes Klaus Croissant und der RAF-Unterstützergruppen von der »Isolationshaft« aufgesessen, die er als »Brutalität« brandmarkte. Dabei haben die konkreten Haftbedingungen Genet noch weniger interessiert als Sartre. Aber wie Sartre opferte nun auch Genet seine Kerzen im Tempel der Gewalt: »Die ganze spontane Gewalt des Lebens, die sich in der Gewalt der Revolutionäre fortsetzt, wird gerade ausreichen, um die organisierte Brutalität mattzusetzen.« Jean Genet bot die vitalistische Lebensphilosophie, den »élan vital« eines Bergson auf, um die Gewalt zu rechtfertigen, indem er »Leben und Gewalt synonym« setzte: »Ein Weizenkorn, das keimt und die gefrorene Erde durchstößt, der Schnabel des Küken, das die Schale des Eis bricht,

die Befruchtung der Frau, die Geburt eines Kindes sind gekennzeichneter durch die Anklage der Gewalt.«

Was bei Sartre noch auf das Koordinatensystem der Französischen Revolution und der Brüderlichkeit bezogen wurde, verselbständigte sich bei Genet. Er betete die Gewalt um ihrer selbst willen an, naturalisierte sie. Nur wurde dieser Weihrauch just in dem Augenblick geschwenkt, als es in der Bundesrepublik Deutschland gerade »brenzlich« wurde, die RAF ihre größte Kampagne begann, der Opferqualm also in die Augen steigen mußte. Die FAZ kommentierte konsequent: »Genets Traum ist auf romantische Weise faschistisch.« (FAZ v. 3.9.77)

Zwanzig Jahre später hat sich der Rauch verzogen. Genets Anbetung der Gewalt und der RAF ist inzwischen biographisch expliziert worden. Im Rückblick wird aber auch klar, daß Genet wie Sartre keine einzelnen, sondern nur herausragende Beispiele einer bestimmten französischen Mentalität sind, für die die Gewalt eine ganz andere Rolle spielt, als

Dezember 1974: Sartre in Stammheim. Daneben Anwalt Klaus Croissant und als Übersetzer Daniel Cohn-Bendit. Foto: dpa



für die deutsche: Delacroix' Revolutionsbild *La liberté guidant le peuple*, auf dem ein Junge fröhlich die Pistole in die Luft hält, ist eine der wichtigsten Ikonen im republikanischen »Tempel der Vernunft«, wie Robespierre Notre-Dame umtaufte. Auf fast jedem Brief klebt eine Marianne mit der roten, phrygischen Mütze der Jakobiner.

Die Gewalt wird in Frankreich nicht nur romantisch als »Geburtshelfer« der Revolution verklärt, sondern auch pragmatisch in der täglichen Politik verteidigt. Als etwa der französische Geheimdienst ein Boot von GREENPEACE versenkte, regte man sich in Frankreich eher über den Pfusch als über das Faktum auf. Die »Ethik der Gewalt« zieht sich nicht nur durch das Werk von Sartre, sondern insgesamt durch die französische Geschichte.

Achthundert aufgebrachte Bürger stürmten am 14. Juli 1789 die Bastille, die zu jener Zeit kein realer Ausdruck, sondern nur mehr Symbol der königlichen Gewalt war. Zwanzigtausend demonstrierende Studenten marschierten am 10. Mai 1968 an dem Gefängnis der »sante« vorbei, ließen es links liegen, skandierten kurz »Freiheit« und zogen weiter ins *quartier latin*, um aus Autos, Reifen und Baugerüsten Barrikaden zu errichten, die »militärisch gesehen überhaupt keinen Sinn« hatten, als rhetorische Drohgebärden aber die großen Pariser Revolutionen zitierten. In der Nacht begann einer der gewaltsamsten und brutalsten Polizeieinsätze im Paris der Nachkriegszeit, eine »Schlacht ohne Gnade«. Der symbolische Ort des Pariser Mai war die Straße, nicht mehr ein Gefängnis. Aber der »Geburtshelfer« (Karl Marx) dieser Revolte, die es nicht zur Revolution gebracht hat, blieb die Gewalt. Zumindest in der Einschätzung ihrer Protagonisten. Der Soziologe Alain Touraine, der sich noch wenige Wochen vor den »Ereignissen« durch die »enragés«, die Aufgebrachten, in Nanterre als Professor während einer Vorlesungsstörung provozieren ließ zu Äußerungen wie »Ich befehle hier, und sollten Sie es eines Tages sein, so werde ich dort hingehen, wo man weiß, was arbeiten

heißt«. Touraine also wurde mit der Bewegung radikaler und schätzte im Nachhinein die Rolle der Gewalt im Mai '68 so ein: »Sie ergreift das Wort, sie erklärt, sie entscheidet.« Auf diese schlüssige Formel brachte der Soziologe die Notwendigkeit der Gewalt in der politischen Aktion.

Auf die euphorische Stimmung aber folgt der Katzenjammer. Als Jean-Paul Sartre seinen Besucherantrag für Stammheim stellte, wurde in der deutschen Presse, u.a. auch von Hans Mayer, der Abgesang auf einen erlöschenden Stern angestimmt. Der Niedergang von Sartre in den siebziger Jahren hing indessen nicht mit seiner Einstellung zur Gewalt und auch nicht mit seinem physischen Zerfall zusammen, sondern mit seiner Position des Universalintellektuellen, der für sich allein wie das ZK einer kommunistischen Partei zu jedem und allem Stellung nimmt. Entscheidend war auch die Entpolitisierung in Frankreich Mitte der siebziger Jahre.

Nach der Euphorie der »Maos« und der »écologistes«, die sich in Frankreich und nicht in Deutschland zuerst vehement zu Wort meldeten, brach die Bewegung der »gauchistes« schlagartig zusammen. André Glucksmann läutete mit seiner Sol-schenyzin-Lektüre und seinem Essay *Die Köchin und der Menschenfresser* das Totenglöcklein der letzten Revolten ein. Die französischen Linksintellektuellen revidierten nicht ihre Einstellung zur Gewalt, sie äußerten sie nicht mehr, nicht einmal als rhetorische Pointe.

Im Gegensatz zu den Linksradikalen in der Bundesrepublik. Als Beispiel dafür steht die Person von Otto Schily. Er war der Anwalt von Gudrun Ensslin, ohne ihre Position zu übernehmen. Er konnte es sich als einzelner erlauben, im Audimax der Berliner TU gegen die damals noch herrschenden Kader der K-Gruppen im bürgerlichen Outfit mit Krawatte und weißem Hemd anzutreten und die »bürgerlichen« Freiheiten zu verteidigen. DIE GRÜNEN konnten sein Charisma für ihren Start nutzen. Heute hat sich Schily in der Sozialdemokratie aufgelöst.

Heinrich Breloer zieht für seine »Dokumentation« *Todesspiel* über den deutschen

Herbst von 1977 den Schluß: »Eine gesellschaftliche Diskussion über Alternativen und einen anderen Staat, wie sie in den sechziger und siebziger Jahren selbstverständlich war, erscheint heute altmodisch.« Das stimmt nicht. Wir haben heute einen anderen Staat, dank der Wandlungsfähigkeit von Leuten wie Schily, die ihrer alten Einsicht in die Notwendigkeit der bürgerlichen Freiheit treu bleiben und den Spielraum der Freiheit verteidigen. »Nur wer sich wandelt, bleibt mit uns verwandt.« (Nietzsche).

KLAUS HARPPRECHT

In Deutschland ist immer Herbst

Die amerikanische Freundin, Buchhändlerin aus Houston, hatte nicht weit von Florenz ein Haus auf dem Lande gemietet, ein nicht allzu tüppig gepolstertes Liebesnest für sich und einen Kapitän der Handelsmarine, der bei seinen Landgängen gern ihre kunstgeschichtlichen Unterweisungen auf sich nahm. Das Leben sei freundlich, schrieb sie mir, sie lese und höre Musik, wenn ihr Seemann zu Schiff sei, und oft hocke sie in der Caf bar, wo manche Deutsche zu finden seien, kluge und gebildete Menschen, die veredelte Bauerngeh fte in jener Region besaßen. Es fehle ihnen an nichts, und sie könnten sich's in der gesegneten Landschaft wohl sein lassen. Ob ich ihr sagen könne, warum sie dennoch mit so d sterner Miene durch ihr toskanisches paradies marschierten?

Ja, warum? Ich wisse es nicht so recht, schrieb ich zurück, nur könnte ich mich nicht des Verdachtes erwehren, daß deutsche Intellektuelle – und um solche handle es sich gewiß – sozusagen aus Prinzip schlecht gelaunt seien, es sei denn, ihre Mienen hellten sich dank einiger Schoppen *Pinot grigio* auf. Offensichtlich hielten sie eine Verfinsterung des Gemütes

für ihre moralische Pflicht. Es lasse sich zwar nicht leugnen, daß die Welt eher schlecht, der Mensch oftmals roh und die Verhältnisse so rosig nicht seien, doch meine Landsleute beugten sich williger als andere unter das Leid, dem unsere Existenz unterworfen sei.

Clemenceau, den die Franzosen den »Tiger« nannten, äußerte lang vor dem Ersten Weltkrieg die bittere Vermutung, die Deutschen liebten das Leben nicht, ja sie seien von einer bedrohlichen Sucht zum Tode getrieben. Wenn es sich so verhielt, dann waren die europäischen Nachbarn für die Krankheit zum Tode in jener Epoche kaum weniger anfällig als wir. Zum andern lässt sich nicht leugnen, daß wir uns heftiger als andere den Depressionen hingaben, denen empfindsame Naturen ausgesetzt sind, und sie qu lten uns bitter genug, bis wir mit böser Verzweiflung um uns zu schlagen begannen.

V lkerpsychologen, deren Gewerbe man fragwürdig nennen darf, zerbrechen sich die Köpfe, was die Ursache unserer Umd sterungen sein mag. Ertrugen wir die Transformation von einer ländlich-bäuerlichen in eine urban-industrielle Gesellschaft schlechter als die Franzosen oder Briten? Oder handelt es sich um ein kollektives Trauma in den Tiefen unserer Seelen, das uns aus den Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges überkam? Eine Tradition der Angst, die aus der religiösen Erregbarkeit stammt, die unsere Breiten seit den mittelalterlichen Massenextasen über die Reformation und Bockeson bis zum Pietismus heimgesucht hat – die nämliche Aufregung, die uns in den weltanschaulichen Exzessen und ideologischen Krämpfen, im Tumult der Ersatzreligionen dieses Jahrhunderts immer wieder überwältigte? Hat sich in uns eine Katastrophengier festgefressen, die sich oft auch der redlichen Herzen unserer Umweltschützer bemächtigt? Sie führen sich zuweilen auf, als könnten sie ohne den täglichen Weltuntergang gar nicht mehr leben.

Ein geseites Schulmädchen klagte kürzlich in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN, die Lehrer w rfen ihr und ihren Altersgenossen Tag für Tag ermutigende Senten-

zen wie diese an den Kopf: »Wenn ihr dreißig seid, wird die Hälfte eurer Klasse sowieso an Krebs erkrankt sein«. Oder: »...Irgendwann, in zehn oder zwanzig Jahren, kommt es zum großen Knall.« Oder: »Ich frage mich, wo ihr noch sauberes Wasser herholen wollt, wenn ihr erwachsen seid.« Oder: »In dreißig Jahren werdet ihr im Kalten sitzen, denn Erdöl gibt es dann bestimmt nicht mehr.«

Läsen die Pauker ihre Zeitung, dann wüßten sie, daß die Petroleum-Vorräte unter Fachleuten derzeit als nahezu unbegrenzt gelten. Das allerdings widerspräche ihrem Verlangen, sich in apokalyptischen Ängsten zu wälzen. Der Welt-schmerz, der dank unserer poetischen Voreltern als ein Lehnwort in so viele Kultursprachen einging, gefällt sich nun in der Vulgarisierung des Trübsinns, und die Melancholien, die unsere Ahnherrn und Ahnfrauen mit schwelgerischer Zärtlich-

keit in Wort und Musik pflegten, wichen einer Raserei der Trauer, ohne den sich die mörderische Exaltiertheit des »deutschen Herbstes« niemals begreifen läßt.

Die Zügellosigkeit der Verzweiflung korrespondiert, kein Zweifel, mit der Ordnungsliebe, die unser tägliches Dasein reguliert. Die Überdiszipliniertheit entspricht einer obszönen Zuchtlosigkeit, die scheinbare Rationalität des selbstge-zimmerten Weltbildes einer irrationalen Vernunftlosigkeit: auch in der hysterischen Reaktion der Medien, der Parteien, der Mächtigen, die prompt dem Geheul der terroristischen Wölfe nachrast. Der normale Menschenverstand richtet vor der Gewalt des beiderseitigen Irrsinns nichts mehr aus. So mag sich die blutige Geschichte des Baader-Meinhof-Wahns wiederholen. Wenn Geschöpfe unserer Ordnungswelt die Engel singen hören, ist allemal der Teufel los.

»Dies ist die Stunde der Fahndung«. Regierungssprecher Bölling am Tag nach der Geiselnbefreiung von Mogadischu. Foto: dpa



Kontrovers

HELMUT MÖRCHEN

Groß oder Klein?

Über den Stellenwert deutscher Gegenwartsliteratur

Grass und Walser werden siebzig: nicht Inhalte, sondern Geburtstage sind Anstoß für den Schwerpunkt Literatur des Juni-Hefts der NG/FIL. Schön, daß Christian Jürgens dem Nachdruck eines Artikels des Chefredakteurs, einem Verzweigungsschrei über die angeblich von den jüngeren Autoren verbreitete Langeweile, ein Plädoyer für eine »kleine Literatur« entgegensetzt. Seinen Ausführungen über die gar nicht so kleine Literatur möchte ich eine Vermutung hinzufügen, warum es jüngere Autoren, die so jung auch gar nicht mehr sind, so schwer haben, Leser in verdienter Zahl zu finden.

Die deutschen Verlage »bwerben« ihre deutschsprachigen Autoren nicht. Um ein Beispiel zu nennen: der hochachtbare Schöffling Verlag kündigt den Buchhändlern für die Übersetzung eines im Herbst erscheinenden englischen Romans Anzeigen im SPIEGEL, in der ZEIT, der FAZ und der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG an. Übersetzt hat den Roman Klaus Modick, Autor vieler, inzwischen auch als Taschenbücher erhältlicher Titel, dessen jüngster Roman *Der Mann im Mast*, im Frühjahr bei Schöffling erschienen, dem Verlag nicht nur keine Anzeige, sondern in der Herbstvorschau auch nicht mal mehr einen Rückblick wert war. Gleiches gilt für Jochen Schimmangs ebenfalls bei Schöffling erschienenen Roman *Ein kurzes Buch über die Liebe*.

Beide Romane bieten, was dem Vorurteil nach nur angelsächsische Bücher auszeichnet, hervorragende und intelligente Unterhaltung auf hohem Niveau. Die Romane handeln nicht, was Peter Glotz so haßt, »von Toten [...], Gliederlosen, die bald platzen«, und sind fern jeder Langeweile und »saurem Kitsch«. Die Kritik hat das auch in den überregionalen und lokalen Feuilletons gewürdigt. Was fehlte, war eine die Rezensionen begleitende Anzeigenwerbung.

Neben Schöffling gehört Kiepenheuer & Witsch zu den großen Literaturverlagen unseres Landes, die noch nicht Teil unüberschaubarer Medienkonzerne sind. Deshalb auch hier mein Beispiel eines »versteckten« Buches, um für Autor und Verlag zu werben. Ich halte die Erzählung *Das jüdische Begräbnis* von Lothar Schöne für eine der wichtigsten Neuerscheinungen des letzten Jahres. Deutschen Lesern weitaus näher als etwa Swifts in den Himmel gelobte

Beisetzungsstory *Letzte Runde*. Nur, hätte ich nicht von einem befreundeten Schriftsteller den Hinweis auf das Buch des Kollegen bekommen, mir wäre vielleicht niemals Schönes Buch in die Hände geraten! Werbung? Fehlanzeige.

So leisten deutsche Verleger mit ihren Werbe- und Verkaufsstrategien dem Gerede von der angeblichen Überlegenheit zeitgenössischer angelsächsischer über die deutsche Gegenwartsliteratur ungewollt Vorschub – was bei Verlagen wie Schöffling und Kiepenheuer & Witsch, die sich programmatisch der Pflege deutscher Gegenwartsliteratur verschrieben haben, besonders widersprüchlich ist. Deutsche Autoren scheinen mir für den Verleger einfach zu billig zu sein. Während bei übersetzten Titeln Lizenzen und Übersetzungskosten eingespielt werden müssen, scheinen sich deutsche Titel, zumal wenn ihr Entstehen und Gedrucktwerden auch noch mit Steuermitteln aus dem Deutschen Literaturfonds gefördert sein sollte, viel zu früh schon bei kleiner Auflage zu rentieren. Sollte meine Vermutung zutreffen, so müßte man die ganze Konstruktion deutscher Lite-

Judith Kuckart

Foto: Anita Schiffer-Fuchs



raturförderung aus öffentlichen Mittel schleunigst gründlich überdenken.

Aber auch die Kritik soll nicht ungeschoren davonkommen. Sie leiert gebetsmühlenartig das Lied von der Überlegenheit der angelsächsischen Literatur durch alle denkbaren Variationen. Jüngstes Beispiel: Annette Meyhöfers Hymne auf die englischen Zeitgenossen im SPIEGEL. Den deutschen »Literaturhäusern« als »Wärmestuben für Autoren unter Denkmalschutz« setzt sie den Londoner Zoo entgegen. Im Überraschungsraum, in subkulturellen drogenschwängerten Biotopen gehe die wahre Post ab. Altbacken sind nicht die deutschen Autoren, sondern dies ist unsere Kritikerin, die dermaßen naiv und provinziell vom Unbürgerlichen und Exotischen schwärmt.

Schaden fügt auch das immer noch von vielen als Literaturförderung gewürdigte *Literarische Quartett* dem literarischen Leben zu. Wie die Lemminge sitzen sich die Kunden auf die von Reich-Ranicki diskutierten Titel. Manches Buch, das vielleicht wirklich 10 000 statt 5 000 Leser verdient, geht nach der Besprechung im Literarischen Quartett schlagartig 60 000mal über den Verkaufstisch. 50 000 Exemplare verstauben vermutlich ungelesen dekorativ im Regal neben dem Fernseher. Bei einem mal angenommenen Ladenpreis von 40 DM bilden solche von Privatkunden ausgegebenen 2 000 000 DM einen erklecklichen Strom fehlgeleiteten Geldes. Bei einem derartigen »Verkaufserfolg«, der sich für viele tausend Käufer als private Fehlinvestition erweist, sollte bedacht werden: statt 50 000 ungelesen verstaubender Bücher hätten zehn wichtige andere Titel 10 000 statt 5 000 Käufer und Leser finden können.

Ganz anders versagt das zweite, sich jährlich wiederholende TV-Ritual zur zeitgenössischen Literatur. Ich möchte gern einmal wissen, wieviele Zuschauer den 1:1 auf 3sat übertragenen Klagenfurter Lesungen wirklich zusehen und zuhören. Und den von Jahr zu Jahr langweiliger werdenden Kritikersuaden. So wie sich der Ingeborg-Bachmann-Wettbewerb während des letzten Jahrzehnts entwickelt hat, leistet er das Gegenteil von Förderung und Werbung für Literatur. Die meisten Autoren sind bei den Lesungen vor der Kamera einfach überfordert. Und die Kritiker haben nichts anderes zu tun, als die voraussehbaren Reinfälle der von ihnen eingeladenen Kandidaten wortreich zu exkulpierten. Weiß Gott, ein langweiliges Geschäft, das wohl ohne den Rahmen der Kärntner Touristikförderung schon längst eingestellt worden wäre.

An dieser Stelle einige Anmerkungen zu den Literaturdistributoren, die ich am wenigsten kritisieren möchte. Die selbständigen Buch-



Jens Sparschuh

Foto: Gezetz

händler leisten flächendeckend Enormes. Wer mag ihnen verübeln, daß sie lieber einen Titel 50mal verkaufen als 50 verschiedene Titel einzeln von heute auf morgen für die Kunden zu bestellen. Ohne Buchpreisbindung, dies hier – allerdings mit Ausrufungszeichen versehen – nur am Rande, wäre der selbständige Mittelständler im Buchhandel nicht nur zu dieser unglaublichen Leistung, einzelne Titel verfügbar zu machen, nicht mehr imstande; nein, er müßte schon und gerade beim gewinnbringenden Bestsellerverkauf die Segel streichen.

Lob auch vielen Bibliothekaren, die das Image eingestaubter, mit Ärmelschonern ausgerüsteter Buchnarren weit hinter sich gelassen haben. Sie tragen mit Lesungen, Ausstellungen viel zur Förderung zeitgenössischer deutscher Autoren in der Breite bei. Die Verknappung der öffentlichen Mittel im Bibliotheksbereich trägt zur langfristigen Gefährdung des literarischen Lebens bei. Denn nur der Titel, der in Büchereien für zukünftige Leser aufgehoben wird, hat Chancen, die nur allzu kurze Präsenz im Buchladen zu überleben. Im Buchhandel ist die im Frühjahr angebotene Neuerscheinung schon im Herbst des gleichen Jahres vergessen.

Hier haben der Literaturunterricht an den Schulen und die Universitätsgermanistik eine meines Erachtens viel zu wenig beachtete Aufgabe. Der Einbezug der Zeitgenossen in einen *offenen* Kanon kann zum Überleben wichtiger Texte über die »kritische« Phase des Verges-

senwerdens zwei, drei Jahre nach dem Erscheinen beitragen. Auch hier möchte ich zwei Beispiele nennen: Jens Sparschuhs Roman *Der Schneemensch* über das ss-Ahnenerbe, 1993 bei Kiepenheuer & Witsch erschienen, und Judith Kuckarts Roman *Die schöne Frau* über den nationalsozialistischen Lebensborn, 1994 bei S. Fischer veröffentlicht, waren, nach Ende der Saison viel und gut besprochen, im Buchhandel bald vergessen. Nach der durch Daniel Goldhagens Dissertation ausgelösten Diskussion über Hitlers willige Vollstrecker, nach der Enttarnung des hochangesehenen Germanisten Hans Schwerte als ss-Mann »Schneider« im Ahnenerbe hätten beide Romane Gewicht haben können im erneuten Diskurs über die Geschichte, eine Bedeutung, die nun einfach mangels Präsenz auf dem Markt und im öffentlichen Bewußtsein nicht zur Geltung kommen konnte. Schade im Blick auf zwei hervorragende Bücher zu einem wichtigen Thema. Ein offener Kanon, wie ich ihn mir vorstelle, hat natürlich nichts mit dem zu tun, was die altehrwürdige ZEFF wieder mal aufwärmen zu müssen glaubte, die Diskussion eines Kanons olympischer Highlights. Die Petrifizierung der Bildungsvorsatzstücke prominenter Bildungsbürger ist heute nicht einmal mehr belustigend.

Im übrigen ist die nun auch in der NG/FH angenommene Diskussion alles andere als neu. *Die Jungen – haben sie einfach nichts zu sagen*, lautete 1966 die Überschrift eines Heftes der berühmten Literaturzeitschrift AKZENTE. Diese Überschrift variierte eine Formulierung Jakov Linds aus einer Besprechung der *Hornissen* von Peter Handke, dessen selbstbewußte Reaktion damals auch jungen Autoren von heute Mut machen sollte: »Zu einer programmatischen Erklärung über meine Arbeit bin ich im Augenblick nicht sehr aufgelegt. Was Jakov Lind sagt, sagt er halt. Den Fortgang der Literatur wird er nicht aufhalten.«

Grass und Walser, die in diesem Jahr rund Gefeierten, gehörten vor einem Drittel Jahrhundert zum Kreis der von Rudolf Walter Leonhardt und Paul Flora liebevoll ironisch vorgestellten »jungen deutschen Dichter für Anfänger«. Leonhardts Büchlein von 1964 war eine Hommage vor allem an die damals ja auch schon gar nicht mehr so jungen Autoren der Gruppe 1947, an die auch in diesem Jahr da und dort erinnert wird. Die Schlusssätze seiner Betrachtung ziehen den historischen Bogen noch viel weiter, ich zitiere sie hier, weil besser kaum auszudrücken ist, wie wir Leser mit unseren Dichtern umgehen sollen.

»Als unzulänglich ist die Literatur hier und jetzt allenthalben empfunden worden: im Rom

Ovids wie im England Shakespeares, im Rußland Tolstojs wie in der Bundesrepublik Deutschland des Jahres 1964. Immer fanden die Zeitgenossen: irgend etwas stimmt da nicht.

Wir können's nicht ändern. Anfänger können nichts Besseres tun, als den jungen deutschen Dichtern von heute versuchsweise eben das entgegenzubringen, was diese selber immer dann, wenn sie mit der sich selber auferlegten Pünktlichkeit schreiben müssen, so hartnäckig verleugnen: Lust – und Liebe.«

JUTTA BERGMANN-GRIES

Überzeugungskraft statt Vorlieben

Eine Replik auf Ulrich Pfeiffer und Friedhelm Boyken

Friedhelm Boyken formuliert im Juni-Heft der NG/FH eine Replik auf Ulrich Pfeiffers »Folgerungen für eine Strukturreform«. Dabei bezieht er sich ganz zu Anfang auf das Editorial, das Pfeiffers Beitrag als Böllerschuß angekündigt hatte. Nicht nur dieses Entrée der ansonsten gelungenen Replik auf die These von der »Partei der Zeitreichen und Immobilien« stimmt nachdenklich.

Ist es nicht wichtig und besteht nicht schon allein darin der Vorteil eines Beitrags zur Strukturreform, daß über dieses Thema noch einmal nachgedacht wird? Und: wer greift diese Überlegungen wirklich auf und wie, von wem können sie umgesetzt werden – von den Zeitreichen und Immobilien aus gutem Grund einmal abgesehen?

Politikverdrossenheit und: der immer noch andauernde Abschied von vielen zuverlässigen Parteisoldaten, die Plakate kleben, Werbematerial in Briefkästen stecken und Bürgerinfos organisieren – aus Engagement für die Sache, sind wichtige Signale dafür, daß althergebrachte Strukturen in der Tat nicht mehr tragfähig sind für die heutige Zeit. Nur zeigt bereits diese eine Replik und Kritik an ersten Folgerungen, daß Strukturreformen nicht als Böllerschüsse angelegt sein dürfen, sondern vielmehr sorgfältig zu diskutieren und vorzubereiten sind.

Vor dem Hintergrund wohlmöglich eigener Betroffenheit sind die von Ulrich Pfeiffer vorgeschlagenen Konzeptionsvereine verständ-

lich, wie auch sein Plädoyer für schriftliche Abstimmungen – wohl nicht gedacht als Ersatz für verbalen Schlagabtausch! In diesen Forderungen spiegelt sich die Zeitknappheit unserer Verwaltungs- und Wirtschaftseliten wider.

Der richtige Einwand, das Problem der SPD sei genau in gleichem Maße die mangelnde politische Partizipation der »Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger, Rentner, Studenten, Hausfrauen und Alleinerziehenden« schafft das Zeit- und Partizipationsproblem der Verwaltungs- und Wirtschaftsfachleute nicht aus der Welt.

Warum also nicht das eine – Konzeptionsvereine – ausprobieren, ohne das Problem der mangelnden Repräsentanz weniger privilegierter Bevölkerungsgruppen aus dem Auge zu verlieren? In Abstimmungsverfahren über inhaltliche Fragen müssen sich daraus keine unüberwindlichen Schwierigkeiten ergeben! Vielmehr ist gut vorstellbar, daß diejenigen, die mit weniger Expertenwissen auf unterschiedlichen politischen Ebenen agieren (müssen), vom Wissensvorsprung der anderen durchaus profitieren können.

Vorbehalte gegenüber Debattier-»Grüppchen« sind dabei – wie noch zu zeigen sein wird – von einer anderen Qualität. Dies jedenfalls sind nicht die Argumente, um auf das Elitewissen aus Wirtschaft und Verwaltung zu verzichten.

Wenn Strukturen dagegen sprechen, daß dieses Wissen eingebracht wird, muß sich strukturell etwas ändern. Allerdings: bei der gebotenen Öffnung innerparteilicher Strukturen für andere Arbeits- und Abstimmungsformen allein kann es nicht bleiben.

Da ist die zweite Replik auf U. Pfeiffers Schlußfolgerungen: schriftliche, nonverbale Abstimmungsverfahren widersprechen dem Anspruch nach innerparteilicher Meinungsbildung mit gleichen Beteiligungsmöglichkeiten, wie nach Zusammengehörigkeitsgefühl.

Auch diese Erwiderung ist im Prinzip nicht falsch. Wenn Politik vermittelbar und persönlich glaubwürdig sein soll, dann ist und bleibt die Diskussion an der Mitgliederbasis die wichtigste Entscheidungsgrundlage. Von den Diskussionen und Kontroversen hier gehen immer wieder die wichtigen Impulse aus, um politische Kernaussagen zu beeinflussen und zu erneuern.

Nicht zuletzt bietet die Parteibasis allein die Gewähr für eine Präsenz der Partei vor Ort – in Wahlkampfzeiten wie auch sonst. Die SPD als Mitgliederpartei kann auch ihr programmatisches Profil nur schärfen, wenn einzelne Mitglieder tatsächliche Mitwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten behalten. Als bloßer parteipolitischer Hintergrund wollen Mitglie-

der nicht fungieren, ebensowenig wie als Klebe- und Verteil-Kolonie in der hinteren Reihe!

Aber auch hier gilt: man kann das eine tun, ohne das andere zu lassen. Auch Arbeitsformen, die Experten mit geringem Zeitbudget ihre Partizipationsmöglichkeiten sichern, können in bestehende Arbeitsstrukturen integriert werden.

Ohne Frage: eine große Volkspartei lebt von der engagierten und von Einzelpersonen wie Gruppen geführten Diskussion in Ortsvereinen, Unterbezirken und Bezirken. Aber diese Diskussion zu intensivieren und für noch mehr Menschen zu öffnen wird nicht dadurch schwieriger, daß man innerparteilich neue Kommunikationsmedien einsetzt und in ihrer Nutzung zu intensivieren bemüht ist.

Informationsvermittlung auf zeitgemäße, effiziente und kostengünstige Art und Weise ist das eine. Das andere ist und bleibt die Dialogfähigkeit, nicht nur in den Medien, sondern auch vor Ort. Auch »virtuelle« Ortsvereine müssen sich mit Problemen in der realen Alltagswelt auseinandersetzen. Unsere Wählerinnen und Wähler wollen sich mit den Problemen in unserer Gesellschaft nicht nur über TV und e-mail auseinandersetzen, sondern auch im Gespräch mit Arbeitskollegen, Nachbarn, Bekannten etc.

Die von Pfeiffer und Boyken kontrovers diskutierte Gründe für oder gegen Strukturreformen treffen nur einen Teil der innerparteilichen Probleme. Was zur Zeit ganz entscheidend die Dialogfähigkeit und die Bereitschaft zum Engagement behindert, wird von keinem der beiden formuliert.

Erstens: die wachsende Distanz zwischen der als medienwirksam intendierten Außendarstellung unserer Spitzenpolitiker und der Situation in den Ortsvereinen und Unterbezirken.

Zweitens: die starke Verzahnung gerade von Personalentscheidungen mit innerparteilich ritualisierten Verfahren, die von einigen wenigen mit viel Zeitaufwand gepflegt werden, gerade auch auf unterer regionaler Ebene.

Zum ersten Punkt: der medialen Selbstdarstellung unserer Spitzenleute: Sie ist geprägt von Ratschlägen aus der Werbebranche wie von persönlichen Profilierungen und läßt oft erst auf den zweiten Blick auch das Eintreten für sozialdemokratische Politikinhalt erkennen. Diese Beobachtung trifft sicherlich eher auf Reportagen in auflagenstarken Zeitungen und Illustrierten, auf Plakate wie auf den Auftritt sozialdemokratischer Spitzenpolitiker in Fernsehunterhaltungsserien zu. Zusammengefaßt steht sie für die zunehmende Personalisierung der Politik.

Um es noch einmal zu betonen: neben der »Macht« (will sagen: den Anforderungen) der Medien spielt auch das jeweils persönliche Interesse der Politiker selbst für diese »Personality Show« eine entscheidende Rolle. Diese populäristische Form der Selbst- und Außendarstellung wird offenbar nicht nur vorgegeben, sondern auch gesucht!

Reduktion bzw. Zuspitzung politischer Richtungs- und Streitfragen auf Personen oder Zustände an Medienmacher und Zuschauermeinungen: Auf der Strecke bleibt das Bild der Gesamtpartei. Auch dies ließe sich werbestrategisch auf die Frage nach dem Image der Partei »reduzieren« oder – zuspitzen.

Auf jeden Fall bleibt der Eindruck von sozialdemokratischer Politik bei den derzeit vorgegebenen Formen der Außendarstellung defizitär. Und: die daraus resultierenden Frustrationen an der Mitgliederbasis sind ebenfalls wenig virtuell, sondern durchaus real!

Parteimitglieder engagieren sich nicht nur für Personen – vorzugsweise für Persönlichkeiten wie die Willy-Brandt-Ära gezeigt hat – sondern sie wollen auch Politikinhalt vertreten wissen. Und sie wollen sich mit politischen Kernaussagen, die der Öffentlichkeit vermittelt werden, identifizieren können.

Damit ist ein Aufgabenspektrum angesprochen, daß über die Gestaltung von Medienereignissen, von Medienauftritten auch auf die Vermittlung sozialdemokratischer Politikinhalt in den Medien abzielt. Rahmenbedingungen dürfen nicht nur von den Medienmachern mit Rekurs auf die Zuschauerwünsche gesetzt werden. Die Partei selbst und ihre Repräsentanten müssen hier aktiver eingreifen und vor allem von der Partei mitgestaltete Medienereignisse nicht vorrangig für persönliche Profilierungszwecke nutzen.

Zu zweitens: Entscheidungsstrukturen und ihre enge Verzahnung mit Gremien-Präsenz und Nominierungs-Ritualen: bei den Schlußfolgerungen zu diesem Problem bewährt sich die Tatsache, daß Ulrich Pfeiffer die Partei über viele Jahre durchleuchtet hat.

Bekanntheitsgrad und Gremienpräsenz – oft über viele Jahre – gehören in der SPD nach wie vor zusammen. Inhaltliches Engagement und Wissen wie Fähigkeiten zu teamwork oder Politikvermittlung treten im Vergleich zu jahrelangen Zeitinvestitionen in der innerparteilichen Wertigkeit eindeutig in den Hintergrund.

Zeitinvestition und Gremienpräsenz sind nach dem Eindruck vieler die Entscheidungsfaktoren für die Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten – auch oder gerade in den unteren Parteigremien.

Wer zu einer Organisationseinheit oder einer bestimmten »Gruppe« verlässlich dazu gehört, hat größere Chancen als wählbar zu gelten als diejenigen, die an Inhalten und Themen orientiert Politik gestalten möchten.

Um nicht mißverstanden zu werden: Ohne Gremienarbeit ist die Parteiorganisation und schon gar die Repräsentanz sozialdemokratischer Politik in politischen Institutionen nicht möglich, und keinesfalls soll hier denjenigen das Wort geredet werden, die zeitliches Engagement hier für vertane Zeit halten.

Repräsentative wie innerparteiliche Demokratie sind ohne ein Mindestmaß an Regularien und Gremienarbeit nicht denkbar – sie muß geleistet werden. Aber auch hier kann mehr Offenheit und weniger Bürokratie mit weniger Zeitaufwand nicht schaden!

Weniger persönliche Loyalitäten und Vorlieben, sondern mehr persönliche Überzeugungskraft und politische Glaubwürdigkeit könnten die Kriterien sein, welche die Personalrekrutierung der Partei auch nach außen bei den Wählerinnen und Wählern klarer und überzeugender machen dürften!

Über Strukturreformen muß weiter nachgedacht und geredet werden und dazu einen wichtigen Beitrag geleistet zu haben, verdient mehr als Beachtung. Vielleicht kann mehr Nachdenklichkeit dazu beitragen, daß hier die richtigen Weichen gestellt werden. Man kann auch einen Probelauf riskieren – nur: Immer auf eingefahrenen Gleisen könnte die SPD an Zugkraft einbüßen. Um richtungsweisend zu sein, muß die Partei die richtigen Weichen stellen und auch selbst die Signale setzen!

MARKUS SCHWERTEL

Schnellschüsse aus der Trickkiste

Die SPD als Programmpartei hat sich und wird sich immer wieder mit Strukturreformen ihrer selbst beschäftigen (müssen). Einen erneuten Beitrag zu diesem Kapitel sozialdemokratischer Organisationskompetenz lieferte Ulrich Pfeiffer in der NG/EN vom Mai 1997.

Schon die beschriebene Ausgangslage greift zu kurz. Die SPD ist eben nicht nur nach dem Regionalprinzip gegliedert. Spätestens seit dem Wiesbadener Parteitag 1993 und der sukzessi-

ven Verankerung von SPD 2000 in den Satzungen der Gliederungen sind andere Formen der Parteilarbeit möglich und werden auch praktiziert. Projektgruppen arbeiten in vielen Ebenen der Partei mehr oder weniger erfolgreich. Die Arbeitsgemeinschaften, oft gescholten als Arbeitspotential von der Partei „absaugend“, leisten – ebenfalls mehr oder weniger – erfolgreiche Zielgruppenarbeit. Vollversammlungen auf Unterbezirksebene bestimmen per Mitgliederentscheid die Direktkandidaten (ein ebenso unberechenbares wie deshalb auch gefürchtetes Verfahren), Ortsvereinsvorstände tagen nicht mehr in Hinterzimmern, sondern mittels Telefonkonferenzen. Und schließlich gibt es den Versuch eines virtuellen Ortsvereins, der nun wirklich alles andere als regional verhandelt ist.

Eliten in den »Konzeptionsvereinen«?

Was versteht Pfeiffer nun genau unter »Konzeptionsvereinen«? Sie sind keine *single-issue*-Gruppen, alle nicht örtlich Gebundenen könnten darin mitmachen, sie arbeiten mit schriftlichen Äußerungen ihrer Mitglieder, die sie dann auf ihren zahlreichen Dienstreisen – oder wann sie sonst Zeit haben – durcharbeiten, um darüber abzustimmen. Natürlich gäbe es für sie zu überregionalen Parteitagen auch einen entsprechenden Delegiertenschlüssel.

Es handelt sich bei diesem Ansatz also keineswegs um eine Parteireform, sondern schlicht und ergreifend um eine weitere lose Ausgründung als weiteren Strang der ohnehin schon anarchisch anmutenden Organisationsvielfalt der Partei. Da Vielfalt eine unserer Stärken ist, wäre darüber also nachzudenken. Nach dem Motto: »Es machen Leute mit, denen bisher Mitmachen verwehrt war.« Hätte die Partei nur zu gewinnen, könnten wir es ja einfach einmal ausprobieren. Was wäre anders? Nichts.

Gerade die von Pfeiffer beschriebenen Eliten, die unter Wettbewerbs- und Zeitdruck stehen, werden auf ihren Dienstreisen (wie in seinem Szenario beschrieben) die Pamphlete ihres Konzeptionsvereins eben deshalb nicht lesen können, weil sie entweder ihre Arbeit so schlecht organisiert haben (mangelndes Zeitmanagement), daß sie auch auf ihren Reisen – *straight* – durcharbeiten müssen oder aber weil ihr Wettbewerbsdruck das Weiterarbeiten auch auf Dienstreisen nunmal von ihnen fordert. Sonst wären sie wahrscheinlich nicht Mitglied dieser dem Wettbewerb ausgesetzten »Sozi-Elite«. Schon jetzt ist keinem beruflichen Leistungsträger und Mitglied der SPD verwehrt, Papiere zu lesen, zu produzieren und zu publizieren und seine/ihre Meinung darüber kundzutun.

Warum man dieses schon sektiererisch anmutende Bearbeiten von Texten von durch die Welt jettenden Genossinnen und Genossen dann auch noch institutionell festklopfen und einen weiteren Gliederungsstrang auf vertikaler Ebene einziehen muß, erschließt sich nicht auf Anhieb. Da diese Konzeptionsvereine formal nichts anderes wären als örtlich ungebundene Ortsvereine ohne Kommunalpolitik, gibt es für sie schon ein geeignetes und den Interessen der im Wettbewerb stehenden Zeit-Armen angepaßtes Medium: das Internet. Daß die Arbeit ohne persönlichen Kontakt und auf vorgeblich rationaler und rationalisierter Ebene wie der abstrakten schriftlichen Kommunikation zu besseren und glaubwürdigeren Politikerentwürfen führen soll, die die Bürgerinnen und Bürger begeistern, ist bis zum Beweis eines Gegenteils Spekulation. Vielleicht fühlen sich ja einige selbsternannte Eliten der Partei aufgerufen, ihr produktives Schaffen auf diesem Weg einmal auszuprobieren?

Strukturreformen haben nicht nur Freunde

Parteilarbeit – was für ein Wort – muß attraktiver werden. Das ist der Kern aller Organisationsreformkonzepte. Muß sie das? Bei Befragungen von Ortsvereinen gibt es da empirisch sehr unterschiedliche Ergebnisse. Tatsächlich sind viele Mitglieder mit ihrem Nicht-Engagement zufrieden und jeder Versuch, sie zu »aktivieren«, würde unweigerlich zum Parteiaustritt führen. Gerade dieses Verständnis von Parteilarbeit macht es der SPD in den neuen Bundesländern so schwer, »lediglich« unterstützende Mitglieder zu finden. Die Mitglieder, die mit ihrem Parteidasein unzufrieden sind, führen dann allerdings zu den unberechenbaren Ergebnissen von Urwahlen oder Vollversammlungen. Dies, gepaart mit schlechter satzungsgemäß ausgearbeiteter Verfahrensweise (man denke nur an die erste und auf absehbare Zeit letzte Urwahl des Parteivorsitzenden), führt zu einem nachwirkenden Legitimationsverlust der amtierenden Gremien und programmatischer Zufälligkeit je nach Tagesform. Auch viele Mitglieder im ehrenamtlichen Mittelmanagement können mit der Lethargie und den starren Ritualen des Vereinslebens gut leben, schließlich sind sie in dieser Ersatzheimat groß geworden. Nicht zuletzt beachtliche Teile des hauptamtlichen Apparats haben sich in ihrer traditionsbewußten Beharrungsmanier – die dem Bewußtsein eines Ortsvereinskassierers mit 30jährigem Dienstjubiläum in nichts nach steht – mittlerweile gut eingerichtet. Gesellschaftliche Realität ist für alle diese Gruppen in weiter Ferne.

Drei mehr oder weniger naheliegende Szenarien

Bei den historisch gewachsenen und regionalen, teilweise auch politisch entstandenen Unterschiedlichkeiten der sozialdemokratischen Organisationsstruktur sind drei Szenarien vorstellbar, die besonders auf den Zusammenhang »Organisationsform« und »Wahlsiege« eingehen:

Erstens: Die SPD macht weiter wie bisher, wird strukturell immer schwächer und besteht in 15 Jahren zu 70 Prozent aus der AG 60plus (wobei es sich dabei keineswegs um ein Übel handelt, da die AG 60plus ja schon jetzt die politisch regste Gliederung ist). Kommunal und in den Ländern spielen schwache SPD-geführte Koalitionen ein soziales Korrektiv gegen die Unbill des Weltmarktes und der Bundesregierung, die auch noch in den nächsten 15 Jahren von Helmut Kohl angeführt wird. Beständig beteuert die SPD, daß sie die besseren Konzepte habe, nur leider glaubt selbst sie nicht an die Durchsetzbarkeit derselben.

Zweitens: Die SPD bricht mit den gewachsenen Strukturen und gibt sich eine Organisationsreform, die diesen Namen verdient. Das heißt, daß regionale Zuständigkeiten von Parteigliederungen eingeschränkt, die Weisungsbefugnis des Parteivorstandes gegenüber dem letzten Ortsverein durchgesetzt und die professionelle Schlagkraft der Partei (Kampagnenfähigkeit) durch externe Agenturen erledigt werden. Bundesweit führt diese PR-Strategie zu einem grandiosen Wahlsieg gegenüber einer abgewirtschafteten Bundesregierung. Moderne Politik hält Einzug in der Bundesrepublik. Die SPD verliert sämtliche Landesregierungen und auch kommunal wird sie dritte Kraft im Lande.

Drittens: Langsam und von innen heraus wirken die homöopathischen Dosen der SPD 2000-Konzeption. Der Leidensdruck in immer mehr Gliederungen wird unerträglich und tatsächlich tut sich etwas vor Ort. Die vielen kleinen qualitativen Initiativen führen unausweichlich zu einem quantitativen Umschlag und damit zur Veränderung der Partei insgesamt. Die Stichworte hierzu:

Demokratisierte Arbeitsformen, die zeitsparend zügig und transparent zu Entscheidungen führen, werden auf allen Ebenen der Partei eingesetzt.

Mitarbeit bei einzelnen Themen erfordert entsprechendes Interesse und/oder Sachverstand. Nicht jeder muß, kann aber bei allem mitmachen. Arbeitszusammenhänge werden professionalisiert durch entsprechende Ausbildung der Ehrenamtlichen in Moderations-, Ma-

nagements-, Ideenfindungs- und Kreativitätstechniken; aufkommende Themen werden von ad-hoc-Gruppen aus Interessenten und Fachleuten bearbeitet. Diese ad-hoc-Gruppen erhalten Antrags- und Rederecht auf Parteitag, ohne daß ihre Mitglieder Delegierte sein müssen; in Visionswerkstätten werden auf allen politischen Ebenen Zukunftsentwürfe diskutiert und entwickelt. Das gilt für Wohnumfeldverbesserungen mit Bürgerbeteiligung bis hin zur »Zukunft des Menschen auf der Erde«. Diese Werkstätten werden eine Schnittstelle zwischen Partei und Gesellschaft.

Diese »Reform« läßt sich nicht verordnen. Sie läuft parallel zu dem normalen Parteileben und verlangt deshalb viel mehr Durchhaltevermögen der Engagierten. Sie birgt aber die Chance einer kontinuierlichen Veränderung in sich, die im Gegensatz steht zu der durch Schnellschüsse aus der Trickkiste der Managementtechniken zwar effektiv, aber schon mittelfristig nicht mehr wahrnehmbaren Strohfederorganisationspolitischer Moden und unternehmensberatender Mätzchen. Für ein solches Verständnis von Mitgliederpartei ist die Zahl der Mitglieder und auch die Quote der davon Aktiven nicht die Maßzahl aller Dinge. Das Maß ist die Innovationsfreude, Gestaltungskraft und Vielfalt derjenigen, die verändern wollen, was zu verändern ist und bewahren können, was des Bewahrens wert ist.

SUSANNE ABECK

»Hinaufpflanzung der Erbwerte« Rassenhygiene und Sozialdemokratie

Eine falsche Lesart der Darwinschen Evolutionstheorie hatte große Teile des Bürgertums dazu verleitet, von sich als den »Tüchtigen«, »Auserwählten« und »Besten« aufgrund des »Kampfes ums Dasein« zu reden, die sozialen Mißstände als Ausdruck der »natürlichen« Ungleichheit zu deuten und den Sozialismus als »Moralsalbaderei« abzutun.

Dieser bürgerlichen Selbstgewißheit setzten die Ärzte Wilhelm Schallmayer (1857-1919) und Alfred Ploetz (1860-1940) gegen Ende des vorigen Jahrhunderts ein Ende, indem sie ihre Beobachtungen der rückläufigen »Widerstandsfähigkeit gegen Frost und Hitze, gegen Nahrungs-

mangel und schlechte Nahrungsqualität«, der allgemeinen Verschlechterung des Gebisses, der Sinnesschärfe, sowie des »Gebärapparates« unheilvoll als »die Drohende Physische Entartung der Culturvölker« (Schallmayer) deuteten. Sie behaupteten, daß die – aufgrund der »natürlichen Zuchtwahl« zuvor stets vorangeschrittene – »Rassenvervollkommnung« durch Urbanisierung, Industrialisierung und medizinische Fortschritte gefährdet sei. Durch »humane Gefühlsduselei« sei es möglich geworden, daß die Zahl der Anstaltsinsassen, Verbrecher, Geisteskranken, Alkoholiker, Tuberkulösen und die der von der Armenfürsorge lebenden »Untüchtigen« konstant hatte anwachsen können.

Doch die Kulturhüter Schallmayer und Ploetz redeten nicht nur ein Problem herbei, sondern entwickelten zugleich ein erfolgversprechendes Lösungskonzept. Durch Eheverbote, Sterilisation und Zwangsasylieung sollten die sogenannten »Minderwertigen« ganz auf die Fortpflanzung verzichten, während die sogenannten »Tüchtigen« oder »Hochwertigen« durch finanzielle Anreize zu verstärkter sexueller Aktivität und größerer Nachkommenschaft angereizt werden sollten. Durch diese tiefen Eingriffe in das individuelle (Lebens-) Recht – wobei dem Staat die generative Steuerungsfunktion zugewiesen wurde – sollte die Hebung des gesundheitlichen, intellektuellen und moralischen Niveaus der Bevölkerung erreicht werden. Der Wunsch, das Geschlechtsleben eines ganzen Landes zwecks Wohlergehen zukünftiger Generationen zu regulieren, wurde in der Folgezeit Rassenhygiene oder wie in England Eugenik genannt (griech.: *eugenēs* = wohlgeboren).

»Sozialeugenik«

Da die »Fortpflanzungsauslese« für die Rassenhygieniker wichtiger als alle sozial-ökonomischen Veränderungen war, wurde der Sozialismus als »ein im biologischen Sinne langer Umweg zu höherer Kultus und als übertriebene(r) Gleichheitskultus« abgelehnt. Dabei war die Resonanz innerhalb der SPD keineswegs negativ, denn zum einen hatte bereits Karl Marx im *Kapital* von »Entartung« gesprochen, und zum anderen zeigten sich etwa seit der Jahrhundertwende viele SozialdemokratInnen gegenüber der Überzeugung, daß allein eine Systemveränderung die Gesundheit aller gewährleisten würde, skeptisch.

Dabei vergaßen viele Sozialisten jedoch nie zu betonen, daß das Problem der »Entartung« immer im Kontext mit den sozialen Verhältnissen betrachtet werden müsse und daß eine all-



Reichtagsabgeordneter Julius Moses

Foto: AdSD/FPES

gemeine Gesundung nur im Sozialismus möglich sei. Zu diesem Kreis gehörte Karl Kautsky, dem nicht weniger als die gesamte Industriebevölkerung und ländliche Heimarbeiterschaft als »entartet« galt, »schwächliche, kränkliche, verkommene Menschen.« (Medizinisches in: *DIE NEUE ZEIT* 10,1,1892. Die Optimierung der Lebensbedingungen durch den Sozialismus sollte nach Kautsky eine eugenische Ergänzung erfahren, um so die erblich bedingte »Entartung« zu beseitigen.

Es sollten »alle kränklichen Individuen, die kranke Kinder zeugen können, auf die Fortpflanzung verzichten.« Dabei schloß Kautsky sogar die Zwangssterilisation bei Geisteskranken nicht aus. (in: *Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft*, Stuttgart 1920) Seine Zielvorstellung, eine Synthese von Sozialismus und Eugenik, die »Sozialeugenik«, malte er mit pathetischen Worten aus: »Ein neues Geschlecht wird erstehen, stark und schön und lebensfreudig, wie die Helden der griechischen Heroenzeit, wie die germanischen Recken der Völkerwanderung, die wir uns heute als ähnliche Kraftnaturen vorstellen dürfen, wie etwa heute noch die Bewohner Montenegros.« (ebda.).

Getrieben von solchen Wunschvorstellungen wollten andere Sozialdemokraten die »technisch-ökonomische Zweckmäßigkeit« der Gü-

terproduktion mit der »Hinaufpflanzung der Erbwerte« (Eduard David) verbinden, um so den Weg zu einer »neuen Wirtschaft und zu einer neuen Menschheit« (Erich Unshelm) zu beschreiten. Der Sozialismus galt jedoch nicht allen SozialdemokratInnen als Voraussetzung für eine praktisch anzuwendende Rassenhygiene. So war 1909 bei Edmund Fischer in den *SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTEN* zu lesen, daß »Vagabunden, Gewohnheitsverbrecher, Dirnen, Säufer usw.« nicht, wie von sozialistischer Seite immer dargestellt, Opfer der ökonomischen Verhältnisse seien, sondern daß diese, durch »Arbeitsseuche, moralische Verkommenheit und verlumpte Gesinnung« bedingt, nicht anders könnten und wollten. Die gewaltsame Internierung dieses Personenkreises schien dem Autor angebracht.

Der wohl bekannteste Vertreter dieser Eugenikbefürworter innerhalb der Sozialdemokratie war und ist der Sozialhygieniker Alfred Grotjahn (1869-1931). Obgleich er um eine eigenständige Methodik und um eine stärkere Anbindung der Eugenik an den Katalog der Erbkrankheiten bemüht war, schreckte er nicht davor zurück, bereits 1912 für die Asylisierung von Vagabunden, Prostituierten und Kriminellen zu plädieren (in: *Soziale Pathologie*, Berlin 1923). In den zwanziger Jahren sprach er sich sogar für die Zwangssterilisation bei »Schwachsinnigen« und Epileptikern, sowie für den Fortpflanzungsverzicht der Bisexuellen, Diabetiker u. a. aus (in: *Die Hygiene der menschlichen Fortpflanzung. Versuch einer praktischen Eugenik*, Berlin/Wien 1926) Ohne diese Maßnahmen drohe die »vollständige Auspowerung der Nation an Tüchtigen, Begabten und Willensstarken.« Hinsichtlich der Umsetzbarkeit seiner Forderungen setzte Grotjahn wie viele andere auf einen Wandel der öffentlichen Meinung und auf das Verständnis der Betroffenen: »Sollte uns nicht auch der Krüppel, der Schwache, der Lungenkranke geradezu dankbar sein, wenn wir ihm mit der Aufforderung, freiwillig aus Gründen des Gemeinwohls sein Asyl aufzusuchen, einen Weg zeigen, auf dem er seine altruistischen Tugenden, die häufig bei diesen Individuen sehr ausgeprägt sind, bis zum Heroismus bestätigen kann!«

Eine exponierte Stellung innerhalb der Sozialdemokratie nahm der Gewerkschaftsfunktionär Karl Valentin Müller ein, der nicht nur ein Befürworter der Rassenhygiene, sondern auch der Rassenanthropologie war. So gebrauchte der den Begriff »Herrenrasse« und sprach davon, daß jede eheliche Verbindung mit einem »Mestizen, Kuli oder Nigger ... Schmach und Blutschande« bedeute. (*Gewerkschaften und*

Auswanderungsfragen in: *GEWERKSCHAFTSARCHIV* 4 (1926). Er gab an, daß die sozialistische Gütergemeinschaft eines bestimmten Menschentyps bedürfe, der nur durch die Rassenhygiene hervorgebracht werden könnte – der »gezüchtete, erlesene Menschenschlag.«

Im Gegensatz zum Heidelberger Parteiprogramm von 1925, in dem die sozialistische Wirtschaftsform als die Quelle »allseitiger Vervollkommnung« angeführt wurde, betrachtete Müller die »Vervollkommnung« nicht als Ziel, sondern als Voraussetzung des Sozialismus: statt der historischen, die biologische Zwangsläufigkeit des sozialistischen Sieges. Nach Müller sollte sich die Arbeiterbewegung auf die »Bahn konsequentester Rassenhygiene drängen«, wobei ihm die Idee, generell zehn Prozent der Bevölkerung zwangssterilisieren zu lassen, als kühn und wissenschaftlich folgerichtig galt. Folgerichtig war es dann wohl auch, daß Müller in den 30er Jahren Professor der Rassenanthropologie und Bevölkerungspolitik in Prag wurde.

Keine genuine Konzeption

Mit zunehmender Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation wuchs die allgemeine Reputation der Rassenhygiene, weil sie eine Reduzierung der »unermesslich gestiegenen und nicht mehr aufzubringende(n) Wohlfahrtslasten« (Landesgesundheitsrat Schopohl, 1932) versprach. Dabei zeichnete sich die SPD-Position – trotz gelegentlich geäußerter Kritik – durch eine grundsätzliche Zustimmung aus.

So forderten die SozialdemokratInnen im Preußischen Landtag die obligatorische Einführung von Gesundheitsattesten bei der Aufgebotsbestellung, »...zum Nachweis, daß die Eheschliessenden frei von ansteckenden Krankheiten sind«, um somit den freiwilligen Heirats- und Fortpflanzungsverzicht bei Tuberkulösen, Trunk-, Morphin- und Kokainsüchtigen, Geschlechts- und Geisteskranken zu erreichen. Bei der Diskussion um den eugenisch indizierten Schwangerschaftsabbruch wurde der Einwand, daß die Eugenik eine viel zu junge Wissenschaft sei, um die Geburt eines gesunden oder kranken Kindes vorherbestimmen zu können, von der Gesundheitsexpertin der SPD abgelehnt. Man müsse nur an die Nachkommen trunksüchtiger Eltern denken, um auch die eugenische Indikation befürworten zu können.

Auch gegenüber der Sterilisation aus eugenischer Indikation war die SPD kein Gegner. So unterstützte ihr Gesundheitspolitiker Julius Moses (1868-1942) trotz mancher Bedenken gegenüber der Eugenik (»biologische Abbiegung der sozialen Verhältnisse«) 1928 einen Antrag

im Strafrechtsausschuß des Reichstages, Strafgefangene bei vorzeitiger Entlassung sterilisieren zu lassen. Der Antragsteller, ein Mitglied der DEUTSCHEN VOLKSPARTEI, wollte auf diesem Wege die Fortpflanzung »degenerierter« Individuen, »Geistesschwacher«, »Geisteskranker« und soziale »Minderwertigkeit« ausschließen. In einer Sitzung des Preußischen Landesgesundheitsrates unter dem bezeichnenden Titel »Die Eugenik im Dienste der Volkswohlfahrt« plädierte der Sozialhygieniker und Sozialdemokrat Benno Chajes (1880-1938) sogar für die Zwangssterilisation unheilbar geisteskranker und -schwacher Personen, die aller Wahrscheinlichkeit nach »minderwertigen« Nachwuchs haben würden. Damit befand sich Chajes in schlechter Gesellschaft, denn außer ihm traten von den insgesamt 77 Anwesenden nur vier weitere Redner für die Zwangssterilisation ein, unter ihnen zwei Vertreter der NSDAP.

»Vervollkommnung« und »Befreiung« waren die gemeinsamen Ziele von Sozialismus und Eugenik. »Vervollkommnung« über die ökonomische und politische Veränderung oder über die Reglementierung des individuellen Reproduktionsverhaltens; »Befreiung« von kapitalistischer Unterdrückung oder von physischer, psychischer und »moralischer« Krankheit. Viele der sozialdemokratischen GesundheitsexpertInnen haben sich sowohl für soziale Veränderungen als auch für generative Eingriffe ausgesprochen. Dabei lag der Unterschied zwischen einer »linken« und einer »rechten« Eugenik nicht in der Radikalität der Forderungen, sondern darin begründet, daß Eugeniker, die später im Nationalsozialismus tätig wurden, eine »gezüchtete« Gesellschaftselite anstreben und in rassistischen Kategorien dachten.

Von einer genuin sozialdemokratischen Eugenikkonzeption kann nicht gesprochen werden, da die Vorstellungen innerhalb der Partei zu verschieden waren. Vielleicht war das der Grund, warum die Rassenhygiene keinen Eingang in die Parteiprogramme fand, vielleicht aber auch deswegen, weil die diesbezügliche Diskussion ohnehin nur in dem kleinen Zirkel der Gesundheitspolitiker stattfand. Dabei gingen einige soweit, daß sie den Sozialismus völlig in den Schatten der biologischen Betrachtung menschlicher Existenz stellten: »Soll sich hier das Wort Bebels ›Sozialismus ist angewandte Wissenschaft‹ bewahrheiten, so müssen sie sich an der jungen Wissenschaft der Eugenik orientieren, nicht an Dogmen, die die sozialistischen Klassiker zu einer Zeit aufstellten, in der es jene Wissenschaft noch nicht gab« (Alfred Grotjahn).

Kultur

CHRISTIAN MEIER

Das Problem eines Berliner Denkmals

Denkmäler können aus vielen Gründen errichtet werden. Denjenigen, derer gedacht wird, gilt Dankbarkeit oder Trauer, zumeist beides, und Erinnerung. Es können verdiente Männer, gelegentlich auch Frauen sein, wenn sie Fürstinnen waren; sehr oft Gefallene, aber auch die Tausende Hamburger Bürger, die 1813 der Cholera erlagen.

Was ihnen zugedacht ist, ist zumeist Ruhm und Ehre. Kriegerdenkmäler gelten den toten »Helden«, denn so und ähnlich heißen die Gefallenen auf griechisch und in verschiedenen Sprachen Europas – selbst wenn sie, was relativ gesehen gar nicht so selten vorkam, ihr Leben auf der Flucht verloren hatten. Doch kann es auch einfach darum gehen, in der Erschütterung durch ein einschneidendes Ereignis – wie etwa die Hamburger Cholera – das Nicht-Vergessen zu sichern.

Immer aber denken die Denkmalstifter auch an sich; oft genug werden die Toten sogar für bestimmte Zwecke der Lebenden instrumentalisiert. Diese haben etwa ein Bedürfnis, ihre Trauer zu bannen. Es können auch Schuldgefühle (vor allem in der Form des Sich-in-der-Schuld-Fühlens) im Spiel sein. Unklar ist, wieweit in der Regel(!) auch das eigene Überleben als Schuld empfunden wird. Jedenfalls können Denkmäler als Ersatzhandlungen der Wiedergutmachung, als Alibis dienen. Und immer wieder geht es um eine Verpflichtung, die von den verehrten Vorbildern, den Gefallenen, den Helden ausgehen soll. *Mortui viventes obligant!* Von August Boeckh stammt die Formel, die Friedrich Wilhelm III. auf dem Kreuzbergdenkmal in Berlin anbrachte: Den Gefallenen zum Gedächtnis, den Lebenden zur Anerkennung, den künftigen Geschlechtern zur Nacheiferung. *Invicti victi victuri* formulierte der Theologe Seeberg nach der Niederlage von 1918: Die Toten sind unbesiegt, die Lebenden zwar besiegt, aber sie werden – und sie sollen! – künftig siegen.

Der Kult der Gefallenen dient der Identifizierung mit ihnen, nimmt sie in Anspruch für die Identität – und oft auch für die Interessen – der Lebenden, für das Vaterland vor allem. So kann man den Toten versichern, daß sie »nicht umsonst« gestorben seien. Indem man die Toten erhebt, erhebt man sich selber auch, und das

kann sich mit manchen Ansprüchen verbinden. Ein durch seine sprachlichen Fehlleistungen besonders verräterisches Beispiel unter den Vorzeichen unserer Zeit bietet die neue Inschrift des gerade auf den Kaiserplatz in Bonn versetzten Denkmals für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus.

Doch sollten diese kurzen Hinweise und Beispiele nur gleichsam einen ersten Einstieg in unser Thema versuchen: Von der Regel her, besser: von dem her, was wir an unendlich vielen Stellen, wo wir älteren Denkmälern begegnen, sehen können.

Dabei muß ein Punkt noch etwas ausgeführt werden: Wenn die Denkmalstifter ein schlechtes Gewissen haben, so vielleicht deswegen, weil sie sich am Tod der andern mitschuldig fühlen, eher wohl noch, weil der Gedanke an deren Opfer ihnen schwer erträglich ist, im übrigen aber höchstens, weil sie selbst hinter Erwartungen zurückblieben, vielleicht nicht tapfer, nicht durchhaltefähig genug waren, vielleicht kein Kriegsglück hatten, vielleicht – wie es nach 1918 historisch unwahr hieß – zwar »im Felde unbesiegt« aber durch einen Dolchstoß in den Rücken um den Sieg gebracht worden waren.

Nicht hingegen kommt es – soweit ich weiß – in aller Regel vor, daß man mehr als Schwächen und Fehler, nämlich eigene Verbrechen monumental bekundet. Diese Blöße pflegen Staaten und Gemeinden sich in der Regel nicht zu geben. Als Sieger ohnehin nicht. Und als Besiegte schon gar nicht. Denn nichts ist dann so wichtig wie der Trotz, vielleicht das Schweigen, jedenfalls die Bewahrung des eigenen Stolzes. Mithin gilt in Bezug auf die eigenen Verbrechen das Verdrängen oder Vergessen. In der Öffentlichkeit der Reden und viel mehr noch in der der Monumente, welche dauerhaft sind, Nuancierungen kaum zulassen und sich den verschiedensten Betrachtern aussetzen müssen, ohne daß man es kontrollieren oder irgendetwie korrigieren könnte.

✱

Denkmäler für den Mord an den Juden, die *Shoah*, um es mit dem hebräischen Wort zu sagen, müssen sich dieser Regel nicht entziehen. Yad Vashem und die von Überlebenden in verschiedenen *kz's* gesetzten, auch die Gedenktafel von Präsident Chaim Herzog in Bergen-Belsen bekunden Gedenken und Trauer. Wenn darin zugleich Empörung, Entsetzen und Anklage mitschwingt, so ist auch dies der Regel nicht fremd: Dergleichen kann in allen möglichen Denkmälern impliziert sein; jeweils gegen andere.

Anders verhält es sich mit den Denkmälern, welche durch Deutsche angesichts der *Shoah* gesetzt werden. Hier sind die Angehörigen des

Volkes, das den Mord an den Juden begangen hat, die Stifter. Folglich muß alles Gedenken zugleich auf die Denkmalstifter zurückfallen: Weil es sich um ihr, um ihres Volkes Verbrechen handelt. Solche Denkmäler sind also in irgendeiner Weise auch Schandmäler. Sie bekunden die Schande des eigenen Volkes, in der Vergangenheit. Indem die gegenwärtigen Angehörigen dieses Volkes aber bereit und fähig sind, diese Denkmäler zu setzen, distanzieren sie sich zugleich davon. So entsteht eine Spannung zwischen Zugehörigkeit zu diesem Volk und Distanzierung, die nur sehr schwierig durchzuhalten ist. Insofern begegnet hier etwas ganz Neues (das höchstens in privaten Sühnekapellen des späten Mittelalters, die in der christlichen Tradition stehen, eine entfernte Parallele findet); nicht in den Ausdrucksformen der Staaten). Es ist innerhalb der Geschichte des Denkmals so ausnahmsartig wie der Anlaß es innerhalb der Weltgeschichte ist. Hier ist eine Schwelle überschritten worden, und das dokumentiert sich zugleich in den Denkmälern, insbesondere in gewissen Verdrängungen, die sich immer wieder durchschlagen.

Man kann die deutschen Denkmäler anläßlich der *Shoah*, anläßlich überhaupt der Vernichtungspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands grob in zwei Kategorien unterteilen: 1. Denkmäler an Orten des Verbrechens oder seiner Vorbereitung: in *kz's* etwa, an Sammelstellen für die Deportationen (wie an der Moorweidenstraße in Hamburg) oder an Verladebahnhöfen wie dem Güterbahnhof Grunewald in Berlin.

2. Denkmäler ohne solchen örtlichen Bezug zum Geschehen selbst. Hier wären zwei Untergruppen zu erwähnen: Zunächst das Gedenken an frühere jüdische Bürger der eigenen Gemeinde, zum Beispiel am Börneplatz in Frankfurt. Sodann das Gedenken an das Ganze der *Shoah* oder der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik überhaupt, wie in Berlin am U-Bahnhof Wittenbergplatz, mitten im Alltag, im dichtesten Verkehr, ständig in die Augen unendlich vieler Passanten stehend, sehr eindrucksvoll, dafür ästhetisch ganz anspruchlos.

In all diesen Denkmälern ist das namenlose Verbrechen impliziert. Gleichwohl beschränken sich zumindest zwei der genannten Gruppen auf Ausschnitte: Orte, an denen ein Teil des Genozids verübt wurde, sowie Teile des weiten Kreises der Opfer, die Frankfurter Juden etwa. Die deutschen Denkmäler in den *kz's* werden von Leuten gestiftet, die mit den Mannschaften, die dort ihr Unwesen trieben, außer der Zugehörigkeit zu den Deutschen nichts zu tun haben. Städte können sich, indem sie ihrer »jüdi-

schen Mitbürger« gedenken, unversehens gar auf die Seite der Opfer schlagen, ja sich mit ihnen nachträglich solidarisieren (obwohl ihre Bürger sie in der NS-Zeit vielfach ausgegrenzt, allein gelassen, vielleicht sogar denunziert haben; schließlich haben ihre Organe sie den Vollzugsgehilfen der Shoah zugeliefert). Sie können ihren Anteil am Geschehen schlicht verdrängen, und sie tun dies auch in aller Regel.

Das Denkmal, das die Stadt Göttingen zum Beispiel 1973 auf dem Platz vor dem Gefängnis errichtete, trägt die Inschrift: »Berge werden weichen und Hügel werden wanken, aber meine Gnade wird von Dir nicht weichen / *Jesaja 54,10* / Zur Erinnerung an die 1938 niedergebrannte Synagoge und den Leidensweg der Jüdischen Gemeinde / Die Stadt Göttingen«. Das klingt, wie wenn dort von irgendwoher Horden eingefallen seien, die Synagoge verbrannt und die Juden verschleppt hätten – und verheißt eine Gnade, die man zumindest in Göttingen selbst 1938 offensichtlich nicht walten ließ und von der es zumindest überaus fraglich ist, ob sie dem Großteil der Göttinger Juden auf ihrem Leidensweg widerfuhr. Ich kann mir nicht helfen: Mir scheint hier eine ungeheuerliche Anmaßung vorzuliegen.

Das *Jesaja*-Zitat kann auch als Beispiel für den oft zu beobachtenden voreiligen Trost genommen werden: Bevor man überhaupt erfahren hat, was los war, ist man schon der Gnade Gottes versichert worden. An anderen Stellen findet man eine vereinnahmende nachträgliche Solidarisierung der Nachfahren der Täter mit den Opfern. Der Blick wird über den eigenen Anteil an der Täterschaft hinweg gleich in Gegenwart und Zukunft gerichtet. Ganz selten kommt es vor, daß eine Stadt in diesem Zusammenhang die eigenen Täter erwähnt wie etwa Brühl, wo es heißt: »Am Morgen nach . . . dem 9. November 1938 überfielen Brühler SA-Leute jüdische Mitbürger, verwüsteten ihre Wohnungen und schändeten die Brühler Synagoge«. Diese Inschrift ist von 1992; auf einer vorangegangenen Gedenktafel war noch von »den nationalsozialistischen Gewalttaten gegen unsere jüdischen Mitbürger« die Rede. Übrigens kommt auch sonst Gedenken an die Täter nur außerordentlich spärlich vor. Anders als in den genannten beiden Gruppen verhält es sich mit Erinnerungsmalen wie am Berliner Wittenbergplatz, das »Orte des Schreckens / die wir niemals vergessen dürfen« aufführt. Das namenlose Verbrechen ist unzweideutig aufgerufen. Die Scham ist offensichtlich. Wie das Verbrechen aber zustande kam, genauer gesagt: die umfassende Verantwortung der Deutschen dafür ist nicht benannt.

Hier versucht nun das projektierte – ich zitiere wörtlich: – »Denkmal für die ermordeten europäischen Juden« einen großen Schritt weiterzugehen. Denn es muß zweifellos, mitten in der alten Zentrale des deutschen Reiches, zugleich ein – negatives – Denkmal für den Mord an den europäischen Juden sein.

•

Die Initiative zu diesem Denkmal geht aus von einem privaten Verein um die besonders betroffene Publizistin Lea Rosh und den Historiker Eberhard Jäckel. Er ist 1988 unter dem Namen PERSPEKTIVE BERLIN gegründet worden. Im November 1989 konstituierte er sich als »Förderkreis zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas e. V.«. Sein Ziel war und ist, ein zentrales Denkmal mitten in Berlin zu errichten. Ursprünglich hatte man dafür das brachliegende Gelände ins Auge gefaßt, auf dem einst das Prinz-Albrecht-Palais und andere Gebäude der Gestapozentrale gestanden hatten; gleich neben dem Gropius-Bau, unmittelbar an der Mauer. Heute befindet sich dort die Gedenkstätte »Topographie des Terrors«: ein Dokumentationszentrum ist im Bau. Doch gelang es nicht, an dieser Stelle Platz für das Denkmal zu bekommen.

1993 hat dann der Bundeskanzler ein 20 000 qm großes Grundstück, das unmittelbar hinter der Mauer gelegen hatte, für das Denkmal zur Verfügung gestellt. Es grenzt an die Rückseite der amerikanischen Botschaft, die am Pariser Platz errichtet wird. liegt also, grob gesagt, nicht weit südlich des Brandenburger Tors, auf der andern Seite nicht weit von dem Grundstück entfernt, auf dem sich noch Reste des Führerbunkers, der zur Reichskanzlei gehörte, befinden.

20 000 qm, das ist die Größe von zwei Fußballfeldern. Das Grundstück wird mindestens von zwei, vermutlich von drei Straßen, von denen mindestens eine, vermutlich zwei recht laut sind, umfahren.

Die Finanzierung wollte der Förderkreis zur Hälfte aus selbst zusammengebrachten Spenden bestreiten. Denn das Denkmal sollte eine Sache der ganzen Gesellschaft sein, »nicht in erster Linie eine Aufgabe staatlicher Instanzen«. Für den Rest sollte aber doch der Staat gewonnen werden. Dies letztere ist gelungen, Berlin und Bonn sind zu zahlen bereit. Der Verein selbst freilich scheint noch nicht viel zusammengebracht zu haben. Eine großangelegte Sammlung – mit Einzahlungsscheinen, die an allen Postämtern ausgelegt worden waren – war offenbar kein Erfolg. Es heißt, vor allem deswegen, weil unmittelbar zuvor der Bundeskanzler ein Veto gegen den favorisierten Ent-

wurf ausgesprochen hatte. Damit seien nicht nur zahlreiche zusätzliche Spenden, mit denen man gerechnet hatte, ausgeblieben, sondern auch die für die Werbung zugunsten der Aktion eingesetzten Gelder mehr oder weniger nutzlos verbraucht gewesen.

Nachdem das Grundstück zugesagt worden war, ist ein Wettbewerb ausgeschrieben worden. Das Interesse war außerordentlich groß. 2600 Künstler forderten die Unterlagen an, 528 haben Entwürfe eingesandt. Aus denen hat eine Jury unter Walter Jens 17 in die engere Wahl gezogen, 2 erste Preise wurden vergeben. Während die Jury keine eindeutige Empfehlung gab, haben die Auslober dann dem Entwurf einer Gruppe um Christine Jakob-Marks den Zuschlag gegeben, der berühmten Riesengrabplatte, die schräg angehoben war – entsprechend der christlichen Auferstehungssymbolik – und auf der die Namen aller ermordeten Juden auf Metallplättchen angebracht werden sollten. Besucher sollten sich solche Plättchen kaufen können, um sie dann auf der Platte befestigen zu lassen.

Kaum war die Entscheidung gefallen, begann eine scharfe Auseinandersetzung. Immer hatte es Bedenken gegeben, Zweifel, Hindernisse; nicht so sehr, wenn ich es recht sehe, offene Widerstände. Nun aber bot sich gute Gelegenheit zu streiten, auch zu spotten. Man sprach vom Ablaßhandel mit den Plättchen, kritisierte die christliche Symbolik der Auferstehung. Später hat Reinhart Koselleck sarkastisch formuliert: »Nachdem wir Deutschen 5 bis 6 Millionen Juden erschlagen, erschossen oder vergast, dann in Asche, Luft und Wasser aufgelöst haben, machen wir uns nunmehr anheischig, symbolisch eben diesen Juden eine Auferstehung anzubieten«. Wiederum eine schreckliche Anmaßung: Es fragt sich nur, was schlimmer ist: daß man sich auf die Gnade des jüdischen, des alttestamentarischen Gottes beruft oder daß man gleich den christlichen zitiert.

Anerkennenswerterweise hat ja aber der Bundeskanzler sehr bald erklärt, übrigens, wie sich bald herausstellte, in Übereinstimmung mit allen Bundestagsfraktionen, daß die Grabplatte nicht gebaut werden dürfe. Damit geriet das Projekt zunächst einmal in eine Phase der Stagnation.

Schließlich wurde entschieden, daß ein großes »Kolloquium« veranstaltet werden sollte, an drei Tagen, jeweils mit mehrwöchigem Abstand. Ca. achtzig Experten aus dem In- und Ausland sollten angehört werden, um den Auslobern die Entscheidung zu erleichtern. Federführend war der Berliner Kultussenator Radunski.

Ein Tag galt dem *Warum?*, einer dem *Wo?*, der letzte dem *Wie?* Den Experten wurde mitgeteilt, daß 5 Prämissen nicht zur Disposition stünden: Das Denkmal wird gebaut; der Ort steht fest; auch der Baubeginn (erster Spatenstich am 27. Januar 1999); die Kosten dürfen 15 Millionen nicht überschreiten; schließlich bleibt der Kreis der möglichen Entwürfe begrenzt; nur die neun ersten des Wettbewerbs kommen in Frage, eine weitere Ausschreibung soll nicht stattfinden; nur dazu, welcher Entwurf es sein sollte und wie er gegebenenfalls zu modifizieren sei, sollten Vorschläge vorgebracht werden. Die Sitzungen fanden im Staatsratsgebäude der DDR am Schloßplatz in Berlin statt.

Es war eine äußerst merkwürdige Veranstaltung. Um Spesen für die Übernachtung der auswärtigen Gäste zu sparen, begann sie jeweils um 11.00 Uhr, und sie endete mit Sonnenuntergang, nämlich Sabbatbeginn, denn man tagte freitags. Das heißt, im Januar standen fünf, im Februar und April dann sechs bis sieben Stunden zur Verfügung, und zwar nicht nur für die etwa 80 eingeladenen Experten. Denn jedesmal waren mindestens ein Referat und mehrere Kommentare dazu (auch von Nicht-Experten) vorgesehen. Viele haben sich dann auch kaum oder nie oder wenig zur Sache geäußert.

Die Leitung der Sitzung lag bei zwei sogenannten Moderatoren, dem früheren Berliner Bürgermeister Klaus Schütz und dem früheren Bundeswohnungsbauminister Oscar Schneider, die aber nicht moderierten, sondern wie Schalterbeamte Sendungen – alias Statements – entgegennahmen. Auftragsgemäß suchten sie jede lebhafte Diskussion zu unterbinden. Außerdem waren sie bemüht, die Thematik einzugrenzen, wobei sie sich auf Beschlüsse einer sogenannten Lenkungsgruppe beriefen. Wer darin saß, wurde nicht mitgeteilt (während man beim Politbüro der DDR selig doch wenigstens die Namen der Mitglieder kannte).

Doch nicht nur die fehlende Moderation und die anonyme Lenkungsgruppe waren mit dem, was man landläufig ein Kolloquium nennt, unvereinbar. Sondern man bekam auch fast kein Material zugesandt, insbesondere gab es keine Pressespiegel, obwohl sich die Presse und damit die Öffentlichkeit schon zuvor und dann natürlich nach den Sitzungen zum Teil sehr kompetent geäußert hatte; aber wahrscheinlich gerade deswegen. Berichten zufolge hatte nämlich eine der Ausloberinnen gegen die Versendung von Pressespiegeln Einspruch erhoben, weil die Artikel überwiegend kritisch waren. (Man wüßte gern, ob auch die vorbereitenden Sitzungen im Staatsratsgebäude stattfanden,

um die Wirkung des *genius loci*, besser einschätzen zu können). Entgegen den allgemeinen Usancen gab es auch keine Adressenliste der Teilnehmer, wohl damit diese vor und zwischen den Sitzungen nicht so leicht Kontakt miteinander aufnehmen konnten.

Die Bitte eines der Experten, eines führenden deutschen Historikers, daß ein gewichtiger Zeitungsartikel, den er geschrieben, mit den Tagungsunterlagen versandt würde, wurde nicht einmal abschlägig beschieden. Ja, nicht einmal ein kurzer Vorschlag eines der führenden, besonders kompetenten Architekten durfte als Tischvorlage verteilt werden; auch hier nicht einmal eine Antwort auf seine Bitte. Er hatte sich allerdings, muß man einräumen, darin – und zuvor schon – kritisch zum Verfahren, zum Wettbewerb und sogar zur Kompetenz der Jury geäußert.

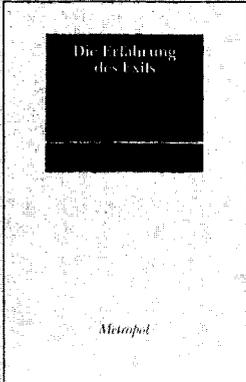
Damit gar kein Irrtum über den Sinn der Veranstaltung aufkommen konnte, ließ sich eine hochgestellte, mit Recht sehr angesehene Persönlichkeit auch noch dazu herbei, die Tatsache, daß ein Experte neue Einsichten gewonnen und folglich seine Meinung geändert hatte, als »geistiges Armutzeugnis« zu bezeichnen. Daß man drei jüdischen Experten, die wegen der von ihnen (nicht ohne Grund) als unerträglich betrachteten Diskussion unter Protest den Saal verließen, keine Träne nachweinte, entsprach hinwiederum dem *genius loci*.

Und immer wieder wurde uns erklärt, wir hätten nichts zu entscheiden (was in der Sache richtig war, sich aber nicht unbedingt auch auf das Verfahren erstrecken mußte; denn darauf, wie und worüber zu diskutieren sei, hätten – im Falle, daß es sich um ein Kolloquium gehandelt hätte – die Experten doch eigentlich Einfluß nehmen können müssen). Vor allem sahen sich die Auslober fast nie dazu bemüht, auf Argumente mit Argumenten zu antworten. Der Vertreter der Bundesregierung schwieg fast durchweg, meinte nur einmal, die vorgebrachten Argumente hätten ihn nicht überzeugt. Er scheute nicht nur nicht den Verdacht, daß er keine habe, sondern nicht einmal den, daß ihn das auch nicht weiter störe. Die Vertreter des Fördervereins schwiegen zunächst, äußerten sich aber später, unter anderem um uns mitzuteilen, daß der Mann und die Frau auf der Straße schon viel weiter seien als die sogenannten Intellektuellen. Wobei man sich dann – Staatsratsgebäude hin, Staatsratsgebäude her – etwas unliebsam an das »gesunde Volksempfinden« noch früherer Zeiten erinnert fühlte. Ohnehin konnte es der Atmosphäre nicht förderlich sein, daß denen, die gewisse Ansichten des Fördervereins kritisier-

ten, immer wieder unterstellt wurde, sie wollten das Denkmal verhindern. Im übrigen bekam man gelegentlich mitgeteilt, was der Lenkungsausschuß befunden hatte, aber wiederum nicht, warum.

Der offiziellen Auffassung nach ging es lediglich nur darum, daß achtzig Experten in außerordentlich kurzer Zeit an die Adresse der »Moderatoren« Vorschläge abliefern.

Von Anfang an regte sich bei verschiedenen von ihnen Unwille darüber, daß die Thematik ungebührlich eingeschränkt worden war. Drei Prämissen wollte keiner in Frage stellen: daß, wann und mit welchem Aufwand gebaut würde. Aber sowohl über den Ort wie über die mögliche Gestaltung wollte man diskutieren, ohne an die entsprechenden Vorgaben gebunden zu sein. Und außerdem wollte man dazu mehr Zeit haben. Die – zumeist schriftlich zuvor versandten – Referate enthielten vielfach nur, was die Experten (schließlich waren es ja Experten) schon wußten; einige Texte wurden als nachgeliefertes Proseminar empfunden. Die vorweg festgelegten Beiträge sollten also, so die Meinung verschiedener Teilnehmer, ausfallen oder gekürzt vorgetragen werden.



Die Erfahrung des Exils
Exemplarische Reflexionen

Herausgegeben von
Wolfgang Benz
und
Marion Neiss

Sie wurden von den Nationalsozialisten meist im jugendlichen Alter zusammen mit ihren Eltern in die Flucht getrieben. 60 Jahre später ziehen sie ein persönliches Fazit ihrer Erfahrung des Exils: W. Michael Blumenthal, Hans Keilson, Felix Posen, George L. Mosse, Lenka Reinerova, Rudolf Vrba, Hellmut Stern und Edzard Reuter.

gebunden, 175 Seiten, DM 30,—
ISBN 3-926893-39-7

Folglich kam es mehrfach zu Anträgen zur Geschäftsordnung und zum Disput über Verfahrensfragen. Der Direktor des Deutschen Historischen Museums hat sich darüber anschließend in der FAZ ungnädig geäußert. Er verstand nicht, warum »einem Teil der Mitwirkenden ... die Addition von Standpunkten nicht genug« war, und meinte, sie hätten »dem Gedankenaustausch eine quasiparlamentarische Fassung geben« wollen, »mit Geschäftsordnungsdebatten und Abstimmungen«. Das eine ist gewiß richtig formuliert, es sollte eine »Addition von Standpunkten« sein. Wie ihm dann der Ausdruck »Gedankenaustausch« in die Feder floß, bleibt sein Geheimnis. Wenn man weiß, welche Entscheidungswege er gewohnt ist, kann man sein Unbehagen gut verstehen.

Aber in Wirklichkeit ging es eben nicht darum, daß man ein Parlament sein wollte, sondern nur darum, daß ja eigentlich ein Kolloquium hatte veranstaltet werden sollen. Und dazu gehört, nach einem doch wohl nicht verkehrten landläufigen Verständnis, eben der Austausch der Meinungen, die Befruchtung durch Widerspruch, die Erprobung der Argumente, kurz all die Vorteile, die eine geistige Auseinandersetzung zu haben pflegt. Eben dazu sind Diskussionen doch erfunden, daß sich die Beteiligten dabei gegenseitig zu lernen geben, wenn auch konzidiert werden muß, daß alles Lernen mit Risiken verknüpft ist. Statements aber hätte man billiger per Post erbeten.

Die durch die Geschäftsordnungsdebatten schließlich ertrotzte Diskussion scheint zu einem Erfolg geführt zu haben. Amtlich ist uns das natürlich nicht mitgeteilt worden, den abschließenden Dank erhielten wir von der Leiterin der privaten Veranstaltungsorganisation im Namen des Senators. Aber ein großer Fortschritt wurde öffentlich bekannt gegeben: Der Bundestag tritt als vierter zu den drei Auslobern hinzu. Und ich höre aus sehr guter Quelle, daß sich wirklich etwas bewegt habe. Die zum Kolloquium verwandelte große Anhörung scheint also doch nicht die Alibiveranstaltung geblieben zu sein, als die sie – so hatten viele jedenfalls den Verdacht – ursprünglich geplant war. Näheres ist mir freilich unbekannt.

Insgesamt war in dieser Veranstaltung ein erschreckendes Ausmaß an Gouvernamentalität (oder: Gouverne-Mentalität) zu beobachten. Es war bezeichnend, daß sich der Berliner Senator bemüßigt sah, uns die Freiheit der Meinungsäußerung zuzusichern – wie wenn es dessen bedürft hätte.

Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen haben viele Mitglieder, zum Teil nach eigenem Be-

kunden, vieles gelernt. Die Problematik dieses Denkmals ist offenbar so schwierig, daß erst die Ausschreibung und das Studium der Entwürfe sowie die anschließenden Diskussionen das Ausmaß der offenen Fragen deutlich machen konnten. Damit schließlich zum Problem des Denkmals.

✱

Die Erkenntnis der gegenwärtigen Problematik dieses Denkmals ist offenbar dadurch wesentlich erschwert, daß aus dem Wandel der Umstände, welcher während und aufgrund der Tätigkeit des Förderkreises eintrat, bisher keine Konsequenzen gezogen worden sind. Die Gründung des Kreises in der jetzigen Form erfolgte wenige Tage vor dem Fall der Mauer im Jahre 1989; aber die Vorbereitungen liefen natürlich schon länger.

Danals konnte man das Projekt isoliert betreiben. Man wollte dieses Denkmal für die ermordeten Juden Europas mitten im verwaisten Zentrum Berlins. Und für den Förderkreis ist es auch weiterhin dabei geblieben.

Das ist völlig legitim; private Förderkreise können selbstverständlich die Errichtung eines Denkmals betreiben, Mittel einwerben und sich außerdem um die Zuwendung von öffentlichen Geldern bemühen.

Und nicht nur das. Vielmehr hat der Plan dieses Denkmals zunächst einmal sehr viel für sich. Er ist für viele auf Anhieb überzeugend – auch wenn es, neben den üblichen Widerständen, manche sehr ernstzunehmende grundsätzliche Bedenken dagegen gibt. Nur – was vor dem Fall der Mauer für sich betrieben werden konnte, geriet seit dem 3. Oktober 1990 und vor allem seit dem Beschluß vom 20. Juni 1991, die Hauptstadt der Republik nach Berlin zu legen, unvermeidlich in weitere Zusammenhänge. Und dies muß vor allem für den wichtigsten Zuwendungsgeber maßgebend sein: die Bundesregierung und damit auch den Bundestag.

Lea Rosh und ihr Förderkreis konnten und können mit besten Gründen sagen, sie wollten ein Denkmal für die ermordeten Juden; daß auch andere Gruppen, die zu Opfern der deutschen Vernichtungspolitik wurden, Denkmäler bekämen – die Roma und Sinti etwa, die Geisteskranken und andere – sei ihnen durchaus recht; nur sei das nicht ihre Sache.

Die Repräsentanten der Bundesrepublik aber können genau das nicht tun. Wenn sie ein großes Grundstück und Geld zur Verfügung stellen, um an einer Stelle, die jetzt im Zentrum der Hauptstadt liegt, ein Denkmal für die ermordeten Juden zu errichten, dann müssen sie sich auch darüber im Klaren sein, daß das Kon-

sequenzen für andere Gruppen von Opfern hat und wie sie damit umgehen wollen. Geld dafür zur Verfügung zu stellen, wird kaum das Problem sein. Die Frage ist: wo – gegebenenfalls – der anderen gedacht werden soll und wie die verschiedenen Denkmäler in ein Verhältnis zueinander zu setzen sind. Hinzu kommt die weitere Frage, wie sich das Gedenken an die Opfer der Vernichtungspolitik zu dem an die Kriegstoten der Wehrmacht (und der Armee des Ersten Weltkriegs), des Luftkriegs und der Vertreibung verhalten soll.

Für die Bundesregierung ist es also ganz unmöglich, einfach das 1988/89 eingefädelt Projekt fortzusetzen, ohne sich weiter umzusehen. Nein, seit die Mitte Berlins wieder die Mitte der deutschen Hauptstadt ist und seit die Bundesregierung selbst den Löwenanteil am Denkmal übernommen hat, ist dies ein zentraler Teil ihrer Denkmals- (oder, wenn man so will, ihrer Geschichts-)politik. Und das heißt, so, wie sie jetzt in Berlin die Verteilung von Ministerien, Bundesbehörden, Abgeordneten Häusern etc. im Zusammenhang plant, muß sie dies auch für die wichtigen, zentralen Denkmäler tun.

Das Problem des Gedenkens an die Opfer der Zeit von 1933 bis 1945 (und die von 1914 bis 1918) schien sich dem Kanzler nach der Vereinigung zunächst ganz einfach zu stellen: Er verlegte 1993 die zentrale Gedenkstätte von Bonn nach Berlin in die Neue Wache. Dann aber entstanden eben daraus Folgeprobleme. Und die ziehen im Zweifel weitere nach sich.

Grob gesagt: Weil hier, wie üblich, nicht richtig nachgedacht worden ist, schlitterte man von einer Bredouille in die andere. Und dabei schleppt sich im Hintergrund immer ein Problem mit, das unmittelbar ins Zentrum deutscher Geschichtspolitik – und das heißt: deutscher Ratlosigkeit – gehört; das Problem, wie wir uns unserer Kriegstoten in Anbetracht der Opfer deutscher Vernichtungspolitik und Gewaltherrschaft zu erinnern haben.

Im Bonner Hofgarten hatte man Mitte der sechziger Jahre eine Gedenkplatte als »nationales Ehrenmal« aufgestellt. Sie trug die Inschrift: »Den Opfern der Kriege und der Gewaltherrschaft«. Eingeweiht wurde sie durch Bundespräsident Lübke am 16. Juni 1964, am Vorabend also des 17. Juni, und der erste Kranz, der dort niedergelegt wurde, galt den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft. Nur in diesem Zusammenhang war der Ausdruck »Gewaltherrschaft« auch einigermaßen zutreffend. Die Opfer der NS-Zeit dagegen sind zumeist nicht einfach einer Ge-

waltherrschaft zum Opfer gefallen, sondern einem auf totale Vernichtung ganzer großer Menschengruppen zielenden Regime samt dem weiten Kreis derer, die ihm dabei zur Hand gingen.

Dieses Denkmal, das 1980 auf den Bonner Nordfriedhof umgesetzt wurde, hatte also seinen Platz im Rahmen des antitotalitären Selbstverständnisses; einer Front, in der wir uns damals ein Stück weit verstecken konnten. Damals konnte man finden, daß die verschiedenen Opfer der Zeit der Weltkriege samt denen der Nachkriegszeit im Osten eben alle Opfer waren und sich gemeinsam ehren ließen. Was dabei noch in den achtziger Jahren für Vorstellungen mitschwangen, wurde in den damaligen Diskussionen um die Errichtung eines (neuen) »zentralen nationalen Mahnmals« deutlich. Dort wurde etwa vorgebracht, die zu schaffende nationale Gedenkstätte solle »Opfer und Geopferte in einem verständlichen Gedenken vereinen«. Während die SPD in der Bundestagsdebatte vom 25. April 1986 anmahnte, die Fragen nach Verantwortung und Schuld dürften nicht verschleiert werden, das Mahnmahl dürfe sich auch nicht auf die deutschen Toten des Krieges beschränken, fanden die Fraktionen von CDU/CSU und FDP, die zentrale Gedenkstätte solle »den Opfern der Kriege und der Gewaltherrschaft, insbesondere den Toten unseres Volkes gewidmet« sein. »Sie solle ein Zeichen der Trauer und der Erschütterung und zugleich der Hoffnung und der Versöhnung sein«.

Daß das Opfer, das der Soldat seinem Lande bringt, herkömmlichem Verständnis nach ein freiwilliges, ein aktives ist, die Opfer der Gewaltherrschaft aber passiv und durchaus unfreiwillig sind, wurde nicht weiter für wichtig genommen. Sofern man Opfer von »Geopferten« unterscheiden wollte, wurde es geradezu grotesk: denn wem sollen denn die Täter und Opfer die Geopferten geopfert haben?

Gewiß konnte man darauf verweisen, daß auch die deutschen Opfer des Krieges zum Teil insofern passive waren, als sie dem Luftkrieg oder der Vertreibung zum Opfer fielen. Wie weit schon damals der Wunsch, die passive Bedeutung des Wortes Opfer auf alle zu erstrecken, am Werk war – was angesichts der heute beliebten Opferidentifizierung nur natürlich erschiene –, wüßte ich nicht zu sagen.

Die Erklärung der Koalitionsparteien, die Gedenkstätte solle »insbesondere den Toten unseres Volkes gewidmet« sein, machte von neuem deutlich, was schon 1964 gemeint, aber in der generalisierenden Opferformel verbor-

gen war: daß die nicht-deutschen Opfer, unter anderem der Großteil der sechs Millionen Juden, bestenfalls nebenbei miteinbezogen sein sollten. Im Grunde drückte man sich um das Problem herum, das sich mit dem Verhältnis von Kriegstoten zu Opfern der Vernichtungspolitik stellte.

Die Inschrift in Berlin ist gegenüber dem Bonner Vorbild leicht verwandelt. Sie lautet: »Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft«. Wie wenn es der Krieg überhaupt – und nicht die Kriege von 1914/18 und 1939/45 – war, um dessen Opfer es zum einen ging, und entsprechend die Gewaltherrschaft schlechthin (vielleicht nicht mal nur die deutsche?). Dabei mutet schon die Beibehaltung des blassen Ausdrucks Gewaltherrschaft recht gedankenlos an, da man es eigentlich 1993 besser hätte wissen müssen. (Die DDR hatte am gleichen Platz, sehr viel konsequenter, die Opfer des Militarismus und des Faschismus verehrt, wobei zumindest auf der Täterseite eine klare Differenzierung vorgenommen wurde, etwa zwischen den »Militaristen« und ihren Opfern). Auch hier sind einfache Fortschreibungen der Findung angemessener Lösungen im Wege gewesen.

Doch weit gravierender als die Bezeichnung der Opfer-Ursachen ist die Vereinigung der verschiedenen Kategorien: Können wir wirklich in den neunziger Jahren noch wie 1964 alle Opfer der verschiedenen Kategorien an einer Stelle zusammen verehren? Zu den Opfern des Krieges zählt der Präsident des Volksgeschichtshofes Roland Freisler genauso wie zweifellos unzählige Soldaten, die zuvor etwa an Judenerschießungen teilgenommen hatten. Die einen Opfer sind also zum Teil von den andern Opfern zum Opfer gemacht, richtig gesagt: Sie sind von ihnen gemordet worden!

Der Widersinn, der in dieser Zusammenfassung lag, ist 1993 durchaus erkannt worden. Der Vorsitzende der Berliner jüdischen Gemeinde hat sich deswegen geweigert, an der Einweihung teilzunehmen (und stattdessen einen Protestzug mitangeführt, der zu den ehemaligen Befehlszentralen des NS-Regimes und seiner Vernichtungspolitik führte). Die Teilnahme von Ignaz Bubis aber kostete einen Preis. Zum einen bekam die Inschrift Fußnoten: Die differenzierende Aufzählung der verschiedenen Gruppen von Opfern, die Richard von Weizsäcker in seiner Rede vom 8. Mai 1985 so eindrucksvoll geleistet hatte, wurde auf eigenen kleinen Tafeln wiederholt. Zum andern aber wurde für das Denkmal für die ermordeten europäischen Juden das 20 000 qm große Grundstück zur Verfügung gestellt.

Aus der Gedankenlosigkeit bei der Konzeption der Neuen Wache – vom christlichen, der antisemitischen Untertöne keineswegs entbehrenden Symbol der *Pietà* für, unter anderm, 6 Millionen Juden ganz zu schweigen –, also: aus der Gedankenlosigkeit dieser Konzeption wurde das Grundstück geboren, dessen Größe im Zweifel mitursächlich für das Scheitern des Wettbewerbs ist, und daran anknüpfend eröffnen sich die nächsten schon angedeuteten Probleme.

Um sie gleich zu explizieren: Da die Neue Wache grundsätzlich allen Opfern gewidmet ist, auch den Juden: Was spricht dafür, diesen noch ein eigenes Denkmal zu setzen? Warum muß man ihre Einbeziehung in die Opfergemeinschaft der Neuen Wache dadurch erkauften, daß sie aus dieser Gemeinschaft gleichzeitig ausgeklinkt werden, um ein Denkmal *à part* zu bekommen? Aber wenn es schon so sein soll, ist es erlaubt, nur ihnen (unter den Opfern der Vernichtungspolitik) ein eigenes Denkmal zu errichten – oder muß man es dann für alle Opfer der Vernichtungspolitik zusammen tun? Oder läßt sich ein Ausweg dadurch finden, daß man Roma und Sinti, Homosexuellen, Geisteskranken, Zeugen Jehovas, polnischen Eliten, sowjetischen Kriegsgefangenen etc. ebenfalls eigene Denkmäler setzt? Wenn aber ja: wo und wie? Und muß man das dann nicht gleichzeitig planen? Wenn aber die Opfer der Vernichtungspolitik (im Gegensatz zu denen des Krieges) einzeln oder zusammen eigene Denkmäler bekommen sollen, ist dann der Widersinn des gemeinsamen Gedenkens an alle Opfer in der Neuen Wache noch aufrechtzuerhalten? Kann – oder vielmehr: muß – man dann nicht aus der Not eine Tugend machen und bei der Gelegenheit auch den Schaden der falschen Neue-Wache-Konzeption gleich mitbeseitigen – zugunsten einer sinnvollen Neugestaltung?

Wenn ich hier noch einen kleinen Exkurs anschließen darf: Man hat früher keine Bedenken gehabt, die gefallenen Soldaten beider Seiten, auch Deutsche und Franzosen zusammen auf den gleichen Friedhöfen zu begraben; hat noch nach 1870/71 an verschiedenen Orten gemeinsame Gedenktafeln für Deutsche und Franzosen auf den Schlachtfeldern angebracht. Je länger es aber dauert, um so stärker wird die Tendenz zur »Opfertennung«. Die Amerikaner führen ohnehin alle Gefallenen in ihre Heimat zurück. Jetzt sieht man, wie von jüdischer Seite (natürlich beileibe nicht von allen Juden) starke Einwände dagegen vorgebracht werden, daß Juden und andere Opfer des nationalsozialistischen Deutschlands ein gemeinsames Denkmal

erhalten. Und dann sollen die deutschen Kriegstoten weiter gemeinsam mit den Opfern der deutschen Vernichtungspolitik verehrt werden?

Dies etwa ist der Komplex der Fragen, der sich für eine zusammenhängende Planung der Denkmalkultur (in Hinsicht auf 1933/45) stellt. In ihrem Rahmen – und nur in ihrem Rahmen – so ist meine These, stellen sich die nächsten Probleme auch für das geplante Denkmal (wenn es denn eines nur für die Juden sein sollte): Denn die Beantwortung der Frage nach dem richtigen Ort und die nach der richtigen Grundkonzeption hängen vom weiteren Zusammenhang ab. Und die Fragen der künstlerischen Gestaltung können überhaupt erst danach angegangen werden. Ich möchte das sehr unterstreichen: Man braucht eine Gesamtkonzeption, eine zusammenhängende Gesamtplanung anstatt des zum Teil recht zufälligen Weiterspinnens einzelner Fäden! Wie man freilich den künftigen Rahmen einer Berliner Denkmalgruppe abstecken soll, ist eine keineswegs leicht zu beantwortende Frage.

Sicher erscheint mir, insofern hätte ich in aller Entschiedenheit eine These zu verfechten, daß man die widersinnige Opfergemeinschaft der Neuen Wache aufspalten muß. Sie ist, genau beschen, unterträglich. Man kann sich fragen, ob Gedenkstätten heute überhaupt noch sein sollen. Aber wenn man das bejaht (wozu man im Augenblick doch wohl überwiegend neigt), dann müssen sich die zentralen Gedenkstätten der Deutschen vornehmlich auf ein Stück Geschichte beziehen, das noch heute höchst lebendig, ja geradezu virulent ist. Dieses Stück Geschichte können wir – und können sehr viele andere – so leicht nicht auf sich beruhen lassen.

Es ist hier daran zu erinnern, daß die Unfaßbarkeit der namenlosen deutschen Verbrechen dazu führt, daß alle Versuche, die Erinnerung an sie sicher an einem zentralen Punkt des kollektiven Gedächtnisses der Deutschen zu verankern, scheitern. Deswegen muß ja jede neue Generation neu darüber erschrecken und das Gedenken muß sich wellenartig immer wieder neu beleben; um nur die letzten Stationen zu nennen: Holocaust-Film 1979, Bitburg 1985, Historikerstreit 1986/88, Goldhagen-Debatte und Wehrmachtsausstellung 1996/97.

In der, je länger es dauert, immer lebhafter und intensiver werdenden Verquickung in jene Vergangenheit, die nicht vergehen will, müssen sich (trotz aller Differenzierungen im einzelnen) Täter und Opfer dieses einzigartigen Ver-

brechens deutlich voneinander scheiden. Es wäre ganz falsch, wenn sich die Nachkommen der einen und die der andern darüber täuschen (oder hinwegmogeln) wollten, daß sie von der Geschichte her voneinander getrennt sind. Selbstverständlich muß man – und das ist ja erstaunlicherweise auch vielfach geschehen – auf Versöhnung, ja auf Solidarität hinarbeiten. Aber Versöhnung setzt die Anerkennung der von der Geschichte her gegebenen Scheidung, ja Feindschaft voraus. Versöhnung lebt und bezieht ihre Kraft – ihre zum Teil wirklich großartige, freundschaftsstiftende Kraft – daraus, daß zunächst einmal anerkannt wird, was gewesen ist und wer es verschuldet und vor allem mitverursacht hat (und daß dies die Unseren waren). Voreilige Versöhnungs-, Umgehungs- und Umarmungsstrategien sind der guten Absicht eher im Wege.

Eben dies ist gerade auch bei Denkmalsetzungen zu beachten. Wir Deutschen können die Versöhnung nicht anmahnen. Wir können die Juden nicht auffordern, mit uns zusammen die Opfer unseres Krieges zu verehren. Wenn sie uns diese Geschichte tragen (oder wenigstens leichter machen) wollen, können wir nur dankbar sein. Aber – wir sollten uns nicht in Hinblick auf unsere Eltern und Großeltern als Opfer mit ihnen gemein machen. Das ist völlig unangebracht, ja es ist schamlos.

Man kann gewiß sagen, daß die Jungen unter uns mit dieser Geschichte nichts mehr zu tun haben. Aber erstens ist das offensichtlich falsch: Sie haben nämlich sehr viel damit zu tun; wollen auch wissen, was damals geschah; machen sich durchaus damit zu schaffen. Und zweitens kann dies für Denkmalsstiftung (und -gestaltung) kein maßgebender Gesichtspunkt sein. Da darf die Vergangenheit am wenigsten ausgeblendet werden.

Allerdings beobachtet man, daß viele sich, wie gerade die Goldhagen-Debatte und die um die Wehrmachtsausstellung zeigen, von den eigenen Großeltern relativ leicht distanzieren. Und – wie ein norwegischer Kollege, der sich viel damit beschäftigt hat, es kürzlich formulierte – dabei scheint die Parole zu gelten: *The worst the better*: Je schlimmer es die Wehrmacht oder, mit Goldhagen, »die Deutschen« getrieben haben, um so weniger nämlich haben wir, sittsam wie wir jetzt sind, mit ihnen gemein. Das macht es schwierig, überhaupt ein Gedenken an die Toten der deutschen Streitkräfte aufrecht zu erhalten.

Ich meine trotzdem, daß es gute Gründe dafür gibt. Wir dürfen uns von diesen Toten nicht lossagen; müssen ihnen insgesamt, wie es üblich ist, ein ehrendes Gedenken zollen; auch

wenn es, wie üblich, viele einbezieht, die es nicht verdienen, und vor allem, wie in diesem Ausmaß keineswegs üblich, viele, die an schweren Verbrechen beteiligt waren. Man kann das Makabre monumental nicht ausdrücken, das, zumal nachträglich, im schreienden Widerspruch zwischen dem, was so viele opferten, und dem, wofür sie es in Wahrheit taten, besteht. Doch bleibt vieles davon in jedem Gedenken an die deutschen Soldaten enthalten. Wir dürfen davor nicht die Flucht suchen, um bequem bei den andern Opfern Unterschlupf zu begehren. Und schon gar nicht dürfen wir sie als Opfer mit den Opfern von Vernichtungspolitik und Gewaltherrschaft gleichstellen. Übrigens sollte man auch die DDR-Opfer hier nicht mehr einreihen, sondern eher sehen, sie im Zusammenhang des geplanten Denkmals für den Aufstand am 17. Juni 1953 zu ehren.

Also, um es zu wiederholen: Die Opfergemeinschaft der Neuen Wache muß unbedingt aufgelöst werden. Es gibt kein ernstzunehmendes Argument für sie. Und – nebenbei gesagt – man muß sich etwas anderes einfallen lassen als die Pietà der Kollwitz; schließlich ist ja auch der Frauen und Kinder zu gedenken, die diesem Krieg auf deutscher Seite zum Opfer fielen; von ästhetischen Gesichtspunkten zu schweigen.

Es ergibt sich sodann die Frage, ob man für die Opfer der Vernichtungspolitik ein gemeinsames oder nach Kategorien getrennte Denkmäler zu setzen hat. Hier ist eine einfache These nicht vorzutragen.

Eines ist auf jeden Fall richtig: Unter den verschiedenen Gruppen der Opfer ragen die Juden weit heraus. Nicht nur durch die Zahl der Gemordeten, sondern auch dadurch, daß das Deutsche Reich unter den damaligen Machthabern sie zum schlimmsten seiner Feinde erklärt und ihre ausnahmslose Ermordung sich zum Ziel gesetzt hat. Das ist bei keiner der andern Gruppen der Fall. Obwohl man doch eigentlich den Krieg gewinnen wollte, hat man fast bis zuletzt eine ungeheure Mühe darauf verwandt, noch von der letzten griechischen Insel die Juden einzusammeln, um sie in die Vernichtungslager zu transportieren.

Insofern ragt die Shoah, der jüdische Teil dieser »Katastrophe«, innerhalb der Vernichtungspolitik heraus. Und zweifellos bietet der bedeutende Anteil, den die deutschen Juden nicht nur an unserer Kunst und Wissenschaft, sondern am ganzen Leben unserer Gesellschaft jahrhundertlang gehabt haben, ein starkes zusätzliches Motiv, ihrer zu gedenken.

Welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, ist aber trotzdem sehr genau und unsich-

rig zu fragen. Nach meinem Urteil ist auch hier zusammenhängende Überlegung an die Stelle mehr oder weniger zufälliger Verfolgung von Einzelfäden zu setzen. Denkmäler sind nicht der einzige, vermutlich nicht mal der wichtigste Teil sinnfälliger Erinnerung. Sie geben wenig zu verstehen, obwohl sie Anlaß bieten können. Verstehen zu suchen. In den Diskussionen um das geplante Denkmal ist denn auch immer wieder darauf hingewiesen worden, daß zusätzliche Information, Aufklärung notwendig sei.

Meine Frage ist, ob nicht in der Vermittlung von Kenntnissen, von Anschauung, von Vorstellung und dem Bemühen, sowohl Verstehen wie die harte Erfahrung der Grenzen des Verstehens anhand von Bildern und Dokumenten zu vermitteln, die eigentliche Aufgabe, das Entscheidende also, liegt.

Man hat gesagt, Deutschland brauche, anders als Israel, kein zentrales Mahnmal für die Shoah, weil hier die Stätten des Verbrechens selbst seien. Das trifft insofern nicht zu, als Vernichtungslager nur in Polen zu finden sind und die Massenerschießungen nur dort und in den Ländern der Sowjetunion stattfanden. Daher spräche sehr viel dafür, neben den KZ-Gedenkstätten ein Auschwitz-Museum in der deutschen Hauptstadt zu errichten. Es könnte sich zugleich den Wurzeln des Antisemitismus in Deutschland widmen; und, was ja keineswegs das gleiche ist, der Wendung zur Vernichtungspolitik, nämlich deren Ermöglichung nicht einfach durch eine Machtvergrößerung, sondern von den Ministerien, den Verwaltungen, den Stäben her; aber auch, um von den Einsatzgruppen abzusehen, aus den verschiedensten Rängen von Polizei und Armee heraus. Schließlich müßte der Prozeß der Ausführung illustriert werden, im komplizierten Gefüge von Tätern, Opfern, direkten und indirekten Beihilfern, Zuschauern und wenigen Mutigen, die sich entzogen oder gar den einen oder anderen zu retten versuchten.

Doch kann dies hier nicht näher ausgeführt werden, zumal sich da eine Reihe weiterer Fragen eröffnen. Finanzielle Einwände übrigens gelten nur, wenn man, wie es in Berlin leider üblich ist, perfekte, teure Lösungen sucht. Aber Provisorien, in irgendeiner ungerüsteten Fabrikhalle, könnten es auch tun; und sie brauchten nicht im Zentrum der Stadt zu liegen. Jedenfalls könnte in einem Museum (oder in einem Komplex von Ausstellungen) die besondere Bedeutung des Mordes an den Juden, auch im Zusammenhang der ganzen Vernichtungspolitik, gebührend herausgestellt werden.

Eben das aber ist bei der gesonderten Errichtung eines »Denkmals für die ermordeten Jüdinnen und Juden Europas« (wie es neuerdings heißt) wohl kaum möglich. Denn sie muß zur Folge haben, daß man auch für die andern Opfergruppen Denkmäler vorsieht. Mehrere, denn man kann sie ja nicht als nicht-jüdische zusammenfassen. Also für Zigeuner, Zeugen Jehovas, Homosexuelle, Geisteskranke, polnische Eliten, sowjetische Kriegsgefangene, Widerstandskämpfer, mindestens zum Teil auch für Deserteure etc. Alle für sich – oder kann man einerseits größere Gruppen mit eigenen Denkmälern bedenken, andererseits den Rest gleichsam mit einem für »Sonstige« – oder gar dem unbekanntem Soldaten ein unbekanntes Opfer korrespondieren lassen? Keine Frage, diese Überlegungen führen sehr bald ins Absurde. Aber man muß sie anstellen, um deutlich zu machen, worum es geht. Wie es andernfalls aussehen könnte, hat Rudolf Kraft in der ZET vom 24. 7. 1992 unter der Überschrift *In trennendem Gedenken* ausgemalt, indem er sich eine Touristenführung vorstellt: »Als höchstes Bauwerk des Areals erkennen Sie in der Mitte das Holocaust-Mahnmal für die ermordeten Juden. Es steht auf unterirdisch begehbaren Erlebnisräumen, in denen auch die Büros der Erlebnispädagogen und Mediothekarer untergebracht sind . . . Nein, meine Dame, nicht im ehemaligen Führerbunker, der war noch zehn Meter tiefer und lag weiter rechts . . . Linker Hand sehen Sie jetzt das Holocaust-Mahnmal II für die ermordeten Sinti und Roma. Rechter Hand . . . erhebt sich die Reichskanzleigedenkstätte. Ein Tunnel führt von dort zur nahegelegenen Gedenkstätte »Topographie des Terrors« auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände. Dort drüben, schräg rechts, das 30 Meter hohe Dreieck aus rosa Granit ist ein Mahnmal für die ermordeten Homosexuellen . . . Der noch etwas größere Stern aus rotem Granit – nein, ich meine nicht den Davidstern, der gehört zum Holocaust-Mahnmal –, also nicht der sechszackige Stern, sondern der fünfzackige, erinnert an die kommunistischen Widerstandskämpfer. . .«

Angesichts all der Mißlich-, ja Unerträglichkeiten, die mit einer ganzen Denkmallandschaft in der Mitte Berlins verbunden wären, spricht sehr viel für eine einfache, klare Lösung: ein Denkmal für alle Opfer der Vernichtungspolitik und – negativ – für diese selbst zu errichten. Am besten erschiene mir: gegenüber der Neuen Wache, auf dem Bürgersteig, unmittelbar am Straßenrand, provozierend, nicht unbedingt groß, aber vielleicht hoch, ein

deutlicher Kontrapunkt zur Neuen Wache, zur ganzen näheren und ferneren Umgebung. Ein Skandalon, das ins Auge sticht, auf das viele zugehen, das sie stören muß, dem sie letztlich auszuweichen haben, wenn sie weiterkommen wollen. Nicht abseits der großen zentralen Achse von Ost nach West, sondern direkt an ihr gelegen, nicht nur von Autofahrern, sondern gerade auch von Fußgängern zu passieren, wobei man erwarten kann, daß dort auch einmal diejenigen stehen bleiben, die sich das Denkmal nicht eigens zum Ziel eines Ausflugs genommen haben. Doch ließe sich auch ein Platz vor dem Reichstag oder im Sprecbogen denken. Die Inschrift dürfte nicht symmetrisch zu der für die Kriegstoten sein; sie dürfte neben den Opfern die Täter nicht verschwinden lassen.

Ein solches Denkmal für alle Opfer der Vernichtungspolitik könnte man aber nur errichten, wenn keiner mit guten Gründen dagegen protestiert. Denn obwohl es völlig klar ist, daß dies ein deutsches, von den Deutschen gesetztes Denkmal sein muß, dürfte keine Gruppe, dürften vor allem nicht die Juden sich dadurch verletzt fühlen. Es gibt aber, mindestens zur Zeit, starke Einwände gegen eine Gemeinschaft der Opfer der Vernichtungspolitik – wie andererseits auch, gerade auch, jüdische Befürworter. Aber der Diskussionsprozeß ist ja noch nicht zu Ende; er hat im Hinblick auf das Ganze der Problematik noch kaum begonnen.

Jedenfalls wird man in der Verfolgung des einst unter völlig anderen Umständen eingeschlagenen Wegs nicht zum Ziel kommen. Die Debatte muß noch einmal aufgenommen werden, so leidig das auch erscheinen mag. Der Gesamtzusammenhang, in dem allein das Denkmal geplant werden kann, muß – endlich – im Ganzen und in all seinen Konsequenzen bedacht und diskutiert werden. Sonst werden die Fehler nur immer neue Fehler und Probleme nach sich ziehen.

Eine Debatte über die monumentale Form des Gedenkens an die Gefallenen und an die Gemordeten, die Opfer des Krieges und die von Gewaltherrschaft und Vernichtungspolitik könnte Teil einer Besinnung darauf sein, wer wir – nach dieser Geschichte, aber auch nach und in unserer lebhaften Auseinandersetzung mit ihr – eigentlich sind und wie wir die Berliner Republik beginnen wollen. Man sollte es jedenfalls versuchen.

Der Text ist die ungekürzte Fassung eines Vortrags, den Professor Christian Meier bei der Deutsch-Israelischen Gesellschaft im Juni d. J. in Bonn gehalten hat.

Exodus und Demokratie

Vor zwanzig Jahren starb Ernst Bloch.

Ernst Bloch, am 8. Juli 1885 in Ludwigshafen geboren, hatte den Ersten und den Zweiten Weltkrieg erlebt. Am 6. März 1933 mußte er in die Schweiz emigrieren, das Land, in dem er auch von 1917 bis 1919 in freiwilliger Emigration lebte, denn im wilhelminischen Deutschland hatte er – wie er sagte – keine Chance zum Broterwerb. In der Schweiz hingegen konnte er mit politischen Artikeln Geld verdienen.

Am 5. März 1933 kamen die Nazis an die Macht; Ernst Bloch war gerade in Ludwigshafen. Karola Bloch schreibt in ihren Erinnerungen: »Ich rief ihm an und bat ihn, sofort Deutschland zu verlassen und in die Schweiz zu gehen. Zum Glück gelang ihm die Flucht, obwohl er bereits steckbrieflich gesucht wurde.« Karola Bloch folgte ihm. Diese Emigration war für die Blochs besonders bitter, denn sie hatten in Berlin einen großen Freundes- und Bekanntenkreis. Zu diesem Kreis gehörten Theodor W. Adorno, Bert Brecht, Ernst Busch, Axel Eggebrecht, Peter Huchel, Alfred Kantorowicz, Otto Klemperer, Lotte Lenya, Gustav Regler, Alfred Sohn-Rethel und Kurt Weill. 1934 zog Bloch nach Wien, wo er seine dritte Frau, Karola, heiratete. 1935 lebten sie in Paris und von 1936 bis 1938 in Prag. 1938 emigrierten sie in die Vereinigten Staaten. Und 1948 wurde Bloch als Ordinarius auf den Philosophie-Lehrstuhl in Leipzig berufen, und zwar nicht wegen seiner Qualifikation als Philosoph, denn die Kollegen der Fakultät waren mehrheitlich davon überzeugt, daß Bloch nicht als Philosoph zu bezeichnen sei. Berufen wurde er, weil die Regierung von Sachsen der Auffassung war, daß »es ein großer Fortschritt in der Demokratisierung unserer Hochschulen« sei, Bloch zu berufen.

Die zuständigen Beamten in Sachsens Landesregierung hatten in dieser Hinsicht die richtige Einschätzung eines zentralen Charakteristikums in Blochs Werk: Es ist in politischen Zusammenhängen entstanden. Bloch war nie der unpolitische Philosoph für den Hans Mayer ihn noch heute hält. Das bewahrte ihn aber nicht vor Irrtümern: Stalin bezeichnete er noch im Dezember 1937 als »wirklichen Führer ins Glück, Richtgestalt der Liebe, des Vertrauens, der revolutionären Verehrung«. Daß Stalin mit Hilfe der furchtbaren Moskauer Prozesse von 1936 und 1937 das Erbe der Oktoberrevolution verteidigen wollte, daran hatte Bloch nicht den geringsten Zweifel. Bloch bezeichnete diese

Prozesse als »Notwehrprozesse«. Aber, daß ihm bei seiner Einstellung zu den Moskauer Prozessen selbst nicht wohl war, erhellt die Antwort, die er seiner Frau Karola gab, wenn sie sich durch Stalins Vorgehen irritieren ließ: »Mir versuchte Ernst einen Satz einzuprägen, der wohl eher ihm selbst Mut machen sollte: Auf Heraklit den »Dunklen« angesprochen, dessen Schwerverständlichkeit man beklagte, sagte Platon: Was ich von Heraklit verstanden habe, ist so vorzüglich, daß ich glaube, daß das, was ich nicht verstanden habe, genauso vorzüglich ist.« Und Hanna Gekle, Assistentin und Mitarbeiterin in Blochs Tübinger Zeit: »Wenn er irrte, dann aus einem immanenten Grund seiner Philosophie. Er wollte den Glauben an die sozialistische Revolution nicht aufgeben; und er wollte, eingeklemt von faschistischen Bewegungen in fast allen europäischen Ländern, nicht den letzten Ansatz einer Hoffnung aufgeben, daß das, was ihm als utopisches Reich möglich schien, noch nirgends wenigstens im Vorschein ansatzweise realisiert sein sollte. Das Unterpfand dieser Möglichkeit hatte er nun mal in die Oktoberrevolution und den nachfolgenden sozialistischen Aufbau gesetzt. [...] Die Enthüllungen des XX. Parteitags unter Chruschow 1956 trafen ihn grausam, nie schien die Last einer späten Rechtfertigung von ihm genommen.« An diesem politischen Irrtum trug Bloch schwer, wahrscheinlich auch deshalb, weil ihm das Politische so wichtig war.

Bereits im Alter von 13, 14 Jahren – als ihm der Begriff Philosophie noch unbekannt war – abonnierte Bloch den *vorwärts*, den er zu Hause, im konservativen Elternhaus, sorgsam verborgen mußte. Bloch hatte Kontakt zu sozialdemokratischen Redakteuren: »Die haben mir dann sämtliche Parteitagsprotokolle der Sozialdemokratischen Partei gegeben, mit den Reden von Bebel und Rosa Luxemburg, die ich auf diese Weise schon mit vierzehn, fünfzehn Jahren kennenlernte und die mir aus dem Herzen gesprochen haben.« Sozialismus verstand Bloch zeit seines Lebens als liberalen Sozialismus oder – heute würde man sagen – demokratischen Sozialismus, der die Rechte des einzelnen Menschen zu schützen und zu achten angetreten war.

In Blochs Philosophie hatte das tatkräftige Subjekt, das seinen Blick auf das Telos einer neuen Gesellschaftsordnung richtet, den Pri-

mat: Der Mensch und nicht eine irgendwie geartete anonyme gesellschaftliche oder politische Macht müsse die Weichen stellen für die Weiterentwicklung. Dies habe nach seiner Auffassung nicht vorsichtig zu geschehen, sondern mit Wucht. In den *Spuren*, einem Buch aus dem Jahre 1930, schreibt Bloch: »Kein Vorstoß ins ›Höhere«, auch der wirklich produktive nicht, geht ohne Selbstbehauptungen ab, die nicht oder noch nicht wahr sind. Auch der junge Musikant Beethoven, der plötzlich wußte oder behauptete, ein Genie zu sein, wie es noch kein größeres gab, trieb Hochstapelei skurrilsten Stils, als er sich Ludwig van Beethoven gleich fühlte, der er doch noch nicht war. Er gebrauchte diese durch nichts gedeckte Anmaßung, um Beethoven zu werden, wie denn ohne die Kühnheit, ja Frechheit solcher Vorwegnahmen nie etwas Großes zustande gekommen wäre.«

Mit dieser seiner Auffassung vom tatkräftigen Subjekt, das Geschichte und Gesellschaft umzuwälzen habe, mußte er mit der Parteibürokratie in Konflikt geraten, denn die Gestalt des Hochstaplers schätze er nicht nur theoretisch, sondern auch fürs eigene Leben. Beethoven gleich stieg er auf vom schlechten Schüler, mit einem Elternhaus, das ihm keine Bildung mit auf den Weg gab, zum bedeutenden Philosophen unseres Jahrhunderts. Bereits mit 26 Jahren, 1911, – noch kein Buch veröffentlicht – schrieb er an seinen Jugendfreund Georg Lukács, daß er jetzt daran ginge, den Ruhm seiner eigenen Philosophie sukzessive zu inszenieren. Das hat er geschafft, doch oft hat er sich überschätzt, wie bei dem langwierigen und für Blochs Berufung durchaus unsicheren Verfahren in Leipzig: Eine erste Anfrage des Dekans hielt er bereits für seine Berufung und stellte gleich Forderungen an die Universität.

Auch bei seinem Machtkampf mit der SED-Bürokratie hatte er sich überschätzt. Das geschah im Jahre 1956, dem Jahr des XX. Parteitags der KPDSE. Dieser Parteitag hatte Bloch – wie Hanna Gekle schrieb – aufgrund der Enthüllungen über Stalin zunächst schockiert. Dann aber hat er ihn auch gründlich mißverstanden. Bloch hatte nicht geglaubt, daß es sich hier nur um eine persönliche Abrechnung mit Stalin handelte, sondern er war der Auffassung, daß es nun darum gehen müsse, die Fehler im System zu beseitigen. So verstand er praktizierte Philosophie. Damit hatte der politisch oft naive Bloch sich aber verrechnet. 1956 hielt er mehrere Reden, deren zentrale Thesen waren folgende: Wenn Marx von der Abschaffung des Privateigentums gesprochen habe, habe er damit nicht gemeint, daß zugleich auch die Men-



Ernst Bloch, 1968

Foto: dpa

schenrechte wie »Freiheit, Widerstand des Volkes gegen Unterdrückung« aufgehoben werden sollten, »denn auch der Mensch, nicht nur seine Klasse hat, wie Brecht sagt, nicht gern den Stiefel im Gesicht«. Die Gefahr der Unterdrückung des einzelnen sah Bloch in der DDR gegeben, in der selbständiges Denken nach seiner Erfahrung »gegen den Anstand verstößt«. Walter Ulbricht selbst schaltete sich ein und verurteilte im Leitkommentar des NEUEN DEUTSCHLAND vom 30. Dezember 1956 die Blochsche Philosophie. 1961, nach dem Bau der Mauer, blieben die Blochs bei einem Besuch in der Bundesrepublik im Westen. Allenthalben machte sich hier eine gewisse Verlegenheit breit. Was sollte man mit einem Mann anfangen, der einerseits in den 30er Jahren auf der Seite Stalins gestanden hatte, andererseits aber die DDR kritisierte?

Unversehens wurde Bloch zum Mentor der Studentenbewegung. Hier hatte er große Wirkung. Seine Betonung des subjektiven Faktors im Gegensatz zu der im dogmatischen Marxismus präferierten ökonomischen Basis wurde von der Protestbewegung aufgenommen. Das tatkräftige Eingreifen zur Initiierung revolutionärer Prozesse wurde aber auch in der Wei-

se ernst genommen, daß man Bloch-Zitate paraphrasierte und sagte, daß der aufrechte Gang manchmal durch geschlossene Glastüren von Rektoraten führe. – 1977 starb Bloch in Tübingen. Er selbst machte bis zum letzten Tag seines Lebens sein Veto geltend gegen das, was der Hoffnung auf eine bessere menschliche Gesellschaft im Wege stand. Der hochbetagte Mann kämpfte noch gegen die Notstandsgesetze, gegen den § 218, gegen die Berufsverbote und gegen den Bau der Neutronenbombe.

Grundgedanke der Blochschen Philosophie

Blochs spezifische Auffassung von der Religion liegt seiner Philosophie zugrunde und umgekehrt: Der Grundgedanke seiner Philosophie bestimmt seine Bibelauslegung. Bringt man Blochs Grundgedanken auf eine Kurzformel, so muß man sagen: Jedes Subjekt hat potentielle Möglichkeiten in sich, die es zu verwirklichen trachtet. Erst wenn das Subjekt alle in ihm liegenden Möglichkeiten realisiert hat, ist es vollendet. Alle Möglichkeiten vollendet hat nur Gott.

Den Kerngedanken seiner Philosophie, der in all seinen Werken zu finden ist, hat er in einem Vortrag von 1961 unter dem Titel *Philosophische Grundfragen. Zur Ontologie des Noch-Nicht-Seins* veröffentlicht: Erleben wir als Menschen einen Mangel, so streben wir danach, diesen Mangel zu überwinden. Dies ist ein Wesenszug des Menschen, eine anthropologische Grundkonstante, denn der Mensch hofft, solange er lebt. – Ist die Welt auch mangelhaft, so hat sie doch die Tendenz in sich, diesen Mangel zu beseitigen. Blochs Hauptwerk *Das Prinzip Hoffnung*, von 1938 bis 1947 in der amerikanischen Emigration geschrieben, ist eine Analyse von Gegenständen und Begebenheiten, in oder an denen deutlich wird, daß überall die Sehnsucht nach einem besseren Leben das treibende Motiv ist. Bloch untersucht im *Prinzip Hoffnung* Gegenstände der Kunst – der bildenden Kunst, der Architektur, der Musik und der Dichtung. Er macht nicht halt vor Trivilliteratur, Kintopp, Kitsch, Jahrmärkten und Festen. Die Beschreibung verschiedenartigster Ausdrucksformen der Hoffnung auf unentfremdete soziale und politische Verhältnisse ist der Generalnenner seiner Werke.

Bloch stützte sich auf die Aristotelische Denkfigur des Zueinandergehörens von *dynamis* und *energeia*, *potentia* und *actus*, die zum Inhalt hat, daß alles, was ist und geworden ist, aus etwas wird, was vorher der Möglichkeit nach schon das war, was es jetzt der Wirklich-

keit nach ist. Jeder Stoff birgt schon der Möglichkeit nach das in sich, was er später der Wirklichkeit nach ist. Also eine durchaus eschatologische Sichtweise. In einem Marmorblock ist die Statue, die später aus ihm gemacht wird, der Möglichkeit nach enthalten, aber sie ist noch nicht wirklich. Erst der Mensch, der Bildhauer als Beweger bringt ihn vom Zustand der Möglichkeit in den Zustand der Wirklichkeit. Hinzu kommt beim Bildhauer die Idee von der zu fertigenden Statue. Er setzt mit dem Marmorblock das um, was er selbst im Kopf hat. Bloch interpretiert: »Michelangelo glaubte in einem Marmorblock die in ihm schlafenden Gestalten zu sehen; Aristoteles gibt zuweilen Anlaß, seine Möglichkeits-Materie nicht anders zu verstehen, eben als Ort der sich herausbildenden Gestaltformen im Zustand des erst Potentialen. Ja, dieses In-Möglichkeit-Sein der Materie enthält bei ihm sogar ein eigenes Vermögen ihrer, derart potentiell zu sein: es ist Trieb geformt zu werden, ihre Trieb-Disposition zu immer höheren Formen.« Allerdings gibt Bloch gleich Folgendes zu bedenken, daß die Materie nicht als Wachs aufzufassen sei, dem man alles Beliebige aufdrücken könne, sondern sie müsse für das geschaffen sein, was man mit ihr vorhat. Es kann sein, daß der Marmorblock nicht geeignet ist für die Umsetzung der Idee. Eine genaue Analyse der Wirklichkeit wird darum von Bloch angemahnt. Darauf komme ich später zurück.

Bloch und die Religion

Im Klima des expressionistischen Aktivismus entstand Blochs erstes Buch *Geist der Utopie*, (1918). In ihm finden wir den Gedanken, daß es darum gehe, »überall in allen Teilen und Sphären der Welt die Pforten Christi zu öffnen, das Ende der Geschichte zu entdecken, Gott zu rufen, wie er am Ende der Geschichte sein wird.« Und noch im *Prinzip Hoffnung* schrieb er, daß ihm der Marxismus nur ein Durchgangsstadium zu diesem Fernziel »Alles« sei. Marxismus sei nur »die erste Tür zu einem [...] Sein wie Utopie«. Auch in einem Gespräch mit Adorno im Jahre 1964 betonte Bloch, daß der Sozialismus die ökonomischen Probleme zu lösen habe, bevor der Messias kommen könne. Das Werk *Atheismus im Christentum*, das eine radikale Anthropologisierung der Religion enthält, ist das Produkt einer lebenslangen Auseinandersetzung mit der Religion. Dabei bildet sich Blochs Auffassung heraus, daß der Mensch zum Besseren, zum Vollkommenen, zum »Alles«, zur Gottgleichheit strebe. Der Mensch habe nur deshalb immer an Götter geglaubt, weil er stets

für sich eine Wunschvorstellung von der Vollkommenheit gehabt habe. Dies bedeute, daß der Mensch alle in ihm liegenden Möglichkeiten zu verwirklichen trachte.

Bloch hatte das Glück, ab Herbst 1941 das Haus des Theologieprofessors Cadbury in Cambridge/Massachusetts mit einer großen Bibliothek zur Verfügung zu haben. Es wurde der Familie während der Zeit eines längeren Afrikaaufenthalts von Cadbury zur Verfügung gestellt. Während dieser Zeit hat Bloch sich sehr intensiv mit der Religion beschäftigt, und hier entstand auch der wesentliche Teil des Buches *Atheismus im Christentum*, mit dem Untertitel *Zur Religion des Exodus und des Reichs*. Die Intention des gesamten Buchs paßt natürlich zum Grundgedanken von Blochs Werk, ja es ist die Konkretisierung in einer bestimmten Hinsicht. Exodus war für ihn die Bestätigung dessen, daß Menschen stets auf ein besseres Leben hofften. Das Volk Israel befreite sich aus dem Ägypten des »Ziegelschleppens« – wie Bloch bildhaft formuliert – und richtete seinen Blick auf das Land, in dem Milch und Honig fließt. Das gilt für Bloch, bezogen auf die Religion, noch grundsätzlicher: »Wo Hoffnung ist, ist auch Religion« ist das Motto von *Atheismus im Christentum*. Wenn Bloch sich mit Religion beschäftigte, so ist das – nach dem bisher Gesagten – gar nicht anders möglich als unter diesem Motto. Bloch betonte stets das tätige Subjekt, ohne das keine Veränderung geschehen könne. Dieser Zusammenhang ist bei der Exegese des Blochschen Werkes schon oft thematisiert worden.

Bloch mahnte die Realitätsprüfung an. Der Marmorblock, den man findet, kann für die Davidsgestalt nicht geeignet sein. In *Atheismus im Christentum* lesen wir folgende Passage: »Das war das Volk nun los, Ziegel zu schleppen. Aber Milch und Honig hat es im gelobten Land, dem sehr erkämpften, eben nicht geschleckt. [...] Die ägyptischen Vögte hatten nur den Namen gewechselt, sie saßen nun in den israelitischen Städten selbst, und auf den übernommenen Gütern. So kam dem Volk unter seiner eigenen neuen Oberschicht die große Enttäuschung. Mit dem Einrücken der israelitischen Beduinen in die formierte Arm-Reich-Schichtung Kanaans ging auch das alte einfache Leben des Stammes verloren. [...] Der Reichtum Weniger schaffte hier, wie überall und in allen Zeiten, das Elend Vieler, das Gemeineigentum verschwand, Privateigentum trat an seine Stelle, mit ihm die wohlbekanntesten Unterschiede zwischen Herr und Knecht.«

Einer Realanalyse, die zu diesen Ergebnissen führte, konnte Bloch in der Bibliothek

Cadburys nachgehen. Die von Bloch genannten Zustände führten zur Formulierung des Dekalogs. Der Dekalog selbst sollte die Freiheit, die mit dem Auszug aus Ägypten gewonnen war, garantieren und bewahren. Im Prolog heißt es, daß Jahwe das Volk aus dem Sklavenhaus Ägyptens herausgeführt habe. So wird interpretiert, daß sich der Dekalog auf die freiheitliche Gegenwart im Gegensatz zur Vergangenheit des »Sklavenhauses« richtet. Erst auf diesem Hintergrund sind die Gebote für den für sie bestimmten Adressatenkreis formulierbar. Die Adressaten sind Freie. »Der Dekalog gilt erwachsenen Männern, die rechts- und kultfähig sind. [...] Der Dekalog gilt also nicht [...] Sklaven; er gilt nicht Lohnarbeitern.« Leben in Freiheit ist die Voraussetzung für die Formulierung des Dekalogs. Vor dem Exodus hätte er nicht formuliert werden können, weil er keine Adressaten gehabt hätte, denn wie an den einzelnen Geboten abzulesen ist, haben die Adressaten Besitz und üben die freie Gerichtsbarkeit aus. Sicher gab es die Einzelgebote der Sache nach schon früher; sie sind aber nicht in einen Kontext gestellt worden.

Der Dekalog soll auch der Bewahrung der Freiheit des Volkes Israel dienen. Sozialhistorisch ist er demnach zu erklären als Reaktion auf die Krise, die Israel ein halbes Jahrtausend nach dem Exodus schüttelte. In Israel droht die starke soziale Spaltung zwischen arm und reich. Die Mächtigen planen, die Armen zu verkaufen, zu versklaven und sich ihren Besitz anzueignen. In einer solchen Situation entstand der Dekalog als Instrument zur Bewahrung der Freiheit. Menschen schaffen also immer wieder neue Instrumentarien, um die Hoffnung auf eine bessere Welt zu realisieren.

Das kann man auf die heutige Zeit beziehen, denn auch bei uns sind die Gründe zur Mutlosigkeit zahlreicher geworden. Bloch würde sagen, daß dann, wenn wir genau hinsähen, uns deutlich würde, daß wir immer noch von lauter Versuchsproduktionen des »Laboratorium possibilis Salutis« umgeben seien. Das *Experimentum mundi* sei keineswegs zum Stillstand gekommen. Wir hätten heute mehr Protest gegen das schlecht Gewordene zu beobachten als jemals zuvor. Der Protest bilde sich im Großen wie in den kleinsten menschlichen Gemeinschaften, in den Stadtteilen. Daraus entwickle sich auch alternative Praxis, die beispielgebend sein könne. Dies würde Bloch eher als ein ermutigendes Signal auffassen – nach dem oft von ihm zitierten Motto aus Hölderlins *Patmos*: »Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.«

Der Kult des Körpers

Retrospektive Robert Mapplethorpe in der Staatsgalerie Stuttgart

Vor zwanzig Jahren, 1977 auf der DOCUMENTA 6 in Kassel, stellte der damals 30-jährige Photograph zum ersten Mal in Europa aus. Das »Medienkonzept« dieser weltgrößten Kunstausstellung versuchte in Abgrenzung zur DOCUMENTA 5 dem Anspruch von Kunst und Gesellschaft gleichermaßen gerecht zu werden. Dementsprechend wurde erstmals auf breiter öffentlicher Basis der Kunstcharakter von Film, Photographie und Video diskutiert – ein Prozeß, der bis heute anhält. In dessen Verlauf sich aber traditionelle Vorstellungen grundlegend gewandelt haben und insbesondere das technische Bild, also auch die Photographie, eine Neubewertung erfahren hat. Das ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil gerade die technisch hergestellte Photographie lange als Nichtkunst galt und ihr die ein Kunstwerk konstituierende Aura abgesprochen wurde. Sichtbarer Ausdruck dieses gewandelten Verständnisses sind die großen Photoausstellungen der letzten Jahre, die sich sowohl mit der Geschichte des Mediums als auch mit der Präsentation einzelner Photographen befassen. Aber dieser nicht zu übersehende Trend und das Interesse von Publikum und Experten sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß zwar Kunsthallen, Kunstvereine, Galerien, Biennalen und natürlich alle fünf Jahre die DOCUMENTA sich der Photographie zugewandt und so zu ihrer Akzeptanz beigetragen haben, daß aber andererseits die großen und wichtigen Museen für moderne Kunst sich eher zögerlich verhalten und Photoausstellungen hier vergleichsweise selten zu finden sind. Allgemeine Akzeptanz und die nach wie vor durch Museumspräsentation verliehene Kunstwürdigkeit sind (noch) nicht deckungsgleich.

Ein spektakuläres Beispiel hierfür lieferte Mapplethorpe noch posthum selbst – ein Skandal, der die amerikanische Kunstszene schwer erschütterte und auch in Europa diskutiert wurde. 1988, der Künstler ist schon schwer von Aids gezeichnet, richtet ihm das *New Yorker Whitney Museum of American Art* die erste Retrospektive in den USA aus. Eine wenig später organisierte Wanderausstellung nehmen konservative Kreise unter dem plebiszitären Deckmantel des Pornographie-Vorwurfs zum willkommenen Anlaß, das Einschreiten des Staates, Mittelkürzungen und Überwachung der Museen zu fordern, sprich die Freiheit der Kunst anzugreifen. In voraussetzendem Gehor-

sam annulliert die *Corcoran Gallery* in Washington daraufhin die Übernahme der Ausstellung. Dies löst, womit wohl am wenigsten die selbsternannten Tugendwächter gerechnet hatten, eine breite öffentliche Protestwelle aus. Sammler ziehen ihre Leihgaben zurück, die Museumsdirektorin stellt ihren Posten zur Verfügung, die Tournee wird ein Riesenerfolg und Mapplethorpe zum Star. Erlebt hat er diesen Skandal, der an den Grundfesten der amerikanischen Demokratie rüttelte, nicht mehr: im März 1989 ist er mit 42 Jahren gestorben. Sicher, es waren natürlich auch die Person und ihr provokantes Werk sowie das geistige Klima jener Jahre, die den Vorstoß rechter Klientel begünstigten. Aber alle diese Arbeiten waren früher schon ohne Beanstandung ausgestellt worden, und so ging es letztlich wohl auch um die Anerkennung des Kunstcharakters der Photographie durch muscale Weihen, die mit allen Mitteln verhindert werden sollte.

Mapplethorpe in Stuttgart. Die Hauptstadt Baden-Württembergs als »Partner der Welt« sei reif für den Künstler, hat Christian von Holst, Direktor der Staatsgalerie, gesagt. Aber tatsächlich drohte dem Projekt wegen einschneidender Mittelkürzungen noch im April die ersatzlose Streichung, die nur dank des finanziellen Einsatzes des Galerievereins in letzter Minute abgewendet werden konnte.

1988 gründet der Künstler die gemeinnützige »Robert Mapplethorpe Foundation«, die Spenden für die Aids-Hilfe sammelt sowie Photo-Projekte fördert und auch die Wanderausstellung zusammengestellt hat, die seit 1992 in 16 Städten in Europa, Asien, Australien und Südamerika zu sehen war, unter anderem bereits vor fünf Jahren in Deutschland und zwar im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe. Den Intentionen der Organisation entsprechend wird die Ausstellung in Stuttgart mit großer Resonanz von einem gemeinsam mit der Aids-Hilfe organisierten Programm begleitet – ungewohntes fremdes Terrain für ein Museum, das nicht zuletzt eine Öffnung für neue Besucherschichten bedeutet, verbunden mit der Diskussion eines gesellschaftspolitisch so wichtigen Themas.

Wohl kein künstlerisches Werk ist bis heute so stark mit Klischees und dem Ruch des Obszönen behaftet wie das von Mapplethorpe. Das Szenario ist bekannt: Hippie- und Bürgerrechtsbewegung, Vietnam und Flower-Power, sexuelle

Liberalisierung, Drogen, Homosexualität. »Sex auf die Schnelle war nie etwas für mich. Ich habe höchstens mit tausend Männern geschlafen.« Mit solchen Aussagen bediente Mapplethorpe das Klischee ebenso wie mit seinen Sadomaso-Exzessen, die er kunst- und lustvoll zelebrierte. *S/M* war *in*, wurde zur Mode der New Yorker Subkultur und erfaßte die amerikanische Konsumgesellschaft – alles ließ sich unter diesem Markenzeichen verkaufen. Die Faszination des Schreckens, die untrennbar mit der Schönheit der Bilder verbunden ist, ja diese erst zu konstituieren scheint, ringt Mapplethorpe seinen Modellen nur unter oft äußerster Demütigung ab. Scharen von ihnen, die sein Studio-Loft in der Bond Street bevölkern, verschleißt er und beraubt sie im Bild ihrer sozialen Identität.

»I want to see something I've never seen before«, beschreibt ein Wollen, entschuldigt nichts. Diese Ambivalenz eines zugleich distanzierenden und teilnehmenden Subjekts schafft jene merkwürdige Anziehungskraft, die auch heute noch wie ein nur schwer entziehbarer Sog wirkt. Und Mapplethorpe nimmt die eigene Person nicht aus: das *Selbstportrait* von 1980, en face mit nacktem Oberkörper, spiegelt Verletzlichkeit, Demütigung, Verzweiflung, Selbstbewußtsein und Lust am Anderssein im Blick einer geschminkten Tunte. Der Photograph betrieb die Offenlegung des leidenschaftlichen Außenseitertums bis in die intimsten Bereiche mit kompromißloser Radikalität. Damit hat er auch den heute nach dem Wegfall sozialer Diskriminierung geführten Streit, ob diese Außen-

Robert Mapplethorpe: Ken Moody + Robert Sherman, 1984

Foto: The Estate of Robert Mapplethorpe/Staatsgalerie Stuttgart



seiterposition der Homosexuellen nur durch das Tabu bedingt war, und deshalb schwule Kultur durch Assimilierung allmählich verschwinden wird, oder ob sie in der Struktur schwuler Sexualität selbst begründet ist, auf seine Weise eindeutig beantwortet. Mit dem provokanten Beharren auf dem »Ganz-Anders-Sein« gegen das Aufgehen in der Mainstream-Kultur ist Mapplethorpes Œuvre sicher auch gerade im Blick auf die angesprochenen kontroversen Diskussionen immer noch aktuell.

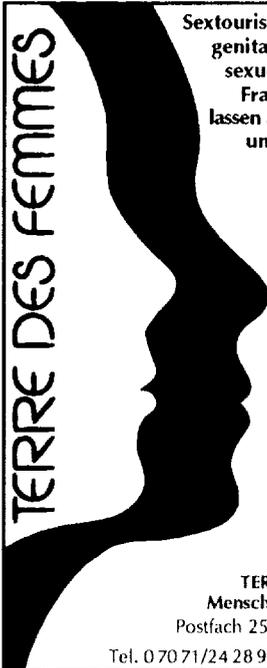
1946 in Queens geboren und katholisch erzogen, zeichnet der Schüler kubistische Madonnen. Er studiert auf Wunsch des Vaters zunächst Werbedesign und später bildende Kunst am Pratt Institute in Brooklyn. Erste Material-Collagen entstehen. Die Freundschaft mit der Dichterin und Sängerin Patti Smith – beide lebten ein Jahr zusammen im legendären Chelsea-Hotel in Manhattan – überdauerte die Liebesbeziehung. Mapplethorpe entwarf ihre Plattencover und hat sie viele Male photographiert. Sein Freund John McKendry, Kurator am Metropolitan, schenkt ihm 1971 eine Polaroid-Kamera. Aber entscheidend für die Hinwendung zur Photographie war die Begegnung mit dem einflußreichen Kunsthistoriker und Sammler Sam Wagstaff, der sein Geliebter und Mäzen wird. Im Jahr der DOCUMENTA-Beteiligung 1977 ist Mapplethorpe bereits der Starphotograph der New Yorker Kunstszene – nicht nur wegen seiner spektakulären Sadomaso- und Akt-Darstellungen sondern auch der Porträtaufnahmen und Blumenstillen. Annähernd gleichwertig bestimmen diese drei Themen das Werk und auch die Retrospektive in Stuttgart, die Werke und Techniken aus allen Schaffensphasen zeigt, von den frühen Collagen und Polaroids, bis zu den großformatigen Silbergelatincabzügen, den Photogravuren und Platindrucken auf Leinen oder Papier.

Eigentlich ist es paradox, daß gerade das Werk von Mapplethorpe und hier insbesondere seine Aktaufnahmen entscheidend zur eingangs beschriebenen Neubewertung der Photographie, zur Anerkennung ihres Kunstcharakters beigetragen haben. Wohl bei keinem anderen Photographen ist der Wille zur Kunst so stark und bedingungslos ausgeprägt wie bei ihm. Den Status der Einmaligkeit, der Authentizität bei einem apparativ hergestellten und reproduzierbaren Bild, das trotzdem als Photographie erkennbar bleibt, herzustellen oder doch zumindest zu suggerieren, war eines der zentralen Anliegen des Künstlers. Dabei ging es ihm aber nicht nur um Einmaligkeit, sondern um den Anspruch der Allgemeingültigkeit. Die Suche nach der perfekten Form, nach Klassizität und monumentaler Wirkung führt ihn zu den Großen der Kunstge-

schichte. Antike Skulptur, Michelangelo, Rodin liefern Anregungen oder werden bis zu wiedererkennbaren Posen nachvollzogen. Die bronzenen oder marmornen Skulpturen sind die Vorbilder für den Körperkult, den Mapplethorpe mit den lebenden Modellen treibt. Die Oberfläche des Menschen, die Haut, durch Schminke aus Graphit und Öl makellos und glatt, wird mittels Photographie auf die Skulptur übertragen. Ein Verfahren, das den Idol-Charakter und die Sakralisierung des Körpers noch steigert. In den 80er Jahren führt dieser Kunstanspruch allerdings zunehmend zu statisch erstarrten Pathosformeln und blutleerer Klassizismus.

Daß die Anleihen bei der Kunstgeschichte aber auch zu überzeugenden Ergebnissen führen konnten und zudem noch weiterwirkten, beweist als Beispiel, das hier am Schluß stehen soll, das wunderbare Portrait von Patti Smith, deren Handhaltung mit unachalmlischer Grazie und Anmut (das berühmte *Selbstbildnis im Pelzrock* von Albrecht Dürer zitiert. 1989 hat die amerikanische Fotokünstlerin Cindy Sherman in einem ihrer zum Zyklus der *History Portraits* zählenden Photoinszenierungen diese Pose wiederholt. Vielleicht eine Hommage an den toten Robert Mapplethorpe.

Staatgalerie Stuttgart, bis 7.9.1997. Der *erzögliche Katalog in englischer Sprache (Hrsg. Germano Celant)* kostet im Museum DM 68,-



**Sextourismus, Frauenhandel
genitale Verstümmelung,
sexueller Mißbrauch an
Frauen und Mädchen,
lassen an der Anteilbarkeit
und Universalität der
Menschenrechte
zweifeln.**

**Frauen werden
weltweit in ihren
Menschenrechten
verletzt.**

**Wir setzen uns
für sie ein.**

**Unterstützen Sie
uns durch Ihre
Mitarbeit, Spende
oder Förder-
mitgliedschaft.**

KSK Tübingen
Kto.-Nr. 881 999,
BLZ 641 50020

Nähere Infos bei:
TERRE DES FEMMES e.V.
Menschenrechte für die Frau
Postfach 25 65, 72 01 5 Tübingen
Tel. 0 70 71/24 28 9, Fax 0 70 71/55 03 52

Kritik

PATRICK HORST

Liebelei

Auch berühmte Paare verstehen sich nicht

Die Liebe – immer und ewiglich das gleiche Spiel? Es scheint so. Ob Germaine de Staël und Benjamin Constant, Adele Sandrock und Arthur Schnitzler, Zelda und F. Scott Fitzgerald, Hannah Arendt und Heinrich Blücher, Simone des Beauvoir und Jean-Paul Sartre, Marilyn Monroe und Arthur Miller, Mia Farrow und Woody Allen: Es gibt Dinge, die wiederholen sich einfach immer wieder. Im individuellen Schicksal wie in der Menschheitsgeschichte. (Es gibt auch Dinge, die wiederholen sich nicht. Doch die sind lange nicht so interessant.)

Das Schweigen der Männer steht am Ende jeder alten und am Anfang einer neuen Beziehung. Als Benjamin Constant im Herbst 1794 auf Madame de Staël trifft, ist seine Ehe mit Wilhelmine von Cramm hoffnungslos zerrüttet: »Da ich mich nicht in Erklärungen einlassen kann, die über meine Kräfte gehen, schweige ich und entferne mich«, schüttet er Madame de Charrière sein Herz aus. Es soll nicht lange dauern, und es geht ihm mit der so viel geistreicheren Madame de Staël genauso. Vor allem die wortgewaltigen Dichter scheinen im realen Leben die größten Schweiger zu sein: Benjamin Constant, Arthur Schnitzler, F. Scott Fitzgerald und Arthur Miller werden uns alle als schüchtern, arrogant und eitel beschrieben. Hochmut schweigt.

Die Verzweiflung der Frauen: Das Schweigen der Männer treibt auch noch so vornehme Frauen zur »Raserei«. Constant hat unter den »wilden Wutanfällen« der Madame des Staël gelitten, und er sagt 1804: »Ich bin dieses Mannweibs müde, das mich mit eiserner Faust seit zehn Jahren knechtet.« Auch in der Ehe des Fitzgeralds, des »Traumpaares des Jazz-Zeitalters«, fliegen die Tassen – jedenfalls solange die Beziehung noch nicht tot ist. Auf die Raserei folgt nicht selten die ohnmächtige Verzweiflung. Auch Frauen können dann in tiefem Schweigen versinken. Der Wahnsinn schleicht sich ins Gemüt. Madame de Staël stirbt 51jährig, vom Opium zermürbt. Zelda Fitzgerald erreicht die Fünfzig nicht und stirbt 1948, nachdem sie über anderthalb Jahrzehnte zwischen Nervenheilstätten und Elternhaus hin und her pendelte. Und Marilyn Monroe geht 36jährig an einer Überdosis Schlaftabletten zugrunde.

Die abgöttische Verehrung und Verachtung der Frau durch den Mann: Marilyn Monroe ist, jedenfalls für die Männer, nicht von dieser Welt. Als die Monroe im Juli 1956 frischverheiratet in London eintrifft, sind die Journalisten außer sich: »Eine Göttin, die aus dem kalten Meer dieser Inseln aufgetaucht war.« Für Arthur Miller ist sie schon zu diesem Zeitpunkt nur noch eine unberechenbare, hilflose Kindfrau, die er bemitleidet. Und für Marilyn zerbricht erneut eine Beziehung, auch wenn sie formal noch fünf Jahre weiter besteht, bereits in den Flitterwochen. Zwei Jahre zuvor hat sie Zehntausende amerikanischer GIs in Korea und damit zugleich ihren eifersüchtigen Ehemann Joe DiMaggio »verrückt gemacht.«

Ein Egghead liebt ein Stundenglas, ein Kopf einen Körper. Das kann nicht gutgehen. Arthur Miller hätte Arthur Schnitzler, der sich im Wiener Fin de Siècle in die »göttliche Diva« Adele Sandrock verliebt hat, um Rat fragen sollen. So sehr Schnitzler vom Sex-Appeal der Sandrock auf der Bühne fasziniert ist, als er ihr noch hinterherjagt, so sehr stößt ihn ihre Körperlichkeit ab, nachdem er sie einmal erobert hat. Er beklagt sich über ihre »Gewohnheitsküsse«. Und »was sie intellektuell bringt, ist nicht viel mehr als Phrasen«, notiert der Dichter in sein Tagebuch. Gähnend langweilig empfindet Schnitzler die Konversation mit seiner Geliebten. Er schläft oft auf dem Sofa der Sandrock ein, die das, siehe oben, rasend macht.

Näher als das historische Vorbild aus dem fernen Österreich hätte für Arthur Miller das Schicksal der Fitzgeralds gelegen. Auch sie »ein Traumpaar«: er, der vielversprechende Schriftsteller, und sie, das schöne »Southern Girl«. Zelda gerät ihrem Mann zur Romanvorlage. In ihr erfindet er den neuen Frauentypus der zwanziger Jahre: den »flapper«. Schon bald wird sie in seinen Augen der Vorlage nicht mehr gerecht. Der »flapper« wird zum Ausstellungsstück – unter der »Glasglocke«. Marilyn Monroes und Sylvia Plaths Leben folgen auf ihre je eigene Art der vorgezeichneten Bahn.

Die Bewunderung des Mannes durch die Frau, unter Umständen lebenslang: Die öffentlich zur Göttin stilisierten Frauen ringen in der privaten Beziehung zum Mann verzweifelt um ihre Anerkennung. Die ihnen aber regelmäßig



The Brain and the Body: Marilyn Monroe und Arthur Miller

Foto: dpa

verweigert wird. Marilyn Monroe möchte den großen Dramatiker Miller beeindruckten. Sie liest Gedichte von Frost, Whitman und E.E. Cummings. Miller betrachtet ihre Bemühungen ergriffen: »In ihren Augen lag Besorgnis, als sie anfang zu lesen, der Blick einer Schülerin, die fürchtet, bloßgestellt zu werden, aber plötzlich lachte sie völlig unbefangen.«

Nicht weniger väterlich wacht E. Scott Fitzgerald über die schriftstellerischen Bemühungen seiner Frau. Die meisten ihrer Kurzgeschichten erscheinen unter beider oder auch nur seinem Namen. Ihren ersten und einzigen Roman *Save Me The Waltz* veröffentlicht Zelda erst nach seiner gründlichen Überarbeitung. Sie hat das als Demütigung erfahren und betont ihrem Mann gegenüber, daß sie »einzig ästhetische Gründe« dazu bewegen haben, seine Änderungen zu akzeptieren. Trotz allem bewundert sie Scott, der in den letzten Jahren ihrer Ehe mit anderen Frauen zusammenlebte, auch noch über dessen Tod hinaus. Rückhaltlos. Besuchern gesteht die gebrochene Zelda, wie sehr sie den Mann ihres Lebens vermißt.

Auch Frauen, die größeren literarischen Ruhm erworben haben als Zelda Fitzgerald, haben sich ihrem Geliebten bereitwillig unterworfen. Madame de Staël, die sich vor Benjamin

Constant keineswegs zu verstecken braucht, erkennt ihn umstandslos als das größere literarische Genie an. Hannah Arendt sagt, daß der Ruhm für ihr epochales Werk *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* eigentlich ihrem Mann Heinrich Blücher gebühre, obwohl der zeitlebens nicht mit einer einzigen Veröffentlichung aufwarten kann. Und Simone de Beauvoir macht es sich zur Lebensaufgabe, den unantastbaren philosophischen Rang Sartres abzusichern. Sartres philosophisches Hauptwerk *Das Sein und das Nichts* ist wahrscheinlich das Produkt ihrer Ideen.

Die Ausbeutung der Frau durch den Mann hat viele Facetten: Fitzgerald ist am weitesten gegangen im hemmungslosen Zugriff auf die Ideen seiner Frau. Für seine Romane sind ihm die Einfälle, Briefe und Tagebücher von Zelda unerschöpfliche Quellen. Er betrachtet sie schlicht als sein geistiges Eigentum. Zelda weiß darum. Sie erfindet den Einzeiler: »Plagiarism begins at home.« Es muß nicht immer dort aufhören, wo es bei den Fitzgeralds endet: In Scotts letztem vollendeten Roman *Tender Is The Night* wird Zelda zum psychiatrischen Fall. Sartres und de Beauvoirs Beziehung ist komplizierter gewesen. Sicher hat er von ihr profitiert, aber genauso sicher sie auch von ihm. In den

Beziehungen der Schriftsteller und Regisseure zu den Schauspielerinnen ist der Profit wieder ganz einseitig verteilt. Adele Sandrock verhilft Arthur Schnitzler zum künstlerischen Durchbruch und bietet ihm Stoff für neue Stücke. Letzteres gilt auch für Marilyn Monroe und Arthur Miller. Und Woddy Allen festigt seinen Ruhm als Starregisseur nicht zuletzt dank seiner Hauptdarstellerin Mia Farrow.

Die Privatgelehrten und großen Dichter, so scheint es, können sich zumeist nur deshalb über Wasser halten, weil sie zu Hause eine Frau haben, die ihnen den Lebensunterhalt sichert. Benjamin Constant läßt sich über ein Jahrzehnt von Madame de Staël aushalten und weigert sich nach dem Ende ihrer Beziehung, es ihr zurückzuzahlen. Arthur Miller lebt in seiner ersten Ehe, solange er noch erfolglos ist, vom Geld seiner Frau. Nach 15 Jahren Ehe, in der sie ihm auch die beiden Kinder großzieht, verläßt Miller sie als gemachter Mann, um sein Glück bei der Monroe zu suchen.

Emanzipation und »freie Liebe«: Am eindeutigsten zeigt sich die Ausbeutung der Frau durch den Mann, wer wüßte dies nicht, auf dem Gebiet der Sexualität. Alle hier genannten Männer sind ohne Ausnahme »Seitenspringer« gewesen – der gewissenloseste unter ihnen Woody Allen, der sich die Adoptivtochter seiner Frau aussucht und von ihr auch noch pornographische Photos macht, die er in der Wohnung offen herumliegen läßt. (Für die Zweifler, die daran nicht glauben mögen: Das ist sogar gerichtsfest. Auch einige der Heldinnen, allen voran Madame de Staël, Adele Sandrock und Marilyn Monroe, sind keine Keuschheitsengel gewesen. Sie haben allerdings, wollen sie erfolgreich sein, kaum eine andere Wahl. Und es hat ihnen, anders als die Legende wissen will, auch keinen Spaß gemacht. Benjamin Constant hat dies zu spüren bekommen. Madame de Staël verhehlt nicht, wie sehr sie sich vor dem »ungemein häßlichen« Constant physisch eckelt.

Es sind ausgerechnet die prominenten Vorbilder der Frauenemanzipation – die sich allerdings selbst nicht als Feministinnen betrachtet haben –, die die »freie Liebe« propagieren. Madame de Staël ist die erste. Simone de Beauvoir folgt ihr und will zeitlebens nicht wahrhaben, daß ihr berühmter »Pakt« mit Sartre vor allem auf ihre und der »Nebenfrauen« Kosten geht. Sie wird zur Komplizin Sartres und führt ihm aus der Schar ihrer blutjungen Verehrerinnen immer neue Gespielinnen zu. Und auch eine so standfest wirkende Frau wie Hannah Arendt verliert in der Liebe ihren Halt und baut sich wackelige philosophische Gedankengerüste. In ihre Denktagebücher schreibt sie: »Untreue im

gewöhnlichen Verstande« sei nur eine »gleichsam unschuldige Untreue«. Das »große Verbrechen der Untreue« bestehe allein im »Vergessen«, weil es »das Wahrgewesene mordet«.

Die Frauen auf der Suche nach dem Vater: »Every baby needs a da-da-daddy«, singt Marilyn Monroe am Anfang ihrer Karriere. Sie verkündet damit nicht nur ihr ganz persönliches Programm – alle ihre Liebhaber spricht sie immer mal wieder mit Daddy an –, sondern das seit Urzeiten für Frauen gültige Programm der Liebe. Schon Madame de Staël hat all ihre Liebhaber mit ihrem vergötterten Vater verglichen. Und keiner kann ihm das Wasser reichen. Unter allen Männern der Welt sei ihr Vater derjenige, den sie sich »als Liebhaber gewünscht hätte«.

Auch all die anderen berühmten Frauen haben ihre je eigene Art der Ge-Fallsucht als kleine Töchter im Umgang mit ihrem Vater eingeübt. Die jüngste in der langen Reihe der Vater-Töchter ist die Schauspielerin Mia Farrow. Ihren als Drehbuchautor und im Leben gescheiterten Vater macht sie in ihren Erinnerungen zum großen Helden. Er, der sie, kaum zehnjährig und gerade von der Kinderlähmung genesen, wegen einer Nichtigkeit »durch das ganze Zimmer prügelte« hat für sie »ein unwurfendes Temperament«. Dem Schoß des Vaters entsprungen, heiratet sie mit 21 Jahren den um 30 Jahre älteren Frank Sinatra, der ein kaum weniger unwurfendes Temperament als ihr Vater oder später Woody Allen hat. Ihren Lebenshalt sucht die erfolgreiche Schauspielerin in ihren 14 Kindern. Vater wieder gesucht?

Die Männer auf der Suche nach der Mutter: Und was suchen die Männer in der Liebe? Die Mutter, wen sonst? Arthur Schnitzler hat seine Affäre mit der Sandrock längst hinter sich, da lebt er immer noch bei ihr. Erst mit über 40 Jahren, anläßlich seiner ersten Heirat, zieht er bei der ihm bedingungslos ergebenden Mutter aus. Bis dahin verbringt er die Sonntagnachmittage klavierspielend und in wortloser Kommunikation vereinigt bei ihr. Die Sandrock klagt, daß sich ihr Geliebter nicht öffentlich mit ihr zeige und nachts heimlich zu ihr schleiche. In ihrem Drama *Vergeltung* tritt Schnitzlers Mutter in der Gestalt der Gräfin Liebenau als ihre Todfeindin auf: Sie will ihren schwachen Sohn aus den Armen der Diva retten, indem sie ihn mit der Tochter eines reichen Hausbesitzers verheiratet.

Marilyn Monroe hat in ihrer Ehe mit Arthur Miller immer wieder versucht, ihm eine aufopferungsvolle Ehefrau zu sein. Sie sehnt sich danach, seine Hemden zu waschen und zu bügeln. Von ihrer Schwiegermutter läßt sie sich beibringen, wie man Fisch, Knödel und Borscht

zubereitet. Für den Schwiegerpapa trägt sie einen unauffälligen grauen Rock, eine hochgeschlossene schwarze Bluse und ein Kopftuch. Doch auf die Dauer gelingt es ihr nicht, den Erwartungen – waren es ihre oder die Arthur Millers? – gerecht zu werden. Die Ehe zerbricht, und Miller heiratet eine andere, mit der er seit mehr als 30 Jahren zurückgezogen auf dem Lande lebt. Kann das etwa jemand *nicht* verstehen?!

Mia Farrow: Dauer hat, was vergeht. Erinnerungen, Gustav Lübbe, Bergisch Gladbach 1997, 416 S. mit Abb., DM 42,-

Günter Barudio: Madame de Staël und Benjamin Constant, Rowohlt, Berlin 1996, 175 S. mit Abb., DM 34,-

Friedrich Rothe: Arthur Schnitzler und Adele Sandrock, Rowohlt, Berlin 1997, 153 S. mit Abb., DM 32,-

Kyra Stromberg: Zelda und F. Scott Fitzgerald, Rowohlt, Berlin 1997, 191 S. mit Abb., DM 34,-

Christa Maerker: Marilyn Monroe und Arthur Miller, Rowohlt, Berlin 1997, 186 S. mit Abb., DM 34,-

Simone de Beauvoir: Briefe an Sartre. Bd. I: 1930-1939. Bd. II: 1940-1963, hrsg. v. Sylvie Le Bon, Rowohlt, Berlin 1997, 521 u. 591 S., je Band DM 58,-

Hannah Arendt/Heinrich Blücher: Briefe 1936-1968, Piper, München 1996, 597 S., DM 49,80

JOSEF-THOMAS GÖLLER

Nekrophiles Argentinien

Das Leben der Heiligen Evita
in drei Bänden

Für die »Hemdlosen« Argentiniers, für die Wellblechhütten-Besitzer Südamerikas, sogar für die hungernden Europäer nach Fünf- und vierzig war sie schon zu Lebzeiten eine Heilige. Ab dem 26. Juli 1952, ihrem Todestag, hat Evita Perón »Unsterblichkeit erlangt«, wie der Radiosprecher in Buenos Aires verkündete.

Evita – wieviel billiger Kitsch, wieviel Tango-Schmalz, Propaganda-Lüge, skrupellose Vermarktung und massenhysterische Verblöding rankt sich um dieses Plättchen aus der Gosse? Vor allem der Totenkult – eine amerikanische Spezialität, wie die auf Evita folgen-

den »Märtyrer« Marilyn Monroe, JFK und Che Guevara belegen – um diese Mischung aus Maria Magdalena und Jeanne d'Arc entrückte sie zur Schutzpatronin aller Armen, Waisenkinder und Bedürftigen. Zurecht, entspricht ihr Lebensweg doch dem vieler katholischer Heiliger, bis hin zum märtyrerähnlichen Krebsstod mit 33 Jahren; Jesus starb am Kreuz im gleichen Alter!

Wozu sich der Vatikan noch nicht entschließen konnte, das haben die Ärmsten der Armen am Silberfluß gemeinsam mit intellektuellen Romantikern längst vollzogen: *Santa Evita*. Logischerweise hat der argentinische Schriftsteller und Journalist Tomás Eloy Martínez deshalb seinen biographischen Roman über diese erste Totenkultfigur Amerikas genau so betitelt.

Schonungslos portraitiert er in knappen, sezierenden Sätzen Aufstieg, Wirkung und Ende der einstigen Schönheit: »Bis vor wenigen Monaten war sie Episodendarstellerin in Hörspielreihen gewesen, die keinen interessierte, eine lächerliche Figur, die um Fotos in Zeitschriften buhlte. Und über Nacht war sie auf einmal eine mit dem ersten Oberst der Republik verheiratete Dame. ... Beachten Sie diese angstverzerrten Lippen, den frostigen, mißtrauischen Blick, die vulgäre Pose des ganzen Körpers.«

In kafkaesker und surrealer Manier mischt Martínez ständig Tatsachen und Gerüchte seiner journalistischen Recherche über Evita mit eigener, hinzugefügter Fiktion. Er verknüpft Wahrheit und Erfindung in einer Weise, wie sie typisch geworden ist für den lateinamerikanischen Erzählstil dieses Jahrhunderts. Als säße er mit den Lesern kurz vor Mitternacht in einer verrauchten Taverne, läßt der Autor zudem sein Publikum an der Entstehungsgeschichte seines Romans teilhaben, indem er seine Recherche erzählt – die ist schon spannend genug. Dazwischen die von ihm gesammelten Niederträchtigkeiten, berichtet von »vertraulichen Quellen«, wie Martínez seine wichtig-tuerischen Zeitzeugen nennt: »Trotz ihrer schwindelerregenden Aktivitäten«, so berichtet etwa einer, der es wissen will, »hörte die Verstorbene nie auf, ihren Mann zu befriedigen, bis ihr die Kräfte schwanden.«

Das genaue Gegenteil zu diesem intimen Punkt behauptet die ebenfalls argentinische Journalistin Alicia Dujovne Ortiz in ihrer Sachbiographie Evita Perón. Auch sie hat – leider nur im spanischen Original nachweisbar – bis ins Detail über Evita recherchiert, sich aber ebenfalls öfters auf unseriöse Quellen gestützt. Wer wohl recht hat?

Der *Evita*-Roman jedenfalls ist unterhaltsam zu lesen, teils wegen der literarisch anspruchsvollen, unterschiedlichen Erzählebenen, teils aufgrund der kuriosen Schauplätze wie Sankt Pauli, Bad Godesberg und das Altmühlal, wo Evitas einbalsamierter Leichnam umherirrt. Nekrophilie pur!

Alicia Dujovnes Sachbuch ist politischer, trockener aber auch beträchtlich informativer. Jenen, die sich zudem einen sinnlich erfahrbaren Zugang zu Evita eröffnen möchten, sei der kürzlich erschienene Bildband mit 200 teils erstmals veröffentlichten Abbildungen empfohlen, der den Mythos Evita betrachtend und bedrückend lebendig macht: »Es ist zwanzig Uhr fünfundzwanzig«, schnarrt es aus dem Radio in Buenos Aires, »die Zeit, in der Evita Perón Unsterblichkeit erlangte!«

Tomás Eloy Martínez: *Santa Evita. Roman.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1997, 430 S., DM 48,-

Evita – Bilder eines Lebens. Verlag Rütten & Loening, Berlin 1997, 200 Fotos, Broschur, DM 39,90

Alicia Dujovne Ortíz: *Evita Perón – die Biographie.* Aufbau-Verlag, Berlin 1996, 433 S., DM 49,90

MARGARITA MATHIOPOULOS

Markt und soziale Bewußtlosigkeit

Ulrich Heyders Plädoyer für eine Gesellschaftsreform

Der Staat zieht sich zurück: einerseits, indem er öffentliche Aufgaben privatisiert, was die Bürger durchaus befürworten, andererseits, indem er sich von – meist kulturellen und liebgewonnenen – Institutionen trennt, was gemeinhin auf Kritik stößt. Von der Notwendigkeit, den Staat zu begrenzen, reden heute fast alle. Nur wenige scheinen dabei jedoch zu erkennen, daß wir dann die Gesellschaft in ihren Strukturen weiter entwickeln müssen. Den Wohlfahrtsstaat glaubten wir zu benötigen, weil die Gesellschaft Probleme erzeugte, die sie aus dem Markt heraus nicht lösen wollte und konnte. Der Staat übernahm die Verantwortung für die sozialen und ökologischen Fragen, schließ-

lich auch für die Sicherung des Wirtschaftswachstums. Wollen wir ihn in seinen kompensatorischen Funktionen für das Funktionieren der Marktgesellschaft nicht mehr, wird es zwingend, die unverzichtbaren Leistungen aus den gesellschaftlichen Lebensformen selbst zu erbringen. Das bedingt aber eine radikale Reform von den Grundannahmen des Zusammenlebens her.

Mit diesen Zeitproblemen konfrontiert uns ein Buch, daß *Reformperspektiven für die Industriegesellschaft* verspricht. Ulrich Heyders Gedanken zum Standort Deutschland sind auch gerade deshalb interessant und brandaktuell, weil sie neben den wirtschaftlichen die sozialen Aspekte und damit den Zustand und die Anforderungen an die Gesellschaft in den Vordergrund stellen. Die Thesen des Autors dokumentieren damit die deutsche Anspruchs-Mentalität – einen nicht zu vernachlässigenden Faktor des Standortes. Verschlingung des Staates erzwingt eine gesellschaftliche Strukturentwicklung, die die Kernstruktur des Zusammenlebens sozial dynamisiert. Die Vergesellschaftung des Menschen müsse deshalb verbessert werden, meint der Braunschweiger Politikwissenschaftler. Verständige Kooperation soll das Konkurrenzprinzip dort ablösen und ergänzen, wo nur Zusammenarbeit der Partner die gemeinsam erzeugten Probleme lösbar macht: Arbeitslosigkeit, Umweltfragen, Ausmaß und Richtung der Produktion.

Für die Marktsteuerung gibt es keine Alternative, aber die Sozialordnung darf nicht erst jenseits der Marktordnung entstehen. Gerade dies hat ja zu dem aufgabenüberlasteten Staat geführt, der durch Bürokratisierung und Zentralisierung die Potentiale schwächt, auf die es in Zukunft ankommt. Notwendig wird, so Heyder, eine völlige Umkehr des sozialen Denkens seit der Frühneuzeit. So dürften beispielsweise Marktentscheidungen nicht mehr sozial bewußtlos getroffen werden. Es wird nicht mehr ausreichen, die Menschen nur durch Rechtsvorschriften voreinander zu schützen; eine veränderte Sozialorganisation soll sie dazu bewegen, aus eigener Einsicht gemeinsam mit anderen, eine soziale Korrektur der Marktentscheidungen herbeizuführen.

In Heyders originellem und anregendem Buch werden jedoch nicht konkrete Lösungen vorgeschrieben, sondern es wird ein sozialstrukturelles Umbauprogramm entworfen, das die sozialen Akteure befähigen soll, in Freiheit und situationsbezogen, Lösungen für die sozialen Fragen gesellschaftsunmittelbar selber zu finden. Daher wird in systematischer Absicht folgenden Fragen nachgegangen

gen: Was in den gesellschaftlichen Prozessen ist überhaupt planbar, und was entzieht sich der Planbarkeit? Wie muß die Arbeitsteilung von Staat und Gesellschaft verändert werden, damit es nicht zu einem strukturbedingten Staatsversagen kommt? Wie kann die Gesellschaft selber problemlösungsfähig werden? Es reicht nicht mehr aus, die Wirtschaft als ein Erscheinungsfeld privater Interessen zu definieren, dessen Dysfunktionen ein Sozialstaat notdürftig korrigiert. Die Probleme müssen dort bearbeitet werden, wo sie anfallen, in Freiheit, und von den gesellschaftlichen Primärplanern selbst.

Alle beklagen die Problemlösungsunfähigkeit in den bestehenden Strukturen, aber keiner will diese ändern. Es fehlt die Perspektive. Ulrich Heyder versucht, eine zu entwickeln: Die Gesellschaft hat ihren Identitätssort in der Sozialität und Eigenverantwortung des einzelnen Menschen. Die soziostrukturellen Voraussetzungen hierfür versucht sein gerade heute höchst nützlicher Leitfaden des gemeinsamen Miteinanders herauszustellen.

Ulrich Heyder: Reformperspektiven für die Industriegesellschaft. Neue Wege der sozialen Reform nach dem Scheitern des Sozialismus. G+B Fakultas, Chair (Schweiz), 290 S., DM 48,-

RICARDA MLETZKO/DANYEL REICHE

Die Globalisierung entläßt keine Kinder

Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf über die Weltwirtschaft

In der aktuellen politischen Diskussion scheint Einigkeit zu herrschen über das wichtigste politische Ziel: Deutschland muß fit gemacht werden für den Weltmarkt, um im internationalen Konkurrenzkampf wettbewerbsfähig zu bleiben. Die dafür bemühten Mittel entsprechen ganz der vorherrschenden neoliberalen Grundhaltung: Abbau staatlicher Eingriffe (Deregulierung) und Senkung des Kostenniveaus in der Produktion mit entsprechenden negativen Folgen für soziale Sicherheit und die natürliche Umwelt.

Wird der als Sachzwang wahrgenommene Weltmarkt zunehmend alle Lebensbereiche prägen, oder sind der vollständigen Ökonomisierung der Welt Grenzen gesetzt?

Elmar Altvater, Professor für Politikwissenschaft an der FU in Berlin, und Birgit Mahnkopf, Professorin für Europäische Gesellschaftspolitik an der FU für Wirtschaft in Berlin, gehen in ihrem Buch diesen Fragen nach.

DM-Hüter

Foto: dpa



Sie kennzeichnen die Globalisierung zunächst als einen historischen Prozeß der »Entbettung« der Ökonomie aus der Gesellschaft, der bereits im 19. Jahrhundert seinen Anfang nahm. Mit dem Industrialismus begann damals die Entkopplung von Arbeits- und Lebenswelt. Wirtschaftliches Handeln war immer weniger »eingebettet« in gesellschaftliche Formen des Umgangs miteinander und mit der Natur. Bedingung für die Entwicklung dieses Industriesystems war die Nutzung fossiler Energiequellen. Nur durch diese, wie Altvater/Mahnkopf es nennen »prometheische Revolution«, der radikalen Umwandlung des Energiesystems, war die Erweiterung menschlicher Fähigkeiten und die zeitgleiche Befreiung aus ihrer zeitlichen und räumlichen Begrenzung realisierbar. Treibende Kraft der industriellen Entwicklung war und ist das Verwertungsinteresse des Kapitals. Zunächst wird es durch dessen Expansion im Raum gewährleistet. Ist diese Möglichkeit weitgehend ausgeschöpft, bleibt die Beschleunigung der Verwertung in der Zeit, beispielsweise durch Verkürzung der Produktlebenszyklen. Dies bewirkt eine Verschiebung herkömmlicher Wahrnehmungsstrukturen: Konsequenz ist, »daß sich ... ein globales Zeit- und Raumregime gegen die lokalen und regionalen, kulturell verwurzelten Zeit- und Raumerfahrungen herausbildet: *time is money* heißt der kapitalistische Imperativ der Neuzeit.« Auch im Finanzsektor zeigt sich eine Entbettung aus der Gesellschaft: Das Geld löst sich von der realen Produktionssphäre und es entsteht die entkoppelte Sphäre des weltweiten Finanzsystems. »Der Geldvermögens- und Schuldengesellschaft als Ausdruck des globalen *disembedding* gehen alle jene sozialen Bindungen ab, die traditionale, aber auch moderne, regional oder nationalstaatlich eingefaßte Gesellschaften noch aufweisen.« Mit der »Herstellung des kapitalistischen Weltsystems« seit 1989 kann der Prozeß der Entbettung ungehemmt auf globaler Ebene fortgesetzt werden. Politische Gestaltungsmöglichkeiten haben zeitgleich mit der Globalisierung abgenommen. Der Nationalstaat als regional begrenzter Akteur hat nur wenige Möglichkeiten, die entbettete, globale Ökonomie zu steuern.

Der Verlust politischer Steuerbarkeit begann bereits 1973 mit dem Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse von Bretton Woods. Im Zuge des sich weltweit durchsetzenden Freihandelsdogmas und der entsprechenden politisch gewollten Deregulierung insbesondere der Finanzmärkte, wird er fortgesetzt. Der weltweite Kapitalverkehr wurde

damit erleichtert und beschleunigt. Erst durch die Kopplung von rasanten Entwicklungen im Bereich der Kommunikations- und Netzwerktechnologie und politischer Deregulierung sind Renditevergleichsmöglichkeiten rund um die Welt von einem PC aus möglich. Globale Kostenvergleichsmöglichkeiten verändern auch die Produktionssphäre: Eingekauft werden Waren und Dienstleistungen dort, wo sie am billigsten sind. Entfernungen sind aufgrund niedriger Transportkosten vielfach vernachlässigenswert. Der allein auf größtmögliche Rendite fixierte monetäre Sektor koppelt sich scheinbar vom realen Sektor ab. Scheinbar, da er auf reale Wertschöpfungen der Unternehmen angewiesen ist, und, was für Nationalstaaten viel bedeutsamer ist, weil ein Kapitalentzug reale Ökonomien in Krisen stürzen kann (Mexikokrise 1995). »Die geldgesellschaftlichen Normen definieren also das »System der gesellschaftlichen Arbeit.« In Anlehnung an Jürgen Habermas fassen Altvater/Mahnkopf dieses Phänomen als Kolonisierung der »Arbeitsgesellschaft« durch die »Geldgesellschaft«.

Der wirtschaftlichen Globalisierung stehen harte Grenzen im sozialen und ökologischen Bereich entgegen: Der Ausschluß bestimmter Regionen und Menschen (Dritte Welt und Verarmung in den industrialisierten Ländern) und die Mißachtung ökologischer Grenzen sind konstitutiv für die aktuell stattfindende Globalisierung.

Kapitalistische Globalisierung führt zu Gesellschaftsspaltung, zu Inklusion und Exklusion. Weite Teile der Welt (Afrika und teilweise Lateinamerika) geraten in die Schuldenfalle. Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank zwingen ihnen eine exportorientierte Politik zur Devisenerwirtschaftung und damit eine rohstoffgebundene Wirtschaft auf, die den Abstand zwischen »Dritter« und »Erster« Welt zunehmend vergrößert. In diesem Zusammenhang werden die Probleme der verschiedenen Weltregionen im Spannungsfeld von regionaler Entwicklung und Weltmarktabhängigkeit (»Glokalisierung«) thematisiert. Auch innerhalb von Regionen kommt es zur Gesellschaftsspaltung; zunehmend klappt auch hier die Wohlstandsschere auseinander.

Die ökologische Problematik stellt eine weitere Schranke der ungebändigten Globalisierung dar: Eine auf fossilen Energiesystemen beruhende Produktionssphäre erzeugt konstitutiv Umweltverschmutzungen. Wie Altvater/Mahnkopf zeigen können, führt auch eine Tertiarisierung der Wirtschaft nur scheinbar zu einer Abkopplung von der energie- und materialeintensiven Produktion. Von einer Umwäl-

zung auf ein solares Energiesystem, einer erneuten »prometheischen Revolution«, erhoffen sich die Autoren auch eine entsprechend andere Gesellschafts- und Wirtschaftsweise. Indessen erhebt sich die Frage, wie der Weltmarkt wieder in die Gesellschaft eingebettet werden kann.

Der Nationalstaat hat gemäß Altvater/Mahnkopf seine Gestaltungsfähigkeit weitgehend eingebüßt, ohne daß dieser Machtverlust auf »weltgesellschaftlicher Ebene« kompensiert worden wäre. Die Autoren setzen daher auf »global governance« unter Einbeziehung von Institutionen der Zivilgesellschaft (NGOs).

Politische Gegenmaßnahmen sehen sie in Steuern auf kurzfristige Kapitaltransaktionen (Tobin-Tax) und Energieverbrauch (Ökosteuer). Dies könnte die globalen Finanzmärkte entschleunigen, die CO₂-Emissionen reduzieren und Transporte verteuern. Regionale Wertschöpfungen würden somit gestärkt und zugleich der Faktor Arbeit entlastet. Schließlich versprechen sich die Autoren durch eine steuerfinanzierte Grundrente und weitere Arbeitszeitverkürzung neue Arbeitsplätze.

Obwohl im Text thematisiert, wird die supranationale Verpflichtung auf soziale und ökologische Mindeststandards bei Altvater/Mahnkopf schließlich nicht in den Forderungskatalog aufgenommen. Altvater und Mahnkopf benennen keine Entwicklungsperspektive für die Dritte Welt: Zwar analysieren sie das Scheitern des Projekts nachholender Entwicklung und Import substituierender Entwicklung. Jedoch auch die regionale Blockbildung sei nur ein schwacher, wenn auch einzig gangbarer Weg: Der Zusammenschluß von Ländern mit geringer monetärer Stabilität habe wenig Chancen, »den Tendenzen der Fragmentierung auf dem Weltmarkt entgegenzuwirken.« Es bleibe jedoch »kaum eine andere Option als die Länder übergreifende Regionalisierung«.

Leider loten sie auch nicht die Gestaltungsspielräume aus, die sich im Zuge der Integration Europas zu einem einheitlichen Währungsraum potentiell eröffnen. Unberücksichtigt lassen sie zudem die Handlungsoptionen nationalstaatlicher Prozeßpolitik: Weder die Chancen für Investitionsprogramme in Solartechnologie, noch die eines öffentlich finanzierten Beschäftigungssektors werden thematisiert.

Insgesamt zeichnet sich das Buch durch die Analyse sämtlicher, von der Globalisierung betroffener Bereiche aus. Leider ist es jedoch nicht lesefreundlich. Wie so häufig hätten 200 Seiten weniger durch Präzisierung und Systeme-

matisierung diesem Ziel eher gedient. Theoretische Grundlage des Buches ist ein marxistisch-keynesianistischer Ansatz. Obwohl es erfreulich ist, daß Altvater/Mahnkopf unterschiedliche Theorienansätze (Thermodynamik, Fraktaltheorie, Systemtheorie, Habermasscher Dualismus von System und Lebenswelt) mit einbeziehen und diese Reflexion, etwa im Bereich der Analyse der Entbettungsmechanismen, sehr passend ist, erscheint dieses Vorgehen häufig angestrengt. Aufgrund der beeindruckenden Materialfülle und der Thematisierung sämtlicher betroffener Bereiche kann das Buch jedoch zu Recht als Standardwerk zur noch unausgereiften Debatte um die Globalisierung zählen.

Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung: Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1997, 637 S., DM 58,-

CLAUDIA BENTHIEN

Unruhe des Denkens

Ein Handbuch Historischer Anthropologie

Der Mond ist neidisch und »vor Gram bleich«, denn Julia ist so viel schöner als er, der fahle Himmelskörper – so philosophiert Romeo im nächtlichen Garten der Capulets. Doch was ist Schönheit? Theoriegeschichtlich wird sie gemeinhin als Thema der Ästhetik angesehen, aber in Bezug auf den Menschen kann sie das nicht sein. Denn als ein Bestandsstück der *conditio humana* wird sie zum Teil der individuellen Existenz und der leiblichen Anwesenheit: ein schöner Mensch ist schließlich nicht nur – wie ein Kunstwerk – Objekt von Bewunderung und Kontemplation, sondern vielmehr Subjekt seiner Schönheit. Schönsein, das zur Erscheinung tritt, wird so zum »Schön-Sein«. Schönheit ist nicht demokratisierbar, sie ist ungerecht. Schönheit kann einen Menschen treffen, als Gnade oder auch als Verhängnis. »Schön sein wird als Faktum erfahren und deshalb von den Betroffenen als Gabe, neuzeitlich

als Gabe der Natur verstanden.« Der Philosoph Gernot Böhme formuliert diese Beobachtungen in dem Artikel »Schönheit« des Handbuchs *Vom Menschen*, einem neuartigen, großangelegten Kompendium, das kürzlich erschienen ist.

Radikale Historisierung

Phänomene des Menschlichen sollen dort erforscht und dokumentiert werden, ohne jedoch weiter von »dem« Menschen auszugehen – jenem ahistorischen, europäischen und implizit immer männlichen Konstrukt eines durchschnittlichen Individuums. Historische Anthropologie heißt das Zauberwort, welches verspricht, nicht nur die kulturelle Bedingtheit und die Geschichtlichkeit von Perspektiven auf einen Gegenstand, sondern auch die Zeitgebundenheit dieses Gegenstands selbst zu reflektieren. Inspiriert von der französischen Mentalitätsgeschichte, der angelsächsischen Kulturanthropologie und der in Deutschland entwickelten philosophischen Anthropologie, zielt die historische Anthropologie als transdisziplinäre Wissenschaft darauf, menschliche Expressions- und Lebensformen zu beschreiben, sowie die Relationen der Menschen zu der sie umgebenden Dingwelt, der Technik, aber auch zu abstrakteren Phänomenen wie Zeit, Raum, Tod oder Glück. Erklärtes Ziel ist dabei auch die radikale Historisierung dessen, was spätestens seit der Ausdifferenzierung in Geistes- und Naturwissenschaften im vergangenen Jahrhundert als universell und ahistorisch verstanden wird: der menschliche Leib, die Gefühle, die Natur.

Christoph Wulf, seit über zwanzig Jahren als Vermittler interdisziplinärer Forschungsansätze im Einsatz, ist hier ein großer Wurf gelungen: Seltene fanden sich so viele avancierte (und durchaus konträre) Denker und Denkerinnen unter einem Buchdeckel vereint: von Sozialphilosophen wie Rudolf zur Lippe und Dietmar Kamper bis zu Medientheoretikern wie Friedrich Kittler, Norbert Bolz und Florian Rötzer, von Kulturwissenschaftlern wie Thomas Macho und Hartmut Böhme bis zu Literatur- und Theaterwissenschaftlern wie Erika Fischer-Lichte, Gert Mattenklott, Sylvia Bovenschen und Jochen Hörisch – um nur einige wenige zu nennen.

Kaum gab es bisher so konzentrierte Information über die großen Themen kulturhistorischer Forschung in so handliche Einzelstudien gebündelt, mit Kurzbibliographien versehen und thematisch systematisiert, wie in dieser über tausendseitigen Enzyklopädie. Hilfreich

ist auch ein ausführliches Personen- und ein Sachregister am Ende des Bandes.

Aber was sind solche anthropologischen Grundverhältnisse? Wulf ordnet die knapp hundert Beiträge konfiguratив, in die Schwerpunkte Kosmologie, Welt und Dinge, Genealogie und Geschlecht, Körper, Medien und Bildung, Zufall und Geschick, Kultur. Die Aufsätze innerhalb dieser sieben Cluster haben durchweg – dem Charakter eines Handbuchs entsprechend – nur Titelbegriffe als Überschriften; so finden sich in der Abteilung Kultur etwa Artikel wie »Musik«, »Religion«, »Wunsch«, »Fremde«, »Utopie« oder »Wissen«.

Abwendung von traditionellen Verständnis

Historische Anthropologie fragt nach der Genese und Entwicklung einzelner Konzepte, Praktiken, Selbstbezüge, Denkmuster und Bedeutungsfelder. Sie ist nicht orientiert an individuellen Persönlichkeiten oder singulären historischen Zeitpunkten, sondern nimmt stattdessen eine Art Vogelperspektive ein, von wo aus sie ein Phänomen »an sich« im Überblick erkundet, ohne jedoch (im Idealfall) dabei ihre eigene historische Situierung zu übersehen. Daß von den 60 Autorinnen und Autoren des Bandes niemand hauptberuflich das Fach Geschichtswissenschaft vertritt, deutet eine krasse Abwendung vom traditionellen Verständnis historischer Forschung an: Nicht nur die Objekte sind andere, sondern auch der Zugang ist deutlich weniger dogmatisch, abgesichert und vorsichtig.

Schade ist, daß die Auswahlbibliographien zuweilen weniger repräsentativ ein bestehendes Forschungsfeld erfassen, als vielmehr den theoretisch-methodischen Hintergrund des jeweiligen Artikels widerspiegeln. Auch setzt die Entscheidung, immer bloß die vorliegende aktuelle Ausgabe zu zitieren, ohne die Erstererscheinung zu erwähnen, entweder immer Grundwissen voraus oder fördert eine Ahistorizität, gegen die sich das Buch doch eigentlich wendet. Das liest sich dann etwa so: »Wenn Herder (1994) für das Empfinden und Fühlen den Gegensatz von Attraktion und Repulsion in Anschlag bringt...«; oder man erfährt: »Aristoteles (1959) teilt die »Welt« in Männliches und Weibliches ein.«! Trotz dieser Marginalien sollte das großartige Nachschlagewerk aber fortan im Bücherregal all jener nicht fehlen, die im Feld der *humanities* forschen, unterrichten oder auch künstlerisch tätig sind.

Christoph Wulf (Hg.): Vom Menschen. Handbuch Historische Anthropologie. Beltz Verlag, Weinheim/Basel 1997, 1160 S., DM 98,-

Das Kino vorm Kino

Harro Segebergs Studie zur Frühgeschichte des Films

Nicht nur unser Alltag und mit ihm unsere kulturellen Bedürfnisse, auch die künstlerischen Strategien und ihre Produkte scheinen restlos dem Griff der elektronischen Medien erlegen; zumal die Literatur wähnt sich unzingelt von einem Bilderuniversum, das mit dem sinn-negierenden Katarakt bunter Signale unentwegt seine Macht über die Menschen wie seine Nichtigkeit vor dem einsamen, allmählich verdämmernden Anspruch der Kunst bezeugt.« Wer so argumentiert, wie hier Klaus Kreimeier in der FRANKFURTER RUNDSCHAU, setzt sich schnell der Gefahr einer möglicherweise a-historischen Diskussion aus. Um so wichtiger erscheint der Versuch des vorliegenden Sammelbandes, aus der aktuellen Debatte über die Neuen Medien auszuscheren, um den Blick freizumachen auf die Vor- und Frühgeschichte dessen, was unser Jahrhundert – vom Kinematographen über das Fernsehen bis hin zu den digitalen »Benutzerflächen« – medien-geschichtlich bestimmt. Obwohl der Herausgeber Harro Segeberg und seine Mitarbeiter überwiegend aus der Germanistik stammen, wollen wir angesichts des hier zu würdigenden Unternehmens nicht in den Chor jener einstimmen, die sich von der Konzeption einer stärkeren Verankerung der Germanistik in der Mediengesellschaft eine Überwindung der immer wieder kolportierten »Krise der Germanistik« versprechen.

Natürlich hat Segebergs Sammelband *auch* mit derlei Nöten zu tun, doch überschreitet der von den fünfzehn Beiträgen abgesteckte thematische Rahmen den Horizont einer nationalphilologischen Bemühung um disparate mediengeschichtliche Prozesse erfreulicherweise beträchtlich. Sein Konzept einer *Mediengeschichte des Films* will der Herausgeber als Versuch verstanden wissen, den Film als »Teilbereich einer ihn selbst umfassenden Mediengeschichte« zu verorten, um solcherart die »Geschichte einer die Wechselwirkungen mit anderen Medien betonenden Mediengeschichte des Films« ins Zentrum interdisziplinärer Bemühungen zu rücken. Der vorliegende erste Band versteht sich dabei als »eine Kulturgeschichte der Wahrnehmung«, welche auf die Projektion der »bewegten Bilder« des Kinematographen hinausläuft, ohne freilich als lineare oder gar finale Entwicklung in Richtung auf das Jahr 1895 hin (miß)verstanden zu werden. Konsequenterwei-

se präsentiert Teil I der *Mediengeschichte des Films* deswegen die »jeweils sehr eigenständige historische Kontur der sogenannten Vorläufer-Medien«.

In einem solch weit gespannten Rahmen muß verständlicherweise vieles untergebracht werden: von den »Ombres chinoises« (Gerd Eversberg) über Guckkasten, Camera obscura und Photographie (Ludwig Fischer und Wojciech Sztaba), Laterna magica (Klaus Bartels), Panorama (Alfred Koschorke) bis hin zur Serienphotographie von Eadweard Muybridge und zur Chronophotographie von Etienne-Jules Marey (die von Jens Balzer in die Perspektive des nicht-narrativen Comic gerückt wird). So erfreulich die Berücksichtigung mediengeschichtlich *und* kunsthistorisch bedeutender Phänomene wie Rahmung/Zentralperspektive (Ludwig Fischer), der Landschaftsserien der Myoramen bzw. der Bilderrollen der »Moving Panoramas« (Monika Wagner) oder auch der illustrierten Familienzeitschriften des 19. Jahrhunderts (Joachim Schöberl) ist – die Photographie als Leitmedium des 19. Jahrhunderts, hier und da beiläufig berücksichtigt, hätte einen zentralen Beitrag verdient.

Es gehört allerdings zu den großen Verdiensten des ersten Bandes der »Mediengeschichte des Films«, daß intensiver als andernorts nach den kulturgeschichtlichen Grundlagen des jeweiligen Wandels in der Wahrnehmung medial gesteuerter Realitäten gefragt wird. Wobei mediale Autonomie und intermediale Abhängigkeiten in einem subtilen Wechselspiel von Anlehnung und Abgrenzung zu begreifen sind.

Mit den Beiträgen von Götz Großklaus (zur »visuellen Methode« in Literatur und Photographie zwischen 1820 und 1860), Joachim Paech (»Filmisches Schreiben« im sog. »Poetischen Realismus«), Johann N. Schmidt (»Filmische« Techniken im englischen Melodrama des 19. Jahrhunderts) und Harro Segeberg (Zum Wandel der [Stadt-]Wahrnehmung in literarischen Texten und Filmen um die Jahrhundertwende) bewegen wir uns auf methodisch schwierigem Gelände. Was leisten Termini wie »prä- bzw. postphotographisch« im Hinblick auf literarische Texte von E. T. A. Hoffmann über Poe zu Baudelaire? Inwiefern kann man Schreibweise bzw. Stil von Autoren des sogenannten »Poeti-

schen Realismus« (Wilhelm Hauff, Wilhelm Raabe, Flaubert u. a.) als »prä-filmisch« oder gar »filmisch« bezeichnen?

Die Beiträge von Corinna Müller (zur Technik- und Rezeptionsgeschichte der frühen Filmprojektionen) und Knut Hickethier (mit einem Rückblick auf hundert Jahre Film aus der Perspektive der vom Fernsehen dominierten Audiovision) leiten schließlich über zu den Gegenständen der beiden weiteren in Aussicht gestellten Bände, auf die wir neugierig sind. Der von Harro Segeberg herausgegebene erste Teil der *Medien-geschichte des Films* reiht sich auf produktive Weise in die Phalanx neuerer Publikationen ein, denen an der Überwindung einer Historiographie isolierter Einzelmedien gelegen ist.

Harro Segeberg (Hg.): Die Mobilisierung des Sehens. Zur Vor- und Frühgeschichte des Films in Literatur und Kunst. Medien-geschichte des Films, Band 1: Wilhelm Fink Verlag, München 1996, 384 S., DM 68,-

ANKE MARTINY

Vorher war immer die Sintflut

Zwei Bücher
zur Gründungsgeschichte Tel Avivs

Gabriele Tergits *Im Schnellzug nach Haifa* Joachim Schlörs *Tel Aviv. Vom Traum zur Stadt. Reise durch Kultur und Geschichte* gegenüberzustellen, gibt nicht nur deshalb einen Sinn, weil Schlör zu Tergits Sammlung von Feuilletons ein kenntnisreiches Nachwort beigesteuert hat, sondern vor allem, weil beide in vergleichbarer Weise mit dem Zionismus umgehen, dieses Thema aber von sehr unterschiedlichen Perspektiven und in verschiedener Weise beleuchten. Der Tübinger Kulturwissenschaftler Schlör hat seit Jahren zeitgenössische Quellen zur Gründungsgeschichte Tel Avivs gesammelt und diese insbesondere zur geschichtlichen Entwicklung in Deutschland und in Berlin in Beziehung gesetzt. Er weist mit seinem Tel-Aviv-Buch kenntnisreich nach, daß nicht nur die Kibbuzim mit ihrem sozialistischen Idealbild vom neuen jüdischen Menschen, der mit seiner Hände Arbeit ein neues, ideales jüdisches Staatswesen

schafft, modellhaft für den später gegründeten Staat Israel wirkten, sondern daß Tel Aviv ebenso – »eher eine Geisteshaltung als eine Stadt« – als vollkommen neuzeitliche Siedlung laboratoriumsartig die materielle Basis des jüdischen Neubeginns in »Erez Israel« darstellte.

Welch starkes Spannungsfeld ideologisch aber zwischen den überzeugten Zionisten aus Rußland und Polen und den westeuropäischen Juden einerseits, sowie den noch früher oder zeitgleich eingewanderten Juden aus Marokko und Jemen andererseits schon in den zwanziger und dreißiger Jahren bestand, wird aus Schlörs Analyse überdeutlich: Nur die hebräische Sprache und der Stolz verband die unterschiedlichen Gruppen.

Die aus Deutschland vertriebene und über Prag nach Palästina geflohene Gabriele Tergit (1895–1982) reiste nach ihrer Ankunft im Land umher und schrieb auf, was immer ihr beschreibenswert vorkam: »Die Engländer im Kino«, »Wirmis Jerusalem«, »Postämter«, »Landwirtschaftliche Gemeinschafts-Siedlung«, »Polnischer Hausbesitzer über die deutsche Alijah« . . . Die wenigsten dieser Texte wurden je veröffentlicht, alles wurde seinerzeit offenbar geschrieben, um den spontanen Eindruck möglichst authentisch festzuhalten. Auch bei ihr steht die Auseinandersetzung der entwurzelten Berlinerin mit dem jüdischen Palästina im Vordergrund der Beobachtungen: Fremd ist ihr alles, unendlich fremd. Das Hebräische ist das gemeinsame Kulturelement, und gerade daran hat sie nicht teil.

»Sie gehen ins jüdische Land, aber nicht mehr in die Synagoge«, fällt ihr am neuen jüdischen Menschen auf, an den zu glauben ihr spürbar schwerfällt. Tergit gerät so gewissermaßen zum Prototyp der aus Deutschland nach Palästina, insbesondere nach Tel Aviv emigrierten Berliner Juden; sie »wurde krank in diesem Exil«, meint denn auch Schlör. Deshalb zog sie mit ihrer Familie 1938 weiter nach London, wo sie bis zu ihrem Tod lebte.

Was also den einen fasziniert, weil es Menschen zur ideologischen Identifikation bis zur Selbstaufgabe veranlaßt, zwingt die andere ein und schlägt sie letztlich erneut in die Flucht: die zionistische Besiedlung Palästinas vom Jahrhundertbeginn bis zu den dreißiger Jahren. *Er* zitiert Zeitzeugen und schreibt: Die Gründung Tel Avivs »wurde zum entscheidenden Faktor in der Modernisierung Palästinas« und einem »Sinnbild des neuen jüdischen Lebens«. *Sie* hingegen wertet: »Europa dringt in den Orient ein. Kolonialgebiet steht neben Uraltem. Ur-altes ist überall schön, Kolonialgebiet ist überall häßlich«.

Während er liebevoll-kritisch vom Übergang von »Klein-Odessa« zu »Klein-Warschau« schreibt und aus einer alten Quelle zitiert, Tel Aviv sei »klein und hat unansehnliche Häuschen; es ist aber unser, und wir sind hier entre nous«, stellt sie auf ihrem Flüchtlingssschiff, allein unter überzeugten Zionisten »im unbefreundeten Kosmos«, traurig fest: »Die Freiheit war untergegangen und der Humanismus, und sie bemerkten es nicht«. An Tel Aviv mißfällt ihr das Polnische und das Ghettohaft, und sie vermißt die Großstadt Berlin im weltläufigen Europa.

»Vorher war immer die Sintflut« heißt es bei Tergit zur Kennzeichnung des Lebensgefühls der zionistischen Einwanderer. Aus diesem Grundgefühl eine moderne Großstadt und ein eignes Staatswesen geschaffen zu haben, ist ein wahrhaft einmaliges Experiment der Weltgeschichte. Ob es historisch Bestand haben wird, bleibt abzuwarten. Denn die zionistische Ideologie der Gründergeneration ist heute mausetot. »Nach uns die Sintflut«, scheint jetzt fast eher die Devise.

Joachim Schlör: Tel Aviv. Vom Traum zur Stadt. Reise durch Kultur und Geschichte. Bleicher Verlag, Gerlingen 1996, 336 S., DM 48,-

Gabriele Tergit: Im Schnelzug nach Haifa. Transit Verlag, Berlin 1996, 160 S., DM 32,-

DIETMAR SCHILLER

Die Schuld relativieren

Richard Matthias Müllers revisionistische »Vergangenheitsbewältigung«

Der »Essay« von Richard Matthias Müller *Normal-Null und die Zukunft der deutschen Vergangenheitsbewältigung* provoziert. Aber er provoziert nicht in dem Sinne, um eine Diskussion oder gar einen Diskurs anzuregen, sondern ruft in seiner tumben Art nur Verärgerung und Verstörung hervor. Ausgehend von einer »Kritik an der deutschen Vergangenheitsbewältigung (1945-1990)« nähert sich Müller in vier Abschnitten dieser »Geißel«, derer sich das vereinigte Deutschland nun endlich entledigen sollte: I. Die deutsche Schuld, II. Normal-Null, III. Vergangenheitsbewältigung, IV. Vorschläge für die Zukunft. Ergänzt wird diese mit moralphilosophischen Versatzstücken gespickte Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit durch einen Anhang, den Müller »Linguistische Vergangenheitsbewältigung« nennt.

Dieses Buch durchzieht eine relativierende, auf Normalisierung und Historisierung abzielende »Vergangenheitsbewältigung«, mit der Intention, jene Deutschen mehr oder minder pau-

»Simbild des neuen jüdischen Lebens«: Tel Aviv

Foto: dpa



schal von ihrer Schuld frei zu sprechen, die direkt oder indirekt an den Verbrechen des NS-Regimes beteiligt waren oder zumindest davon gewußt haben. Aus diesem Grunde zielen Müllers »Vorschläge für die Zukunft« vor allem auf eine »Privatisierung der deutschen Vergangenheitsbewältigung« ab. Neben der darin eingeschlossenen Kritik an der institutionalisierten und ritualisierten Erinnerung fordert er »für alle öffentliche Vergangenheitsbewältigung mehr Autonomie und Stetigkeit...«. Um jedoch keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, fügt Müller süffisant hinzu: »Mit mehr Autonomie ist größere Unabhängigkeit von der Opferseite gemeint«. Gerade im Kontext der Diskussion um die Streitschrift von Daniel Jonah Goldhagen *Hitlers willige Vollstrecker* und der anhaltenden Debatte um die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung über die Verbrechen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg sind derartige Ausführungen Wasser auf die Mühlen der Ewiggestrigen.

Müllers Deutungsmuster ist dabei altbewährt: Schuld hatten, wenn überhaupt, einige wenige an der Spitze des NS-Systems. Dieser Interpretation folgte ja unlängst auch die im ZDF ausgestrahlte Reihe *Hitlers Helfer*. In biographischen Skizzen wurden zwar die unterschiedlichen Rollen und Handlungsmotive von Goebbels, Goering, Himmler und Konsorten durchaus fernsehgerecht und publikumswirksam angerissen, gleichwohl blieb die wesentlich wichtigere Frage, inwiefern breite Teile der Bevölkerung von den nationalsozialistischen Verbrechen gewußt haben oder gar an ihnen beteiligt waren, weitgehend ausgespart.

Sein Ziel der grundsätzlichen Schuld freisprechung der Deutschen erreicht Müller im Rückgriff auf das bewährte Mittel der Relativierung. So wird der Holocaust beispielsweise mit den »sowjetisch-kommunistischen Verfolgungen nach 1917 mit wechselnden Bevölkerungsgruppen als Opfern«, mit der »Ausrottung der Indianer in den USA unter aktiver Beteiligung breiter Volksmassen« und der »Verfolgung und Vernichtung der armenischen Minderheit durch die Türken« verglichen. Reicht die Relativierungshypothese nicht aus, wird diese durch den Verweis auf den »Höheren Befehl« und die möglicherweise zu erwartenden Repressalien ergänzt. Insofern geht es Müller lediglich darum, seinen »Grundverdacht auf Schuldminimierung« beim »normalen« Deutschen zu begründen und zu erhärten: »Vermutlich ist die schwächste Stelle, bei der das Verbrechen im charakterlich normalen Deutschen Eingang fand, nicht der gern beschworene Untertanengeist und Kadavergehorsam, sondern im Ge-

genteil: die mit dem Gefühl persönlicher Entscheidung verbundene Bereitschaft, Widerwärtiges, aber objektiv Notwendiges auf sich zu nehmen.« Dieses Schlüsselzitat steht stellvertretend für Müllers revisionistisches und menschenverachtendes Gefasel, läßt sich mit derartigen »Erkenntnissen« jede Rechtfertigung der von den Deutschen verübten Verbrechen begründen: »Trotz der fraglosen Schwere der deutschen Schuldsumme, der ungeheuren Verbrechen des Hitler-Reichs und der Verstrickung der Bevölkerung in sie, ist das moralische Verhalten des deutschen Volkes während dieser Jahre mehrheitlich im Bereich von Normal-Null zu sehen – keines speziell deutschen oder nazistischen Normal-Null, sondern eines durchschnittlich-menschlichen. Es verdient keine Anerkennung, aber auch keine Verurteilung.«

Nicht nur, daß Müller dem »Normal-Deutschen« während des Nationalsozialismus einen Persilschein ausstellt, vielmehr konvertieren die Deutschen bei ihm sogar zum eigentlichen Opfer des Zweiten Weltkriegs. Er schreibt: »Auch das problematische Verhältnis von Vergangenheitsbewältigung und Bestrafung spielt – wie schon angedeutet – für das Verfehlen der idealen Vergangenheitsbewältigung eine Rolle. Die kollektive Bestrafung der Deutschen umfaßte die Wiederausgliederung Österreichs, die Abtretung aller Gebiete östlich der Oder und Neiße, die Enteignung und Vertreibung der Bewohner dort und im Sudetenland, die Auslöschung Preußens, die Auflösung von Industriekonzernen, unbezahlte Entnahmen aus der laufenden Produktion, unabsehbar lange, von den Deutschen zu finanzierende Besetzung durch fremde Armeen mit Beschlagnahmung von Häusern und Gelände, ...Nichtentlassung, Sklavenarbeit und vergeltungsorientierte Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen,... Verbot einer deutschen Armee... «

Müllers Buch ist ein revisionistisches Machwerk, welches in abgeschwächter und verschleierte Form die Ideologeme eines rechtsgerichteten Umgangs mit der NS-Vergangenheit integriert: Relativierung, Normalisierung, Entlastung, Schuldübertragung und -verteilung, Reduktion von Verbrechen, Opferhaltung. Dieses Deutungsmuster findet sich auch in der soziologischen Interpretationsfigur des »Extremismus der Mitte« wider. Hinter diesem Topos verbirgt sich ein seit längerem beobachtbarer Infiltrationsprozeß, wobei sich genuin rechtsextreme Einstellungen, Wahrnehmungs-, Handlungs- und Deutungsmuster allmählich in die politische Mitte verschieben oder dort reaktiviert werden. Durch diese Verlagerung innerhalb der politischen Kultur entsteht nicht nur ein größerer Resonanzboden für Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus,

sondern vor allem ein Ermutigungsklima für rechtsextreme Gewalttaten – ein antidemokratisches Kräftefeld, in dem sowohl Sogkräfte aus der Mitte als auch Schubkräfte vom rechten Rand auf die Mitte einwirken.

Was besonders schmerzt, sind seine geschickt versteckten antisemitischen Ressentiments, die bis an die Grenze des Erträglichen reichen. Insofern wünsche ich dem Buch entweder keine weiteren Leser oder eine breite kritische Rezeption. Ich stimme mit Ralph Giordano überein, der das Buch »für das in seiner Scheinobjektivität gefährlichste Werk (hält), das seit langem über das Thema geschrieben worden ist.«

Richard Matthias Müller: Normal-Null und die Zukunft der deutschen Vergangenheitsbewältigung, SII-Verlag, Scherufeld, 159 S., DM 39,80

INGEBORG HECHT

Neue Bücher

Erinnerungen an die NS-Greuel

Im August 1979 lernte – in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der *Presidents Commission on the Holocaust* – Elie Wiesel in Moskau Jan Karski kennen. Der 1914 in Lodz geborene katholische Emeritus aus Amerika erzählte von seiner »geheimen Mission« während des Zweiten Weltkrieges. »Sein Leben war ein Meisterstück an Mut, Integrität und Humanismus«, schrieb er nun im Vorwort der Karski-Biografie, die zwei amerikanische Autoren verfaßt haben.

Gleich nach Erscheinen in Deutschland wurde diesem Werk eine erfreulich große Aufmerksamkeit gewidmet. Der Titel *Einer gegen den Holocaust* klang anders als bekannte Erinnerungen aus jener Zeit. Jan Karski hatte schon 1942 den Alliierten handfeste Beweise für die grausame Judenpolitik der deutschen Regierung gebracht – und zwar aus eigener Anschauung.

Karski (er hieß ursprünglich Kozielski) wollte Diplomat werden, lernte mehrere Sprachen und kannte Paris, Genf und London, als die Deutschen in Polen einfielen und seine Pläne zunichte machten. Als junger Leutnant geriet er in sowjetische und deutsche Kriegsgefangen-

schaft. Er konnte fliehen, kam zurück nach Warschau und wurde für General Sikorskis in London agierende Exilregierung ausgebildet zum Untergrundkämpfer. 1940 wurde er von der Gestapo verhaftet, gab trotz wochenlanger schwerer Folter nichts preis, machte einen Selbstmordversuch, und man verhalf ihm vom Gefängenslazarett aus zur Flucht – (Erst viel später erfuhr er, wieviele Mithäftlinge man dafür hingerichtet hat). In Warschau konnte er untertauchen. Was immer sich hinfort ereignete, wurde bestimmt auch von den verwirrenden politischen Vernetzungen jener Jahre. Eines von zahlreichen Beispielen möchte die Vielschichtigkeit konspirativer Arbeit wenigstens andeuten: »Während sich im Ghetto die Tragödie der Juden vollzog, waren anderswo in Warschau die Untergrundführer mit ihren eigenen Problemen beschäftigt. Die internen Streitereien zwischen den einzelnen Fraktionen dauerten an, die Gestapo entwickelte immer mehr Erfahrung im Ausmerzen von Widerstand, und seit kurzem mußte sich die Bewegung mit einem neuen Gegner auseinandersetzen, mit kommunistischen *agents provocateurs*. Das waren in die Sowjetunion geflohene Polen, die nun mit sowjetischen Flugzeugen per Fallschirm nach Polen zurückkehrten« – worunter auch Russen waren. Sie agierten innerhalb des Untergrunds für eine engere Bindung an Rußland, also nicht an die westlichen Alliierten, mit denen Sikorski zusammenarbeitete. Das führte manchmal dazu, daß diese Agenten ihre Brüder aus der Heimatarmee verrieten. Auch mit dem Antisemitismus der chauvinistischen Polen hatte Karski zu kämpfen; als bekennender Katholik setzte er sich für die Juden ein. In Yad Vashem erhielt er später einen Baum in der »Allee der Gerechten« ...

Der Untergrund hatte Karski seiner Sprachkenntnisse wegen ausersuchen, in London zu berichten. Zwei Mitglieder des jüdischen Widerstands in Warschau baten darum, durch den Kurrier einige Forderungen ihrer Gruppe überbringen zu lassen: So sollten z. B. die Alliierten die Verhinderung der Massenvernichtung offiziell zum Kriegsziel aller gegen Hitler kämpfenden Nationen erklären. – Damit Karski aber wisse, wovon er rede, wurde er eingeschleust ins Warschauer Ghetto und auch – als ukrainischer Wachmann verkleidet – in die »Selektionsanlage« Izbica Lubelska. Dort verlor er – lebensgefährlich für seine Freunde – beinahe lautstark die Nerven. Denn was er sehen, hören, erleben mußte, würde er niemals vergessen können.

In Paris übergab er dem Untergrund brillante Mikrofilme und Berichte, die – gut getarnt – nach London weitervermittelt wurden.

Er selbst nahm den klassischen und aus manchen Memoiren bekannten gefährlichen Weg über die Pyrenäen, wurde nachts mit einem Motorboot nach Gibraltar gebracht und kam mit einer Militärmaschine im Dezember 1942 in London an. (Im Vorsatzblatt des Buches sind seine drei abenteuerlichen Routen eingezeichnet).

Er sprach mit Intellektuellen, mit Schriftstellern und Politikern. Meist aber war man mehr interessiert an den Strukturen des Untergrunds, als an den Schicksalen der Juden. Vieles, das man hätte tun können, deckte sich nicht mit den als vorrangig erscheinenden Kriegszielen. Überwiegend aber konnte man ihm nicht glauben; die Geschehnisse übertrafen das Vorstellungsvermögen. – 1943 schickte man ihn in die USA. Präsident Roosevelt veranlaßte nach einem langen Gespräch 1944 die Gründung einer Hilfsorganisation *War Refugees Boards*, aber da war es schon zu spät. 1944 veröffentlichte Karski einen Teil seiner Erlebnisse in *Story of a Secret State*.

Enttäuscht über die Vergeblichkeit seiner Mission – ausgeführt mit unmenschlichen Anstrengungen und Gefährdungen – sprach er nach Kriegsende nie mehr von jener Zeit, – wohl auch mit Rücksicht auf die Frau, die er heiratete: Ihre ganze Familie war im KZ ermordet worden. Er nahm die amerikanische Staatsangehörigkeit an und wurde Professor für Osteuropakunde an der Georgetown University. Erst Ende der 70er Jahre, während eines Interviews mit Claude Lanzmann für dessen Film *Shoah*, brach er sein Schweigen. Er wurde Ehrenbürger von Israel, begann wieder Vorträge zu halten. Als Zweiundachtzigjähriger hat er 1997 auch in Deutschland wieder berichtet, – bescheiden und jeden Hinweis auf den Begriff »Held« abwehrend. Allenthalben hat man ihm fasziniert zugehört – und fassungslos.

Für Historiker ist nichts von den Ereignissen neu. Aber als Leser einer so hervorragend nach-erzählten Biografie der Zeitgeschichte, in der man übrigens auch mancher bekannten Persönlichkeit begegnet, kommt man nicht heraus aus der Spannung. Aber erst recht packt einen immer wieder das Entsetzen darüber, daß dem seriösen Botschafter des Elends nicht geglaubt worden ist. Wie viele Leben, und nicht nur jüdische, hätten gerettet werden können.

Es sei noch bemerkt, daß in einem siebzehnteiligen Anhang Namen erklärt und verwendete literarische Quellen angegeben werden. Auch Illustrationen, Fotos und Karten führen noch einmal zurück in dieses besondere Leben.



Jan Karski

Foto: Bleicher Verlag

Eine assimilierte jüdische Familie in Breslau: der Anwalt Dr. Alfons Lasker, seine Frau Edith und seine drei Töchter Marianne, Renate, Anita, gehörten zum deutschen Bildungsbürgertum. Sie lebten mit der deutschen Kultur, Sprache, Musik. Fotos aus den dreißiger Jahren zeigen eine heitere Familie in schöner Umgebung. Da spielt Anita, 1925 geboren, schon mit vierzehn Jahren hingebungsvoll Cello.

Das alles war vorbei, als das Dritte Reich mit seinen furchtbaren Gesetzen kam. Im Sommer 1939 trennte sich die älteste Tochter Marianne von der Familie. Mit einem Kinderschiff konnte sie nach England auswandern; sie hat später ihren zionistischen Traum, in Palästina zu leben, verwirklicht.

Im April 1942 wurde diese Familie endgültig auseinandergerissen. Zuerst wurde das Ehepaar Lasker deportiert, dann die Großmutter Flora Lasker. »Wir wußten einen Tag vorher, daß es die Eltern nun ereilen wird. Mutti hat viel geweint...«

Nein, man mag aus diesem Kapitel nichts weiter zitieren. In dem folgenden »Allein in Breslau« erzählt Anita, wie sie mit ihrer Schwester in einer Papierfabrik arbeiten mußte, zusammen mit französischen Zivilarbeitern. Die Mädchen verschafften sich auf abenteuerliche Weise falsche

Papiere, um nach Frankreich zu fliehen, wurden aber gefaßt. Im Gefängnis versuchten sie, das für schlimmste Fälle parat gehaltene Zyankali zu schlucken – doch ein Freund hatte es heimlich gegen Puderzucker ausgetauscht; später bekamen sie Gelegenheit, ihm zu danken. – Die Gefängnis-Oberin, so Anita, »hielt uns eine Rede, auf absurd mütterliche Art, mit der sie uns zu erklären versuchte, wir müßten uns darüber im klaren sein, daß Hitler der klügste Mann der Welt sei, und wir müßten auch verstehen, daß die Juden ganz einfach auszurotten seien. Sie flehte uns beinahe an, diese Tatsache doch zu akzeptieren. Es war eine solche groteske Unterhaltung, daß Renate und ich Schwierigkeiten hatten, nicht herauszuplatzen. Gott sei Dank hatten wir unseren Humor angesichts solch krasser Dummheit nicht ganz verloren . . .«

Doch statt »krasser Dummheit« lernten sie nun ausgeklügelte Grausamkeit kennen. Renate wurde ins Zuchthaus Jauer überstellt. Von den Kriminellen, mit denen sie einsaß, wußte sie zu sagen: ». . . (sic), die wegen ihrer Verbrechen kaum je wieder entlassen werden würden, waren die einzigen, die mir je ein Wort des Trostes und der Ermutigung zukommen ließen.« Sie kam später nach Auschwitz, wo sich durch einen seltsamen Zufall die Schwestern wieder trafen und zusammenbleiben konnten. Dorthin war Anita im Winter 1943 deportiert worden. »Da stand ich also, splinternackt und ohne Haare, mit einer Nummer auf dem Arm. In kürzester Zeit fand man sich jeder Faser menschlicher Würde beraubt . . .« Als herauskam, daß sie Cello spielen konnte, nahm man sie auf ins »Mädchenorchester von Auschwitz«. Sie war achtzehn Jahre alt.

Schon lange gibt es für jene Deutschen aller Generationen, die sich den furchtbaren Wahrheiten der Lager-Höllen zu stellen bereit sind, kaum Unglaubliches, Außergewöhnliches. Nur immer noch anderes. Als makabere und zynische Variation zum Beispiel die Tatsache, daß es eine kleine Welt innerhalb von Auschwitz gab, die des Orchesters. Auf siebzehn Seiten wird den Lesern eine ferne Ahnung vermittelt, wie so etwas funktionierte; wer die Musikerinnen waren. Zum Beispiel die Leiterin Alma Rosé aus Wien: Sie stammte aus einer Musikerfamilie; ihr Onkel war Gustav Mahler. Auf einem nostalgisch-reizenden Foto sehen wir sie mit ihren »Wiener Walzermädeln« in den späten Dreißiger Jahren.

Anita Lasker-Wallfisch erzählt: »Unsere Hauptaufgabe war, uns jeden Morgen und jeden Abend am Haupteingang aufzustellen und Märsche für die Tausenden von Häftlingen zu spielen, die außerhalb des Lagers arbeiteten (unter

anderem bei den IG-FARBEN). Natürlich war es von größter Wichtigkeit, daß diese Kolonne fein säuberlich im Gleichschritt ausmarschierten. Dafür lieferten wir die Musik . . . Abgesehen von den zwei täglichen Ausgängen zum Tor hatten wir noch andere Funktionen. Wir gaben »Konzerte« – ob man es glaubt oder nicht – an Sonntagen, manchmal im Freien zwischen Lager A und B oder im Revier. Außerdem mußten wir immer bereit sein etwas zu spielen, wenn ss-Leute in unseren Block kamen. Sie kamen meistens, um sich von den »Strapazen« der Selektionen zu erholen, bei denen sie entschieden, wer leben und wer sterben sollte. Bei einer solchen Gelegenheit spielte ich die *Träumerei* von Schumann für Dr. Mengele . . .« Und sie setzt hinzu: »Denn das darf man niemals vergessen: außerhalb unserer kleinen Welt arbeiteten pausenlos die Gaskammern.«

Wer *heute* viel über jene Zeit liest, hat sich abgewöhnt, sich über Reaktionen derer zu wundern, die vieles nicht glauben mögen, – oder derer, die nicht zu ihren Untaten zu stehen bereit waren und sind. Damals aber hatten Betroffene nach ihrer Befreiung Anlaß genug zur Fassungslosigkeit: So erlebte die Autorin eine Anklage wegen »Diskriminierung der ss«, oder die Forderung eines Nürnberger Anwaltes, die Vergastungen »nachzuweisen«.

Im Oktober 1941 waren die Schwestern nach Bergen-Belsen in die Lüneburger Heide gekommen. Dort haben sie jene unbeschreiblichen Zustände vorgefunden, wie sie die Engländer im Mai 1945 filmen konnten: Weder gab es feste Unterkünfte, noch gab es Gelegenheiten, die Tausenden von Toten zu begraben. Die meisten Häftlinge konnten sich vor Entkräftung nicht mehr bewegen, so auch Anita. »Die Befreiung« wird hier von Renate geschildert. Anita ergänzte: »Ich würde einiges darum geben, wenn ich wenigstens eine blasse Vorstellung davon vermitteln könnte, wie es sich anfühlt, befreit zu werden . . . Ich war 19 Jahre alt und fühlte mich wie 90 . . .«

Im Kapitel »Frieden in Bergen-Belsen« wird deutlich, welch ungeahnte Probleme auch die Engländer nun zu bewältigen hatten – von der Bekämpfung der Epidemien einmal abgesehen. Da nur Jüngere überleben konnten, hatten die meisten Befreiten weder eine Familie, noch eine Heimat, noch Papiere. – Übers Radio erfuhr die Schwester in England, daß Renate und Anita lebten. Die Briefe, die nun gewechselt wurden, sprechen von der so wörtlich zu nehmenden Freude am »Leben«, auf das man nicht mehr hatte hoffen können. Zueinander konnten sie in jenen Jahren ohne offiziellen Reiseverkehr nicht kommen.

Anita arbeitete nun im nahen Militärlager, im *Camp Belsen* als Dolmetscherin, vor allem aber war sie auch Zeugin im Lüneburger Prozeß gegen ihre Peiniger: »Es ist schwer, sehr schwer, seinem Elend und Unglück gewachsen zu sein, aber es scheint mir jetzt fast schwerer, seinem Glück gewachsen zu sein . . .« Es ist nicht so sehr, daß man diese ganzen Verbrechertypen widersieht und man sich wieder in vergangene Zeiten zurückversetzt fühle, – aber man steht da, bekommt Fragen gestellt . . . So sehr ich mein Gehirn angestrengt habe, um die Dinge etwas ausführlicher und wirksam darzustellen, ich konnte es einfach nicht gegenüber dem dick aufgetragenen Theaterstück . . .«

Anrührend ist es, »mitzuerleben«, wie die 19jährige Anita ihren großen Wunsch, wieder ein Cello zu besitzen, erfüllt bekommt. Wie sie langsam ihre Finger wieder beweglich macht; sich aus England die richtigen Saiten erbittet, und endlich, am 4. Juli 1945, wieder öffentlich spielen kann. Renate hat der Schwester nach England geschrieben: »Eine Bachsonate für Cello und Klavier . . . Nachher hatten wir ein unerhörtes Dinner, wo wir von zwei Kellnern bedient wurden und wo soviel Besteck gedeckt war, daß wir gar nicht wußten, mit welchem wir anfangen sollten. Sehr verständlich, da wir in den letzten Jahren nur einen Löffel hatten und auch dies schon eine große Kostbarkeit war . . .« Die Autorin hat ein halbes Jahrhundert gebraucht, um zu berichten. Zum »Leben in Auschwitz-Birkenau«, das sie nicht zu beschreiben imstande ist, fallen ihr nur Stichworte ein, Assoziationen: »Gestank brennender Leichen, Rauch, Hunger, Angst, Verzweiflung und Geschrei.«

Weil die Schwestern nach England wollten, aber keine Papiere hatten, galt es, das nächste Englische Konsulat zu erreichen, in Brüssel. Ein Besatzungsoffizier schaffte es, sie über die Grenze zu bringen. Im Kapitel »Zwangsaufenthalt in Brüssel« wird das fast vergessene Schicksal der »Displaced Persons« noch einmal deutlich. Hätte die Brüsseler Universität nicht eine Cellistin aufnehmen können, wäre es den Schwestern noch schlimmer ergangen, bis sie endlich nach England reisen durften. Die Erinnerungen enden: »England ist jetzt meine Heimat. Aber das ist eine andere Geschichte.«

In der neuen Heimat London hat die Autorin geheiratet, Kinder bekommen, Enkelkinder; für sie alle war sie endlich bereit zu berichten. Heute gehört sie noch als Cellistin dem English Chamber Orchestra an. Ihre Schwester Marianne ist in Israel gestorben, Renate lebt mit ihrem Mann, dem Journalisten Klaus Harpprecht, in Südfrankreich. Er hat schweren Herzens das



Anita Lasker-Wallfisch

Foto: Sepp Spiegel

Vorwort geschrieben, denn »wenn die Opfer sprechen, haben wir zu schweigen.« Aber die nüchternen Details einer unpathetischen Schilderung bedurften doch einiger Hintergrundinformationen politischer und auch persönlicher Art. Dabei erreicht uns noch einmal ein Hauch jener kultivierten Atmosphäre, die endgültig ausgelöscht wurde: die einer deutsch-jüdischen Welt in unserem Land.

Es ist die fast irrationale Welt des »Mädchenorchesters«, die *diese* Erinnerungen so ganz besonders – über das bekannte Furchtbare hinaus – bemerkens- und lesenswert machen. Wer immer mit Musik lebt, wird seine Vorstellungskraft strapazieren müssen. Daher das Motto der Autorin – um das »Nie wieder« – willens: *Ihr sollt die Wahrheit erben.*

E. Thomas Wood/Stanislaw Jankowski: »Jan Karski – Einer gegen den Holocaust« – Als Kurier in geheimer Mission. Mit einem Vorwort von Elie Wiesel. Aus dem Amerikanischen von Anna Kaiser. Bleicher Verlag, Gertingen 1997, 359 S., DM 44,-

Anita Lasker-Wallfisch: Ihr sollt die Wahrheit erben. Breslau/Auschwitz/Bergen-Belsen. Mit einem Vorwort von Klaus Harpprecht, Weidle Verlag, Bonn 1997, 221 S., DM 38,-

Zu den Autorinnen und Autoren

SUSANNE ABECK, geb. 1962, ist seit 1995 wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Ausstellungsprojekten; lebt in Essen.

FRANZ-JOSEF ALBERSMEIER, geb. 1944, Professor für Komparatistik an der Universität Bonn; zahlreiche Veröffentlichungen zur Literatur- und Medienwissenschaft.

CLAUDIA BENTHLEN, geb. 1965, Doktorandin an der Berliner Humboldt-Universität; diverse Publikationen zur deutschen und amerikanischen Literatur und zur Kulturgeschichte der Haut.

JUTTA BERGMANN-GRIES, geb. 1955, ist Mitglied der SPD-Fraktion im Stadtrat von St. Augustin.

JÜRGEN BUSCHIE, geb. 1944, bis 1996 Chefredakteur der *WOCHENPOST*; lebt als freier Publizist in Berlin.

GERNOT ERLER, geb. 1944, Freiburger Bundestagsabgeordneter seit 1987, ist Historiker und Verlagsleiter.

RENATE FAERBER-HUSEMANN, freie Journalistin, lebt in Bonn.

JOSEF-THOMAS GÖLLER, geb. 1958, Amerikanist und Politikwissenschaftler, lebt als freier Journalist in Bonn.

INGEBORG HECHT, geb. 1921, mehrfach ausgezeichnete Schriftstellerin; lebt in Freiburg/Br.

KAROLINE HILLE, geb. 1948, Kunsthistorikerin und Journalistin, lebt in Mannheim.

PATRICK HORST, geb. 1961, Politikwissenschaftler, lebt als freier Autor in Hamburg.

DETLEF HORSTER, geb. 1940, lehrt als Professor für Sozialphilosophie an der Universität Hannover.

ANKE MARTINY, geb. 1939, frühere Bundestagsabgeordnete, 1989/90 Kultursenatorin von Berlin, bis 1996 Leiterin des Büros der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG in Tel Aviv.

MARGARITA MATHIOPOULOS, geb. 1957, lehrt Amerikanische Außenpolitik an der TU Braunschweig.

RICARDA MLETZKO, geb. 1969, Dipl.-Ökonomin; lebt in Hannover.

CHRISTIAN MEIER, geb. 1929, Historiker, lehrt seit 1981 an der Universität München und ist seit 1996 Präsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt; Veröffentlichung: *Athen. Ein Neubeginn der Weltgeschichte*, 1994.

HELMUT MÖRCHEN, geb. 1945, Direktor der Kurt-Schumacher-Akademie in Bad Münstereifel, Privatdozent für Neuere deutsche Literaturwissenschaft und Literaturdidaktik an der RWTH Aachen.

HERIBERT PRANTL, geb. 1953, ist Leiter des Innenressorts der *SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG* in München.

DANYEL REICHE, geb. 1972, Doktorand am Institut für Politische Wissenschaften an der Universität Hannover.

KLAUS-JÜRGEN SCHERER, geb. 1957, ist Geschäftsführer des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Berlin.

PETER SCHERRER, geb. 1959, ist Leiter des Referates Internationales der HANS-BOCKLER-STIFTUNG.

DIETMAR SCHILLER, geb. 1965, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Gießen, Veröffentlichung: *Die inszenierte Erinnerung. Politische Gedenktage im Fernsehen zwischen Medienereignis und Skandal*, Frankfurt/M. 1993.

WOLFGANG SCHROEDER, geb. 1960, ist Referent beim Vorstand der IG METALL, Abteilung Tarifpolitik, in Frankfurt a.M.

MARKUS SCHWERTEL, geb. 1967, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag; Leiter des Projekts BONNATI.

RUTHARD STÄBLEIN, geb. 1953, Romanist, seit 1988 Hörfunk-Journalist beim HESSISCHEN RUNDFUNK.

HANS-JOCHEN VOGEL, geb. 1926, war von 1974-1981 Bundesjustizminister; SPD-Vorsitzender von 1987-1991, seit 1993 Vorsitzender des VEREINS GEGEN DAS VERGESSEN e.V.

ANTEJE VOLLMER, geb. 1943, Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, ist seit 1994 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags.

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Godesberger Allee 139
53175 Bonn
Tel.: (0228) 883540-43
Telefax: (0228) 883539

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger GmbH
In der Raste 2
53129 Bonn
Tel.: (0228) 238083
Telefax: (0228) 234104

Anzeigenpreisliste Nr. 25 vom 1. 1. 1997

Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

Abonnementverwaltung: Gisela Westhauser

Gesamtherstellung:

satz+druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen:

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738. Einzelheft DM 11,80, 75Fr 11,80/6S 108,00 frei Haus; Jahresabonnement DM 99,00/75Fr 92,00/6S 723,00 frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist (Lieferende mit Heft 12). In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.